



uns zukommt, deren Betreiber die privaten Firmen – Chemiekonzerne – Chemie Boehringer-Ingelheim und die derzeit umsatzstärkste amerikanische Gen-Firma „Genentech“ sind.

Das alles muß uns aufhorchen lassen, wenn wir daran denken, daß Auftragsforschung, ob jetzt an Universitäten mit Drittmitteln oder wie sie auch in Forschungsgesellschaften – ich denke jetzt auch an die Forschungsgesellschaft Joanneum – betrieben wird, immer auch mit Geheimhaltung zu tun hat.

Wir haben im Ausschuß auch darüber diskutiert, wie in der Forschungsgesellschaft Joanneum wissenschaftliche Ergebnisse publiziert werden, und da wurde auch gesagt: „Mancher Auftraggeber verlangt auch, daß die Geheimhaltung sicher ist“, und ich würde sagen, daß Biotechnologie ein Bereich ist, auf den wir ganz besonders achten sollen.

Für insgesamt 700 Millionen Schilling, davon 170 Millionen Schilling aus öffentlichen Mitteln, wird ohne viel Aufsehen die umstrittene Genforschung in Österreich eingeführt. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch gesetzliche Regelungen in Österreich nicht vorhanden sind, und es ist nicht von ungefähr, daß gerade Österreich für dieses Zentrum ausgesucht wird, weil es sich ohne diese Regelungen leicht forschen läßt. Einer der Gründe, warum diese Forschung so propagiert wird, ist immer wieder das Argument mit dem Hunger in der dritten Welt. Ein amerikanischer Biologieprofessor hat dazu gemeint: „Der Grund, warum Menschen hungern, hat nichts mit Nukleinsäure, mit Biologie oder Technologie zu tun. Es hat mit Politik zu tun, mit der Verteilung der Nahrungsmittel und des Einkommens, und alle Vorteile, die durch Gentechnologie entstehen können, werden unter genau denselben Einschränkungen wieder leiden.“

Die Abschätzung der Forschungsfolgen, ob sozialer Schaden oder Nutzen, erfolgt bis heute noch nicht, frei nach dem Motto: „Wir wissen zwar nicht, wohin es geht, aber dafür sind wir schneller dort.“

Mit Hormonen und Impfstoffen werden neben der Manipulation der tierischen Erbsubstanz gentechnisch Mikroorganismen erzeugt. Der Herr Abgeordnete Ofner hat auch von dem gleichen Rinderwachstumshormon gesprochen, das eine 30prozentige Milchleistungssteigerung hervorrufen wird. Daß die Tiere mit Krankheiten und verkürzter Lebensdauer dafür bezahlen und Milchbauern und Verbraucher kaum davon profitieren, hindert die Gen-Ingenieure nicht an weiteren Experimenten.

Wir wissen auch, daß in den USA eine Bürgerbewegung dagegen Sturm läuft, in erster Linie aus dem Grund, weil man Umweltschäden und das unnötige Quälen von Tieren fürchtet, und außerdem wird die Katastrophe der amerikanischen Landwirtschaft damit auch weiter verschärft. Schließlich gibt es in den USA, genauso wie in Europa und bei uns in Österreich, schon ohne Einsatz des Wachstumshormons Milchüberschüsse.

Weiters möchte ich darauf hinweisen, daß auch bei Saatgut und Pflanzen in Zukunft sehr viel manipuliert werden wird. Chemie- und Erdölkonzerne – an vorderster Front Sandoz und Shell – arbeiten an gentechnisch widerstandsfähig gemachten Pflanzen, in erster Linie, um sie gegen eigene Pflanzentilgungsmittel

resistent zu machen. Gesucht und getestet werden Pflanzen, die zu den eigenen Hausgiften passen.

Kleine Saatgutbetriebe waren das erste Ziel der Chemie- und Pharmakonzerne, die ihre Produktlinien erweitern wollten.

Die Entwicklung, Anwendung und Vermarktung gentechnischer Produkte wird die Vernichtung der genetischen Vielfalt an Pflanzen und Tieren weitertreiben. Seit einigen Jahren ist es in den meisten Ländern schon möglich, Mikroorganismen zu patentieren. Pflanzen und Tiere sollen auch patentfähig werden, und damit wird der genetische Ausverkauf besiegelt. Wer damit die Gewinne machen wird, wissen wir auch. Ein Patent hat immer sehr viel mit Geld zu tun.

Weltweite Vertriebsysteme und globale Marketingstrategien für manipuliertes Saatgut werden es dem internationalen Agro-Business ermöglichen, daß Abkömmlinge eigener jetzt noch nationaler Pflanzensorten teuer bezahlt werden müssen.

Ich möchte am Schluß mit einem Zitat von Marianne Gronemeyer, die vor zwei Jahren bei der steirischen Akademie einen Vortrag gehalten hat, enden, die damals gesagt hat: „Hüten wir uns also vor denen, die uns sagen, was wir brauchen, denn sie haben allemal Lust zur Macht!“ (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

**Abg. Pußwald:** Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Unter dem Titel „Endlich – Tier ist bald keine Sache mehr“ finden wir heute einen bemerkenswerten Artikel in der „Kleinen Zeitung“. Wir sprechen vom Menschen als der Krone der Schöpfung, und als solche hat er die Aufgabe und den Auftrag, Anwalt für die lebende Kreatur zu sein. In diesem Artikel wird auch angeführt: „Das Tier ist keine Sache mehr“ sei nun Gesetz geworden. Es stimmt, es ist ein wichtiges Anliegen und auch eine gute Aussage, aber es ist noch nicht Gesetzeslage geworden. Es hat sich gesetzlich noch nichts geändert. Trotz Unterstützung unseres Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller aus der Steiermark ist diese angestrebte Veränderung der Gesetzeslage leider im Koordinierungs-Ausschuß hängengeblieben, das heißt, sie ist nicht einmal noch in den Unter-Ausschuß gelangt.

Ich glaube, man tut einer Sache nichts Gutes, wenn man vor einer echten Befassung damit in die Öffentlichkeit geht und die Öffentlichkeit emotionalisiert. Grundsätzlich bekenne ich mich zum Naturschutz. Ich bin mit Tieren aufgewachsen, und es gibt auch in unserer Familie wieder ein Tier. Dieses Tier ist ein echter Partner, eine Bezugsperson geworden. Das ist nicht nur bei uns so, das wird in vielen steirischen und österreichischen Familien so sein.

Ich möchte hier auch auf die Menschen hinweisen, die in keinem Familienverband leben können, die allein sind, die alt sind, die niemand anderen als Ansprechpartner finden als das Tier.

Auch Kinder lieben Tiere aus diesen Ursachen. Die Tiere sind Partner der psychologischen Medizin für den Menschen geworden. Wir wissen aber auch von der Medizin her, daß Tierversuche und Tiere genützt

werden für Versuche kosmetischer Zwecke. Hier möchte ich differenzieren, und ich distanziere mich von grundsätzlichen Tierversuchen. Es ist wohl nicht richtig, daß wir Tiere deswegen leiden lassen, damit wir, speziell wir Frauen, uns Präparate entwickeln lassen, um dann einfach den Wert der Schönheit besonders herauszustreichen. Hier müßten wir in der Wertigkeit sehr vorsichtig sein. Ein Tier dafür leiden zu lassen, damit wir Signale nach außen schicken? Ich glaube, wir haben von der Natur etwas mitbekommen, Eigenschaften wurden uns verliehen, die uns ohne diese Präparate die Schönheit aus dem Inneren heraus gewähren könnten.

Ähnlich verhält es sich mit den Pelzen. Schöne, reiche Frauen tragen diese Pelze. Ich verurteile sie nicht, ich stelle es nur sehr in Frage, ob wir dafür die lebende Kreatur mißbrauchen müssen. Anders ist es natürlich in den klimatischen Gebieten der Arktis und der Antarktis. Dort ist es wohl eine Voraussetzung des Menschen für das Überleben. Dort wurde aber auch immer Rücksicht darauf genommen, daß das Gleichgewicht der Natur und das Gleichgewicht der Natur mit dem Menschen stimmte.

Die medizinischen Versuche möchte ich auch distanziert betrachten. Gäbe es überhaupt keine Tierversuche in der Medizin, so wäre der Mensch das Versuchskaninchen. Gott sei Dank – und es wurde heute von Frau Präsident Zdarsky schon erwähnt – gibt es auf dem Gebiet sehr große Forschungen und Techniken, die in Entwicklung sind und wo man Hoffnung schöpfen kann, daß Tierversuche dezimiert, vielleicht sogar einmal ganz ausgeschaltet werden. Der Grazer Firma Paar, die bereits angesprochen wurde, glückte es, ein elektronisches Meßgerät zu entwickeln, das bereits in Serie – wie wir gehört haben – hergestellt wird, auch im Ausland sehr gerne gekauft wird, und dieses Gerät kann aber bitte – und das möchte ich auch sagen – nicht gänzlich ohne das Tier auskommen. Es ist notwendig, diesem Apparat ein Meer-schweinchenherz einzufügen, das heißt also, es muß ein Tier getötet werden, eines, um diesen Versuch an Hand des Gerätes dann starten zu können. Das heißt also, daß hier eine große Dezimierung bereits vorgenommen wurde und daß die Pharmaindustrie und auch die Tierversuche damit sehr eingeschränkt werden können. Und darüber müssen wir schon ganz positiv denken und reden. Dieses Gerät wird im Ausland – wie erwähnt – gerne gekauft, zu Versuchszwecken beziehungsweise als Versuchsgerät steht es auch bei uns in Graz, und zwar in der Medizinischen Physik bei Prof. Tritthard. Auf dem Gebiet wird man sicher noch große weitere Entwicklungen erhoffen können. Ich möchte auch ein wenig eingehen auf die 1983 in der österreichischen Bevölkerung wahrgenommene und von den Tierschützern und Naturschützern immer wieder in das Bewußtsein gebrachte Gefährdung der Artenvielfalt der freilebenden Tiere. Seit damals wissen wir, daß es wirklich beachtlich ist und leider Gottes in einem rasanten Tempo weitergeht, wie viele Tierarten der Steiermark und Österreichs bereits gefährdet sind. Es war immer so, daß sich im Laufe der Jahrtausende Tiere neu entwickelt haben, aber auch Tiere abgestorben sind. Und die Problematik ist zur Zeit in der Gegenwart die, daß dieser Schwund der Artenvielfalt in einem galoppierenden Tempo vor sich geht,

gemessen an der Evolution der Erde. Vieles geschieht hier nur durch gedankenloses und profitorientiertes Denken und Sein der Menschen. Wenn ich eingangs sagte, daß der Mensch die Krone der Schöpfung ist, weil er ein geistbegabtes Wesen ist, so ist es auch der Mensch, der diese Schöpfung erhalten oder zerstören kann. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ-AL.)

**Präsident Klasnic:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Erich Pörtl.

**Abg. Pörtl:** Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Diese Agrardebatte widerspiegelt eigentlich dieses weitgefächerte Gebiet unserer Landwirtschaft und der Forstwirtschaft, und es ist ein einmaliges Erlebnis, wie es Redner verstehen, sich selbst von Dingen zu überzeugen, die nachweislich und handgreiflich nicht so sind, wie sie ausgesprochen werden und vor allem auch wie sie geschrieben werden. Wenn der Herr Abgeordnete Zellnig hier sagt, wir haben ein gutes Erbe übergeben, dann möchte ich das gleich einmal mit zwei konkreten Feststellungen ergänzen. Er hat ja gesagt, in der Demokratie ist es sehr wichtig, daß man auch ergänzen kann. Daher habe ich jetzt die Gelegenheit. Wir haben zwei Gesetze, die Milchmarktordnung und das Weingesetz, nicht administrierbar, nicht möglich, war gar nicht umsetzbar, weit entfernt vom guten Erbe. Kollege Zellnig hat ja bereits ausgesprochen, wie es im Budget angeschaut hat, wie dort die Entwicklungen waren. Und wenn der Herr Kollege Zellnig sagt, jetzt auf einmal ist Dipl.-Ing. Riegler schuld – er war ja noch gar nicht Minister, wie die Kälber schon auf der Welt waren! Das heißt, die Linie und der Zug und die Langfristigkeit in der Landwirtschaft sind ja wirklich nicht so, daß man mit dem Ministerwechsel einfach die ganze Landwirtschaft neu ausräumt und nach seinen Vorstellungen macht. Wären manche Dinge so gelaufen, wie ihr es auch einmal im Konzept gehabt hättet, hättest du heute über die Nebenerwerbsbauern nichts mehr zu reden gebraucht. Was in der EG passiert, war eine Ideologie und eine geistige Basis, wo die Verstaatlichte eingegangen ist. Alles erlebt, mit Kollegen Brandl diskutiert diese Frage, und der war noch der Meinung, und Ofner sagt das heute auch, billige Nahrungsmittel brauchen wir. Was der Bauer sonst noch leistet an Kulturleistung, war immer Nebenprodukt. Nur jetzt will die gesamte Bevölkerung, und Gott sei Dank, das bäuerliche Denken ist nicht nur mehr im bäuerlichen Bereich, sondern Gott sei Dank in breiten Kreisen der Bevölkerung. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zellnig: „Die billigen Lebensmittel werden in jenen Ländern erzeugt, wo konservative Landwirtschaftsminister wirken. Jetzt werden wir es in Österreich auch schaffen, denn wir haben auch einen konservativen Landwirtschaftsminister!“) Ich kenne das alles, ich habe das alles auch gelesen in deinen Stellungnahmen, wie du das erklärt hast, nur, ich muß ganz offen sagen, wir haben zum Glück – und damals waren es die Bauernvertreter Wallner und Holzinger, weil man gesagt hat „ha, ha, ihr seid nicht modern“, wie halt die Bauern sind, konservativ, unbeweglich, und jetzt sind wir an der Anklagebank in weiten Bereichen, daß wir zuviel produziert haben. Wir von der Kammer sind jetzt mitten drinnen in der Verhinderungsberatung, in der Bewußtseinsbildung, nur, wir

brauchen die breite Unterstützung. Wenn es noch einen Staatsfeiertag gibt, wo sie sagen „Pfiat Gott, lieber österreichischer Bauer, ich gehe sonst wohin“, dann muß man auch im Bereich der Sozialpartnerschaft mit Überzeugung solche Fragen im wahrsten Sinn des Wortes mittragen.

Ich möchte nur noch zur Schrumpfungstheorie ein Wort sagen. Da sagt man so locker, auf den österreichischen Konsumenten und auf den Bedarf anpassen. Unterlage, Vorschlag, ich sage das nur gleich direkt dazu, daß man weiß, wovon man redet. Da gibt es ja Unterlagen, wo man vorschlägt, daß man bei Bauern, die über 60.000 Kilogramm Richtmenge haben, 40 Prozent herunterputzt, von 25.000 bis 60.000 Richtmenge 33 Prozent und von 20.000 abwärts 20 Prozent. Na bitte, dann können sich die Vollerwerbsbauern brausen gehen. Da sind wir weg. (Abg. Zellnig: „Wo nimmst du das her?“) Das sind konkrete Unterlagen in den klassischen Studien, die in euren geistigen Bereichen wunderbar daliegen. (Abg. Günther Ofner: „Jetzt seid ihr die Trittbrettfahrer!“) Ja, das ist nicht angenehm, wenn man so etwas anhören muß, das ist aber die Situation.

Und, meine Damen und Herren, wir haben eine Konzeption zu entwickeln und umzusetzen. Der Minister Dipl.-Ing. Riegler braucht von euch nicht abzuschauen, ihr seid immer beim Trittbrettfahren Weltmeister gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, vor zehn Jahren: Die Hand fürs Land. Alles genau drinnen. Und weil du glaubst, daß wir den Nebenerwerbsbauern entdecken: Wir wissen ganz genau, daß Österreich immer – und das war es auch immer – ein Land der Voll- und Nebenerwerbsbauern ist. Früher waren die größeren Bauern oft die Nebenerwerbsbauern, weil sie mit den Pferden und den Ochsen ausgefahren sind. Da haben wir auf dem Gebiet überhaupt keine Probleme.

Aber was wurde denn vor zehn Jahren geschrieben? „Mehr Chancen durch neue Produkte und deren Verarbeitung: Ölsaatenproduktion, Chancengleichheit durch besseren Importschutz“. Und dort ist die Schlüsselfrage: Reduzieren hat keinen Sinn. Wenn ich Konkurrenten gegenüberstehe, die entweder 400 Milliarden Schilling zur Stützung zur Verfügung haben, und dann spricht man von den Weltmarktpreisen. Keine Chance! Und wir konzedieren der Verstaatlichten, daß sie auch gestützt werden muß, aber, bitte schön, mit gleichem Recht für uns. Und mich wundert es ja oft, daß man nur so tut. Der Dipl.-Ing. Riegler macht die Agrarpolitik, und dann schaut man in die Sozialpartnerschaft, dann sind die Oberexperten im ÖGB, in der Arbeiterkammer, in der Bundeswirtschaftskammer, und wir sollen das „Rucksackerl“ sozusagen durch die Bauernschaft tragen. Da bitte, meine Damen und Herren, glaube ich vor allem, muß man die volle Wahrheit sagen, und ich glaube, daß wir auf diesem Gebiet keine Unterstützungen brauchen – an Ideen und solchen Sachen –, weil der Kollege Weilharter immer wieder meint, daß sie auch etwas getan haben für die Bauernschaft. (Unverständlicher Zwischenruf.) Ich laß mich nicht irritieren, ich bin ein freier Redner. Eine Minute laß mir noch! Wenn ich lesen würde, wäre es wesentlich einfacher.

Wir haben ein Budgetprovisorium von der SPÖ- und FPÖ-Regierung übernommen, daß es im Minus nur

gleich so gerauscht hätte. (Abg. Zellnig: „Gar nicht hat es gerauscht! Nenne die Zahlen, wo es gerauscht hat!“) Da wären wir draufgegangen. Und der Kollege Grillitsch hat das ganz klar gesagt: Wir haben mit der gesamten Volkspartei um die Existenz der Bauern gekämpft, ansonsten wären wir weggeputzt gewesen, wir wären gesundationalisiert worden, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte zum Schluß kommen und vielleicht noch einige Gedanken zu den Alternativen sagen: Wenn man einfach sagt, wenn man die Zukunft gestaltet und alles in Frage stellt, was neu ist – bitte, bei den Holzschnitzeln ist das sehr präzise und klar; da sind Initiativen da, wo man auch zu uns gesagt hat – und du hast auch einmal etwas gesagt –, daß das mit den Holzschnitzeln und mit den Alternativen nicht so sicher war. (Abg. Günther Ofner: „Im Gegenteil, er hat das positiv anklängen lassen! Du kannst es nachlesen!“) Ja, ich bin ja froh, daß die Meinung geändert ist. Kann man ja nachweisen. Weil man gesagt hat: „Der Kammeramtsdirektor, mein Gott na, mit seinen Sachen“. Dann sind wieder die Experten von der EG gekommen und haben auch gesagt: „Auch keine Alternative“, und jetzt sind wir in Schritt und Tritt mit der Wirtschaft auf einem richtigen Weg, wo wir wieder die Energieversorgung machen. Da bin ich auch dafür. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Günther Ofner: „Unsere Forderung!“)

Liebe Freunde, wenn wir weltweit glauben, daß wir überleben – ich sage das ganz direkt –, müssen wir uns an Weizsäcker halten, der gesagt hat: „Wenn wir die Energiepreise langfristig nicht hinauftun, passiert das, was man gar nicht glauben kann, daß die beiden Pole schmelzen und daß wir unsere Erde zugrunde richten.“ Das heißt, wenn wir nicht die regenerierbare Bioenergie wirklich in den Energiekreislauf hineinbringen – und da, Kollegin Kammlander, ich will da nicht anwandeln, sind wir voll auf der Linie. Da sieht man, daß wir nicht nur bei der Wahlversammlung sagen: „Wir sind die echten Grünen“, sondern das ist für uns die Lebensgrundlage.

Liebe Freunde, auf dem Gebiet kann man generell sagen, daß die ganzen Nebelgranaten nicht lang anhalten werden, daß die richtigen Bauernvertreter auf einmal nur bei der Sozialistischen Partei sind. Bei den schlechten Dingen ist der Herrgott und der Bauernbund schuld, und für die guten Dinge ist der Zellnig zuständig. So wird das auf dieser Welt nicht stattfinden. Und daher glaube ich vor allem, daß wir im wahrsten Sinn des Wortes in Zukunft in Österreich eine Bauernpolitik machen werden, ein Bauernland mit Fremdenverkehr und einer gemeinsamen sympathischen Art der Landbewirtschaftung und einer gesunden Nahrungsmittelversorgung. (Beifall bei der ÖVP und VGÖ/AL.)

**Präsident Klasnic:** Der nächste Redner, Herr Abgeordneter Hubert Schwab, hat verzichtet. So gebe ich zum Schlußwort dem Referenten Landesrat Dipl.-Ing. Schaller das Wort.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, es hat sich heute durch die doch lange, wenn manchmal auch recht lebhaft geführte, im Prinzip jedoch konstruktive Diskussion zur Agrarpolitik

doch sehr klar abgezeichnet, daß wir heute auf dem Weg in eine neue Richtung der Agrarpolitik sind, die uns hoffentlich von den Problemen wegführt, mit denen wir heute noch zu tun haben. Ich glaube auch, daß die Dinge – und ich sage das auch ganz gern – durchaus schon in die Wege geleitet worden sind, und zwar noch unter dem Landwirtschaftsminister Schmid – Haiden leider nicht –, und ich glaube, die Frage stellt sich ja immer wieder und wird auch immer wieder gestellt: „Ja, hat man das nicht gewußt, daß der Weg in die Überproduktion kein Weg in die Zukunft ist?“ Da kann ich nur immer sagen: Wir haben es sehr wohl gewußt, meine Damen und Herren, und die Vorschläge, die von uns seit vielen Jahren erstattet worden sind – und nicht zuletzt auch von meinem Amtsvorgänger hier und dem jetzigen Landwirtschaftsminister vor vielen Jahren immer wieder auf den Tisch gelegt worden sind –, einfach zur Zeit des Haiden nicht akzeptiert worden sind und wir erstmals in Schmid einen Gesprächspartner gefunden haben, mit dem wir vernünftig reden konnten, und auch dort die Weichenstellungen bereits eingeleitet worden sind. Ich sage das auch in aller Klarheit, weil ich glaube, daß der Weg, den wir jetzt gehen, der immer noch schwierig genug ist, weil sehr vieles von dem, was an Entwicklungen da war, erst aufgeräumt werden muß, nun sehr konsequent, vor allem – glaube ich – von Dipl.-Ing. Riegler, gegangen wird.

Nun, vielleicht doch zusammenfassend – und ich werde nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist –: Wo liegt diese neue Agrarpolitik, wie sie – glaube ich – doch sehr konsequent versucht wird? Im Mittelpunkt – und ich glaube, da sind wir uns alle einig; das sollte man durchaus sagen, da gibt es keine unterschiedliche Auffassung, in Österreich zwischen allen Parteien, Gott sei Dank, wird der bäuerliche Familienbetrieb zu stehen haben. Das ist, bitte sehr, heute durchaus in der Welt nicht selbstverständlich. Denn wenn Sie die Diskussion heute in der Europäischen Gemeinschaft mitverfolgen, dann ist die Hauptfrage und das Hauptproblem, mit dem die Landwirtschaft zu kämpfen und sich auseinanderzusetzen hat, die Frage, ob die neoliberalen Tendenzen, die dort sehr stark sind – sozusagen der Neo-Mansholt –, zum Tragen kommen oder ob sich eine bodengebundene bäuerliche Landwirtschaft auch in Zukunft behaupten kann.

Meine Damen und Herren, die neoliberale Richtung, die ganz klar davon ausgeht und sagt: „Der Markt ist der einzig regulierende Mechanismus“, die rein marktwirtschaftliche Lösung, würde ganz sicher jenen Prozeß verstärken, wie wir ihn heute von den USA her kennen, wo innerhalb der letzten Jahre 100.000 Farmen zugrundegegangen sind. Sie können heute im Mittelwesten von Amerika – bitte, das ist nachlesbar in der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 27. November – auf den besten Böden – ich kenne diese, weil ich schon dort war – in Iowa –, zwei Millionen Hektar sind unter den Hammer gekommen. Und wenn sich dieses rein marktwirtschaftliche Prinzip in der Welt, in der EG durchsetzt, können wir eines mit Sicherheit sagen, daß wahrscheinlich überhaupt nur die ausgesprochenen Gunstlagen, sowohl klimatisch als auch vom Standort her, sich durchsetzen werden, und dann wird diese Entwicklung, wie wir sie heute aus Holland und

Dänemark kennen, nämlich wo praktisch Agrarfabriken mehr oder minder Schweine in Millionenanzahl produzieren, sich auch in Europa durchsetzen. Das ist die entscheidende Frage. Ob nun die Lebensmittelproduktion industriell gemacht werden soll, rein nach den Gesetzen des Marktes, oder ob der Mensch, die bäuerliche Landwirtschaft einen Stellenwert hat. Und hier kann ich nur sagen, diese Frage ist auch für uns von entscheidender Bedeutung, ob die österreichische Landwirtschaft in die EG hinein soll oder nicht. Wenn sich diese rein marktwirtschaftlich mechanistischen Prinzipien durchsetzen, dann kann man mit Sicherheit sagen, daß in Österreich einige wenige Gunstlagen, sagen wir Marchfeld, Oberösterreich, auch Teile der Südsteiermark, überleben werden, die Betriebe werden dann immer größer werden, und wir können auf unsere Bergbauernlandwirtschaft verzichten. Das ist die harte Realität. Meine Damen und Herren, daher möchte ich sagen, ich bin sehr froh, daß dieser politische Konsens in Österreich im Prinzip da ist, daß wir auch in Zukunft eine bäuerliche Landwirtschaft wollen, weil ich glaube – und damit komme ich zum zweiten Punkt dieser Agrarpolitik –, weil wir glauben, daß eine bäuerliche Landwirtschaft nicht nur die Existenzen absichert und auch die Erhaltung der Siedlungsstruktur in den ländlichen Räumen gewährleistet, sondern auch unsere Berggebiete überhaupt vor einer Ent siedlung bewahrt. Gar nicht zu reden davon, daß eine bäuerliche Landwirtschaft wahrscheinlich auch die beste Garantie dafür ist, daß wir dem Konsumenten qualitativ hochwertigste Lebensmittel anbieten können.

Meine Damen und Herren, wir sind in der durchaus guten Lage, heute in einer Reihe von Bereichen auch wissenschaftlich nachweisen zu können, daß unsere Produkte rückstandsfrei sind. Das, was Sie hier am Tisch vorfinden, ist rückstandsfrei. Es gibt eine langjährige Untersuchung durch den Landeshygieniker Dr. Möse, der uns ein hervorragendes Zeugnis ausstellt und nachweist, daß Obst und Gemüse aus der heimischen Produktion, das von ihm untersucht wird, praktisch jetzt völlig rückstandsfrei ist. Meine Damen und Herren, ich kann aber nicht garantieren, daß Orangen oder Bananen oder sonstige importierte Produkte aus der Massenproduktion dieselben Qualitätskriterien aufweisen. Nun, wir wissen schon, der entscheidende Punkt ist, daß die Überproduktion einfach sinnlos geworden ist. Es hat keinen Sinn mehr, wenn ich für ein Hektar Mais, wie heute vom Herrn Präsidenten schon gesagt worden ist, 25.000 Schilling aufwenden muß, um ihn dann irgendwohin zu verschleudern, man kann wirklich nur mehr sagen verschleudern. Letztendlich finanzieren wir damit eigentlich noch die Konkurrenz, die aus dann über Drittmärkte wiederum auf den Markt kommt. Das ist eine völlig unsinnige Geschichte. Daher ist es völlig richtig, daß wir weg müssen von der Überschussproduktion. Zentrale Frage ist daher die Alternativerzeugung, zentraler Punkt die Möglichkeit, was bisher importiert wird an agrarischen Produkten – das ist zum Teil sehr viel –, im eigenen Land zu ersetzen. Alternativproduktion zum Ersatz der importierten Eiweißfuttermittel, der Präsident hat es gesagt, es ist der völlig richtige Weg. Aber ich gebe dir, Kollege Zellnig, durchaus recht, kostendeckend ist die Produktion derzeit nicht möglich. Sagen wir das ganz offen und klar. Es kostet uns auch heute die Erzeugung

von Raps pro Hektar zwischen 13.000 und 15.000 Schilling an Förderungsmitteln. Aber es ist immerhin noch sinnvoller, statt 25.000 Schilling 13.000 bis 15.000 Schilling aufzuwenden.

Jetzt komme ich auch zum Punkt, warum wir nicht konkurrenzfähig sind. Weil die Weltmarktsituation heute praktisch ruinös ist. Es werden – auch das ist festgestellt worden – Milliardenbeträge aufgewendet von den Amerikanern, ich glaube 340 oder 370 Milliarden Schilling, nicht weniger von der EG, um sich gegenseitig von den Märkten zu verdrängen auf Kosten der dritten Welt. Wir zerstören auch die Strukturen in der dritten Welt damit, weil dort nur mehr Soja oder nur mehr Mais gebaut wird. Und im Endergebnis ist eigentlich alles nicht sehr sinnvoll, weil auch in diesem ruinösen Wettbewerb immer wieder öffentliche Mittel eingesetzt werden. Nun, wo kann der Weg hingehen? Der Weg kann nur sein, zu versuchen, die Erzeugung auf den inländischen Markt zu konzentrieren. Solange wir nicht tatsächlich in die EG kommen oder kommen wollen, uns also auf die inländische Absatzmöglichkeit konzentrieren und nur dort tatsächlich mehr zu erzeugen, wo wir Chancen auf internationalen Märkten haben. Der Weg kann nur über die Qualität gehen. Und auch hier – jetzt bin ich beim dritten Punkt – haben wir Chancen, wenn wir alle diese kleinen Marktnischen, die es durchaus gibt, ausnützen. Ich glaube, daß der Weg in der Steiermark mit dem Ausbau und der Förderung der Sonderkulturen ein sehr guter ist. (Abg. Buchberger: „Flächsanaub, das ist eine wichtige Sache!“) Ich komme schon darauf! Der Wein, meine Damen und Herren, mit dem steirischen Wein sind wir heute international konkurrenzfähig. Der steirische Weißwein ist nicht nur österreichische Spitze, sondern ist durchaus europäische Spitze. Wir können sehr wohl reüssieren, und ich glaube, dies ist ein klassischer Fall, wo nicht nur eine große Zahl von Weinbauern sehr gut davon leben können, sondern durch die Selbstvermarktung in der optimalsten Form, die es überhaupt gibt, realisiert wird, nämlich, daß der Konsument sogar auf den Betrieb hinkommt und dort die Produkte veredelt erwirbt.

Und dazu auch ein Stichwort: Ich glaube, auch da bin ich durchaus der Meinung der Redner, daß wir trachten sollten, möglichst viel Wertschöpfung in Bauernhand und im eigenen Land zu behalten. Es ist einfach wirklich nicht sehr sinnvoll, daß wir unsere Rohstoffe exportieren und die Veredelungsprodukte importieren. Meine Damen und Herren! Zwei Drittel unseres agrarischen Exportes sind Rohstoffe und nur ein Drittel Veredelungsware. Zwei Drittel des Importes sind Veredelungsware, und nur ein Drittel ist Rohstoff, das heißt, dort ist der Ansatz für eine erhöhte Wertschöpfung. Und die Landwirtschaftskammer in der Steiermark hat in ihrem Fünf-Jahres-Programm versucht nachzuweisen, wieviel von der agrarischen Importen substituiert werden könnte. Und es ist gar nicht wenig, und zwar ist sie auf die Zahl von 10 Milliarden Schilling gekommen. Ich meine daher, daß wir diesen Weg konsequent weitergehen sollen. Und der Herr Präsident Buchberger hat schon ein solches Beispiel genannt. Wir sind dabei, in der Steiermark den Flächsanaub wieder einzuführen, und zwar durchaus erfolgreich. Wir haben im Jahre 1986 sechs Hektar gehabt, heuer bereits 21 Hektar, und werden nächstes

Jahr schon zwischen 200 und 250 Hektar in der Steiermark anbauen. Was passiert dort, daß wir diesen Rohstoff praktisch zu Bedingungen des Weltmarktes für die Textilindustrie bereitstellen? Es ist klar, die Industrie kauft bei uns nicht teurer ein. Da wird ganz schlicht und einfach der Rechenstift zur Hand genommen, aber sie ist bereit, zu Weltmarktpreisen uns die Abnahme zu garantieren. Das ist ein wichtiger Punkt. Der Molkereiring Murboden hat sich entschieden, eine Flachsschwinge zu bauen. Wir haben hier ein solches Beispiel, wo wir in die Wertschöpfung innerhalb der Landwirtschaft gehen. Oder auch das heute bereits mehrfach genannte und inzwischen auch prämierte Rapsmethylesterprojekt. Ein klassisches Beispiel. Wenn dieses Rezept aufgeht – und es spricht vieles dafür, daß es aufgeht; es ist zurzeit ein Pilotprojekt, weil wir ja einmal alle Fragen prüfen müssen –, daß dann die Bauern ihren Treibstoff selbst erzeugen – und da möchte ich gleich eine Antwort, Kollege Zellnig, geben, wie wirtschaftlich das ist. Unter der Voraussetzung, daß der Rapsanbau so gefördert wird wie jetzt, ist dies absolut wirtschaftlich. Das heißt, es kostet uns dann die Produktion oder die Vermarktung beträchtlich weniger als der Mais, den wir mit 25.000 Schilling fördern müssen. (Abg. Zellnig: „Herr Landesrat, eine Frage: Auch in der Größenordnung von 13.000 bis 15.000 Schilling pro Hektar? Rechnen Sie damit?“) Jawohl! Das ist jetzt die Basis, von der wir ausgehen. Wir kaufen den Raps. Das Modell schaut ja so aus, daß diese 25 Bauern den Raps im Kontraktverfahren anbauen, ihn bei uns in Silberberg zu Rapsmethylester verarbeiten lassen, dann den verarbeiteten Ester selbst mit ihren Traktoren verwenden, den Ölkuchen auch verwerten können und damit sozusagen in Form einer Kreislaufwirtschaft alles im eigenen Land verbleibt, auch die Wertschöpfung. Die Devisen gehen also nicht ins Ausland.

Nun, ich glaube, daß auch ein solcher Bereich – und auch dieser ist schon angeschnitten worden – der Bereich der Bioenergie ist. Wir müssen einfach unsere Basis verbreitern. Es ist heute wahrscheinlich trotz Veredelung nicht mehr möglich, den ganzen Komplex der Nahrungsmittelerzeugung noch auszuweiten, weil einfach der Nahrungsmittelkonsum eher rückläufig ist. Daher werden wir versuchen müssen, neue Bereiche aufzubauen; nachwachsende Rohstoffe für die Industrie – auch noch ein Beispiel. Auf der Basis der Stärke könnten wir die Vorstufen für die Kunststoffe bereits herstellen. Das heißt, wir könnten unter Umständen die Petrochemie revolutionieren und dann das Erdöl als Ausgangsbasis durch Stärke ersetzen. Das ist durchaus keine futuristische Geschichte, sondern heute bereits Stand der Technik. Beispiel Wohlmaier, der solche Projekte nicht nur ausgearbeitet hat, sondern zum Teil auch bereits macht.

Letzter Punkt: Ich glaube, daß die Energieerzeugung einer jener Zukunftsbereiche ist, wo die Landwirtschaft sehr wohl auch im Sinne des steirischen Energieplanes einen wertvollen Beitrag leisten kann, nämlich erneuerbare einheimische Energie zur Verfügung zu stellen, und das auch noch zu durchaus konkurrenzfähigen Preisen, wenn wir die Investitionen entsprechend abstützen. Und das tun wir sehr gezielt: die Landwirtschaftskammer, das Land und auch der Landesenergieverein. Wenn wir hier die Investitionskosten abstüt-

zen, dann können wir sehr wohl konkurrenzfähig sein, und wir sind drauf und dran, diese Nahwärmenetze in der Steiermark auszubauen. Es sind bereits 35 Nahwärmenetze, die auf Bioenergiebasis arbeiten. Was möchte ich damit sagen? Ich glaube, wir sollten einfach auch wissen, daß es einen Ausweg aus der Krise gibt, daß die Probleme lösbar sind, aber – und darüber machen wir uns durchaus keine Illusionen – daß es großer Anstrengungen bedarf, auch von seiten jedes einzelnen Betriebes. Ich meine daher, daß wir sehr wohl auch in Zukunft diese Wege, wie ich sie versucht habe aufzuzeigen, beschreiten sollen.

Nun noch zu einigen angeschnittenen Fragen kurz eine Stellungnahme: Präsident Buchberger, ich bin dir sehr dankbar für den Hinweis, der heute schon sehr viel Zustimmung gefunden hat, unsere Bauern möglichst zweiberuflich auszubilden, weil eben mehr als die Hälfte unserer Bauern heute ihren Haupterwerb außerhalb der Landwirtschaft sucht. Ich glaube, daß unsere Schulmodelle genau in die Richtung hingehen. Wir haben sogar mit Hafendorf ein Schulmodell, wo wir an der Schule zweiberuflich ausbilden. Wir haben mit dem neuen vierjährigen Modell die Möglichkeit geschaffen, daß nach den ersten zwei Jahren der Übertritt in eine andere berufliche Ausbildung möglich ist.

Herr Abgeordneter Zellnig, was die Frage der Viehabsatzmittel betrifft: Ich habe, wie du weißt, den Herrn Bundesminister gebeten, diese Frage vom Agrarwirtschaftlichen Institut untersuchen zu lassen. Ich habe dir die Arbeit zur Verfügung gestellt, und sie sagt auf jeden Fall eines aus: Eine komplette Streichung der Stützungsmittel hätte ganz sicher in der momentanen Situation katastrophale Auswirkungen. Nämlich deshalb, weil wahrscheinlich das Konzept nur dann funktionieren würde, wenn wir die Inlandserzeugung auf den Markt abstimmen könnten. Nun wissen wir, daß wir gerade im Bereich der Rinderhaltung einen Selbstversorgungsgrad von – ich glaube – 145 Prozent haben. Das heißt, wir müssen bei der gegenwärtigen Lage rund 350.000 Stück Rinder exportieren. Nun glaube ich, daß die Förderung – da kann man sicher verschiedener Ansicht sein –, die wir in den Viehabsatz investieren – und das sind sehr beachtliche Mittel –, sehr wohl den Bauern zugute kommen. Was würde nämlich sonst passieren? Wir haben uns oben auf der Sommeralm beim Viehmarkt getroffen – du erinnerst dich –: Wenn ich den Bauern dort nicht die 7000 Schilling sozusagen dazuzahlen würde, könnten sie ihr Vieh heimtreiben oder sie müßten es zu einem Preis verkaufen, der ruinös wäre. Ich glaube daher, solange es uns nicht gelingt, die Erzeugung zurückzunehmen, ist der derzeitige Weg, wie wir ihn jetzt beschreiten, der richtige. Aber ich verhehle nicht, daß wir uns sehr wohl auch Gedanken machen müssen, besonders im Hinblick darauf, was im Bereich der EG auf uns zukommt, wenn wir näher zur EG heranrücken. Das heißt, daß wir sehr wohl auch Überlegungen in die Richtung anzustellen haben, wie sie in der EG im Gang sind, nämlich die niedrigen Preise – sie sind in der EG im Viehbereich um etwa 25 Prozent unter unseren – durch Einkommensausgleiche für benachteiligte Gebiete über Direktzahlungen abzugelten. Ein solches System kann ich mir durchaus vorstellen. Aber ich bitte auch, immer eines mitzubedenken: Die

Direktzahlung muß auch einen Bezug zur Leistung haben, weil ich mir eine Landwirtschaft nicht vorstellen kann, die sozusagen als Sozialrentner der Gesellschaft erhalten wird. Das wäre das Ende einer leistungsorientierten Bauernschaft (Beifall bei der ÖVP.), und ich kann mir nicht vorstellen (Abg. Kammlander: „Wie wäre das, wenn das für alle gilt?“), daß ein junger tüchtiger Bauer, der bei uns die Schule gemacht hat und dann eine Meisterprüfung, sich ununterbrochen vorhalten lassen muß, daß er eigentlich eh nur als Steuerrentner der Gesellschaft lebt. Ich weiß schon, daß das Problem sehr differenziert zu sehen ist. Was uns bisher, meine Damen und Herren, vielleicht nicht ganz gelungen ist, die Leistung, die die Bauernschaft und vor allem die Bergbauern bis jetzt schon im Hinblick auf die Gesellschaft erbracht haben, auch entsprechend zu quantifizieren. Wir argumentieren zwar damit, daß wir sagen, die Bauern erbringen eine Leistung für die Gesellschaft, indem sie die Landschaft pflegen, aber wir haben bisher nicht sehr konkret nachzuweisen vermocht, daß diese Landschaftspflege dort, wo sie nicht vom Bauern, sondern vom Landschaftspfleger gemacht werden muß, wahnsinnig teuer ist und die Gesellschaft ein Vielfaches kostet. Ich glaube daher, und die Überlegungen müssen dorthin gehen, daß es notwendig ist, auch nach außen hin glaubhaft dokumentieren zu können, daß die Leistung des Bauern zur Erzeugung der Lebensmittel auch eine Leistung für die Gesellschaft ist, die quantifizierbar ist und wofür er bezahlt wird, so wie jeder Beamte auch dafür bezahlt wird, daß er der Gesellschaft und dem Staat dient, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß diese Philosophie mit der Leistung im Zusammenhang steht, durchaus auch sinnvoll mit den Transferzahlungen in Einklang zu bringen ist.

Nun, vielleicht noch zum Buschenschankgesetz. Ich glaube nicht, daß das der richtige Weg ist, den du aufgezeigt hast. Ich glaube sogar, daß es eher eine massive Gefährdung unserer vielen Buschenschenken werden wird. Wir haben, nachdem solche Vorstellungen publiziert worden sind, zahlreiche Besorgnisse mitgeteilt bekommen. Gerade die kleinen haben gesagt, dann sind wir erledigt, dann werden einige große sehr wohl mit warmen Speisen fest auskochen, und wir sind dann gar nicht mehr in der Lage, unsere Produkte an den Mann zu bringen. Ich glaube, wir sollten hier klug vorgehen und wir sollten auch wissen, daß die Gastwirtschaft ihre Funktion hat und daß die Buschenschenke ihre Funktion hat. (Beifall bei der ÖVP.) Ich glaube, wir sollten hier mit sehr viel Behutsamkeit ans Werk gehen. Der Frau Präsident Klasnic danke ich sehr für diesen unglaublich einfühlsamen Beitrag zur Problematik unserer Bäume.

Kollege Ofner, ich glaube, so billig kann man es sich nicht machen, daß man jetzt die Wirtschaftsberater und die Kammer und die Lehrer verantwortlich dafür macht, daß sie in Massenproduktion beraten. Das stimmt überhaupt nicht mehr. (Abg. Günther Ofner: „Herr Landesrat, es war doch so!“) Schauen Sie, hören Sie zu. Ich habe meine berufliche Laufbahn begonnen als Wirtschaftsberater in der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1957. Damals hat es gestimmt. (Abg. Günther Ofner: „Das steht doch in den ‚Landwirtschaftlichen Mitteilungen‘ drinnen!“) Moment! (Abg. Günther Ofner: „Sie streiten das ab,

was Ihre Zeitung schreibt!“) Nein, nein! Das ist einfach nicht richtig! Schauen Sie, da werden Sie mir sicher nichts erzählen können, da kenne ich mich wirklich aus. Ich habe als Betriebsberater begonnen, damals hat es gestimmt, weil wir noch Versorgungsengpässe gehabt haben. Aber sowohl die Beratung als auch die Ausbildung sind längst andere Wege gegangen. Aber natürlich, schauen Sie, Sie können jetzt nicht einem Lehrer den Vorwurf machen, daß er die Schüler in den Grundlagen des Pflanzenbaues, der Tierhaltung, der Landtechnik ausbildet, er muß natürlich denen das beibringen. Die Frage ist nur, wie der dann damit umgeht. Ich bin ja völlig Ihrer Meinung, daß die Zeiten längst vorbei sind, daß wir in die Massenproduktion hinberaten. Das geschieht seit vielen, vielen Jahren nicht mehr, sondern eben in Richtung neuer Wege. Und ich glaube, man sollte nicht immer mehr oder minder den Bauern das zum Vorwurf machen. (Abg. Günther Ofner: „Herr Landesrat, ‚Landwirtschaftliche Mitteilungen‘: ‚Eine Folge verfehlter Agrarpolitik!‘“) Man kann ja wirklich nicht nur die Überschrift lesen! Ich sage Ihnen eines, ich bin immer ein Anhänger gewesen, die Damen und Herren des Landtages wissen das, für eine ökologisch behutsame Landwirtschaft.

Ich glaube auch, daß die Richtung, die wir gehen müssen, und die Chancen, die wir haben, in einer ökologisch bäuerlichen Landwirtschaft liegen, weil sie ressourcenschonend, umweltschonend ist. Daher weg von der Massenproduktion, weg von den hohen und höchsten Erträgen. Und ich decke mich völlig mit den Besorgnissen, die heute geäußert worden sind von der Frau Abgeordneten Kammländer und auch von Ihnen in Hinblick auf Somatropin oder auch in Hinblick auf die Gentechnik, das ist der falsche Weg. Das ist ganz sicher der falsche Weg, den sollen und dürfen wir nicht gehen. Im Gegenteil, wir sollen uns nicht abbringen lassen von dem Weg, den wir jetzt beschreiten.

Ich glaube, um zurückzukommen auf Ihre Frage, es gibt ja auch innerhalb der deutschen Landwirtschaft massivste Bestrebungen, das Somatropin zu verbieten. Auch in der EG. Das ist noch nicht ausgestanden. Da sind natürlich die Amerikaner mit ihrer Großindustrie und der chemischen Industrie sehr massiv daran interessiert, auf die Märkte zu kommen. Ich kann nur hoffen, daß bei uns der Gesundheitsminister Löschnak das in Österreich nicht zuläßt. (Abg. Kammländer: „Das beantwortet die Frage nicht!“) Ich möchte es ganz kurz machen, damit wir zum Mittagessen kommen, meine Damen und Herren. Herr Abgeordneter Weilharter, Sie haben den Brief der Handelskammer zitiert, und mein Antwortschreiben, ich weiß nicht, ob Sie das kennen, ich sage Ihnen den Inhalt. Ich habe der Handelskammer mitgeteilt, daß ich selbstverständlich diese Intentionen unterstützen werden und habe auch angeregt, daß sich die Handelskammer im Hinblick auf eine Neuorganisation der Abfuhr der Tierkörper mit dem Herrn Hofrat Dr. Ressi in Verbindung setzen möge. Das ist inzwischen geschehen. Ich glaube, daß es durchaus sinnvoll ist, die Abfuhr anders zu organisieren. Der Gesprächspartner ist die TKV, und zwar deswegen, weil die TKV auch Vertragspartner mit dem Land ist. Es gibt auch durchaus Signale in die Richtung hin, daß man hier eine Lösung finden wird. Ich glaube auch, daß sie sinnvoll ist. Und nichts Besseres kann uns

passieren, wenn sowohl die Bauern und der Viehhandel, als auch die Fleischereibetriebe mit billigeren Tarifen herkommen. Wir haben uns wirklich – das sage ich ganz offen – sehr bemüht. Die Bauern haben sich natürlich dagegen gewehrt, daß die TKV-Gebühren, die nachgezogen werden mußten – das ist genau berechnet worden –, auf sie umgelegt werden. Ich glaube, daß sich in dieser Frage durchaus eine Lösung abzeichnet.

Meine Damen und Herren! Ich bin schon am Ende. Ich möchte abschließend eigentlich noch ein Wort des Dankes sagen. Ich möchte an der Spitze sagen und mich auch von dieser Stelle aus an die Bauern und Bäuerinnen in unserem Land wenden. Ich glaube, daß wir ihnen wirklich von ganzem Herzen dafür danken müssen und danken sollen, daß sie oft die Mühe der Arbeit, die nicht immer sehr gut bezahlt ist, auf sich nehmen und nicht resignieren, sondern bereit sind, weiterzuarbeiten und sich den Aufgaben zu stellen. Ich glaube, daß dieser Dank an die Bauern in unserem Land in jeder Weise gerechtfertigt ist. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.) Ich möchte mich auch herzlich – das sage ich wirklich auch als nächstes – beim Herrn Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler bedanken. Nicht nur, daß er diese entscheidenden Weichenstellungen eingeleitet hat, und er hat es bei Gott nicht leicht. (Abg. Buchberger: „Seid froh, daß wir so gute Minister in der Regierung haben!“) Ich möchte mich bei ihm herzlich dafür bedanken, daß er es überhaupt angegangen ist, das Amt des Bundesministers anzunehmen. Das ist keine leichte Geschichte gewesen. Ich möchte mich aber auch bei ihm bedanken, daß ich immer offene Türen finde, wenn ich nach Wien komme. Das ist nicht selbstverständlich, meine Damen und Herren. Ich habe ihn heuer mehrmals anrufen und ihn ersuchen und bitten müssen, auch der Steiermark zu helfen. Ich habe am nächsten Tag einen Termin gehabt, und wir haben auch mit unseren Problemen nicht nur Verständnis sondern auch Unterstützung gefunden, ich nenne die Bergweinaufförderung, um nur ein paar Beispiele zu nennen, die Förderung des Obstabsatzes. Wir haben im vergangenen Jahr eine kritische Situation gehabt, die wir meistern konnten. Heuer haben wir Gott sei Dank keine Probleme, ob es der Krenabsatz oder was immer ist. Ich möchte mich aber auch ganz herzlich bei allen bedanken, die im Land für unsere Bauern arbeiten, die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft macht eine hervorragende Arbeit.

Wir brauchen die Beratung gerade in den kritischen Phasen der Umstellung dringendst. Ich möchte mich auch bei den Lehrern an unserer Schule bedanken, bei den Förderungsbeamten, allen, die im Versuchsbereich tätig sind, und ich möchte mich auch im nachhinein – wir haben heuer mehrere wertvolle Menschen verloren – bei diesen bedanken. Es ist vor kurzer Zeit der Herr Hofrat Gromes verstorben, der einige Zeit die Verantwortung in der Rechtsabteilung 8 in einer stillen, aber sehr vornehmen und wirkungsvollen Weise geführt hat. Der Herr Hofrat Pietsch, ein ausgezeichnete, pflichtbewußter Beamter, der leider allzu früh und plötzlich verschieden ist. Er hat als Leiter der Agrarbezirksbehörde Graz wertvolle Arbeit geleistet. Wir haben zwei junge wertvolle Menschen verloren: den Herrn Professor Hallama durch einen

schrecklichen Autounfall, ein ausgezeichnete Obstbauer, um den wir sehr trauern und der uns sehr abgeht, und einen jungen Lehrer, den Herrn Ladenhauf, auch von der Landwirtschaftlichen Fachschule Gleisdorf, der plötzlich verschieden ist. Ich sage das deshalb, weil man – glaube ich – den Menschen auch im nachhinein für das danken sollte, was sie für dieses Land getan haben.

Ich danke Ihnen allen, daß Sie mir zugehört haben, und wünsche unserer steirischen Landwirtschaft ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Klasnic:** Bevor ich die Sitzung unterbreche, habe ich noch die besondere Freude, eine Delegation von vier Sportwissenschaftlern aus der Volksrepublik China, die im Zuschauerraum Platz genommen hat, zu begrüßen. (Allgemeiner Beifall.) Das Besondere, das ich hinzufügen möchte, ist, daß sie ausschließlich aus ihrer Heimat zu uns in die Steiermark gekommen sind, daß wir das Reiseziel gewesen sind.

Damit leite ich zum Nachmittagsprogramm über. Wir unterbrechen nun für eine halbe Stunde und setzen mit dem Kapitel Fremdenverkehr fort. Erster Redner wird der Herr Abgeordnete Hermann Kröll sein. Wir beginnen um 13.05 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 12.35, Wiederaufnahme um 13.10 Uhr.)

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Als erstem Redner darf ich dem Herrn Bürgermeister Abgeordneten Hermann Kröll das Wort erteilen.

**Abg. Kröll:** Frau Präsident, Hohes leeres Haus!

Ich weiß, daß es für Sie und auch für mich nicht ganz einfach und leicht ist, jetzt so knapp nach Mittag in diese Materie einzusteigen. Ich weiß es daher sehr zu schätzen, daß Sie bereit sind, meinen Ausführungen zuzuhören, und zwar zu einem wichtigen Bereich: dem steirischen Fremdenverkehr.

Vor wenigen Tagen beim Landesfremdenverkehrstag in Deutschlandsberg konnte der Fremdenverkehrsreferent unseres Landes, Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger, die aktuellen Zahlen der Fremdenverkehrenächtingungen für das Sommerhalbjahr 1987 bekanntgeben. Diese sind für die Steiermark sehr erfreulich. Während der österreichische Tourismus insgesamt in dieser Zeit um 0,6 Prozent an Nächtingungen verloren hat, an Inländern 1,4 Prozent und an Ausländern 0,4 Prozent Abnahmen zu verzeichnen hatte, konnte die Steiermark eine Steigerung um 0,6 Prozentpunkte erreichen. Dies, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, war möglich, weil die Ausländernächtingungen in der Steiermark im Sommerhalbjahr um nicht weniger als 6,2 Prozent gestiegen sind.

Ich wage daher die Behauptung, daß hier nun wirklich die verstärkte Werbeaktivität im In- und im Ausland, aber insbesondere die gezielten Aktionen im Ausland gegriffen haben und daß die Sondermittel, die nunmehr schon seit einigen Jahren gezielt für verstärkte Werbung eingesetzt wurden, absolut richtig eingesetzt waren. Die Marketingarbeit des Landesfremdenverkehrsverbandes unter der Leitung von Herrn Hotter sowie die Bemühungen in den Regionen und in den Verbänden und Ortsvereinen, aber auch die Bemühungen, die sonst in den Gemeinden von allen Fremdenverkehrsträgern stets gemeinsam getragen werden, haben hier einen schönen Teilerfolg verzeichnet.

Außer der Steiermark haben nur noch die östlichen Bundesländer, nämlich Wien, Burgenland und Niederösterreich, Zunahmen zu verzeichnen, während alle anderen westlichen und südlichen Bundesländer zum Teil erheblich, bis zu 5,6 Prozent, wenn man Oberösterreich nimmt, oder bis zu 3,3 Prozent, wenn man das Beispiel Vorarlberg nimmt, im Sommer anteilmäßig verloren haben. Sie werden auch verstehen, daß ich mich als regionaler Abgeordneter des Ennstales und der Dachstein-Tauern-Region sehr freue, daß unsere Region nach einer längeren, sehr schwierigen Durststrecke im Sommer in diesem Jahr mit 4,3 Prozent zu dem schönen steirischen Ergebnis einen sehr beachtlichen Anteil leisten konnte. Die Steiermark verzeichnete demnach im Sommer 5,247.000 Nächtingungen, was ein Gesamtjahresergebnis für unser Land von 8,595.000 Nächtingungen ergibt, was auch bedeutet, daß es insgesamt – mit dem Winterhalbjahr zusammen – ein Mehr um 0,13 Prozent und ein Plus von 10.854 Nächtingungen gegeben hat. Dies bedeutet weiterhin, daß wir den vierten Rang unter den österreichischen Bundesländern haben.

Vieles könnte man jetzt anführen, um zu begründen und auch Aktivitäten aufzuzeigen, wie es möglich war, zu diesem Ergebnis zu kommen. Ich möchte aber aus Zeitgründen einerseits und andererseits doch wegen der grundsätzlich noch stärkeren Bedeutung mich mehr mit der Zukunft befassen:

Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich heute mit grundsätzlichen Anliegen zum Fremdenverkehr in der Steiermark befassen und möchte meinen, unser Land, die grüne Mark, hat sehr gute Chancen im Fremdenverkehr. Eine schöne, abwechslungsreiche Landschaft und fleißige, freundliche Menschen, die dem Gast entsprechend warm und herzlich gegenüber treten, sind dafür das Fundament. Die Fremdenverkehrsgesinnung im ganzen Land ist enorm gestiegen. Sie konnte in vielen Jahren traditionell aufgebaut werden und in vielen Gemeinden und Vereinen durch eine große Zahl ehrenamtlicher Mitarbeiter zu dem gebracht werden, wo wir heute sind. Auch ist in unserem Land die Infrastruktur sowohl in der Wirtschaft, also in den Betrieben, aber auch in den Orten sowohl für den Sommer- wie auch für den Wintertourismus ganz erheblich ausgebaut worden. Einige Schlaglichter nur in diese Betrachtung, ob es die Wintererschließungen sind mit Liften oder ob es die Hallenbäder waren oder ob es die Bäderachse ist, die Thermenlinie, oder ob es auch der Ausflugsverkehr ist oder ob es die Verbindung Tourismus und Kultur ist, die immer stärker greift. Der Stellenwert des Fremdenverkehrs in der Gesamtwirtschaft steigt und hat noch eine viel größere Chance in der Zukunft, die es gilt zu wahren. Das Management, wie ich meinen möchte, hat eine hohe fachliche Qualifikation und Eignung für diese Aufgabe und ist sicherlich in der Lage, gezielte Verkaufs- und Werbeaktivitäten für unser Land zu starten. Die Voraussetzungen dazu sind wesentlich verbessert worden, und es ist daher dem Herrn Landesrat und seinen engsten Mitarbeitern sowohl im Verband wie auch in der Abteilung dafür sehr herzlich zu danken.

Und damit komme ich etwas genauer noch zur Werbung und zu den finanziellen Möglichkeiten. Obwohl sich in den letzten Jahren die finanzielle

Situation dank der Initiative des Herrn Landesfremdenverkehrsreferenten gebessert hat, können wir nur Erfolge haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir mehr Mittel für die Werbung und für das Marketing zur Verfügung haben. Nur dann und nur dann können wir mit den anderen Bundesländern oder mit benachbarten Ländern des Auslandes Schritt halten im Wettbewerb um einen Kuchen, der insgesamt von unseren Herkunftsländern nicht größer wird. Jeder weiß, daß die Anzahl unserer Gäste vor allem in Deutschland, auch der inländische Gast, nicht unbedeutend rückläufig ist. Das heißt, daß automatisch mehr Menschen kommen, darf man nicht ableiten. Denn wo wir die Gäste herhaben, in diesen Nationen, ist die Bevölkerung im Sinken begriffen. Es wird daher die Bemühung um den vorhandenen Gast, um den vorhandenen Markt immer stärker, mit gezielten Werbemethoden und mit gezielten Werbemaßnahmen einfach ein größeres Stück von diesem Kuchen zu bekommen.

Wir haben grundsätzlich zwei Möglichkeiten: Entweder, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begnügen uns mit dem, was wir haben, und nehmen aber die Gefahr bewußt in Kauf, daß wir nicht nur den Stand nicht halten können, sondern in Kürze Terrain verlieren müssen, obwohl wir umgekehrtweise sehr gute Chancen hätten, Terrain zu gewinnen. Oder wir nützen die Chance für den steirischen Fremdenverkehr und geben ihm mehr Mittel für die Werbung und für das Marketing. Da dies über das Budget des Landes allein wohl nicht möglich sein wird, sehe ich nur die Möglichkeit im Wege eines Fremdenverkehrsgesetzes. Ich freue mich daher prinzipiell und grundsätzlich, daß hier an diesem Rednerpult von allen Parteien in den letzten Jahren immer wieder auch auf diesen Umstand hingewiesen wurde. Ich freue mich, daß es nun auch einen offiziellen Entwurf des Landes gibt, zu dem Stellung genommen wird, denn das haben wir immer wieder auch gefordert. Ich freue mich auch, daß die beiden Präsidenten hier – in der Generaldebatte Präsident Stoisser, und heute bei der Landwirtschaft Herr Präsident Buchberger – auch hingewiesen haben auf die Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Wirtschaft im allgemeinen, im gesamten gesehen nicht nur und im besonderen auch für unseren Bauernstand. Ich glaube aus Überzeugung, daß wir ein Fremdenverkehrsgesetz brauchen, um besser werben zu können. Schon Henry Ford sagte, wenn du in eine Sache einen Dollar hineinsteckst, gib einen zweiten dazu, damit du es bekannt machst. Es nützen uns die verbesserten Möglichkeiten an Infrastrukturen dann sehr wenig, wenn man sie nicht publik machen kann, dann sehr wenig, wenn wir nicht präsent sind mit anderen Konkurrenten, um den Gast im Ausland aber auch im Inland von unserer Schönheit zu überzeugen.

Hoher Landtag, wir müssen die Steiermark vor allem international besser bekannt machen. Tirol hat seit 1911 ein Fremdenverkehrsgesetz. Bis zu diesem Gesetz sind Hunderte und Tausende Bauern und Arbeiter aus Tirol abgewandert, weil sie keine Chance für eine Existenz im Land hatten, vor allem ins Schwabenland hinaus, nach Deutschland, sind ja geradezu tausend Tiroler abgewandert, bis es möglich war, auf der Basis und Grundlage der finanziellen Mittel eine koordinierte Fremdenverkehrswirtschaft aufzubauen

und eine eigene Existenz und Arbeitsplätze im Land zu schaffen. Mittlerweile haben alle anderen Bundesländer mit Ausnahme der Bundeshauptstadt Wien, die auch Stadt ist, ein Fremdenverkehrsgesetz. Ich weiß, daß Vergleiche meist oder sehr oft hinken. Aber lassen Sie mich trotzdem am Beispiel von Südtirol aufzeigen, welche Chancen der Tourismus oder – besser gesagt – die Freizeitwirtschaft auch für uns längerfristig haben könnte. Auch die Steiermark hat wie Südtirol Berge und Seen. Auch wir haben Rebenhänge, auch wir sind ein gewachsenes Land, auch wir haben Thermen und Bäder. Und dieser Tage referierte der Abgeordnete zum Südtiroler Landtag Dr. von Eden aus Kaltern über das Thema „Der Fremdenverkehr in Südtirol“, und ich möchte Ihnen einige nicht uninteressante Zahlen und Aussagen hier wiedergeben: Südtirol mit seinen 430.000 Einwohnern hat 5700 gewerbliche Fremdenverkehrsbetriebe, 9000 private Fremdenverkehrsbetriebe und 130 Campingplätze, die zusammen haben 225.000 Betten, davon 155.000 gewerbliche Betten. Die Nächtigungszahl beträgt für 1987 in diesem Südtiroler Land 23,6 Millionen, was der höchste Stand seit Bestehen des Fremdenverkehrs in Südtirol ist, eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 2 Prozent. Seit 1968 hat Südtirol mit Ausnahme des Jahres 1980/81 immer Zuwächse im Fremdenverkehr zustande gebracht. Und nun, was wendet für diese Fremdenverkehrswirtschaft, für die Fremdenverkehrsbetten und für diese Einrichtungen Südtirol an Mitteln auf? Südtirol hat für diese Fremdenverkehrsbetreuung ihrer 430.000 Einwohner und ihrer 14.000, 15.000 Betrieben 240 Millionen Schilling zur Verfügung, wovon ausschließlich nur für reine Werbemaßnahmen 90 Millionen vom Land den Orten und den Regionalverbänden zur Verfügung gestellt werden – 90 Millionen, weitere 30 Millionen für eine ausschließlich schwerpunktmäßige Landeswerbung zur Verfügung stehen, also 120 Millionen reine Werbemittel. Dazu kommt noch, sehr verehrte Damen und Herren, daß die Nächtigungsabgabe in Südtirol zur Gänze in den Gemeinden bleibt, und zwar 80 Prozent von der Nächtigungsabgabe, die an sich nicht übermäßig hoch ist, gestaffelt ist von etwa 3 bis etwa 6, 7 Schilling, 80 Prozent davon gehören auch noch dem Ortsverband, 20 Prozent der örtlichen Gemeinde. Weitere 120 Millionen, also genau die Hälfte, kann Südtirol für die Fremdenverkehrswirtschaft gezielt zu ihrer Komfortanpassung und Erhebung und auch für konkrete gewerbliche Maßnahmen zusätzlich zur Verfügung stellen. Ich glaube, meine Damen und Herren, ich weiß schon, ich sagte es schon, Vergleiche hinken, und es ist auch Rom nicht an einem Tag aufgebaut worden, aber wir sollten uns an einem solchen Beispiel ein Ziel setzen, daß wir schrittweise dort hinkommen. Wir müßten durch ein Fremdenverkehrsgesetz die Bereitschaft weitester Teile der Bevölkerungskreise finden, wenn es uns gelingt, gemeinsam darzulegen, daß viele Existenzen dadurch eine Chance haben, daß Arbeitsplätze und Lehrlingsarbeitsplätze geschaffen werden, daß die Kaufkraft in den Ortsgemeinden bleibt, daß der Export durch die internationalen Gäste eine klassische Exportförderung darstellt, daß Handel und Gewerbe durch die Investitionen einen unglaublichen Investitionsbelegungseffekt haben, daß das Bau- und das Baunebengewerbe enorm stark belebt werden durch den Tourismus und nämlich die Wirtschaft vor Ort,

denken wir an das ganze Baunebengewerbe. Denken wir an die Landwirtschaft, die ihre Milchprodukte, die Fleischprodukte, Wurst, Obst und Wein, mit denen wir heute in so reichem Maße auch hier beschenkt wurden, gesprochen wurde, hier, bitte, im Land absetzen kann. Und mit erhöhten Gästen umso mehr hier absetzen kann. Wo wir auch wieder zeigen können, welche hervorragenden Produkte in unserem Land erzeugt werden. Daß auch die Freiberufler, nicht wie man immer hört, die nichts haben davon, natürlich haben ein Arzt und ein Notar und ein Anwalt und ein Steuerberater und alle, wie sie sind, auch etwas, denn selbstverständlich kann auch ein Gast einmal krank werden, und sind ja durch den Tourismus erhebliche Grundstücksaktivitäten im Gange und Bauten im Gange, was ja alles an Verträgen nach sich zieht. Unsere Museen und die Theater im Lande können natürlich auch sehr viel besser ausgelastet werden, wenn es uns gelingt, durch unsere Gäste diese Kostbarkeiten zugänglich zu machen. Bilden wir daher gemeinsam eine Art Interessensgemeinschaft, nicht indem wir – ich möchte das direkt ansprechen – es uns zu einfach machen und sagen, dafür habe ich Verständnis, wenn man es einfach anschaut, wenn man sagt, wer will schon eine neue Steuer, sondern legen wir dar, welche Chance die Steiermark hätte, wenn wir sie gemeinsam nützen würden. Und machen wir ein sinnvolles, auf steirische Verhältnisse abgestimmtes Gesetz, indem sich die natürlichen und logischen Partner, die der Fremdenverkehrstouristik, die der Gemeinden, die der Regionen und der Ortsvereine und vor allem auch der Wirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und alle, die im Fremdenverkehr Dienste anbieten. (Abg. Kirner: „Kannst du dich erinnern, wie lange ich das schon gesagt habe?“) Und jetzt gibt es einen Entwurf, und der wird jetzt verschieden gesehen. Ich bin froh, daß es einen Entwurf gibt. Das heißt ja noch nicht, das muß das Gesetz sein, aber auf der Basis dieses Entwurfes sollen sich diese Träger zusammensetzen und schauen, daß wir in den nächsten Monaten zu einem beschlußreifen Papier kommen, das eine breite Trägerschaft findet. Das wäre auch meine Bitte, und gehen wir dann vielleicht gemeinsam hinaus in die steirischen Lande, auch Herr Abgeordneter Weilharter, und versuchen wir, das verständlich zu machen, warum wir das brauchen und wem es nützt. Und dann – glaube ich – wird es auch gelingen, unsere Steirerinnen und Steirer von der Richtigkeit und Notwendigkeit zu überzeugen. Darf ich Sie zum Abschluß aus Anlaß des 15jährigen Weltcupjubiläums in Schladming zum Silvesterlauf herzlich einladen. Vielleicht erlaubt es Ihre Zeit. Ich würde mich, und alle in Schladming würden sich sehr freuen. Und weil es 15 Jahre her ist, als Franz Klammer das erste Mal gewonnen hat, darf ich doch, ohne jetzt lange Listen vorzulesen oder sie zu nennen, den verantwortlichen Männern im Schiverband – hier ist der Präsident Lexer anwesend –, seinem Vorgänger Dr. Straub, dem Lazi Seibetseder, der nicht mehr lebt, der der örtliche Präsident war, dem Karli Kahr stellvertretend für alle danken, die es in beispielsweise Arbeit und mit viel Einsatz möglich gemacht haben, daß wir in diesem alpinen Schiweltgeschehen nun doch seit 15 Jahren ein fixer Bestand waren. (Allgemeiner Beifall.) Ich glaube schon, daß das auch ein nicht unwesentlicher Beitrag, verehrter Herr Landesrat, zum steirischen Tourismus für das Winterhalbjahr sein wird.

Hoffen wir, daß der Wettergott mitspielt, und in diesem Sinne, meine sehr Verehrten, möchte ich allen, die in der Steiermark – wo immer sie tätig sind: ganz oben, in der Mitte oder weiter herunter – für den steirischen Fremdenverkehr in einer sympathischen Weise und mit viel Fleiß tätig sind, auch von mir einen herzlichen Dank sagen, und ich hoffe und wünsche, daß der steirische Fremdenverkehr eine gute Zukunft hat. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Günther Ofner.

**Abg. Günther Ofner:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Fremdenverkehr ist ein mindestens so wichtiges Kapitel wie die Landwirtschaft, worüber wir vormittags sehr ausgiebig diskutiert haben, oder auch die Wirtschaft, die anschließend behandelt wird.

Begründet kann das insofern werden, da rund 30.000 Steirerinnen und Steirer im steirischen Fremdenverkehr tätig sind, davon etwa 14.000 als Unselbständige und rund 3700 Lehrlinge. Die Fremdenverkehrswirtschaft ist daher, was die Arbeitsplatzbeschaffung betrifft, ein ganz, ganz wesentlicher Faktor. Viele andere Wirtschaftszweige hängen mit dem Fremdenverkehr ganz eng zusammen, egal, ob es Handel, Gewerbe, die Nahrungs- oder Genußmittelindustrie, die Textil- und Bekleidungsindustrie oder Verkehrsunternehmen usw. sind. Daraus ergibt sich für die Steiermark, daß nach den erhobenen Umsatzmeßzahlen jährlich über 7,1 Milliarden Schilling Umsatz aus dem Fremdenverkehr erarbeitet wird. Das ist, meine Damen und Herren, eine ganz, ganz beträchtliche Zahl und verdient daher, daß man diesem Kapitel eine besondere Bedeutung zumißt.

Man darf den Fremdenverkehr nicht nur gesamtösterreichisch oder gesamtsteirisch betrachten, sondern er hat vor allem für die einzelnen Regionen eine ganz besondere Wichtigkeit, ganz egal, ob es hier um die Obersteiermark oder Südsteiermark geht. Vor allem für Regionen, die auf Grund ihrer Struktur und Lage nicht die Möglichkeit haben, Großbetriebe zu besitzen oder solche zu bekommen, die als einzige Chance eben den Fremdenverkehr in der Beschäftigung und im Einkommen sehen. Darum ist es verständlich, daß die Entwicklung im Fremdenverkehr, vor allem was die Nächtigungen betrifft, sehr genau beobachtet und registriert wird. Mit Freude kann daher festgestellt werden, daß das Ergebnis, also die Nächtigungsziffer für 1986, sehr positiv war. Ich erspare mir, diese Zahlen zu nennen, da mein Kollege Kröll ja das sehr ausführlich getan hat.

Nicht so gut sieht sicherlich die Statistik für das Geschäftsjahr 1986/87 aus wie das vorhergehende Jahr, aber wir können mit diesem Abschluß eigentlich auch zufrieden sein. Vor allem aber wäre es schön und gut, wenn wir wieder einmal auf das Rekordergebnis des Jahres 1981 kommen würden, wo 9,500.000 Nächtigungen gezählt wurden, um fast eine Million Nächtigungen mehr als im Vorjahr. Um dieses Traumergebnis wieder erreichen zu können, werden zukünftig viel, viel Fleiß und Ideenreichtum von allen Fremdenverkehrsmanagern und Beteiligten erwartet werden müs-

sen. Ein gutes Marketing und eine verstärkte und gute Werbung, vor allem aber mehr Geld für die Werbung werden aufgewendet werden müssen, und da bin ich voll und ganz mit deinen Ausführungen, Kollege Kröll, einverstanden, und wir sind hier ganz gleicher Meinung.

Wenn auch in diesem Budget durch die Umschichtung um rund 5 Millionen Schilling mehr Mittel für Marketing und Werbung vorhanden sind, so ist dies sicherlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In der neuesten Ausgabe des „Observer“ wird in sehr eindrucksvoller Weise dargestellt, wie groß der Werbeaufwand für Print- und Elektronikmedien einzelner Bundesländer ist. Um nur einige Zahlen zu nennen, beträgt der Werbeaufwand für Inseratenplatzierung, Sendezeiten und Plakatflächenmiete, jedoch ohne Gestaltungs- und Produktionskosten, in der Steiermark für 1987 814.000 Schilling und wurde gegenüber dem Vorjahr nur ganz leicht angehoben, wobei das Land Kärnten gegenüber 1986 um fast eine Million Schilling, also auf 3,4 Millionen Schilling, aufgestockt hat. Niederösterreich hat von 1986 auf 1987 1,2 Millionen Schilling mehr Mittel, also im ganzen 2,5 Millionen Schilling, bereitgestellt. Oberösterreich stockte von 513.000 Schilling auf 5,4 Millionen Schilling auf. Dieser Werbeaufwand von Oberösterreich spottet jedoch jeder Verhältnismäßigkeit.

Tatsache aber ist, meine Damen und Herren, daß der Fremdenverkehrsverband wesentlich mehr Geld, vor allem für die Werbung und für das Marketing, benötigt, als das zur Zeit zur Verfügung gestellt wird. Diese notwendigen Mittel sind aber nur über ein modernes Fremdenverkehrsgesetz bzw. durch einen Fremdenverkehrsbeitrag hereinzubekommen. Ein Fremdenverkehrsgesetz würde den Fremdenverkehr in seiner Gesamtheit stärken und die Finanzierung von Maßnahmen, Werbung und Marktpflege für örtliche, überörtliche und bundesweite Initiativen sicherstellen.

Ich bedaure daher wirklich sehr, daß es bis jetzt nicht möglich war, dieses für den Fremdenverkehr so wichtige Gesetz zu beschließen. Es gab im letzten Jahrzehnt keine Budgetrede, meine Damen und Herren, wo nicht die Wichtigkeit dieses Gesetzes angesprochen und gefordert wurde. Landesrat Dr. Heidinger versprach es auch schon jahrelang. Schon im Jahre 1983 hat Kollege Dr. Dorfer als Direktor der Handelskammer gesagt, er wird sich, weil es für die Wirtschaft so wichtig ist, für ein Fremdenverkehrsgesetz einsetzen, und betonte, daß dies ein Gebot der Stunde sei. Jetzt muß man mit Bedauern feststellen, Herr Kollege Dr. Dorfer, daß gerade die Handelskammer es ist, und vor allem der Präsident, die diesen Entwurf wieder ablehnt und die Gesetzeswerdung weiter verzögert. (Abg. Dr. Dorfer: „Das stimmt nicht!“) Hoffen wir es; ich bin sehr neugierig. Ich weiß schon, Herr Kollege Dr. Dorfer, daß der Entwurf – und vor allem möchte ich hier sagen, der zweite Entwurf – nicht gut ist. Der erste Entwurf wäre meines Erachtens der bessere gewesen. (Abg. Pörtl: „Kollege Ofner, du verwechselst Dr. Dorfer mit Mag. Rader!“) Ja, ja, er gehört auch dazu. Ich schließe ihn mit ein. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege Ofner, aus dem Gebot der Stunde ist aber ein Gebot des Jahrhunderts geworden.“) Ja, das könnte man wirklich sagen. Ich geb dir recht. Auch wir sind über den zweiten Entwurf bei Gott nicht glücklich, das

möchte ich betonen. Der erste Entwurf vom 2. Dezember 1985 wäre sicherlich der bessere gewesen. Wie ich vernommen habe, wird jedoch die Handelskammer einen besseren Entwurf erarbeiten, da scheinbar der zuständige Landesrat mit der Fachabteilung nicht in der Lage ist, einen solchen zu erstellen. Und ich kann mir nicht vorstellen, daß das, was dem Herrn Landesrat und seiner Fachabteilung über ein Jahrzehnt nicht gelungen ist, jetzt innerhalb von einigen Monaten die Handelskammer in die Wege leiten wird. Ich bin sehr neugierig darauf. Auf jeden Fall, meine Damen und Herren, ohne Beiträge wird es nicht abgehen. Und ohne Beiträge wäre jedes Gesetz auch hier wirklich verfehlt. Gerade die Vertreter der Handelskammer haben immer wieder betont, daß die Wirtschaft bei diesem Gesetz Verständnis haben sollte. Leider war das nur – das darf ich wirklich sagen – bis jetzt ein leeres Lippenbekenntnis. Landesrat Heidinger hat in der letzten Budgetrede gesagt, es ist im Protokoll nachzulesen, Kollege Dr. Dorfer sollte innerhalb der Kammer beim Interessensausgleich so erfolgreich sein wie am Rednerpult. Leider, Kollege Dr. Dorfer, warst du nur am Rednerpult erfolgreich. Dein Präsident Stoisser hat doch wesentlich mehr Macht, als du angenommen hast. Er verhinderte das Fremdenverkehrsgesetz sehr erfolgreich. (Abg. Dr. Dorfer: „Das stimmt einfach nicht!“) Ich lasse mich überraschen, ob es in den nächsten Monaten hier in dieses Haus kommt, ich lasse mich überraschen. Auf jeden Fall wird es jahrelang versprochen, meine Damen und Herren, wir haben es immer noch nicht. (Abg. Dr. Dorfer: „Wir werden ein Gesetz zustandebringen!“) Kollege Dr. Dorfer, ich komme auf das noch einmal zurück. Eines darf ich dir auf jeden Fall sagen, das, was jetzt eventuell von der Wirtschaft kommt, kommt ihr dann sicherlich in vielfacher Weise wieder zurück, darüber solltest du auch nachdenken. (Abg. Dr. Dorfer: „Jedem kommt es zugute, nur zahlen muß es die Wirtschaft!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, tun wir uns wieder ein bißchen beruhigen, es geht ja nachher wieder weiter. Alle Bundesländer – und das ist nämlich auch interessant – alle Bundesländer außer Wien haben bereits ein Gesetz, nur wir in der Steiermark bringen es nicht zusammen. (Abg. Dr. Dorfer: „Es wird schon werden!“) Das ist das Interessante und für mich Unverständliche!

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich sehr beeindruckend, wenn man schaut, was über diese Fremdenverkehrsgesetze in den verschiedenen Ländern hereinkommt, Tirol 253 Millionen, Kärnten 43 Millionen, Niederösterreich 38 Millionen, Oberösterreich 23 Millionen, und in der Steiermark würden nach den Berechnungen wahrscheinlich 80 Millionen hereinkommen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Vor allem wenn die anderen zahlen!“) Und ich habe gesagt, lieber Kollege Prof. Dr. Eichinger, daß gerade dieses Geld wieder der Wirtschaft zugeführt und sich das sicherlich multiplizieren wird. Da bin ich überzeugt. Und bitte, wenn du mir das nicht glaubst, dann rede einmal mit dem Kollegen Kröll, er – glaube ich – hat hier mehr Einblick als du, und ich würde mich wirklich auf seine Meinung stützen. (Beifall bei der SPÖ.)

Mit 1. Jänner 1986, meine Damen und Herren, wurde das Salzburger Fremdenverkehrsgesetz

beschlossen. Es ist aber in fast allen Bereichen für die Steiermark wirklich nicht anwendbar oder kaum anwendbar. Um die Konkurrenzfähigkeit der Steiermark im Fremdenverkehr aber zu erhalten und weiter auszubauen, ist dieses Gesetz eine unabdingbare Notwendigkeit. Ich fordere daher wirklich und ersuche die Handelskammer, und vor allem den Präsidenten Ing. Stoisser und dich, Kollege Dr. Dorfer, daß alles daran gesetzt wird, daß raschest dieses Gesetz hier in das Haus kommt und daß es nicht weiter verhindert wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ist es notwendig, daß eine Fremdenverkehrsabgabe für Ferienwohnungen und Zweitwohnungen eingehoben wird. Immer mehr kann man feststellen, auch in meiner Gemeinde, daß Gäste sich mit Zweitwohnsitz anmelden, um sich damit die Fremdenverkehrsabgabe zu ersparen. Es nimmt immer mehr zu, daß Wochenendhäuser, Ferienhäuser und Jagdhütten an Gäste vermietet werden, wo keine Meldung erfolgt. So wie überhaupt gesagt werden kann, daß die Meldemoral immer schlechter wird, wobei den Gemeinden eine Überprüfung auf Grund von Personalmangel oder auch aus rechtlichen Überlegungen meistens gar nicht möglich ist. (Landesrat Dr. Heidinger: „Ich habe Verständnis für die Bürgermeister!“) Ich meine auch, daß es denen gar nicht zugemutet werden kann. Das meine ich wirklich. Außerdem sollte man auch bedenken, daß von der Fremdenverkehrsabgabe, die 6 Schilling beträgt, ja nur die Hälfte den Gemeinden überlassen wird und dann die Kontrolle auch die noch hätten, ich glaube, das wäre sicher nicht richtig. Man müßte sich, Herr Landesrat, wirklich Gedanken machen, und ich ersuche Sie, wie man diese Meldungen besser überprüfen könnte beziehungsweise wie man die Meldemoral heben könnte. Diese Überlegungen gehören in das neue Fremdenverkehrsgesetz miteinbezogen. Wie kommen jene Betriebe dazu, die sehr brav ihre Meldungen und ihre Abgaben zahlen, gegenüber jenen, die nur kassieren, aber in die eigene Hosentasche.

Zum Schluß kommend möchte ich nochmals auf die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs für die einzelnen Regionen hinweisen, auf Regionen, die keine größeren Betriebe und Industrien besitzen und nur den Fremdenverkehr als einzigen Wirtschaftszweig haben. Diese Bezirke brauchen die verstärkte Hilfe der öffentlichen Hand. Und Kollege Kröll hat ein bißchen Werbung für die Ramsau gemacht, gestatten Sie mir, daß ich auch hier – (Abg. Kröll: „Für unser Weltcuprennen habe ich es gemacht!“) o. k. – gestatten Sie mir, daß ich auch konkret die Region Murau nenne. Es ist ein Bezirk, der die nötige Infrastruktur im Fremdenverkehr besitzt. Aber um im Fremdenverkehr weiterzukommen, brauchen wir größere Veranstaltungen. Ich denke hier an die Landesausstellung „Holz“, die so nach 1990 uns zugeteilt wird, und ich möchte noch einmal hier die Nordische WM 1995 ansprechen, wo es – glaube ich – wirklich gut wäre, daß man sie teilen würde: Sprungbewerbe nach Murau und Langlaufbewerbe in das Ennstal. Die Region Murau braucht sehr notwendig diese großen Veranstaltungen. Wir erwarten uns daher wirklich auch Ihre Hilfe, Herr Landesrat Dr. Heidinger.

Meine Damen und Herren! Die Steiermark ist ein so bezauberndes Land, welches so vielfältig und so reich an Kultur und Schönheit ist. Es ist ein Land, wo die

Menschen – und Kollege Kröll hat es auch betont – freundlich sind und die Gäste sich wohlfühlen können und eigentlich auch von uns in der Steiermark wirklich verwöhnt werden. Es ist aber auch ein Land, wo die Bevölkerung fleißig ist und durch harte Arbeit den Fremdenverkehr aufgebaut hat. Egal, ob es sich hier um Fremdenverkehrsbetriebe gewerblicher Art oder privater Art handelt oder ob es hier um „Urlaub am Bauernhof“ geht. Gewerbliche Betriebe haben auf Grund ihres ständigen Bemühens durch Investitionen ihren Anteil am Fremdenverkehr vergrößern können. Auch der „Urlaub am Bauernhof“ hat sich recht gut entwickelt und bildet für die Bauern ein zusätzliches Nebeneinkommen. Das Österreichische Statistische Zentralamt für Wirtschaftsforschung, meine Damen und Herren, hat im Auftrag des Wirtschaftsministeriums eine Studie über die Situation des Fremdenverkehrs und dessen Aussichten bis zum Jahre 2000, also bis zur Jahrtausendwende, durchgeführt. Laut dieser Studie wird die Zahl der Nächtigungen in Westeuropa bis zum Jahre 2000 bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von 2 Prozent und 2,75 Prozent pro Jahr wachsen. Wenn das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt stärker ausfällt, dann würden die Nächtigungen um 4,5 Prozent pro Jahr ansteigen. Leider ist dies wohl kaum zu erwarten. Die Ausländernächtigungen insgesamt werden in Österreich voraussichtlich um 2 Prozent pro Jahr zunehmen. Die Inländernächtigungen wachsen ebenfalls jährlich um 2 Prozent an. Die Nächtigungen von Gästen aus der Bundesrepublik Deutschland werden sich bis zum Jahre 2000 um 1,5 Prozent erhöhen. Und so können wir doch auf Grund dieser Zahlen etwas optimistisch, was den Fremdenverkehr betrifft, in die Zukunft blicken. Ich wünsche es dem Fremdenverkehr. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

**Abg. Mag. Rader:** Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe mich da gestern ein bißchen intensiver mit der Frage der letzten Landtagswahlen beschäftigen müssen und bin draufgekommen, daß der Kollege Prof. Dr. Eichinger bereits nicht mehr auf seinem Sessel säße, wenn wir später gewählt hätten, und die Frau Präsident hat dann völlig richtig angemerkt, daß sie eigentlich vorher säße, und hat Angst um ihren Sessel gehabt.

Frau Präsident, das täte mir bei Ihnen besonders leid. Ich habe zwar gedacht, Sie werden auf die Regierungsbank wechseln; da hat irgendwer dazwischengerufen: „Der Platz ist nicht frei“. Ich habe mich überzeugen können, er ist wirklich nicht frei, da sitzt einer. Und gerade bei der Frau Präsident Klasnic täte es mir persönlich wirklich leid, wenn sie am Boden sitzen müßte. Ich habe mir daher erlaubt, so quasi als Vorgriff auf Weihnachten ihr auf jeden Fall, falls etwas schief geht, ein Sessel zu besorgen, und ich darf es ihr jetzt sicherheitshalber überreichen, damit Sie, falls etwas schief geht, auf jeden Fall einen Sessel haben. Sie erlauben, wenn ich es einstweilen auf Ihren Platz hinstelle. (Beifall bei der SPÖ. – Präsident Klasnic: „Herr Kollege, danke für den kleinen Blauen.“)

Liebe gnädige Frau, wer wirklich groß ist – und das sind Sie –, hat auf dem kleinsten Sessel Platz und stellt etwas dar. Außerdem wäre es so schwer gewesen, einen wirklich großen Sessel hereinzutragen. Ihr erlaubt, daß ich daher dieses Symbol verwendet habe. Er ist doch lieb. Ich habe ihn in allen Farben gewählt: grün ist dabei, schwarz ist dabei, blau ist dabei, rot ist dabei. Was weiß ich, was noch alles. Ich glaube, er ist wirklich hübsch, und es wird ja sicher jemanden geben, der damit etwas anfangen kann. (Abg. Dr. Maitz: „Reden wir vom Fremdenverkehr!“) Ich bin felsenfest überzeugt, daß eine freundliche Geste im gegenseitigen Fall zumindest von der Frau Präsident, wenn schon nicht von Ihnen, genauso erfolgen würde. (Abg. Pörtl: „Wenn wir das gewußt hätten, hätten wir dir vor der Wahl einen gekauft, denn da hat es dich anständig gerissen!“) Ja, weil du mir keinen gekauft hast, habe ich mir selber einen besorgen müssen über die Wähler. Bitte, ich will nicht die Unhöflichkeit haben, den stellvertretenden Landesparteiobmann der ÖVP zu unterbrechen. Nur als kleine Antwort, daß wir in der Obersteiermark ein Grundmandat gemacht haben; dabei haben eure Freunde in Murau heftig mitgeholfen. Ich danke euch herzlich dafür.

So, meine Damen und Herren! Eines der wesentlichsten Bestandteile der Fremdenverkehrsdebatten der letzten Jahre und auch der Wirtschaftsdebatten war die Frage einer möglichen oder nicht möglichen flexiblen Ladenöffnungszeit, und weil ich in den letzten Budgetdebatten diese Thematik immer wieder angeschnitten habe, darf ich daher auch diesmal, allerdings in anderem Tenor als bisher, dieses Thema anschneiden. Ich möchte ausdrücklich begrüßen, was im letzten Jahr in dieser Thematik in der Steiermark geschehen ist. Da ist der Versuch unternommen worden, einen jahrelangen Nachholbedarf ein bißchen aufzuholen, und ich glaube, daß die sechs Monate probeweise Aufgabe der Mittagssperre ihre Auswirkungen insbesondere hier in der Landeshauptstadt haben, nach quasi Beendigung von beinahe fünf Monaten oder viereinhalb Monaten schon gezeigt hat, daß auf jeden Fall all diese vielen Befürchtungen, die es gegeben hat, nicht eingetreten sind. Und zwar weder von der wirtschaftlichen Seite eingetreten sind noch, wie ich meine – und der Kollege Rainer zückt seinen Kuli, und deswegen sage ich das jetzt –, die Befürchtungen, die es von Arbeitnehmerseite gegeben hat, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß es sich unter dem Strich nach den ersten vier Monaten – aber vielleicht wird der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba das besser beantworten können und auch die Vertreter der Handelskammer – herausgestellt hat, daß in Wahrheit nichts geschehen ist, zumindest nichts von jenen furchtbaren Befürchtungen, die es gegeben hat. Allerdings auch nicht – aber das hat ja ernsthaft niemand erwartet – die Befriedigung jener exorbitanten Hoffnungen, die es gegeben hat, so daß man durchaus nur einen Schluß ziehen kann: Wozu regelt man intensiv, wenn mehr Liberalität, mehr Möglichkeit, frei zu gestalten, genau dieselben Ergebnisse bringt? Tatsache ist ja, daß jeder einzelne Geschäftsmann sein anderes Käuferpublikum hat, das zu anderen Zeiten seine Einkäufe tätigen will, daß genau dieses Publikum mit zunehmendem Alter auch andere Einkaufsgewohnheiten hat, und ich sehe überhaupt nicht ein, warum man dem einzelnen Geschäftsmann nicht die Möglichkeit geben sollte,

genau diesem veränderten Bedarf jeweils so, wie es sein Publikum haben will, nachzukommen. Daß das natürlich eine positive Auswirkung auf den Fremdenverkehr der Landeshauptstadt Graz hat, vor allem auf den Fremdenverkehr, der sich durch die Kongreßtätigkeit ergibt, ist ja etwas, was allgemein bekannt ist und was ja schlußendlich wohl zu jener Regelung geführt hat. Auch daß es in der Zwischenzeit in der Steiermark eine wirklich erkleckliche Anzahl von Fremdenverkehrsgemeinden gibt, in denen es flexiblere Möglichkeiten gibt, ist etwas, was man positiv anmerken sollte. Genauso wie wir in den letzten Jahren negativ angemerkt haben, daß sich in dieser Richtung nichts bewegt hat, darf ich fairerweise heute positiv anmerken, daß es hier eine positive Entwicklung gegeben hat.

Und nun, meine Damen und Herren, zu jenem bislang immer nur am Rande angeschnittenen, aber im wesentlichen zentralen Thema der Debatte: zum sogenannten steirischen Fremdenverkehrsgesetz.

Meine Damen und Herren, wenn ich die Zitate, die ich von jener Zeit, in der ich noch nicht in diesem Hause war, nachgelesen habe, richtig gelesen habe, dann gibt es dieses Gesetz ja schon seit etwa 15 Jahren, weil es bereits der vorvorige Fremdenverkehrsreferent und nunmehrige Präsident des Landtages, wie ich gelesen habe, in der Schublade liegen gehabt hat. Er hat es nicht herausgezogen. Ich bezweifle auch, daß es dasselbe war, das in der Schublade gelegen hat, falls dort überhaupt etwas war. Nach irrsinnig langen Geburtswehen gibt es jetzt einen Entwurf, der zur Überraschung aller eigentlich nichts anderes ist, als die Abschrift des Salzburger Fremdenverkehrsgesetzes mit einem kleinen Tiroler Touch und sonstigen ganz zarten, feinen, ziselierten Veränderungen, das aber überhaupt nicht berücksichtigt, daß wir in der Steiermark eine ganz andere Struktur haben als jene großen Fremdenverkehrsländer, in denen es relativ gleichmäßig auf das ganze Landesgebiet verbreitet eine bestimmte Mindeststruktur im Fremdenverkehr gibt, während es in der Steiermark dichte Gebiete und riesige weiße Flecken gibt. Man hat aber im Entwurf trotzdem den Weg gewählt, wie er in den anderen Fremdenverkehrsgesetzen gewählt wurde, querein auch jene Bereiche miteinzubeziehen, in denen sich Jahr und Tag – und nicht einmal durch Werbemaßnahmen – kein Gast hinverirrt und nicht hinverirren will. Und da möchte ich eine Bemerkung aufgreifen, die der Herr Abgeordnete Kröll meiner Meinung nach so richtig gesagt hat: Es handelt sich ja hier um einen Kuchen, der gesamtösterreichisch in Wahrheit nicht größer wird. Ich würde sogar sagen: Auf Sicht gesehen befürchte ich, daß er marginal kleiner werden wird. Und es handelt sich jetzt mit 15 Jahren Verspätung um einen verzweifelten Versuch, Mittel aufzutreiben, um die Auseinandersetzung innerösterreichisch zu führen. Es ist keine Auseinandersetzung in fremden Ländern um Gäste, die neu hier nach Österreich hereinkommen werden, sondern es ist in Wahrheit eine natürlich auf Außenkriegsplätzen durchgeführte Auseinandersetzung, daß wir uns innerhalb von Österreich mit den anderen Bundesländern um Marktanteile ritzen, die die anderen Bundesländer auf Grund ihres frühzeitigen Beginnens sich schon relativ dicht gesichert haben. Das ist die nüchterne Ausgangsbasis. (Abg. Kröll: „Das bedeutet natürlich, sich mit Südtirol, mit

der Schweiz und so weiter zu messen!") Ich glaube, daß die anderen Bundesländer – und da treffen wir uns wieder, wenn wir uns auf diese Sprachregelung einigen – auf jenen Märkten, die du jetzt angeschnitten hast, versuchen, ihre Marktbestandteile abzusichern, und daß wir durch Konkurrenz auf diesen Märkten versuchen, von ihren Marktbestandteilen Scheiben abzuschneiden. Das ist die nüchterne Realität, so daß unterm Strich genau das stimmt, was Kröll sagt. Wir greifen ein, oder wir versuchen einzugreifen in die Auseinandersetzung um einen Markt, der insgesamt in Österreich nicht größer werden wird. Ich bleibe jetzt einmal bei dieser Formulierung und sage nicht die zweite Formulierung dazu, die ich befürchte, daß es möglicherweise auf Grund der Wirtschaftsentwicklung im gesamteuropäischen Raum und auch in Übersee geringere Dinge geben wird. Und das versucht man durch eine Geldbeschaffungsaktion, die nicht im Jahre 1977, nicht im Jahre 1972, nicht im Jahre 1980, sondern 1989 einsetzen soll. Im Jahre 1989, wo es im Gegensatz zu den siebziger Jahren eine ganz andere wirtschaftspolitische Entwicklung in Österreich gegeben hat, und wir sind keine Träumer, und wir werden in der Wirtschaftsdebatte anschließend das wahrscheinlich wohl alle wieder bestätigen müssen. Diese wirtschaftspolitische Entwicklung wird sich in Wahrheit nicht verändern. Wenn ich mir jetzt die berufsmäßigen Vertreter der Wirtschaft – mir tut persönlich eigentlich leid, daß ausgerechnet bei dieser Fremdenverkehrsdebatte der Präsident der Handelskammer nicht anwesend ist, ausgerechnet bei dieser Fremdenverkehrsdebatte, aber er hat ja seinen Kammeramtsdirektor hiergelassen – (Abg. Kröll: „Er hat eine sehr grundsätzliche Aussage in der Generalrede gemacht!“) Ja, ja, ich habe das in diesem Hause, lieber Kollege Kröll, einmal „Management per Helikopter“ genannt, nämlich zu landen, Staub aufwirbeln, wenn sich der Staub gelegt hat, schon verschwunden zu sein. Und jetzt hat sich der Staub gelegt, und jetzt werden wir diese Aussagen einmal grundsätzlich detailliert anschauen, jetzt ist er weg. Aber bitte, der Handelskammerpräsident ist ja da, und die berufsmäßigen Vertreter der Wirtschaft haben ganz zu Recht – hier wird der Kollege Pörtl hoffentlich helfen und assistieren, obwohl nicht in diesem Berufsbereich tätig – ganz zu Recht in den letzten Jahren keine wie immer geartete Gelegenheit vorbeigehen lassen, um zu demonstrieren, daß in Wahrheit die Steuerbelastung in Österreich ein Ausmaß erreicht hat, das nicht nur nicht vergrößert werden kann, sondern daß sie unerträglich geworden ist. Und bitte, daß heuer im Umkreis der Riegersburg im Sommer offiziell weniger Nüchtigungen stattgefunden haben – du kennst die Geschichte, die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube –, ist ja wohl auch darauf zurückzuführen, daß auch bei den Beherbergungsbetrieben die Belastung so dicht geworden ist, daß man sich Auswege hat einfallen lassen müssen, möglicherweise gesetzlich nicht gedeckte Auswege. Das gibt es im gesamten Wirtschaftsbereich. Machen wir uns doch bitte nichts vor. Ihr könnt euch ruhig die pflichtgemäßen Proteste jetzt ersparen. In Wahrheit sind viele Unternehmer heute in der Situation, daß sie steuerschonend arbeiten. Und zwar nicht deshalb, weil sie Gauner geworden sind, wie seinerzeit der frühere Bundeskanzler einmal angedeutet hat, der Bundeskanzler Dr. Kreisky, sondern weil sie ganz einfach

gezwungen sind, steuerschonend zu arbeiten, um ihre Betriebe überhaupt noch über die Runden zu bringen. Das ist die nüchterne Realität. Und ich gebe Ihnen völlig recht, die Wirtschaftsbelastung oder die Belastung der Wirtschaft durch Steuern ist derartig unerträglich geworden, daß man Steuern hinterziehen muß, um überhaupt die Betriebe weiterführen zu können. (Abg. Harmtold: „Das ist eine ganz andere Geschichte!“ – Abg. Kollmann: „Ist das ein Rezept der Freiheitlichen Partei?“) Das ist kein Rezept, sondern das ist die nüchterne Praxis, und du kennst sie ganz genau. Ich hoffe, nicht aus dem eigenen Betrieb! (Abg. Kollmann: „Ich verwehre mich gegen solche Äußerungen!“) Selbstverständlich, Anwesende und allfällige Betroffene sind immer ausgenommen, aber ihr kennt die Realität genauso wie ich. Das ist das Ist-Faktum, daß das sein muß – leider Gottes –, und das wissen wir.

In dieser Phase, meine Damen und Herren, plötzlich – und das ist nicht einmal so sehr eine Größenordnungsfrage, deshalb halte ich ja den Ansatzpunkt – will die Handelskammer eigentlich nur die Promissätze hinuntertorpetieren und sagen, es ist alles wieder paletti – für absolut falsch. In dieser Situation quasi eine neue Steuer einzuführen ist nicht nur belastungsmäßig eine unangenehme Situation. Bei manchen ist es möglicherweise sogar erträglich. Es ist psychologisch eine unerträgliche Situation. In dieser Situation, wo jeder einzelne immer wieder erklären muß und auch weiß, daß die Steuerbelastung zu dicht geworden ist, eine neue Steuer, eine zusätzliche Steuer einzuführen, ist etwas, was psychologisch für die Wirtschaft eine unangenehme Geschichte ist. (Abg. Dr. Dorfer: „Also bist du gegen das Fremdenverkehrsgesetz! Seit wann bist du dagegen?“) Das werde ich jetzt gleich erläutern. Ich will mich jetzt überhaupt nicht unterhalten über die Kompliziertheit dieser Regelung, die Sie vorgesehen haben, weil ich hoffe, daß sich hier die Handelskammer doch wohl was einfällen lassen wird, um diese Kompliziertheit vorbeizubringen oder wegzubringen. Das ist eine unerhörte psychologische Auswirkung, die sich negativ auf den Wirtschaftswillen, auf den Willen, Wirtschaft zu betreiben, ganz sicher auswirken muß. Es hat nebenbei – es ist auch der Wirtschaftsbund bei Gott nicht ferne seiner Basis – natürlich auch politische Konsequenzen für die Kammerorganisation an sich, also für die politische Organisation. Und da hat ja der Direktor des Wirtschaftsbundes, dein Nachfolger, lieber Dr. Dorfer, ja eigentlich völlig recht gehabt, als er Ende September dem Herrn Landesrat Dr. Heidinger einen Brief geschrieben hat im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehrsgesetz, wo er unter anderem gesagt hat: „Derzeit werden aus allen Sektionen, selbst aus der Sektion Fremdenverkehr, gegen den vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung zur Begutachtung ausgesandten Entwurf überraschend große Bedenken geltend gemacht“. Aus den anderen fünf Sektionen vernehmen wir eine strikte Ablehnung, welche mit heftigsten Angriffen gegen den Wirtschaftsbund und die Kammerfunktionäre verbunden ist. Ich weiß schon, daß du, Kollege Dr. Dorfer, jetzt natürlich unwirsch reagierst, da du seit Monaten einen derartigen Trommelfeuer deiner eigenen Leute ausgesetzt bist. Ich verstehe schon, daß man da nicht sonderlich glücklich reagiert. Das mag natürlich sein, jedenfalls glaube ich, daß du die Meinung

des Dr. Rupp teilst, wenn er weiter schreibt: „Ich sehe mit größter Besorgnis der Entwicklung entgegen, daß sich im Kreise der Kammermitglieder“ – Zwangsmitglieder, wie sie Weilhafter immer zu nennen pflegt – „eine äußerst ablehnende Haltung gegenüber der gesetzlichen Interessensvertretung, aber auch gegenüber unserer“ – hier meint er den Wirtschaftsbund – „politischen Berufsorganisation herausbildet“. Das soll weiter nicht mein Problem sein, sondern das ist euer Problem. (Abg. Kröll: „Jetzt komme ich mit, warum du auf einmal die Kurve nimmst!“) Ich komme darauf sofort zurück. Nur, die Problematik ist, daß es einfach nicht ganz zusammenpaßt, auf der einen Seite seit Jahren völlig zu Recht zu sagen, daß die Steuerbelastung zu dicht ist, und dann eine neue Steuer zu erfinden. Ich sage noch einmal, ich rede über die Größenordnung nicht. Da gibt es wieder unterschiedlichste Meinungen, das Amt des Herrn Landesrates ist der Auffassung, daß es 80 Millionen ergeben würde, die Kammer – wie du, Kollege Dr. Dorfer, bestätigen wirst – hat ausgerechnet, daß es nicht 80 Millionen bringt, sondern 140 Millionen, in der Zwischenzeit habe ich das durch Steuerberater nachrechnen lassen, die kommen sogar zu Ziffern von 200 Millionen im Jahr. Ja, da frage ich mich auch, wie intensiv die Vorbereitungen gewesen sind, wenn die Schätzungen schon von 80 bis 200 Millionen differieren. Aber das kann man ja später nach anschauen. Ich weiß schon, die SPÖ hat dagegen gar nichts. Denen ist es wurscht, ob es 80, 140 oder 200 Millionen bringt, Hauptsache, das Gesetz muß her, und die Wirtschaft muß bezahlen. Ich habe überhaupt beim Kollegen Ofner, bei seiner Wortmeldung, die mich sehr überrascht hat, wahrscheinlich hat er wirklich mit Wirtschaftstreibenden in den letzten Monaten nicht geredet – eigentlich das Gefühl gehabt, daß die typischen sozialistischen Ideologen durchgeschlagen haben, die sagen, „bitte, die Wirtschaft, die hat eh soviel Geld, die soll ruhig zahlen“. Diese Ideologie, die nach einem Kinderlied vielleicht abgeändert folgendermaßen lauten könnte: „Die Wirtschaft ist zum Schröpfen da, Valerie und Valera.“ Die weiteren Zeilen könnt ihr euch selber vorstellen. (Abg. Trampusch: „Wir schicken die Leute nicht in die Forste von Herrn Haider, um dort zu singen!“) Ich nehme an, gerade du bist Umweltschützer genug, daß man im Forst nicht singt. Du profilierst dich da immer als Umweltschützer, ich nehme nicht an, daß du Jäger bist. In Wagna jagt man ja nicht – glaube ich –, außer den politischen Gegner. Aber soviel, daß man im Wald keinen Lärm macht – nehme ich an –, wirst du wissen. (Abg. Trampusch: „Wir haben keine Freiheitlichen, mit denen wir uns dort auseinandersetzen können!“) Ja, dann werde ich dafür sorgen, daß du welche bekommst. Bitte schön, du wünschst, ich machs. Du bekommst in Wagna Freiheitliche, mit denen du dich auseinandersetzen kannst. (Abg. Trampusch: „Wir haben zu sehr realistische Menschen bei uns!“) Nein, es wird ja demnächst so einen ÖVP-Bürgermeister in Wagna geben. (Abg. Trampusch: „Dafür ist die sozialistische Fraktion nicht zuständig!“) Sicher, denn der Bürgermeister von Leibnitz wohnt ja bekannterweise in Wagna – habe ich gehört. Ich verstehe überhaupt nicht, warum er in Leibnitz Bürgermeister ist und nicht in Wagna. Er müßte eigentlich in Wagna Bürgermeister sein. (Abg. Trampusch: „Das ist Fremdenverkehr in unserem Sinne!“) Okay!

So, meine Damen und Herren, und jetzt komme ich auf die Frage des Kollegen Kröll zurück, die er natürlich völlig berechtigt gestellt hat. Bitte schön, jetzt sind die Roten und die Blauen seit 15 Jahren da im Landtag und predigen dauernd: „Es muß ein Fremdenverkehrsgesetz her!“ Der Kollege Brandl hat das im Landtag nicht einmal erlebt, so lange predigt er schon, daß ein Fremdenverkehrsgesetz herkommt, und jetzt ist endlich eines da. (Abg. Kröll: „Brandl, Laurich, Wimmeler!“) Richtig! Du, tu mich nicht aufhalten. Der Harmtodt zeigt mir schon wieder die Uhr. Geh, Kollege Harmtodt, du wirst ja – nehme ich an – auch einmal das Wort in diesem Haus bei der Wirtschaftsdebatte ergreifen. Würdest du freundlicherweise dann mir die Uhr zur Verfügung stellen, damit ich sie dir zeigen kann? (Abg. Harmtodt: „Ich habe schon gesprochen, aber nur acht Minuten!“ – Beifall bei der ÖVP.) Leih mir trotzdem die Uhr. Also, die ÖVP ist so dankbar, daß der Harmtodt nur acht Minuten reden möchte, daß sie das sogar mit einem Applaus absichert, damit er es ja nicht vergißt. (Abg. Dr. Maitz: „Ein Vergleich zu Ihnen: Er sagt in acht Minuten mehr, als Sie in einer Stunde sagen!“) Ja eben, ich kanns halt nicht besser.

Also: Natürlich haben wir die längste Zeit gepredigt, daß ein Gesetz herkommt, weil wir nämlich gesehen haben, daß die Belastung der Wirtschaft immer dichter werden wird und daß irgendwann einmal der Zeitpunkt entstehen wird, wo eine derartige Maßnahme, wie sie vorgesehen wird, ganz einfach nicht mehr erträglich und nicht mehr machbar ist. (Landesrat Dr. Heidinger: „Und wann das ist, bestimmen Sie, Herr Kollegen?“) Wann das ist, bestimmt die Wirtschaft, Herr Landesrat, und das spüren Sie in den letzten Wochen ganz genau, daß dieser Zeitpunkt schon längst erreicht ist.

Meine Damen und Herren, ich würde ja nichts sagen, wenn die Jahre, die vergangen sind, zu einer absoluten und totalen Qualitätsverbesserung dieser Vorschläge geführt hätten. Aber in Wahrheit ist ja nichts anderes als dasselbe, wie wir, bitte, wirklich vor Jahren schon hätten bekommen können. Diese Vorschläge hat es ja vor Jahren in anderen Bundesländern schon gegeben. Damals hätten sie durchaus auf den Tisch gelegt werden können. Ich habe mir nur von 1983 die Antworten des Herrn Landesrates Dr. Heidinger herausgesucht, von den Zeiten, wo ich natürlicherweise ein Fremdenverkehrsgesetz gefordert habe. Bitteschön, keine Überschrift, und bitte, nicht mit diesem Inhalt und mit dieser Vorgangsweise.

1983 sagt er: „Ich laß mir keine Fristen setzen.“ 1984 sagt er: „Sie haben schon recht, daß ich einmal gesagt habe, es wird kürzer, aber die Probleme am Anfang habe ich nicht so diffizil gesehen wie sie zu sehen sind, und wenn wir etwas machen wollen, dann machen wir, bitte, keinen Pfusch.“

1985 natürlich dasselbe: „Ich bin dafür, daß man über etwas redet, was auf dem Tisch liegt und was Hand und Fuß haben könnte. Ich habe die Zeit zur Erarbeitung falsch eingeschätzt.“

1986 dasselbe: „Die Gesetzwerdung geht nicht wie das Semmelbacken, und gut Ding braucht eben Weile.“

Übrigens, meine Damen und Herren, da halte ich es ja, bitte, wirklich mit Otto von Bismarck. (Abg. Univ.-

Prof. Dr. Schilcher: „Schon wieder!“ Nein, nicht schon wieder, sondern erstmals. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das war der Herr Abgeordnete Hammer!“) Oh, pardon, der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich habe den Bismarck heuer noch nicht zitiert. Otto von Bismarck hat nämlich einmal gesagt: „Wer weiß, wie Gesetze und Würste zustandekommen, der kann nachts nicht mehr ruhig schlafen.“ Wahrscheinlich hat er gewußt, wie Würste zustandekommen.

Faktum ist jedenfalls, meine Damen und Herren, daß die jetzige Situation dazu führt, daß logischerweise auch die Handelskammer sagen muß: „So geht das nicht!“ Und jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt: Ich könnte ja noch einsehen, wenn es zwischen der Landesregierung, ihrer Mehrheit, dem zuständigen Referenten und der zuständigen Berufsorganisation Handelskammer, ihrer Mehrheit, und den dortigen Exponenten an sich keine Kontakte gäbe oder zumindest nur parteifremde Kontakte. Da kann ich mir vorstellen, daß der eine etwas vorschlägt und auf den Tisch legt und der andere dann begutachtet, und daß das Ganze diskutiert wird. Jetzt haben wir aber jedesmal gehört – und das kann man an Hand der Protokolle immer nachlesen –, daß das Wesentlichste an diesem neuen Fremdenverkehrsgesetz sein wird, daß es ja wirklich mit den Betroffenen gemeinsam gemacht wird. „Deshalb dauert es nämlich immer so lange“, hat der zuständige Landesrat – auch Ihre Vorgänger, ich will Sie nicht nur allein da hier anbinden – gesagt. „Das Wesentliche ist, daß man gemeinsam mit der Handelskammer und mit den Betroffenen ein wirklich optimales Gesetz macht.“ Und was ist? (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du willst alles negieren, aber selbst nichts machen!“) Nein, das ist nicht mehr. Ich habe das eh immer für gut gehalten. Jetzt stellt sich plötzlich folgendes heraus: Das Gesetz kommt, die Handelskammer schlägt zu Recht die Hände über dem Kopf zusammen, und innerhalb von Wochen schaffen sie es, Alternativen auszuarbeiten. Wie ich höre, sind die Alternativen ja gar nicht so unvernünftig, weil sie nämlich im wesentlichen – ich hoffe zumindest, daß es dazu kommt – folgendes beinhalten könnten: Nämlich zu berücksichtigen, daß es in der Steiermark halt nicht nur gleichmäßig – mehr oder weniger, aber immerhin überall – Fremdenverkehr gibt und daß daher jeder zur Kasse gebeten werden kann, sondern vor allem auch zu berücksichtigen, daß es dichte Gebiete gibt und solche, wo sich, bitte, wirklich kein Fremder verirren wird. (Abg. Kanduth: „Sehr richtig, das wird berücksichtigt!“) Da können wir machen, was wir wollen. Das hättet ihr aber, bitte, dem Dr. Heidinger vorher sagen sollen, daß man das berücksichtigen soll. Jetzt höre ich, daß man diesen Gedanken hat.

Zweitens, daß man natürlich berücksichtigt, daß das, was man an Ziffern geschätzt hat, von A bis Z falsch ist. Übrigens, ich würde auch dringend bitten, falls das der Bürgermeister nicht anmerkt, weil er ja im Augenblick im Wahlkampf tätig ist und daher keine Zeit dazu hat, aber ich nehme an, daß das sicher in einer Stellungnahme des Fremdenverkehrsamtes der Stadt drinnenstehen wird: Ich glaube auch, daß es falsch ist, die Landeshauptstadt, die Städtetourismus hat, querfeld-ein mit den anderen Gemeinden über einem Kamm zu scheren. Auch da muß es andere Regelungen geben. Ich höre bis jetzt nicht, daß die Handelskammer daran

gedacht hat. Vielleicht, Herr Direktor, darf ich diese Anregung mitgeben. Ich werde es dem RFW-Obmann Fladischer auch noch sagen, daß er euch noch daran erinnert. Das ist auch ein Gedanke, und daß es natürlich auch von den Größenordnungen anders sein muß. Ich selbst habe einen Vorschlag diskutiert, den Fladischer einbringen wird, weil ich ja bei der zweiten und jetzt endgültigen Erarbeitung mit den Betroffenen ja wirklich mithelfen möchte, und ich werde ihn daher einstweilen nicht öffentlich diskutieren, sondern ihr werdet ihn hören. Worum es geht, ist, daß man in dieser Phase der Situation den Leuten nicht das Gefühl gibt, daß, unabhängig davon, ob jemals ein Groschen aus dem Fremdenverkehr lukriert werden kann oder nicht, alle mit einer neuen Steuer belegt werden. Und es gibt halt wirklich Gegenden – das wißt ihr ganz genauso wie ich –, wo man den Leuten jetzt erzählt: „Ihr müßt zahlen, aber ihr werdet wirklich nie einen Fremden bekommen.“ Ich weiß schon, die These, daß in Wahrheit alle vom Fremdenverkehr lukrieren, ist eine weit verbreitete. Ich bitte herzlich, ich will mich damit nicht zynisch beschäftigen, aber womit das Geschäft der Bestattungsunternehmer steigt, weiß ich nicht – die sind auch drinnen –; womit das Geschäft der Pfandleiher steigt, weiß ich auch nicht. Wenn der Fremdenverkehr positiv ist, bitte, dann werden wir nicht so viele Pfandleiher brauchen. Ich kann noch verstehen, womit das Geschäft der Kinderwagenerzeuger steigt – durch den Fremdenverkehr –, das sehe ich noch ein. Bitte, was? (Unverständliche Zwischenrufe.) Du, entschuldige, wenn ihr beide sprecht, kann ich nicht zuhören. (Abg. Kröll: „Das ist eine Chance, die wir nützen sollen!“) Also, bitte herzlich, das erzähle aber wirklich den Leuten dort. (Abg. Kröll: „Auch in diesen Gebieten, die noch nicht so entwickelt sind!“) Ich bin ja relativ gutgläubig, weil ich an den Fremdenverkehr glaube, aber ich kann dir vom Stand aus Gegenden aufzählen, da kannst du ihnen das ewig erzählen, es wird sich, bitte, trotzdem kein Fremder verirren. (Abg. Kröll: „Schau, was die Leute auch freiwillig tun!“) Trotzdem nicht, weil ihr es oben in Schladming zum Beispiel geschafft habt, die Fremdenverkehrsmittel in höchstem Maß zu konzentrieren, damit dort eine ordentliche Region ausgebaut wird. Natürlich auch zum Nachteil der anderen Regionen; das muß ja zwangsläufig so sein. (Abg. Pinegger: „Sagen Sie ja oder nein zu diesem Gesetz?“) Es wird auch einen Vorschlag geben, der die Möglichkeit gibt, in jenen Bereichen, wo Fremdenverkehr ausbaubar ist, wirklich durch alle und ohne Trittbrettfahrer die Geschichte zu machen; in den anderen Gebieten eben nicht. (Abg. Kanduth: „Wollt ihr ein Gesetz oder nicht?“)

Meine Damen und Herren, ich würde Sie wirklich dringend bitten. (Abg. Harms: „Wollt ihr das Gesetz?“) Wir können das auch öffentlich diskutieren, wir können das auch neuerlich öffentlich diskutieren, wenn du willst, dann wird es wahrscheinlich mit der Gesetzgebung wieder nicht so schnell werden. Ich will euch ja helfen, wirklich Harms, ich will euch wirklich helfen. Ich will ein Gesetz, das keine Querfeldeinbelastung der gesamten steirischen Wirtschaft bringt. Und da bin ich mir hoffentlich einig mit dem Dr. Dorfer. Ich verstehe nicht, warum ihr euch – verflucht noch einmal – vorher zusammengesetzt habt und es vorher ausgemacht habt. (Abg. Kanduth:

„Warum fährt ihr dann in den Bezirk Liezen und hetzt die Leute auf?“) Du bist mir bitte nicht böse. Deine Leute oben (Abg. Kanduth: „Das ist böse, was ihr da treibt!“) in Liezen sind viel vernünftiger als du, das muß ich dir sagen. (Abg. Kanduth: „Wir brauchen dieses Gesetz! Das ist ein Entwurf, über den geredet wird, und das wird man doch dürfen!“) Eben, da hättest ihr ein vernünftiges gemacht, von vornherein. (Abg. Kollmann: „Bleibe Realist!“) Ja bitte herzlichst. Jetzt habt ihr 15 Jahre Zeit gehabt, euch einmal zusammenzusetzen. Da habt ihr einen Referenten nach dem anderen ins Rennen geschickt und wieder abgezogen, einen Fremdenverkehrsmanager nach dem anderen wieder abtreten lassen, 15 Jahre Zeit – (Abg. Schützenhöfer: „So schnell wie bei eurem Bundesparteiohmann geht es bei uns nicht!“) also, Herr Kollege Schützenhöfer, mit dem jetzigen Fremdenverkehrsminister werde ich mich in der nächsten Runde noch beschäftigen, der hat nämlich Gott sei Dank oder leider mehr Versäumnisse in anderen Bereichen als im Fremdenverkehr, da tut er nämlich gar nichts, überhaupt nichts, absolut nichts, da ist er nämlich auch leider nicht kritisierbar. Der jetzige Fremdenverkehrsminister ist leider im Fremdenverkehr nicht kritisierbar, aber mit dem hat er sich überhaupt noch nicht beschäftigt. (Abg. Kanduth: „Zu wenig gelernt!“ – Abg. Trampusch: „Herr Mag. Rader, du hast Bismarck zitiert, ich gebe dir recht: In der Politik und in der Wurst findet mancher nicht das richtige Ende!“) Meine Damen und Herren, ich würde jetzt wirklich meinen, tun wir das gemeinsam erarbeiten, schmeißen Sie nicht irgendeinen Nonsens unters Volk und wundern Sie sich dann, daß es Widerstände gibt. Und vor allem, Kollege Harms, und damit ende ich, bitte schön, glaubt nicht, daß auf Grund der Tatsache, daß der Druck von der Basis im Augenblick schwächer ist als man glaubt in dieser Vorweihnachtszeit, daß daraus der Schluß gezogen werden kann, daß dann, wenn das, was am Tisch liegt, so ähnlich beschlossen sein wird und in Kraft tritt, nicht ein Sturm losbricht. Ich bitte herzlich, diese Situation nicht falsch einzuschätzen. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Wegart:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Tschernitz:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man aktive oder positive Fremdenverkehrspolitik betreiben möchte, ich glaube, dann muß der Blick in die Zukunft gerichtet sein. Wir werden nur weiterhin Erfolg haben können im Fremdenverkehr, wenn wir versuchen, jene Möglichkeiten, die uns überhaupt noch geboten werden, auszunützen, und dazu werden wir eben jene finanziellen Mittel brauchen, die heute angesprochen wurden und die zum Teil auch kritisiert werden. Ich glaube, man soll ein Fremdenverkehrsgesetz, das wir wirklich brauchen – ich glaube, über ein Jahrzehnt, und so lange ich mich erinnern kann, ist es bei jeder Budgetdebatte zu dieser Diskussion gekommen, ich kann mich auch an die Verabschiedung des Herrn Abgeordneten Brandl erinnern, an das nette Zwiegespräch mit Herrn Landesrat, das es hier immer wieder um dieses Fremdenverkehrsgesetz gegeben hat –, und ich persönlich glaube, daß wir dieses Gesetz nicht vorher vernichten sollten, bevor

wir es am Tisch haben und dazu Stellung nehmen können, um daraus dann jene positiven oder negativen Aspekte zu diskutieren, um wirklich zu jenem Gesetz zu kommen, wo ich persönlich davon überzeugt bin, daß es die Grundlage für die weitere Entwicklung im steirischen Fremdenverkehr bilden müßte. Persönlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, freue ich mich aber, daß die Steiermark doch ein positives Ergebnis im abgelaufenen Jahr nun feststellen kann, und vor allen Dingen freue ich mich, daß gerade der Bezirk Liezen mit der Dachstein-Tauern-Region einen wesentlichen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung im Fremdenverkehr bringen konnte. Ich glaube auch, und vielleicht kann ich einen Aspekt da mit hineinbringen, daß wir besonders auf diesem wirtschaftlich so notwendigen Gebiet des Fremdenverkehrs auch bei uns in diesen großen schwierigen Regionen des Bezirkes Liezen mit der ganzen Noricum Austria Haustechnik und allen diesen Dingen natürlich versuchen müssen, für den Fremdenverkehr positiv zu wirken. Und auch die Fragen der Pyhrnautobahn sind Fragen, die natürlich auch den Fremdenverkehr berühren, weil wir gemeinsam über die politischen Grenzen hinweg glauben, daß es notwendig sein muß, aus diesen so wichtigen Fremdenverkehrszentren den Schwerverkehr wegzubringen, eben über diese Pyhrnautobahn umzuleiten, um damit in diesem Gebiet doch die Möglichkeit zu haben, und dort ist es sicherlich möglich, jene günstige, wie es sicher des öfteren schon gesagt wurde, diese günstige und auch für den Umweltschutz so bedeutende Wasserstraße zu benützen. Darum sollte man das fördern, daß die Autos tatsächlich an diese Wasserstraße kommen, wo die Fracht um 150 Prozent billiger geliefert werden kann. Ich meine nur, daß das auch mit ein Beitrag für den Fremdenverkehr sein muß. Ich hoffe, daß es doch in einiger Zeit zu dieser Diskussion um das Fremdenverkehrsgesetz kommen wird.

Da ich mir auch die Voranschläge des Haushaltsjahres 1988 angesehen habe, meine sehr geehrten Damen und Herren, habe ich festgestellt, daß im ordentlichen Haushalt ein Sonderinvestitionsprogramm für Landesgesellschaften vorgesehen ist. Wir haben in unserem Bereich, im oberen Ennstal, räumlich nebeneinander drei Landesgesellschaften, die sich mit dem gleichen Unternehmensziel beschäftigen. Es handelt sich dabei um die Seilbahnunternehmen Hauser-Kaibling, die Planai und die Reiteralp, wo ich eigentlich etwas sagen muß. Das muß man auch sagen, daß die Beteiligungen an diesen Unternehmen als Musterbeispiel für die Beteiligungspolitik dieses Landes angesehen werden können. Ich glaube, auch das kann man mit aller Deutlichkeit hier wirklich feststellen. Und durch diese Erschließung dieser Schiberge und die Aktivität der dort ansässigen Bevölkerung, die heute schon genannt wurde, ist es gelungen, ein weltweit bereits bekanntes Wintersportzentrum zu schaffen. Dem Wunsch der Touristen und der Experten folgend haben die drei Gesellschaften als Ziel den technischen Zusammenschluß dieser drei Schiberge. Von der Landesregierung – soweit es mir bekannt ist – wurde zu diesem Zweck ein Ausschuß eingesetzt, dessen Arbeiten so gut wie abgeschlossen sind. Es soll angeblich eine Studie vorliegen, die eine Einbindung dieser drei Schiberge darstellt und natürlich auch Planungen mit auf den Tisch legt, wo Investitionen, angeblich in einer

Größenordnung von zirka 150 Millionen Schilling, ermittelt wurden. Daß diese hohen Investitionskosten natürlich nicht von dieser Gesellschaft erwirtschaftet werden können, glaube ich, ist klar. Aber man müßte Akzente in diese Richtung setzen, um hier wirklich den internationalen Wert, den dieses Gebiet hat, auch in der Zukunft zu sichern, und der Bau dieser Schischaukel – wie sie genannt werden könnte – würde wirklich eine große infrastrukturelle Verbesserung für dieses gesamte Gebiet darstellen. Ich würde deshalb die Anregung oder die Bitte an den Herrn Landesrat zum Ausdruck bringen, ob es nicht aus diesem Sonderinvestitionsprogramm möglich wäre, Mittel zum Ausbau des Zusammenschlusses dieser Verbindungen bereitzustellen, und unter Umständen könnte man bei dieser Gelegenheit diskutieren, ob es nicht noch eine stärkere Kooperation oder eine Fusion dieser drei Gesellschaften geben könnte oder ob sie unter Umständen sinnvoll wäre, was dann mit einer professionellen Geschäftsführung verbunden wäre. Mir wurde auch mitgeteilt, daß in nächster Zeit ein Bericht des Rechnungshofes über die Hauptgesellschaft der Planai fertiggestellt sein wird, der dem Hohen Haus zur Beratung vorgelegt wird. Ich könnte mir vorstellen, daß aus diesem Rechnungshofbericht unter Umständen auch sehr wertvolle Anhaltspunkte für eine Neukonstruktion dieses Gebietes gegeben wären, wo ich aber glaube, und das möchte ich auch hier zum Ausdruck bringen, daß man nach wie vor weiter bestehen soll, daß die Beteiligung des Bundes an diesen Gesellschaften aufrechterhalten werden soll, weil natürlich auch damit eine finanzielle Einbindung verbunden ist. Ich meine, wenn es möglich sein sollte, würde dies sicherlich eine große Bereicherung für dieses Gebiet, und nicht nur für dieses Gebiet, sondern für die gesamte Steiermark darstellen. Ich glaube, daß wir neben diesen Schigebieten des Salzkammergutes, diesen Schischaukeln, die es dort in der Region Zauchensee und in all diesen Gebieten gibt, wirklich einen Gegenpol errichten sollten, um die guten Ergebnisse, die dem steirischen Fremdenverkehr zu einem positiven Ergebnis verholfen haben, vielleicht doch in irgendeiner Form verwirklichen zu können. Ich würde Sie um Ihre Unterstützung bitten. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer, dem ich es erteile.

**Abg. Dr. Dorfer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es hat der Kollege Kröll schon mit einigen Ziffern darauf hingewiesen, wie sich der Fremdenverkehr insgesamt in diesem und in den vergangenen Jahren entwickelt hat, und der zuständige Referent in der Landesregierung, Landesrat Dr. Heidinger, wird sicher in seinem Schlußwort auch auf die grundsätzliche allgemeine Entwicklung des Tourismus in der Steiermark zu reden kommen. Ich möchte daher ganz kurz dazu noch sagen: Wir können im großen und ganzen mit der Entwicklung in diesem zu Ende gehenden Jahr noch zufrieden sein. Ein Wachstum, eine Zunahme – zumindest was die Nächtigungen betrifft – von 0,6 Prozent ist immerhin positiv gegenüber dem übrigen Österreich insgesamt, wo minus 0,6 Prozent verzeichnet werden mußten. Leider lassen immer mehr die Inländer aus, weil sie eben in Billigländen des

Südens fahren. Allerdings nimmt der Ausländerfremdenverkehr – auch in der Steiermark um plus 6,2 Prozent im vergangenen Sommerhalbjahr – beachtlich zu. Während in den großen Tourismusländern des Westens beachtliche Abnahmen zu verzeichnen sind, etwa Tirol minus 2,8 Prozent, Salzburg minus 2,1 Prozent, Vorarlberg minus 3,3 Prozent und so weiter, weist der Städtetourismus allerdings von Wien bis Graz sehr, sehr erfreuliche Ziffern auf. Und wenn man dazu noch das doch schlechte Wetter in diesem Hochsommer bedenkt, so kann man mit diesem leichten Wachstum zufrieden sein. Für das Kalenderjahr 1986 ergibt sich immerhin für die Steiermark ein Zuwachs von 1,6 Prozent, während gesamtösterreichisch nur ein Zuwachs von 0,9 Prozent zu verzeichnen ist.

Besonders erfreulich ist nach allen Anzeichen, die man feststellen kann, die Hoffnung auf die bevorstehende Wintersaison 1987/88. Nach der derzeitigen Buchungssituation läßt diese jedenfalls eine optimale Stimmung zu. Wir wollen hoffen, daß auch der Wetterherrgott hier mitspielt.

Meine Damen und Herren! Auch am steirischen Arbeitsmarkt spielt der Fremdenverkehr eine durchaus beachtliche Rolle, wenngleich man zugeben muß, daß in der Steiermark natürlich insgesamt im gesamten Landessozialprodukt der Fremdenverkehr noch eine untergeordnete, aber immerhin wachsende – wenn auch langsam, aber doch insgesamt wachsende – Rolle spielt.

Wir haben in der Steiermark im Fremdenverkehr 3747 Arbeitgeberbetriebe, das heißt, Betriebe viel mehr, aber solche auch mit Angestellten und Arbeitern, fast 17.000 Beschäftigte, was immerhin auch im vergangenen Jahr eine Zunahme von 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr darstellt, und immerhin 3670 Lehrlinge.

Ich möchte nur im Vorbeigehen, der Vollständigkeit halber, auf die ungeheuren Probleme des Fremdenverkehrs hinweisen, über die man natürlich sehr viel ausführlicher und länger sprechen müßte, aber dazu fehlt hier natürlich die Zeit. Ein Hauptproblem – und es ist zu einem Dauerproblem geworden – ist die sinkende Eigenkapitalbildung im Fremdenverkehr, eine im internationalen Vergleich zweifellos gewaltige Überbesteuerung. Das führt – und in diesem Punkt bin ich mit dem Kollegen Mag. Rader durchaus einer Meinung – zu einer relativ immer schlechteren Meldemoral, und wir müssen hier alles dazutun, um das zu ändern. Die Schwachstellen bei der Finanzierung von Investitionen sind allgemein, aber insbesondere im Fremdenverkehr, gegeben, weil sehr oft die Haftungsmöglichkeiten hier fehlen. Die Probleme mit der Sommersaison sind Dauerprobleme, insbesondere in den zentraleren Fremdenverkehrsgebieten, die Bettenauslastung in langen, toten Zeiten der Saison ist ein ganz großes Problem, und gemessen an den anderen europäischen Sommerfremdenverkehrsländern müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß unser Marktanteil eher leicht rückläufig sein wird; umso mehr müssen wir uns anstrengen, um uns zu halten. Anders ist es allerdings, was den Winterfremdenverkehr betrifft.

Die Nebenkosten für ausländische Gäste nehmen enorm zu, weil wir einfach bei verschiedenen Nebenprodukten des Fremdenverkehrs, die nicht im Pauschalpreis einer Unterkunft inbegriffen sind, eine

wesentlich höhere Steuerbelastung haben als Konkurrenzländer, etwa: Bier ist bei uns mit 31,5 Prozent besteuert, in der Bundesrepublik Deutschland mit 15 Prozent, also nicht einmal die Hälfte, in Italien mit 10,8 Prozent – etwa ein Drittel –, in der Schweiz mit 5,5 Prozent – also ein Sechstel; Wein bei uns mit 39,3 Prozent besteuert, in der Bundesrepublik Deutschland mit 12,3 Prozent, Italien 8,3 Prozent, Schweiz 2,8 Prozent. Das allein sagt, wie ungeheuer überbesteuert wir sind, und die Klagen der Gäste über die Nebenkosten nehmen leider zu.

Erwähnt muß wohl auch der Vollständigkeit halber werden, daß die Verkehrsverbindungen für die Steiermark und den steirischen Fremdenverkehr nach wie vor unzureichend sind, und auch in diesem Zusammenhang muß gesagt werden: Primat Nummer eins im gesamten Verkehrs- und Straßenausbau muß die Pyhrnautobahn haben, und hier müssen wir alles auch vom Hohen Haus hier dazutun, daß der Fertigbau der Pyhrnautobahn vorangetrieben wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch einen Appell an die steirischen Bürgermeister richten, daß sie, wenn nur irgendwie möglich, im Rahmen ihres freien Beschlußrechtes auf die Einhebung der Getränkesteuer für Frühstücksgetränke, das heißt, heiße Aufgußgetränke, Speiseeis, im Interesse des Tourismus verzichten. Ich darf Ihnen mitteilen, daß die klugen und wirtschaftlich denkenden Bürgermeister dieses Landes, insbesondere im oberen Ennstal, aber nicht nur dort, dies seit vielen Jahren ohnedies schon tun.

Nicht unerwähnt möchte ich auch das grausam zunehmende Zeltfesteunwesen lassen, wobei ich in einem Satz betonen möchte, daß natürlich auch Zeltfeste ein Bestandteil des touristischen Angebotes in diesem Lande, in der Steiermark, sind und bleiben sollen. Wenn Kollege Mag. Rader von „steuerschonend arbeiten“ gesprochen hat, so muß ich sagen: Bei diesem Zeltfesteunwesen tobt es sich regelrecht aus, und dieses Ausmaß ist für die im Ort ansässigen Gastronomen einfach finanziell nicht mehr tragbar. Wir haben ziemlich genaue Berechnungen in der Handelskammer, wonach der Gesamtumsatz der steirischen Zeltfeste jedenfalls über eine Milliarde Schilling hinausgeht und damit allein an Umsatzsteuer dem Staat etwa 100 Millionen Schilling entzogen werden. Die Gastronomie lehnt die Zeltfeste keineswegs ab, aber in dieser Weiterentwicklung sind sie für die örtliche Fremdenverkehrswirtschaft einfach untragbar. Jetzt, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, zum bevorstehenden Fremdenverkehrsgesetz, von dem hier schon soviel gesprochen wurde. Ich glaube, wir sind uns nach allem, was ich bisher gehört habe, ausgenommen vielleicht die Freiheitliche Partei, aber im übrigen darüber einig, daß ein Fremdenverkehrsgesetz notwendig und ein Gebot der Stunde ist. Natürlich kann man sagen, der eine oder andere, auch ich zähle mich dazu, fordere dieses Gesetz schon seit mehr als zehn Jahren – ist protokollarisch eindeutig festgelegt –, und wir haben es noch immer nicht. Warum eigentlich? Ich kann darauf nur sagen, sicher hat sich der Fremdenverkehrsreferent von vor zehn Jahren, der heutige Präsident des Hohen Hauses, auch sehr viel dabei gedacht, daß er sich mit diesem Gesetz nicht beeilt hat. Die Zeiten waren damals wahrlich andere

im wirtschaftlichen Bereich, die Budgetmöglichkeiten auch im steirischen Landesbudget waren ungleich besser als im Jahre 1987 oder 1988, und im Fremdenverkehr ging es in den siebziger Jahren einfach immer aufwärts. Und mit Recht konnte man da die Gegenfrage stellen: muß denn das sein? Es entwickelt sich ohnedies alles gut. Derzeit geht etwas über die politische Bühne, das ich fast so – wenn auch nicht genau so – erwartet habe. Meine Damen und Herren, man darf sich doch nicht der Illusion hingeben, daß die Begutachtung eines Gesetzes, das immerhin den ohnedies schon genug belasteten gewerblichen Betrieben eine zusätzliche Last auferlegt, so „mir nix – dir nix“ ruhig, still und leise über die Bühne geht. Man braucht wirklich kein Prophet zu sein, um vorauszu sehen, daß es hier einige Turbulenzen geben wird. Und nicht, um mich selbst zu zitieren, sondern einfach um diese Selbstverständlichkeit aufzuzeigen, möchte ich nur sagen, was ich etwa voriges Jahr hier in diesem Hohen Haus gesagt habe. Ich habe den Herrn Landesrat Dr. Heidinger gebeten, sehr bald den Entwurf für ein Landesfremdenverkehrsgesetz zur Begutachtung auszusenden, ich zitiere „wobei ich die Bitte anführen darf, daß diese Begutachtungsfrist, ich würde sagen, mindestens ein halbes Jahr lang sein muß, weil – meine Damen und Herren – gerade uns als Handelskammer nur zu gut bewußt ist, wie schwierig es sein wird, hier jenen Interessenausgleich zu finden, der alle Wirtschaftsbranchen wenigstens einigermaßen befriedigt“ und so weiter, Zitat Ende. Meine Damen und Herren, ich habe dem nichts hinzuzufügen und betone noch einmal: Das ist kein Kunststück, vorauszu sehen, daß es natürlich Turbulenzen mit einem derartigen Gesetzesentwurf geben wird. Und wenn der Herr Abgeordnete Hammer heute in einem anderen Zusammenhang gemeint hat, das Sportgesetz ist eine Diskussionsgrundlage, da muß sich vieles noch ändern, so kann ich sagen, bitte, warum denn nicht? Jeder Entwurf, der vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung zur Begutachtung für ein bevorstehendes Gesetz ausgesandt wird, ist eine Diskussionsgrundlage und kann in jeder Richtung mit Vorschlägen aller Interessensvertretungen und Betroffenen, insbesondere am Ende aller Abgeordneten des Hohen Hauses, geändert werden. Daß das Fremdenverkehrsgesetz – ich möchte sagen – primär natürlich in der Handelskammer Interessenausgleichszweck bereitet, liegt auf der Hand, weil dort nur diejenigen sitzen, die das gesamte Gesetz zu bezahlen haben. Aber wir werden – und da können Sie versichert sein – fertig werden mit einer Begutachtung, die einigermaßen konsensual hier beschlossen werden kann, ich meine konsensual auch gegenüber den Zahlern, wobei ich mir wieder nicht die Illusion mache, daß alle davon begeistert sein werden, zustimmen werden und vergleichen mehr. Ich bin der Meinung, daß der Fremdenverkehrsbeitrag keine zusätzliche Steuer ist, sondern einfach für Werbezwecke zu verwenden sein wird, für den Landesfremdenverkehrsverband, für die Bezirksverbände, für die Ortsverbände, und ich bin durchaus der Meinung gegenüber dem Entwurf, daß ein wesentlich geringeres Aufkommen als in diesem Entwurf vorgesehen ausreichen müßte, könnte mir vorstellen, aber bitte, das nicht auf die Waagschale zu werfen, ein Betrag von etwa 50 bis maximal 80 Millionen Schilling. Genauere Berechnungen dieses Entwurfes haben natürlich erge-

ben, daß es wesentlich mehr ist, die Schätzungen gehen von mindestens dem Doppelten bis zum Dreifachen. Aber wie gesagt, das ist ein Entwurf, der entsprechend umgearbeitet werden wird müssen. Und ich möchte auch darauf hinweisen, daß an dem Entwurf sicher noch vieles geändert werden muß, was die Einhebungsweise betrifft. Die Einhebung darf sicher nicht zu wesentlich mehr Bürokratie führen. Das heißt, es wird notwendig sein, bei der Berechnung des Fremdenverkehrsbeitrages, die Basis ist ja der Umsatz der Betriebe, bei dieser Berechnung möglichst großzügige Pauschalierungsmöglichkeiten einzubauen, weil sonst zwangsläufig ein Bürokratismus entsteht, den wir nicht aushalten.

Wenn, Hohes Haus, hier der Herr Kollege Ofner gemeint hat, Landwirtschaft, Fremdenverkehr und „sonstige Wirtschaft“ etwa in der Gruppe 7, ich kann nur sagen, natürlich ist es so eingeteilt, aber alles zusammen ist die Wirtschaft, von der und mit der wir leben, wenn auch die „sonstige Wirtschaft“ – vor allem, was die Arbeitsplätze in diesem Land betrifft – einen weitaus übergewichtigen Teil ausmacht. Wenn man bei der „sonstigen Wirtschaft“ glaubt, das ist ein Einheitstopf, das hat niemand geglaubt, aber ich sage das nur, so irrt man sich. Natürlich sind die Interessen der Fremdenverkehrsvertreter auch in der Handelskammer, die wiederholt mit dem Landesrat Dr. Heidinger gesprochen haben, andere als die Interessen der Industrie, des Gewerbes, auch im Gewerbe von Sparte zu Sparte grundsätzlich verschieden, die Interessen des Handels, des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens, des Verkehrs, das ist ja alles grundverschieden. Aber sie alle müssen zahlen, wenn auch zum Teil geringe Beiträge, aber immerhin Beiträge, und wer freut sich schon darüber. Das kann man wahrlich hier nicht erwarten. Ich kann nur insgesamt dazu feststellen, daß wir Verständnis für diese Auseinandersetzung haben müssen, weil sie – fast möchte ich sagen – nur zu logisch ist. Es ist sicher für alle Nichtvertreter der Wirtschaft, für alle Nichtwirtschaftstreibenden viel leichter, sehr aufgelockert und rasant dieses Gesetz zu fordern und zu sagen, wir sollten es längst schon haben, und warum soll es nur solche geben, die kassieren, und andere, die nichts davon haben. Meine Damen und Herren, zahlen müssen eben nur die Mitgliedsbetriebe der Handelskammer, und haben tun alle etwas davon. Das muß uns auch klar sein, denn es geht hier auch um eine Menge Arbeitsplätze.

Es ist richtig, wie Kollege Kröll gesagt hat, daß die natürlichen Partner der Wirtschaft die Gemeinden, die Vereine sind. Auch hier muß ich natürlich in aller Freundschaft dazusagen, stimmt, aber zahlen tut nur die Wirtschaft, und das Geld aufbringen muß nur die Wirtschaft, und daher werden wir auch sehr auf der Hut sein, daß unsere Betriebe auch bei der Verteilung des Geldes nicht ganz übergangen werden, weil das einfach nicht geht. Und wenn sich der Herr Kollege Mag. Rader so viele Sorgen macht um die politischen Konsequenzen, die dieses Gesetz für den Wirtschaftsbund, die Handelskammer und dergleichen haben wird: Meine sehr geehrten Herren von der Freiheitlichen Partei, natürlich versuchen sie, mit diesem Gesetzentwurf im trüben zu fischen, aber wenn Sie glauben, daß Sie hier wesentliche Fische fangen, dann irren Sie ganz bestimmt. Ich bin jahrzehntelang in der

Wirtschaft tätig und weiß, daß wir in Wahrheit bei jeder Handelskammerwahl darauf aus sein müssen, den Freiheitlichen einige Mandate zu schenken, damit sie überhaupt noch in der Handelskammer vertreten sind, weil sie an sich einige sehr gute Mandatare dort sitzen haben, wie etwa jetzt den jungen Fladischer. Beim verstorbenen Fladischer war es gleich und auch bei Kommerzialrat Gruber; aber 3 Prozent der Wirtschaftstreibenden in etwa wählen die Freiheitliche Partei! Ich will nicht von einer Quantité négligeable reden, aber sich hier so aufzuplustern und sich die Sorgen des Wirtschaftsbundes oder der Handelskammer insgesamt wegen dieses Gesetzesentwurfes zu machen, das soll wahrlich nicht die Sorge des Kollegen Mag. Rader oder des Kollegen Weilharter sein. Und bewiesen ist diese Feststellung von mir auch dadurch, daß diese Versuche, im trüben zu fischen, mit den Veranstaltungen „Fremdenverkehrsgesetz, noch eine Steuer“ – nicht nur, lieber Freund Kanduth, im Bezirk Liezen oben, sondern in allen Bezirken des Landes hat man dies gemacht –, daß diese Veranstaltungen insgesamt nur Abrenner gewesen sind. Ich weiß von jeder einzelnen, wie viele Leute dort anwesend waren. Wenn nicht Kammerfunktionäre und Wirtschaftsbündler bewußt hingegangen wären, um zur Diskussion beizutragen, hätte es noch schlimmer ausgeschaut. Mit anderen Worten: Die Sorgen der Handelskammer brauchen sich die Herren der Freiheitlichen Partei wirklich nicht zu machen, wengleich ich noch einmal betone: Natürlich ist es für uns nicht einfach, natürlich müssen wir dieses Gesetz den Mitgliedern plausibel machen. Und wir werden – um auch wieder Mag. Rader zu zitieren – dieses Gesetz gemeinsam erarbeiten. Er hat darum ersucht. Wir haben diesen Arbeitsausschuß in der Handelskammer installiert, die Dinge genau besprochen – der Dr. Matelanz ist der Koordinator des Ganzen –, und selbstverständlich sitzen in diesem Arbeitsausschuß auch die Spitzenleute der Freiheitlichen Partei und der Sozialistischen Partei, daß heißt in der Wirtschaft, des „Ringes freiheitlicher Wirtschaftstreibender“ der Obmann Kommerzialrat Fladischer und der Vertreter des freien Wirtschaftsverbandes der SPÖ, der Kommerzialrat Stroß, die beide absolut konstruktiv, wie immer in Fragen der Wirtschaft, dort mitarbeiten und die eigentlich auch schon erkennen, daß sich eine Lösung finden lassen wird, wo wir einigermaßen zur Zufriedenheit möglichst vieler Handelskammermitglieder – alle werden es nie sein – über die Runden kommen werden.

Meine Damen und Herren, wenn wir in der weiteren Bearbeitung dieses Gesetzentwurfes diese Grundsätze, die ich kurz aufgezeigt habe, beachten, bin ich eigentlich sicher, daß wir noch vor dem kommenden Sommer ein Fremdenverkehrsgesetz beschließen können, das sowohl den Zweck und die Zielsetzungen des Gesetzentwurfes erfüllt, als auch im Interessensausgleich innerhalb der verschiedenen Wirtschaftsbranchen im großen und ganzen konsensual beschlossen werden kann.

Ich habe nur noch eine Bitte an den Landesrat Dr. Heidinger und die gesamte Landesregierung, daß man seitens der Landesregierung alles daransetzt, daß dieses Fremdenverkehrsgesetz im Jahr 1988 beschlossen wird, einfach weil es notwendig ist, weil Tourismus die hoffnungsreichste Wachstumsbranche auch bei uns in der Steiermark ist. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Kalnoky. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Kalnoky:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Was das Wort heißt, daß man Menschen pflanzt, das erleben wir in den letzten Tagen ziemlich oft von unserem Kollegen Mag. Rader. Mir ist aber der wahre Sinn dieses Wortes neulich aufgegangen, wie ich auf dem Grazer Hauptbahnhof war. Da hat die ÖBB mitten in die Bahnhofshalle, sozusagen als gemütliche Ecke, ein paar Grünpflanzen aufgestellt und zeigt damit – (Abg. Kammlander: „Die sind schon wieder weg, die gibt es nicht mehr!“) Na, dann ist es umso besser. Auf jeden Fall, trotzdem, pflanzt uns die ÖBB mit einigen solchen optischen Kleinigkeiten und macht uns glauben, daß sie etwas tut, damit der Bahnhof, der doch das Gesicht der Stadt ist, ansprechbar ist. Ich habe neulich – wir alle kommen nicht sehr oft auf den Grazer Hauptbahnhof – am Abend meine Tochter abgeholt, und die Atmosphäre dort ist fast triste, und ich sage das für uns alle: Ich glaube, wir alle bräuchten einen anderen Grazer Hauptbahnhof. Dort ist am Abend Halbdämmerung, die Menschen huschen hin und her, es ist nur zufällig einmal eine Ansage, wann ein Zug ankommt und abfährt. Die Schalter sind zu einem großen Teil geschlossen, zu Mittag der Wechselschalter. Wenn die Züge ins Ausland fahren, kann man nichts wechseln, es ist einfach eine Atmosphäre, als wenn dort der Stillstand und der Schlaf eingezogen wären.

Ich glaube – ich sage das wirklich ganz betroffen –, wir alle müßten schauen, daß dieser Grazer Hauptbahnhof – wenn wir sagen: „Mehr Verkehr auf die Schiene“ – anders ansprechbar ist. Und ich habe auch meine zwölfjährige Tochter, die dort jeden Tag Fahr-schülerin ist, gefragt, sie soll ganz einfach einmal sagen, was alles dort fehlt: Es fehlt dort ein ansprechender Jugendwartesaal, es fehlt dort wirklich ein Raum, um sich darin aufzuhalten, es gibt eigentlich nur entweder ein teures Restaurant oder alte, abgestandene Semmeln, es spricht nichts dafür, daß man gerne dort mit der Bahn fährt. Und ich würde das alles noch verstehen, wenn es das Zeichen wäre, daß wir sparen müssen und uns im Moment nichts leisten können. Aber Sie wissen auch, daß im Gespräch ist, daß zwischen Süd- und Westbahnhof in Wien für 60 Milliarden Schilling eine Verbindung gebaut werden soll. Wenn solche Gespräche im Gange sind, dann muß ich sagen, dann sollte erst einmal – und da bitte ich alle, die die steirische Bevölkerung vertreten, daß wir doch an die ÖBB herantreten und sagen – die Bevölkerung nicht mit ein paar solchen Grünpflanzen zu pflanzen, als wenn sie etwas für uns täten, sondern wirklich etwas tun! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Dr. Helmut Heidinger. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst danke ich für die Debattenbeiträge und die positiven Worte zur Entwicklung des Fremdenverkehrs im vergangenen Fremdenverkehrsjahr. Dieser Dank geht an die Unternehmer und Mitarbeiter, die im

Bereich „Freizeitwirtschaft“ tätig sind. Es geht aber weit darüber hinaus, weil – und das haben die Vorredner auch betont – der Fremdenverkehr in unsere gesamte Wirtschaftstätigkeit eingebunden ist, von der Landwirtschaft, von der Almwirtschaft, von der Forstwirtschaft bis hin zu vielen, vielen Sparten der gewerblichen Wirtschaft. Ich möchte nicht die Zahlen, die schon genannt wurden, wiederholen. Ausführliche Statistiken sind am Fremdenverkehrstag aufgelegt, wo sich die Spitzen der örtlichen, der regionalen Fremdenverkehrswirtschaft, die Funktionäre der Selbstverwaltungsorganisationen und auch viele Gastronomen eingefunden haben, und zwar in Deutschlandsberg. Ich darf aber eine Ergänzung insofern anfügen, als es uns gelungen ist, insgesamt im vergangenen Fremdenverkehrsjahr 10.000 Nächtigungen mehr zu registrieren. Im Sommer war es – und das ist das besonders Erfreuliche – bereits im zweiten Jahr und entgegen dem österreichischen Trend ein Plus von 31.000 Nächtigungen, während im Winter 20.000 Nächtigungen fehlten, um das sehr gute Ergebnis des Winters vorher einzustellen. Der Winter 1987 hat für uns besonders ungünstige Faktoren gehabt: Einerseits, daß in der Umgebung von Wien sehr viel Schnee war, so daß offensichtlich Wiener auf Wochenendausflüge umgewechselt haben, statt einen Schiurlaub zu machen, und zum Zweiten der sehr späte Ostertermin.

Ich möchte anmerken, daß die Zuwachszahlen sehr unterschiedlich im Land verteilt sind und deutlich zu sehen ist: Dort, wo ein entsprechendes Angebot und Marketing besteht, sind Marktanteile zu gewinnen. Wo dies nicht der Fall ist, gibt es weiter Rückgänge. Und neben der Dachstein-Tauern-Region, die ja das perfekte Marketing betreibt, hat eine Nachbarregion – und wir kennen die Gründe, und wir hoffen, daß sie beseitigt sind – das, was die Dachstein-Tauern-Region gewonnen hat, in zwei Orten allein verloren. Neben dem Bezirk Liezen – der Herr Abgeordnete Tschernitz hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das das Kerngebiet unseres Fremdenverkehrs ist – haben auch das Thermengebiet und die südoststeirischen Bezirke zum Teil sehr erfreuliche Wachstumsraten. Ich darf anführen: Loipersdorf über 10 Prozent, Waltersdorf fast 6 Prozent, Radkersburg Umgebung 4 Prozent und Seggau bei Leibnitz sogar 25 Prozent. Wir haben aber laufend auch eine Aufholjagd bezüglich der Qualität zu führen. Hier hat die Kreditabteilung, sie ist ein sehr kleiner Teil der Landesfremdenverkehrsabteilung, rund 850 Anträge im Jahr 1986 bearbeitet und bisher im Jahr 1987 auch schon wieder 750, und es wurden mit einem Förderungsaufwand im Jahre 1986 von 36 Millionen Schilling aus dem Fremdenverkehrs-investitionsfonds Kredite, Zinszuschüsse, Beihilfen, ein Investitionsaufwand von 322 Millionen Schilling gestützt. Ich glaube, daß hier auch zu danken ist den Unternehmern, die sich bemühen, den Standing auf Durchschnittsniveau anzuheben beziehungsweise darüber hinaus.

Nun zu den Schwerpunkten der Arbeit des Fremdenverkehrsverbandes unter der Leitung von Herrn Hötter, der leider schon am Fremdenverkehrstag mit einer bösen Ischialgie aufgetreten ist und der daher heute auch nicht hier zuhören kann. Es geht darum, die Steiermark bekanntzumachen; wir wissen aus Meinungsumfragen, daß etwa in der Bundesrepublik

Deutschland ein ausgesprochenes Süd-Nord-Gefälle der Bekanntheit der Steiermark besteht, in Nordrhein-Westfalen etwa ist nur ein Drittel der Bevölkerung die Steiermark ein Begriff, in Bayern sind es 50 Prozent. Und wir haben im Sommermagazin mit 1,2 Millionen Auflage versucht, eine solche Aktion in Süddeutschland bis hinauf nach Nordrhein-Westfalen zu starten, das Wintermagazin, das Ihnen ausgeteilt wurde, ist in einer Auflage von 600.000 Stück in Österreich und in der Bundesrepublik verteilt worden, und das ORF-Ferienmagazin hat zehn steirische Regionen zu einer sehr günstigen Relation Einsatz und Output im Fernsehen vorgestellt. Die Familienaktion, die wir mit dem ADAC eingeleitet haben, wird konsequent weitergeführt, 30 Leitbetriebe haben wir ausgewählt und 30 weitere sind bemüht, es ihnen gleichzutun. Wir sind dabei, nun das Gesundheitsangebot als spezielles Segment besonders herauszuarbeiten und anzubieten, weil auch große Infrastrukturinvestitionen gerade in der Thermenlinie Waltersdorf, Loipersdorf, Bad Gleichenberg, Bad Radkersburg durchgeführt wurden und werden.

Die Landesausstellung war ein weiterer Schwerpunkt. Sie kennen das Ergebnis. Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat schon über die gute Zusammenarbeit zwischen der Kulturabteilung und der Landesfremdenverkehrsabteilung gesprochen. Ich hoffe, daß es in Voitsberg, wo der örtliche regionale Verband außerordentlich rührig ist, ebenso sein wird und daß auch die Landesausstellung „Glas und Kohle“ den Erfolg erreicht, den unsere Landesausstellungen in den letzten Jahren erreicht haben. Aus der Erfahrung haben wir feststellen müssen, daß wir zumindest für Teile der Steiermark den Incoming-Bereich ausbauen müssen. Wir haben einen jungen agilen Fachmann im Verband dafür gewonnen. Durch die Eingliederung der bisher von der Handelskammer betriebenen „IZ“ werden wir nächstes Jahr diesen Bereich konsequent entwickeln.

Nun kurz zum Budget, meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Im wesentlichen sind die Ansätze, wie Sie sich überzeugt haben werden, gleichgeblieben, insbesondere sind die Marketingmittel, die den Regionalverbänden für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt wurden, gleichgeblieben, und wir haben die Mittel, die direkt dem Verband zugeleitet werden, nun auf 7,5 Millionen Schilling angehoben. Allerdings zu Lasten der sonst für Werbung im allgemeinen zur Verfügung stehenden Mittel, weil wir im Personalbereich die Vorbereitung für konsequente Marktbearbeitung fortsetzen müssen. Ich glaube, daß diese Investition in agile, fachlich gut ausgebildete junge Leute letztlich für den steirischen Fremdenverkehr mehr bringt, als wenn wir eine Werbeaktion mit Plakaten und Beilagen machen oder nicht machen. Und wir hoffen ja – und das ist in allen Wortmeldungen, auch in den kritischsten, zum Ausdruck gekommen –, daß wir zu einem steirischen Fremdenverkehrsgesetz kommen und daß dieses mehr Mittel für Marketing und Werbung zur Verfügung stellen wird.

Die Schwerpunkte für das nächste Jahr sind verstärkte, direkte Marktbearbeitung, sei es über Messen, sei es über Besuche bei Reiseveranstaltern, Autobusunternehmen und so weiter. Es ist weiters die verstärkte Arbeit an uns selbst, vermittelt durch die

„Tourismuswerkstatt“. Wir müssen leidenschaftslos für Betriebe, Regionen, Ortsverbände Stärke-, Schwächenkataloge aufstellen und die Stärken ausbauen und halten und die Schwächen möglichst eliminieren. Wir haben dafür auch, um eine bessere Kommunikation sicherzustellen, in den letzten Tagen eine Aktion mit PC-Ausstattung für die Regionalverbände mit Unterstützung des Landes gestartet. Das Echo ist hervorragend, und so wird es möglich sein, auf kurzem Wege mit koordinierten Programmen zu arbeiten, insbesondere auch bei der Speicherung von Adressen, um dann gezieltes Marketing betreiben zu können. Wir werden, damit für die steirische Fremdenverkehrswirtschaft sozusagen ein Vademekum gegeben ist, das Sachprogramm Fremdenverkehr im Rahmen des Raumordnungsgesetzes vorantreiben, zumindest einen Entwurf vorlegen, vielleicht ist es auch soweit, daß er verabschiedet und als Verordnung der Landesregierung kundgemacht werden kann. Und wir werden – und auch das soll man nicht übersehen – in Wien wieder einen besonderen Schwerpunkt setzen, die Wiener Ferienmesse, weil – und das muß einem zu denken geben – es uns im Vorjahr nach einer sehr erfolgreichen Steirermesse gelungen ist, die Wiener Nüchtigungen anzuheben, heuer aber 100.000 Wiener Nüchtigungen verlorengegangen sind, die wir durch Bundesdeutsche ersetzt haben –, ganz im Gegensatz zu anderen Ländern, wo die bundesdeutschen Nüchtigungen zum Teil signifikant zurückgegangen sind. Es hat sich deutlich gezeigt, ohne daß man das exakt zurechnen kann, dort, wo wir besondere Marketing- und Werbeschwerpunkte setzen, haben wir bisher Erfolg gehabt. Und das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, nun der Punkt und die Brücke zum Fremdenverkehrsgesetz – und es haben erwartungsgemäß dazu schon die Generalredner gesprochen und ihre Positionen bezogen, und natürlich ist auch in der Spezialdebatte dazu geredet worden – mehr Mittelaufbringung ist das Leitbild aller, die dazu geredet haben. Und ich werde zu der mir nicht ganz erklärlichen Widersprüchlichkeit oder schon erklärlichen Widersprüchlichkeit der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mag. Rader noch zurückkommen.

Die Ratio des Fremdenverkehrsgesetzes ist, daß wir etwa 80 Millionen Schilling zusätzlich für Marketing, Werbemittel und Werbung im Fremdenverkehr bekommen. Ich werde begründen, warum. Die 80 Millionen Schilling sind bitte brutto, denn wir bringen jetzt freiwillig etwa 20 bis 25 Millionen Schilling jährlich auf. Ich bin kein Illusionist, wenn eine gesetzliche Regelung kommt, dann werden die freiwilligen Beiträge natürlich versiegen. Aber das Problem der Freiwilligkeit, das auch junge Handelskammerfunktionäre, und ich habe volles Verständnis dafür, mit Idealismus vertreten, ist, daß sie glauben, daß alle den Sinn einsehen und sich freiwillig bereitfinden zu zahlen. Und das ist selbst in den Edelfremdenverkehrsregionen – wenn ich die Ramsau und deine Region, Freund Kröll, so nennen darf – nicht der Fall. Es gibt zu viele Trittbrettfahrer, und dann werden die, die freiwillig leisten, berechtigterweise stumm und sagen: „Na endlich, bitte, alle gleich!“ Daß man, wie immer man es tut, es falsch macht, das habe ich – und das wird klarerweise nicht zitiert – schon bei jeder meiner Reden zu diesem Problem gesagt, und ich habe immer betont, daß natürlich der Schrei nach einem Fremdenverkehrs-

gesetz heißt, daß es auch Belastungen gibt, und zwar Belastungen der Fremdenverkehrssektionsmitglieder selbst, weil es auch legitim ist, denn wir wissen genau, daß etwa von einer Million, die zusätzlich durch Fremdenverkehrsumsatz erzielt wird, 570.000 Schilling, also 57 Prozent, direkt in die Gastronomie für Beherbergung und Verpflegung gehen, und dann teilt sich das andere auf die anderen Berufsgruppen auf. Wir waren aber auch der Meinung, daß es gerechtfertigt ist, hier für eine der wenigen sicheren Wachstumsbranchen einen Solidaritätsbeitrag derer zu erbitten, die entweder indirekt am Fremdenverkehr verdienen oder die zumindest verdienen können, wenn wir mehr Gäste hierherbringen.

Und hier darf ich doch, Herr Abgeordneter Weilharter, weil Sie mich zitiert haben, auch Sie zitieren, und ich stimme Ihnen vollkommen zu, zu dem, was Sie voriges Jahr gesagt haben. Zu dem, was Sie heuer gesagt haben, machen Sie sich selber Ihren Reim. Damals haben Sie nämlich gesagt: „Zu dieser Weichenstellung und zu diesen Rahmenbedingungen gehört auch das steirische Fremdenverkehrsgesetz.“ Und Sie haben dann weiter gesagt: „Ich meine, daß Sie bisher diesem Gremium, diesem Hohen Haus hier, noch keinen Entwurf zur Beratung und Diskussion vorgelegt haben.“ Und dann: „Erstens, eine sofortige Vorlage eines steirischen Fremdenverkehrsgesetzes, das die notwendigen Geldmittel für echte Werbemaßnahmen bringen soll.“ Und da wird Ihnen ja wohl klar gewesen sein, daß diese Forderung natürlich heißt, daß die Betroffenen auch zahlen müssen. Ich frage Sie also jetzt: Was soll das? Das haben Sie vorher gewußt. Sie wollen nur billig demagogisch im trüben fischen. Das ist das einzige. (Beifall bei der ÖVP.) Und lesen Sie, bitte, auf Seite 239 des vorjährigen Protokolls nach, was ich Ihnen damals geantwortet habe. Ich erspare es mir nämlich, Ihnen heute das gleiche zu sagen.

Warum also das Gesetz? Der Stellenwert des Fremdenverkehrs in der Steiermark beträgt derzeit 2,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, wenn man nur auf das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe Bezug nimmt. Wir haben einen Österreichanteil von 9,5 Prozent, während wir sonst 13 Prozent, bei der Bevölkerung sogar 16 Prozent haben. Wir wissen – und das hat einer der Debattenredner sehr richtig erwähnt; ich glaube, Dr. Dorfer war es –, daß die Dienstleistungsbereiche die Arbeitsplatzstellen der Zukunft sind. Daher ist es auch legitim, den Fremdenverkehr auch von anderen Bereichen der Wirtschaft, die aus Rationalisierungsgründen ihre Arbeitsplätze vermindern – zum Beispiel die Industrie, die selbstverständlich bei jedem Zusatzumsatz auch ihren Nutzen hat –, zu unterstützen. Der Fremdenverkehr ist in manchen Gebieten – und das hat der Herr Abgeordnete Ofner erwähnt – eine Sicherung für die Besiedlung, daß es überhaupt weiter eine Kulturlandschaft gibt, und hier ist die Partnerschaft mit der Land- und Forstwirtschaft ja zum Greifen nahe.

Die Philosophie des Entwurfes, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wer am Zusatzumsatz durch unsere Gäste verdient, soll in Promillesätzen von diesem Umsatz für Fremdenverkehr und Marketing Mittel zur Verfügung stellen. Und natürlich, Herr Abgeordneter, wenn Sie sich selber die Mühe gemacht hätten, den Entwurf anzusehen – ich gebe zu, er ist vielleicht

zu kompliziert, wie das jetzt in den Äußerungen deutlich zum Ausdruck kommt, aber gerade das war die Forderung vieler, mit denen wir diskutiert haben; auch mit Vertretern Ihrer Fraktion, informell, mit Vertretern, die im Gastgewerbe tätig sind, und die waren eben der Meinung, man sollte die Salzburger Ordnung, die sehr differenziert ist, übernehmen. Ich nehme sehr gerne zur Kenntnis – das war nämlich meine Auffassung auch –, daß das viel zu kompliziert ist und daß es viel einfacher auch gehen könnte.

Dritte Philosophie: Die Zahler sollen wesentlich mit-sprechen können, daher haben wir – weil das verfassungsmäßig geprüft war, und nicht aus Bequemlichkeiten – das Salzburger Modell mit den öffentlich-rechtlichen Körperschaften übernommen. Aber man wird auch hier sehen, ob man es nicht einfacher machen kann.

Vierte Philosophie: Der Entwurf sollte breit diskutiert werden, und ich danke den 30 Institutionen, die Stellungnahmen abgegeben haben. Wir werden selbstverständlich diese Stellungnahmen sehr ernst nehmen, und ich hätte mir von Ihnen, sehr geehrter Herr Abgeordneter und Fraktionsführer der FPÖ Mag. Rader, halt mehr als die Stellungnahme erwartet, die ich bekommen habe: „Die freiheitliche Landtagsfraktion muß den Entwurf zu einem Fremdenverkehrsgesetz in der vorgelegten Form ablehnen.“ No na, das ist relativ einfach. Aber Sie haben hier ja eine Menge von konstruktiven Vorschlägen auch gemacht, und jetzt muß ich Sie fragen: Was gilt also jetzt? Daß es unzumutbar ist, in dieser Situation der Wirtschaft überhaupt noch eine Belastung aufzuerlegen? Ich habe sehr viel Verständnis für diese Argumentation, nur hat die vor zwei und drei Jahren, bitte, auch schon gegolten, weil seitdem die Steuerbelastungsquote in etwa gleichgeblieben ist. Sie haben sogar federführend den Referenten immer wieder gedrängt, und ich habe nun den Auftrag des Hohen Landtages halb erfüllt. (Beifall bei der ÖVP.) Wir sind ja erst in der Vorbegutachtungsphase, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn Sie noch zu jung im Landtag sind, um zu wissen, wie die Gesetzgebung vor sich geht, erkundigen Sie sich, bitte, bei Ihren Veteranen in der eigenen Partei. Ich weiß nur, daß Sie mit denen kein sehr gutes Verhältnis haben. Das ist mir bekannt.

Dann auch eine ehrliche Antwort auf die Frage, die Sie in sehr theatralischer Form, Herr Abgeordneter Weilharter, die gar nicht zu Ihnen paßt – aber das ist eine kleine Nebenbemerkung –, vorgebracht haben: „Mit wem haben Sie denn das diskutiert?“ Die politische Verantwortung für den Entwurf habe selbstverständlich ich als Referent. Und mit wem ich das diskutiert habe? Mit den Institutionen, denen ich den Entwurf zugeschickt habe, darunter auch mit der FPÖ. Wenn ich von denen keine Antwort bekomme, muß ich es auch zur Kenntnis nehmen. Gott sei Dank haben viele andere konstruktiv an der Verbesserung dieses Entwurfes mitgearbeitet. (Beifall bei der ÖVP.)

Und damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich schon zum Schluß kommen. Ich danke den rund 30.000 mittelbar und unmittelbar im Fremdenverkehr Tätigen, ich danke den Mitarbeitern in der Fremdenverkehrsabteilung mit Hofrat Hermann an der Spitze, ich danke den Mitarbeitern im Verband mit Herrn Hotter und seinen Mitarbeitern, und ich danke

meinen zwei Sekretärinnen, die im Büro die Fremdenverkehrsangelegenheiten bearbeiten: Frau Dr. Koiner und Frau Mag. Schmalz, und ich hoffe – und es schaut auf Grund der Witterung ja so aus –, daß wir eine schöne Wintersaison bekommen, und ich hoffe auch, daß sie auch den steirischen Fremdenverkehr wieder ein Stück weiterbringt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident:** Nunmehr kommen wir zum dritten und somit letzten Teil der Gruppe 7, das ist die Wirtschaftsförderung. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann, dem ich es erteile.

**Abg. Kollmann:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Wenn man sich hier von diesem Pult aus mit der gewerblichen und industriellen Wirtschaft unseres Landes befassen soll, und das noch in möglichst kurzen Sätzen und möglichst wenigen Minuten, dann muß man sich auf die stichwortartige Beantwortung dreier Fragen konzentrieren. Frage eins: Wo stehen wir? Frage zwei: Was wollen wir? Frage drei: Was müssen wir tun, damit wir das erreichen, was wir erreichen wollen?

In Österreich – und das wissen wir alle, ist Mitte der siebziger Jahre, etwas 1974, eine Wirtschaftswende eingetreten. Leider eine Wende vom relativ hohen Wirtschaftswachstum zu kleinen Wachstumswerten und in vielen Bereichen mit kleineren Zwischenhochs. Eine Wende zu Stagnation und sogar zu Rückschritten. Zu Rückschritten vor allem im Bereich der Schwerindustrie, und da wieder in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie. Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses! Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, daß der ehemalige Bundeskanzler und Parteivorsitzende Dr. Kreisky und seine Partei diese Entwicklung eingeleitet haben oder gar einleiten wollten, diese negative Entwicklung. (Abg. Günther Ofner: „Schön sachlich bleiben!“) Sie haben bitte nicht zugehört, ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß Dr. Kreisky diese Entwicklung eingeleitet hat oder einleiten wollte. Sind wir noch d'accord? Aber sie nicht erkannt und mit allen politischen Mitteln bekämpft zu haben, das – meine Damen und Herren von der SPÖ – ist die historische Schuld dieses Herrn und seiner, Ihrer Partei! (Abg. Sponer: „Du fängst schon wieder mit Schuldzuweisungen an!“) Es ist die historische Schuld – die Tatsache, daß wir jetzt mit Ihnen in der Regierung sitzen, kann darüber nicht hinwegtäuschen. Man wußte zwar, meine Damen und Herren, daß die starke Ausprägung des Primärsektors wenig Wirtschaftswachstumchancen bietet, wir haben es immer – und Sie können meine Reden hier nachlesen – gesagt, und wir haben immer vor industrieller Großmannsucht gewarnt. Sie aber, besser gesagt, Ihre Parteiführer haben lediglich konserviert und abgewartet, gewartet offenbar auf die nächste Konjunkturwelle, die nicht gekommen ist. (Abg. Gennaro: „Sind Sie ein Hellseher? Sie können erst morgen sagen, was Sie heute falsch gemacht haben!“) Nein, wir haben es seit 1974 gesagt, so lange sind Sie leider noch nicht in diesem Haus, daß Sie das bestätigen könnten, aber ich kann Ihnen die Protokolle zur Verfügung stellen, und ich kann auch nachlesen lassen, was Ihre Partei gesagt hat seit der Fusion der Stahl-

und Eisenindustrie. Sie haben, beginnend mit dieser Stahlfusion, große, unbewegliche Unternehmungen geschaffen, anstatt die ohnehin damals schon sehr unflexiblen Einheiten der VOEST und der ALPINE und von Schoeller und von Böhler zu lukrativen Lücken der Weltmärkte zu führen. (Abg. Sponer: „Natürlich sind wir einer Meinung!“) Herr Kollege Sponer, es ist leider so, daß es Dr. Kreisky und der SPÖ gelungen ist, optische Muskelprotze zu produzieren, die vor vermeintlicher Kraft und Selbstüberschätzung nicht mehr imstande waren, sich auf den Weltmärkten lukrativ und beweglich zu zeigen. Und die Vorstellung, daß man einfach alles fachlich beherrscht, nicht nur das ohnehin diffizile Stahlkochen, diese Vorstellung war falsch, das muß man heute zur Kenntnis nehmen. Großanlagen oder deren Industrieruinen in Entwicklungsländern, und nicht nur dort, der Handel mit Produkten, von denen ein verstaatlichtes Unternehmen besser die Finger lassen sollte, haben die österreichischen Steuerzahler viel gekostet und werden uns weiter belasten. (Abg. Gennaro: „Das hat der Wirtschaft in der Vergangenheit viel gebracht!“) Und, meine Damen und Herren von der SPÖ, das muß hier gesagt werden, auch Sie haben diese Politik goutiert. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Und voll unterstützt!“) Voll unterstützt! Und ich wage eine Behauptung, das heißt, es ist gar kein Wagnis, wenn ich das behaupte, wir, die ÖVP, säßen heute nicht in der Regierung, wenn Sie mit Ihrer Wirtschaftspolitik nicht Schiffbruch erlitten hätten. Wenn alles das gestimmt hätte, was Sie uns in den letzten Jahren hier erzählt haben, dann säßen wir nicht in der Regierung und müßten wir nicht Ihnen helfen (Abg. Gennaro: „Wir sind 17 Jahre gesessen!“), gemeinsam das Staatsschiff zu sanieren. Meine Damen und Herren! So ein Buch hätte nie geschrieben werden können, wenn nicht meine Behauptungen richtig wären. Ich bin zwar kein Freund des Herrn Franz Summer, ich bin nur per du mit ihm und kenne ihn seit seiner Tätigkeit bei der VOEST-Alpine zur Zeit der Stahlfusion im Jahre 1973. Er ist Ihr Parteimitglied und bleibt es auch weiterhin. Es erinnert mich das ganze etwas daran, wie wenn jemand, der fast Vorstandsrang in diesem Unternehmen hatte und bei allen Personalentscheidungen und wichtigen Sachentscheidungen anwesend war, bei den Vorstandssitzungen meist zugegen war, dann hintennach, wenn es schiefgegangen ist, Leichenfledderei betreibt. So ähnlich kommt mir das vor. Aber dieses Buch beinhaltet auch sehr viel Wahrheit. Und wenn nur 90 Prozent von dem, was da enthalten ist, wahr ist, dann brauchen wir über Schuld und Unschuld nicht mehr zu diskutieren. (Abg. Sponer: „Das habe ich ja gemeint!“) Es gibt einige Kapitel, die hochinteressant wären, ich habe mir da nur ein Lesezeichen eingelegt. Ich lese nicht vor, denn hier kommt auch ein Abgeordneter dieses Hauses vor, und zwar zum Kapitel „Als man in Eisenerz Kunstmarmor erfand“. Was das den Steuerzahler gekostet hat, das ist eine ganz interessante Geschichte. Man sollte es sich immer wieder vor Augen halten, wenn man glaubt, diesen Vorgängen – (Abg. Kirner: „Bist du als Aufsichtsrat auch genannt?“) ich bin als ehemaliger Aufsichtsrat auch genannt, aber nur namentlich angeführt, ohne Schuldzuweisung. Zwei Jahre war ich Aufsichtsrat, von 1973 bis 1974, und man hat mich schon damals kontrolliert, wenn ich ein Werk der VOEST-Alpine besucht habe. Nur, weil ich mich dann im Aufsichtsrat

auch zu Wort gemeldet und Kontrolle ausgeübt habe. Aber das wollte man nicht. (Abg. Sponer: „Da bist du ja mitverantwortlich!“)

Meine Damen und Herren, das Kabinett Vranitzky-Mock muß nun die Wirtschaft und die Staatsfinanzen einigermaßen in Ordnung bringen. Das zu einem Zeitpunkt, in dem wir nicht mehr darüber diskutieren sollten, ob wir der EG beitreten wollen oder nicht, unsere Wirtschaft sollte sich möglichst schon längst mitten im Europa der EG befinden. Das Image der Steiermark, meine Damen und Herren, ich komme jetzt auf unser Bundesland, ist heute leider das eines alten Industriegebietes, und dennoch hat die Steiermark in den letzten eineinhalb Jahrzehnten mit dem Wachstum der österreichischen Wirtschaft einigermaßen Schritt gehalten. Die nominelle Bruttowertschöpfung lag laut Prof. Tichy im Vorjahr noch immer im österreichischen Schnitt, sicherlich auch ein Verdienst der vielfältigen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, die von der Landesregierung und vom Landtag initiiert wurden. Das muß hier wieder einmal festgehalten werden, und darauf dürfen wir stolz sein. Die Steiermark hat als erstes Bundesland im Jahre 1965 eine industrielle Wirtschaftsförderung aufgebaut.

Weiters: Die Steiermark hat als erstes Bundesland in Österreich im Jahr 1977 sowohl ein Industrie- als auch ein Mittelstandsförderungsgesetz erhalten.

Drittens: Kein anderes österreichisches Bundesland hat sich so sehr an der Finanzierung von Bundesaufgaben beteiligt – bis zur Grenze des Möglichen und Zumutbaren. Stichwort: Autobahnen, Sonderförderungsaktionen. Mehr brauche ich nicht zu sagen.

Aber nun, meine Damen und Herren, zu einer interessanten Schlußfolgerung: Der für die Steiermark mit über 20 Prozent Beschäftigtenanteil noch immer wichtigste Wirtschaftszweig, nämlich die Industrie, ist in der Entwicklung erheblich zurückgeblieben. Die Zahl der Industriebeschäftigten ist zwischen 1974 und 1976 um 12.000, davon allein 70 Prozent in der Obersteiermark, zurückgegangen. (Abg. Kirner: „Warum?“) Ich habe die Frage „Warum?“ gehört – verstaatlichte Industrie. Aber aus der Tatsache, daß die steirische Wirtschaft insgesamt trotz aller Schwierigkeiten fast im Bundesdurchschnitt gewachsen ist, ergibt sich der zwingende Schluß, daß sich andere Bereiche unserer Wirtschaft besser entwickelt haben müssen. Das trifft auch zu, und wir können uns darüber freuen. Insbesondere im Gewerbe Wirtschaftswachstum von plus 7,6 Prozent pro Jahr gegenüber 6,9 Prozent im Österreichschnitt; im Handel, Gastgewerbe und Beherbergung 8,8 Prozent gegenüber 8,3 Prozent in Österreich. Auch die Dienstleistungen haben sich günstiger entwickelt als in Österreich. Ja selbst, was manchen überraschen wird, Holz-, papier- und metallverarbeitende Industrie sind kräftiger gewachsen als im Bundesdurchschnitt. Insbesondere die Metallverarbeitung. Wir sind noch nicht besser als andere Bundesländer, aber das Wachstum ist größer. Wir können also Hoffnung schöpfen. Es lassen sich also sehr wohl Zeichen des Strukturwandels erkennen.

Als hoffnungsvoll kann – glaube ich – auch die überdurchschnittliche Gründungstätigkeit bezeichnet werden, die ebenfalls Prof. Tichy in der Steiermark für die letzten Jahre geortet hat. 1971 bis 1985 wurden in der Steiermark nicht weniger als 11.800 Arbeitsplätze

in neu gegründeten Industriebetrieben geschaffen. (Abg. Sponer: „Aber nicht in der Obersteiermark!“) Es gibt also auch in der Obersteiermark – ich werde dir gleich ein paar aufzählen – positive Aspekte, meine Damen und Herren. Wenn Sie die Budgets der letzten Jahre nachlesen, können Sie die großen Anstrengungen in Ziffern ausgedrückt sehen, die wir alle – Regierung und Landtag – zur Förderung unserer Wirtschaft unternommen haben. Und der Voranschlag für 1988 – schauen Sie sich das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm im außerordentlichen Haushalt auf den Seiten 193 bis 199 an: Allein in der Wirtschaftsförderung ein Plus von 260 auf 361 Millionen Schilling. Sonderförderungsaktionen sind das Hauptgewicht dabei. Das Förderungsinstrumentarium des Landes wird weiter ausgebaut in Richtung Schwerpunkt- und regionalspezifische Förderung, ausgebaut in Richtung Beratung, Schulung, gewissermaßen zu wirtschaftlichen Fitneßprogrammen. (Abg. Sponer: „Ist das alles bedeckt?“) Selbstverständlich! Wir erwarten uns natürlich die massive Unterstützung der Bundesregierung, nicht nur bei der Bereitstellung von Förderungsmitteln, sondern natürlich in Erwartung der wirksamsten Förderungsmaßnahmen, die man sich nur vorstellen kann, einer Reform der Steuern und Abgaben.

Meine Damen und Herren, ich habe mir erlauben wollen, Ihnen in gedruckter Form ein Beispiel für die Fehlentwicklung im Bereich der Steuerbelastung beziehungsweise der Lohnnebenkosten auflegen zu lassen, aber im Impressum steht eine politische Partei beziehungsweise der Österreichische Wirtschaftsbund, und daher möchte ich es hier nicht auflegen lassen. Ich werde es den Klubs zustellen. Dieses gedruckte Beispiel – und ich bitte Sie, das aufmerksam anzuschauen – zeigt das Schicksal der Frau Maria Kreditsch, die Verkäuferin in Leibnitz ist. Ihr Dienstgeber wendet monatlich für sie 12.507,77 Schilling auf, sie erhält davon netto 7.556 Schilling, also nur 60 Prozent. Warum? Weil sie selbst 19 Prozent Dienstnehmeranteile tragen muß: Sozialversicherung und Lohnsteuer, und weil der Dienstgeber 21 Prozent (Abg. Meyer: „Das ist bei allen Dienstnehmern gleich und ist nicht nur so bei der einen Frau!“) – Sie können es dann sehen, Frau Kellegin – Dienstgeberbeiträge aufwenden muß. Und wenn nun der Dienstgeber noch die Weihnachtsremuneration, Urlaubsbeihilfe, Urlaube selbst, Feiertage, Krankheitsausfälle, Abwesenheitszeiten hinzurechnet, dann passiert der groteske Zustand, daß es Gehaltsnebenkosten in der Höhe von mehr als 118 Prozent gibt und daher 54 Prozent dessen, was der Dienstgeber aufwendet, nicht in das Lohnsäckel der Frau Kreditsch kommen, sondern dem Staat in irgendeiner Form zufließen. (Abg. Sponer: „Wir sind ja auch Dienstnehmer, wir wissen das ja!“) Und das, bitte, ist mehr als die Hälfte des für einen Mitarbeiter aufgewendeten Lohnentgeltes. Und das gehört geändert, denn eine Steuerreform könnte wirksamer als jede ohnehin den Wettbewerb verzerrende monetäre Förderung der Wirtschaft Innovationen und Investitionen erleichtern und längerfristig zu jenem Modernisierungsschub verhelfen, den wir gerade jetzt so dringend brauchen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die hohen Steuern und Dienstgeberbeiträge gehen direkt in die Lohnstückkosten, und sie vermindern die Konkurrenzfähigkeit von Industrie und Gewerbe im

Ausland. Sie fördern die Schwarzarbeit, der Wirtschaft entgehen Aufträge, dem Staat viele Steuermilliarden.

Wir wollen aber auch deshalb diese Änderung, weil wir für unsere Mitarbeiter mehr Lohn und weniger Lohnnebenkosten und Steuern haben wollen. Wir könnten damit die Kaufkraft erhöhen und den Schilling mehr rotieren lassen. Wir müssen, meine Damen und Herren – und das ist, glaube ich, das Wichtigste –, den Abstand zwischen Brutto und Netto verringern. Das ist eine Aufgabe der Stunde. (Beifall bei der ÖVP.) Und das, meine Damen und Herren, müssen wir legal tun, also mit Gesetz machen, und nicht so, wie es der Kollege Mag. Rader empfohlen hat, durch Steuerhinterziehung. So ist es halt, bitte, wenn Leute, die von der Wirtschaft nichts verstehen, über Wirtschaft reden, die nie hinter einem Ladentisch gestanden haben und auf eigenes Risiko Waren eingekauft und verkauft haben (Abg. Sponer: „Wenn du von der Steuer nichts verstehst, dann sollst du davon nicht reden!“) –, die nie eine Ware produziert haben. So ist es dann.

Meine Damen und Herren, was wir in der jetzigen Zeit brauchen, sind Handwerker und nicht Mundwerker! (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Unsere steirische Wirtschaft ist sicherlich besser als ihr Ruf. Ein großer Innovationsschub und struktureller Umbruch ist bereits in Gang gekommen, und zwar in allen Landesteilen, und die Wirtschaftsförderung und die Akquisition greifen besser als wir selbst es vermuten. Wir sind ein wenig ungeduldig. Das ist verständlich, aber eine kleine Auswahl von Firmen zeigt Ihnen, was im Gang ist – stichwortartig –: Wuppermann, Judenburg, Spezialprofile, 60 Arbeitsplätze, wird im Jänner 1988 zu bauen beginnen. ERNE, Mürzzuschlag, Rohrzubehör, 40 Arbeitsplätze, Übernahme steht bevor. Wenn Sie mitschreiben wollen, ich stelle Ihnen die Liste zur Verfügung. Bauer, Krieglach, Übernahme steht bevor, Kabelbau und Steckleitungen, 37 Arbeitsplätze. (Abg. Sponer: „Wer hat dir diese Rede geschrieben?“) AUTECA, Krottendorf, Autozubehör, wird im Jänner 1988 zu bauen beginnen. OBERGLAS, Bärnbach, schon übernommen, Glasbearbeitung, 170 Arbeitsplätze. TECHNOGLAS, Voitsberg, baut schon, ist schon sehr weit, Streuglassscheibenerzeugung, 100 Arbeitsplätze. Und vielleicht als Paradebeispiel VILLAS-Styria, Geißler und Peer in Eisenerz, vom Kollegen Schützenhöfer – entschuldigen Sie, bitte, den Ausdruck – aufgerissen. (Beifall bei der ÖVP.) Diese wurde verwirklicht von der Steiermärkischen Landesregierung durch Initiative des Landeshauptmannes und des Wirtschaftslandesrates Dr. Heidinger. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Rainer: „Natürlich! Und zahlen tut der Bund! Das ist deine einseitige Sicht. Du bist auf einem Auge blind und bist trotzdem Kommerzialrat geworden!“) Lieber Herr Kollege Rainer, wer immer schön am Schreibtisch sitzt oder nur am Rednerpult steht und als Mundwerker durch die Lande zieht, der kann sich nicht vorstellen, wie es einem Wirtschaftstreibenden geht, aber er spricht davon à la Rainer. (Abg. Gennaro: „Wir laden Sie ein, fahren Sie einmal mit uns mit!“) Meine Damen und Herren, Sie reizen mich. Ich sage Ihnen etwas, es wäre fast schiefgegangen mit Eisenerz. Nicht unbedeutende Arbeitnehmervertreter in Eisenerz haben sich bis zuletzt dagegen gewehrt, daß die Hauptwerkstätte privatisiert und der Firma VILLAS-Styria übertragen wird. Unter

anderem der frühere Betriebsratsobmann Bacher in Eisenerz (Abg. Rainer: „Frage Schützenhöfer, wie er dazu steht!“), und heute wird dasselbe, das verdammt war, gutgeheißen und hochgelobt, auch vom Kollegen Hammer, was durchaus richtig ist.

Meine Damen und Herren, zu diesen Beispielen kommen bereits etliche realisierte Gründungsmaßnahmen, auch im HIGHTECH-Bereich von Hinterberg bis Fehring. Ich möchte sie Ihnen nicht aufzählen. Dazu kommt der Grazer Technologiepark, dazu kommen das künftige Niklasdorfer Technologiezentrum mit dem Technologiepark, auch das Technologietransferzentrum des Bundes, der Montanuniversität und Stadt Leoben und noch weitere mehr. Vieles gelingt, wenn wir alle es wollen, auch die Industrieparks in Kapfenberg und St. Peter-Freienstein werden gelingen, wenn wir sie wollen und wenn nicht irgendein Betriebsrat oder Zentralbetriebsratsobmannstellvertreter plötzlich bei der VOEST den Grund hochschraubt, den Grundkaufpreis hochschraubt, dann wird auch das gelingen. (Abg. Gennaro: „In der Hoffnungslosigkeit haben sie es machen müssen!“) Und wo immer unternehmerische Menschen kreativ sind, risikobereit sind und Ideen haben, wird es vorwärts gehen in unserem Land. Unternehmen, meine Damen und Herren, können aber nur Unternehmer, wir im Landtag können es weder selbst, noch können wir es verordnen. Wir dürfen nur nicht unterlassen, die Rahmenbedingungen zu schaffen, und wir sollen und dürfen auf Grund der Ergebnisse, die wir – wie Ihnen gezeigt – bisher schon haben, durchaus optimistisch sein.

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren! Heute ist Barbara. Landauf, landab feiern die Bergleute und Hüttenwerker, auch morgen in Eisenerz. Der Herr Kollege Hammer und ich werden dabei sein. Es gehört sich auch, in schwierigen Zeiten die Solidarität zu zeigen und die Gemeinschaft zu suchen. Mit Herrn Landesrat Dr. Heidinger wird auch die Steiermärkische Landesregierung wieder den Bergleuten ihre Anerkennung ausdrücken. Wünschen wir alle heute zu Barbara und über den Stand der Bergleute hinaus allen steirischen Betrieben und ihren Mitgliedern, Mitarbeitern ein besonderes Glückauf. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro, dem ich es erteile.

**Abg. Gennaro:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Kollmann ist von mir gleich eingeladen, den Mundwerker zu übernehmen, und ich lade dich gleich ein, ab nächster Woche mit mir in die Betriebe zu fahren und das zu sagen, was du hier sagst, dann wirst du deine blauen Wunder erleben. (Beifall bei der SPÖ.) Von dieser Stelle, Herr Kollege Kollmann, zu sprechen, ist sicher leichter, als vor Hunderten von Kollegen in der Mitte drinnen zu stehen, ihre Sorgen anzuhören, wo es um die Existenz, um ihre eigene Existenz und um die Existenz des Betriebes geht. Dann können Sie beweisen, ob Sie noch gerne ein Mundwerker wären. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Aber wir wissen, daß ihr schuld seid!“) Ich sage Ihnen schon etwas nachher, Herr Kollege Prof. Dr. Eichinger, ich sage Ihnen zum richtigen Zeitpunkt eine

Antwort. Wenn der Herr Kollege Kollmann von der historischen Schuld des Bundeskanzlers spricht, aber gleichzeitig zugibt, selbst im Aufsichtsrat der VOEST gesessen zu sein, da war noch ein Parteikollege von ihm, der Herr Gewerke Assmann, der hat ganz gut gelebt in dieser Position, bis es ihm zu heiß geworden ist, dann ist er hinausgegangen, dann glaube ich, daß bitte bei der ÖVP irgendwo ein Virus drinnen ist, und zwar der Virus der Vergeßlichkeit. Ihr vergeßt alle soviel. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Der Virus ist bei euch!“) Ihr könnt Euch nach Jahren nicht mehr erinnern. (Abg. Kollmann: „Wenn es Assmann nicht gäbe, hätten sie dort auch keine Arbeit!“) Wenn es den Bund nicht gegeben hätte, der das finanziert hat, würde es den Assmann dort nicht geben. Unter anderen Voraussetzungen hätte er diesen Betrieb sicher nicht übernommen. Ich bin selbst mit dem Gewerke Assmann mit nach Wien gefahren und habe ihn dabei unterstützt. Darüber weiß ich sicherlich mehr Bescheid als Sie. Und Sie vergessen auch, daß der VEW-Generaldirektor ein ÖVP-Mann war, Dr. Bayer, das dürften Sie auch vergessen haben, ich wiederhole es nur wegen dem historischen Rückblick. Und wenn Sie sich, Herr Kollege Kollmann, ernstlich heute mit dem Pressesprecher der VOEST, dem Herrn Franz Summer befassen, ist es für mich erstaunlich. Und ich muß eines ganz offen sagen, es ist ja bedauerlich, daß ein Mann, der dann durch Umstände, weil er einfach nicht mehr bei diesem Betrieb ist, weg ist, – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein Genosse!“) – ja ein Genosse, ihr habt ja genügend solcher Kadetten in Euren Reihen, der sehr wohl in Zeiten, wo es gut gegangen ist, schön eingesteckt hat und jetzt ein Buch schreibt, dann wissen wir, was man von ihm zu halten hat.

Weil Sie noch, Herr Kollege Kollmann, das Gewerbe angeschnitten haben, so gebe ich Ihnen recht. Wir wissen auch als Gewerkschafter gerade in der Steiermark, daß das Gewerbe und die Kleinbetriebe – Gott sei Dank – gut ausgelastet sind, nur Ihre Aussagen hier bestätigen oder stehen eigentlich in krassstem Widerspruch zu ihren Bundesinnungskollegen, denn die haben uns bei den Gewerkekollektivvertragsverhandlungen etwas ganz anderes erzählt, dort haben sie nur krank gejammert, daß es der Wirtschaft so schlecht geht, dem Gewerbe so schlecht geht, daß sie nicht bereit sind und nicht die Kollektivvertragslöhne erhöhen können, damit eben die Dienstnehmer ihre Kaufkraft verstärken könnten. (Abg. Dr. Dorfer: „Im allgemeinen sind alle Vertreter viel zu großzügig, insbesondere bei Eisen und Stahl!“) Klären Sie bitte Ihre Kollegen auf, alle Jahre wieder singen sie das gleiche Lied bei den Verhandlungen, der Wirtschaft geht es schlecht. Viele tun nur mehr krankjammern und einige leben aber sehr gut vom Krankjammern. (Abg. Dr. Dorfer: „Das wirft uns sogar der ehemalige Gewerkschaftspräsident vor!“) Herr Dr. Dorfer, für Sie habe ich auch noch ein schönes Gsetzerl bereit, warten Sie, bis ich dort hinkomme. Kollege Schrammel, erinnere dich, was du mir in Fürstenfeld anläßlich der Schließung der EUMIG gesagt hast, rede nicht groß vom Mundwerk, ich möchte es gar nicht wiederholen, was du dort unten den Menschen gesagt hast. Meine Damen und Herren, wenn wir heute sechseinhalb Stunden – (Abg. Schrammel: „Ich habe es mir nicht leicht gemacht! Ich war jahrelang mit diesen Leuten konfrontiert!“) –, wenn wir heute sechseinhalb Stunden über Landwirt-

schaft und Fremdenverkehr gesprochen haben, so möchte ich das nicht abwerten, daß die Probleme in der Landwirtschaft und auch des Fremdenverkehrs sicherlich gravierend genug sind. Aber es ist für mich heuer das zweite Mal, daß ich erleben muß, und früher auf der Zuhörerbank, daß eigentlich der Kern der steirischen Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsförderung und so weiter, einen geringen Stellenwert hat, und immer erst dann am letzten Tag der Budgetdebatte, so ziemlich gegen Schluß, in aller Kürze über die Bühne gebracht werden soll, weil schon alle ungeduldig sind. Vielleicht kann ich einmal anregen, daß man das umgekehrt macht, daß man mit der Wirtschaftsförderung, mit dem Kapitel 7, zuerst beginnt und dann wieder wechselt. Denn ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, daß diese internationale Verflechtung der Wirtschaft ja nicht vor den Grenzen unseres Bundeslandes – da werden Sie mir zustimmen – halt machen kann. Über wirtschaftlichen Aufschwung oder Abschwung entscheiden immer weniger die diversen Bundes- oder Landesbudgets. Die internationalen Kapitalmärkte, die Währungsrelationen, die Diskontzinssätze bestimmen zunehmend das wirtschaftliche Geschehen der einzelnen Länder. Die Wirtschaftspolitik – (Abg. Schrammel: „Das habe ich schon gelesen!“) ja gut, ich sage es dir noch einmal, falls du es vergißt – der Länder muß sich daher diesen Gegebenheiten anpassen. Ein resignierendes Verharren wird und kann, bitte, nicht akzeptiert werden. Gleich verkehrt oder noch schlechter wäre aber ein konzeptloses wirtschaftspolitisches Agieren – doch dazu werde ich später etwas sagen.

Wenn, meine Damen und Herren, die Aktien – so geschehen in den USA – auf Kredit gekauft und die Kreditzinsen plötzlich größer werden als die Rendite, dann läßt sich mit den Aktien kein Geschäft mehr machen – weil das auch in der Diskussion angeschnitten wurde, daß man in Österreich mehr Aktien anlegen soll. Die Folgen davon sind der Zwangsverkauf um jeden Preis, schwankender Boden für Spekulationen, Rückführung der Kurse auf ein realistisches Niveau und die Erzeugung von Unsicherheit. Und dies wird, meine Damen und Herren, das in die Zukunft gerichtete Nachfrageverhalten der Konsumenten sicherlich dämpfen.

Die OECD hat daher in ihrer jüngsten Prognose ein um etliche Zehntel Prozentpunkte geringeres Wirtschaftswachstum angenommen. In Europa wird es 1988 nur mehr um 1,75 Prozentpunkte Wachstum geben. 1987 waren es noch 2,25 Prozent. Selbst in den Vereinigten Staaten wird um 0,5 Prozentpunkte geringeres Wachstum erwartet.

Bleibt die österreichische Wirtschaft vom Kurssturz der Aktien relativ unberührt, so wird sie aber durch den Verfall des Dollars sicherlich schwer getroffen. Die österreichische Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen Phase der strukturellen Anpassung. Daher muß es Ziel unserer Wirtschaftspolitik sein, die Strukturschwächen zu beheben, das Wirtschaftswachstum wieder zu stärken und damit Beschäftigung zu schaffen. Die Zukunft der österreichischen Industrie und damit die Zahl und die Sicherheit der Industriearbeitsplätze wird sehr stark von der Fähigkeit abhängig, mit neuen Produkten und Produktionsverfahren auf dem Weltmarkt Erfolg zu haben. Im Rahmen von For-

schungsaufträgen und Technologiepolitik sind zur Erreichung einer möglichst hohen inländischen Wertschöpfung die Abstimmung beziehungsweise die Forschung, Entwicklung, Ausbildung und der Produktionsbereich zu verbessern.

Für die österreichische Wirtschaft ist die Teilnahme an der wirtschaftlichen Integration Europas von großer Bedeutung – das wurde auch teilweise in den Wortmeldungen angeführt. Wenn nun das Binnenmarktprogramm der EG realisiert wird, welches die völlige Liberalisierung des Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs bis 1992 vorsieht, bringt dies für die Nicht-Mitgliedsländer eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbssituation.

Es ist daher für Österreich notwendig, an diesem Integrationsprozeß so weit als möglich teilzunehmen. Das bedeutet aber, daß Bereiche der Wirtschaft, die derzeit vom Freihandelsabkommen nicht erfaßt sind, dem vollen Wettbewerb innerhalb Europas ausgesetzt sein werden.

Erschwerend, das heißt, auf das Wirtschaftswachstum dämpfend, wirkte 1987 auch das Nachlassen des privaten Konsums, da die Sparneigung der Österreicher zugenommen hat. Viele Wirtschaftsexperten sehen die Ursachen darin, daß die Angst über die ungewisse Zukunft, die Angst um den Arbeitsplatz auch im nächsten Jahr noch bestehen wird und die Bevölkerung zu diesem Vorsichtssparen animiert.

Ich sage: Das stimmt sicherlich zum Teil. Zum anderen wuchsen in Österreich die Einkünfte aus Besitz und Vermögen überproportional stark an. Nur, diese Geldmittel, meine Damen und Herren, gehen nicht in den Konsum, sie werden auch nicht wieder im güterwirtschaftlichen Sektor investiert, nein, sie werden wieder in Finanzanlagevermögen verwandelt.

Um nur eine Zahl zu nennen: Ende 1986 lagerten in Österreichs Banken rund 1,7 Billionen Schilling in Form von Wertpapieren und Sparguthaben. Ich will hier gar nicht darauf eingehen, wieviele Milliarden Schilling an Einkommensteuer anfallen mögen, wenn die Steuerhinterziehung im Bereich der Kapitaleinkünfte gedämmt werden würde.

Viel wichtiger erscheint mir jedoch die Tatsache, daß zuwenig investiert wird, denn wie wir jetzt sehen, wäre ja das Geld vorhanden, die Zinssätze sind nicht allzu hoch, die staatliche Wirtschaftsförderung ist flächendeckend.

Das Fazit daraus liegt auf der Hand. Die Wirtschaftsexperten, aber auch die Wirtschaftspolitiker des Landes und des Bundes, aber auch auf internationaler Ebene müßten eigentlich daher Konzepte entwickeln, die darauf ausgerichtet sind, dieses drohende Sich-zu-Tode-Sparen aufzuhalten. (Abg. Schrammel: „Das gleiche habe ich in der Solidaritätszeitschrift der Gewerkschaft gelesen!“) Das ehrt dich, daß du die Solidaritätszeitung liest. Du siehst, du kannst dein Wissen dadurch erweitern. (Abg. Kollmann: „Ich möchte einen Unternehmer kennen, der sich zu Tode gespart hat!“) Je mehr Zwischenrufe Sie machen, umso weniger kann ich meine Zeit einhalten, bitte schön. Es liegt an Ihnen. Ich freue mich immer über Zwischenrufe, denn das baut mich ein bißchen auf, da kann man Ihnen gewisse Dinge noch sagen.

Zurück zur Gegenwart, meine Damen und Herren! Immer wenn es ums Geld geht, haben die Unternehmer keines, und gerade früher haben sie gesagt, sie verdienen eh nicht schlecht.

Dieses geringe Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren – für 1988 prognostiziert die OECD für Österreich, die Zahlen sind heute bereits genannt worden, nur rund ein Prozent, das Wirtschaftsförderungsinstitut 1,5 Prozent –, reicht aber nicht aus, um die Arbeitslosenrate zu stabilisieren.

Meine Damen und Herren, wir haben auch über die Arbeitslosigkeit gesprochen. Mehr als 30 Millionen Arbeitswillige finden derzeit im OECD-Raum keine Beschäftigung, rund 166.000 davon leben in Österreich, und daß die Arbeitslosigkeit dieser Betroffenen keinesfalls bloß einige Tage dauert, kann ich Ihnen an Hand von Zahlen beweisen. Nach rund dreieinhalb Monaten im Schnitt haben über 50.000 Österreicher noch immer keine Beschäftigung, und über 9000 warten bereits über zwölf Monate, mit demselben Schicksal der Arbeitslosigkeit konfrontiert zu sein. Abgesehen von der Jugendarbeitslosigkeit, 43.660 – Stand November – junge Menschen zwischen 19 und 25 Jahren sind bereits arbeitslos. Auch diese Jugendarbeitslosigkeit – und das habe ich hier in diesem Haus schon einmal erwähnt – ist zu einem geringen Teil auch auf die schlechte Berufsausbildung zurückzuführen.

Die Probleme, meine Damen und Herren, zum Beispiel bei der VOEST, VEW, Elin und anderen Groß- und Mittelbetrieben der Steiermark lassen bis zum Jahr 1990 ein kräftiges Ansteigen der Arbeitslosenrate befürchten. Sofern sich die Gesamtsituation in der Steiermark nicht wesentlich günstiger entwickelt als vorausgesagt, wäre zu Beginn der neunziger Jahre mit einer Arbeitslosenrate zwischen 8 und 9 Prozent zu rechnen. Und mir ist völlig bewußt, daß die Arbeitslosigkeit für die Betroffenen ein schweres menschliches, soziales und auch ein finanzielles Problem bedeutet. Der Hohe Landtag wird dieses Problem hier nicht lösen können. Wir können aber Maßnahmen setzen, meine Damen und Herren, oder eine Wirtschaftspolitik betreiben, die dazu neigt, daß die Arbeitslosenrate eben nicht über 6 Prozent oder mehr explodiert. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch eines möchte ich zu diesem Punkt sagen: Wenn ich in den letzten Wochen die Zeitungen aufgeschlagen habe – und der Herr Abgeordnete Kollmann hat es ja bereits erwähnt, wieviele neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind, und ich sage, für jeden neuen Arbeitsplatz, der geschaffen wird, bin ich auch als Gewerkschafter sehr dankbar; man muß nur unterscheiden, ob es ein zusätzlicher neuer Arbeitsplatz ist oder ob ein Betrieb, der 500 Leute beschäftigt, leider Gottes die Existenz verloren hat und daß dort nur mehr 100 Leute beschäftigt sind, da kann ich nicht sagen: Es sind 100 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Man müßte fairerweise sagen: Wir haben 100 Arbeitsplätze erhalten können. Das wäre der Terminus, den man sich angewöhnen müßte. (Landesrat Dr. Heidinger: „Herr Abgeordneter, Sie werden von mir nicht solche Formulierungen hören!“) Von Ihnen schon, aber nicht vom Abgeordneten Kollmann, Herr Landesrat!

Ich habe die Zeitungen sehr genau gelesen – wie der Kollege Schrammel die „Solidarität“ liest, lese ich alle Wirtschaftszeitungen –: 6000 neue Jobs, sieben

neue Industrieparks, alles für die Obersteiermark. Der Abgeordnete Burgstaller ist ja da ein großer Rufer. In jeder Presseaussendung ist er zu hören. Meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich persönlich glaube, daß das Thema für die Betroffenen, die es in der Obersteiermark betrifft, zu ernst und die Verunsicherung und Verbitterung zu groß ist, als daß man mit einer Steiermark-Landkarte hinausgeht und damit DKT spielt. Das, bitte schön, kann sicherlich nicht Sinn und Zweck sein.

Damit wäre ich eigentlich schon beim Thema: Wirtschaftsprobleme in der Steiermark, und die nicht befriedigende Konjunktur.

Die Steiermark, meine Damen und Herren, ist beispielsweise das einzige Bundesland Österreichs, das eine rückläufige Beschäftigtenzahl aufweist. Ich weiß nicht, wo der Herr Kollege Kollmann seine Zahlen her hat. Wir haben in der Steiermark 309.010 Beschäftigte, um fast 3000 weniger als im Vorjahr. Wir haben leider Gottes 20.000 Arbeitslose und davon 9000 Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren. Und zu den Problemen der obersteirischen Industrieregion kommen noch die verlorene Dynamik des Grenzlandes sowie die Stagnation im Großraum Graz. Der bisherige Vorteil – und jetzt sind die Herren der Handelskammer nicht da –, der bisherige Vorteil der Billiglohnprodukte im Grenzland, zum Beispiel im Textilbereich, geht sicher verloren, weil die Entwicklungsländer schön langsam diese Produktionen übernehmen und zum Beispiel auch steirische Unternehmer im Ausland anfertigen lassen und nur mehr aus Kostengründen die Endmontage in der Steiermark machen, damit es ein steirisches Produkt wird. Genau hier liegt der Ansatzpunkt für eine vernünftige und in die Zukunft gerichtete Wirtschaftsförderung unseres Landes.

Wenn ich einleitend festgestellt habe, man müßte dafür neue Konzepte entwickeln, so finde ich hier eine breite Zustimmung, nur die Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, darf sich nicht mehr – und das habe ich schon gesagt und werde es immer wieder wiederholen – in der gießkannenartigen Bereitstellung von Geldmitteln für Investitionen erschöpfen, wie es derzeit den Anschein hat. Gehen wir ab von dieser praktizierten eindimensionalen Wirtschaftsförderung und finden wir neue Maßstäbe und Richtlinien. Neue Richtlinien kann man gar nicht sagen, denn die Wirtschaftsförderung des Landes agiert ja derzeit nach wie vor ohne Richtlinien. Ob dieses Agieren ohne klare Zielsetzung der Steiermark – und das möchte ich der Fairneß halber sagen – auch zum bedauerlichen Rückgang der Beschäftigung verholfen hat, mag ich nicht zu beurteilen. Doch nicht nur ein fehlendes Wirtschaftsförderungskonzept des Landes, auch ein fehlendes Technologie- und Forschungsförderungskonzept bewegt derzeit die Steiermark. Und diese Konzepte – weil der Herr Kollege Kollmann die Verstaatlichte angeführt hat, VOEST-Alpine neu und VEW 2000 – waren Hiobsbotschaften für uns, und das ÖIAG-Strukturprogramm ist die Steigerungsstufe davon. Wieviel die einzelnen, von diversen Unternehmensberatern erstellten, sündteuren Konzepte wert sind, wird dann einem deutlich vor Augen geführt, wenn man schaut, daß sich nur mehr der Arbeitsplatzverlust, der Verlust von Absatzmärkten und die prallgefüllten Taschen der Unternehmensberater gegenüberstehen. Und ich

behaupte hier von dieser Stelle aus, mit diesem Unfug muß endlich Schluß gemacht werden. Denn wenn Vorständen nichts anderes einfällt als schrumpfen, kündigen und zusperren und sich hinter Unternehmensberatern zu verstecken, dann demonstrieren sie ihre eigene Unfähigkeit und müßten eigentlich selbst gekündigt werden.

Und, meine Damen und Herren, das Zusperrern setzt sich im Hinterkopf auch bei den Kunden fest. Welche Voraussetzung hat man, wenn man ständig in seiner Existenz gefährdet ist, man schadet sich selbst. Ich möchte daher hier die Eigentümer auffordern, genauer darauf zu schauen, daß diese verbalen Zusperrern, die zum Schaden des Unternehmens agieren und damit die Arbeitsplätze und den Bestand des Unternehmens gefährden, aufhören. Wir müssen in der Lage sein, meine Damen und Herren, die Infrastruktur aufzubauen, zu verbessern, Verkehrswege zu schaffen. Ich möchte das auch unterstreichen von meiner Fraktion, weil es heute schon bekundet wurde, der weitere Ausbau der Pyhrnautobahn ist vordringlich, und ich habe kein Verständnis für Aussagen des Herrn Knoflacher im Inlandsreport, der der Bevölkerung einreden will, wenn nur alle eineinhalb Minuten ein Auto auf der Autobahn fährt, daß wir diese Pyhrnautobahn nicht brauchen. Diese Dinge sind zurückzuweisen. Für unsere Steiermark hat das Vorrang.

Um eine wirtschaftliche Notlage in den Regionen zu verhindern, meine Damen und Herren, müssen der Bund und das Land bis zur weiteren Problemlösung finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, ob das das Palten-Liesing-Tal ist, ob das die Mur- und Mürzfurche oder das Problem Eisenerz ist, Elin Weiz oder die Grenzlandregionen sind. Es wäre beruhigend – der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer ist nicht da –, wenn unser Herr Landeshauptmann weniger Kraft in andere Fragen verbrauchen würde, um sich ernster und konkreter den wirtschaftlichen Problemen widmen zu können und unseren Landeshauptmannstellvertreter Gross, der sich immer wieder bemüht, hier einzugreifen, ein bißchen mehr unterstützt, meine Damen und Herren. (Abg. Kollmann: „Das war der Gipfel!“) Denn, meine Damen und Herren, den Kraftprotz gegenüber Wien zu spielen, ist dann nicht angebracht – der Herr Kollege Dr. Hirschmann hat gesagt, wir brauchen nicht auf den Knien über den Semmering zu rutschen – und hat keinen Sinn, wenn wir auf eine gesamtösterreichische Solidarität angewiesen sind für die Problemlösung der Steiermark. (Abg. Schrammel: „Das ist eine diffamierende Formulierung!“) Wir haben die besseren Voraussetzungen für die Steiermark. Ich erinnere mich – und jetzt komme ich zum Dr. Dorfer, aber er ist leider nicht da, aber ihr werdet es ihm sagen –, wir haben die besseren Voraussetzungen, und ich erinnere mich an das letzte Jahr, an die Budgetdebatte, als ich das Sonderförderungspaket für die Obersteiermark zitiert habe, es ist jetzt schön gebunden herausgebracht, hat Dr. Dorfer damals wörtlich gemeint: Sagen Sie mir den wesentlichen Inhalt, der Inhalt ist nichts wert, völlig undurchführbar. Das war nur für das Fernsehen. Das ist ein Wischi-Waschi-Konzept. Und die Landesräte Dr. Heidinger und Dr. Klausner sind für eine Show mißbraucht worden. (Abg. Dr. Maitz: „Bei euch ist es Ernst und bei uns Show, wenn man sich bemüht! Das ist Schwarzweißmalerei!“) Heute kann

ich mit Stolz sagen und möchte dem Herrn Abgeordneten Dr. Dorfer sagen, es beweist nur seine innere Einstellung. Was nicht von der ÖVP oder von der Handelskammer oder von ihm kommt, ist nichts wert und muß von vornherein abgelehnt werden. Das ist seine Aktion, und das werden Sie ihm sicher berichten. Ich bin sehr stolz, wenn der Herr Landesrat Dr. Heidinger auch mit diesem Sonderförderungskonzept für seine angelegten Wirtschaftsförderungsshow's teilweise in der Steiermark – weil nichts anderes waren sie, da waren ja nur wieder Beamte dort, und die paar Unternehmer haben sich furchtbar aufgeregt, daß die Bürokratie für diese ganzen Dinge der Wirtschaftsförderung so groß sind, daß sie letztendlich dann nicht zum Tragen kommen – dieses Konzept präsentiert, ohne – meine Damen und Herren, ich möchte schon zum Schluß kommen – die Wirtschaftsförderung in der Steiermark zu schmälern, meine ich, daß die Bemühungen der Betriebsansiedlungen, die erwähnt waren, einerseits auf Grund – dies ist auch nachweisbar – fehlende Verkehrsverbindungen, andererseits durch fehlender Koordination das Riesenausmaß an Bürokratie der Förderungswerber nicht greifen. Dutzende Initiativen unter großen finanziellen Aufwendungen sind nicht koordiniert. Und zu den von mir eingangs erwähnten 6000 neuen Arbeitsplätzen möchte ich noch einmal feststellen, nach diesen Prognosen dürfte es in der Steiermark bald keine Arbeitslosen mehr geben. Ich würde mich persönlich sehr freuen, wenn das aufgeht und wenn das eintreffen würde. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn immer wieder von der Privatisierung der verstaatlichten Betriebe gesprochen wird, der Herr Abgeordnete Kollmann als mein Vorredner hat es angeschnitten, ich möchte dir hier vier Gründe sagen, weil ich gewußt habe, daß du mit dem kommen wirst –, für die Wirtschaft als Gewerkschafter, dir als Unternehmervorteiler sagen, wegen der Vergeblichkeit, den historischen Rückblick machen, wenn du ihn mit Dr. Kreisky immer machst, die vier wesentlichen Gründe der Verstaatlichung – das haben Sie vergessen – waren zum damaligen Zeitpunkt, daß kein heimischer Markt und kein Kapitalmarkt existiert hat, daß die Wirtschaft, die österreichische Wirtschaft vor ausländischen Kräften geschützt werden mußte – nur im Kurzstil –, daß man hoffte, durch die Verstaatlichungsgesetze die Übernahme des „Deutschen Eigentums“ zu lösen – Erdölfelder, Schwerindustrie, dem Zugriff der Besatzungsmacht zu entziehen, das werden viele von Ihnen aus eigenem besser wissen, zur Sicherung der Beschäftigung und der Versorgung, das ist für mich das wichtigste, für die Versorgung der Privatindustrie mit Rohstoffen, damit sie ihre Wirtschaftlichkeit aufbauen haben können. (Abg. Kanduth: „Wer hat das gemacht? Das wurde alles mit Mehrheit beschlossen!“) Ich bin kein Gestriger, ich bin ein Junger, der sicherlich teilweise Dinge nachlesen muß, aber beim Nachlesen werden mir einige Dinge klar. Aber manche haben es selbst miterlebt und vergessen es, das ist der Unterschied.

Auch für die Stromsituation, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir für die Steiermark Impulse brauchen. Ich habe diesbezüglich, weil der Herr Dr. Lopatka damals den Bundeskanzler so angegriffen hat, weil er ihm nach vier Wochen nur einen Brief zurückgeschrieben hat, ich habe dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer einen Brief bezüglich eines

Projektes über 3 Milliarden Schilling geschrieben, das ist ein Hochspannungsleitungsbau von Wien bis ins Kainachtal, weil wir in der Steiermark zur Zeit nur 110 bis 220 KV-Leitungen haben, sie soll 380 KV umfassen, und wenn das so weitergeht mit den Energieproblemen – und die Wirtschaft hoffentlich noch wächst –, werden diese Leitungen zu schwach sein. Kollege Dr. Lopatka, vielleicht kannst du den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer bitten, daß er mir früher Antwort gibt als der Bundeskanzler. Ich habe bis heute auf mein Schreiben noch keine bekommen.

Das steigende Verkehrsaufkommen, meine Damen und Herren – und das ist auch schon angeschnitten worden –, bedingt die Verwirklichung des von der ÖBB erstellten Konzeptes „Neue Bahn“, und ich erwarte mir nicht nur die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bahn, sondern auch wirtschaftliche Vorteile für die Steiermark. Und der letzte Satz zur Wirtschaftsförderung: Effiziente Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, ist sicher zu begrüßen. Aber die Förderungen wie zum Beispiel Assmann/Rosendahl – und ich werde da heute nicht weiterreden; es wird in diesem Haus noch Möglichkeiten geben, daß wir darüber diskutieren. Ich möchte es nur anreißen, daß es nicht in Vergessenheit gerät. Die Geschichte Assmann/Rosendahl, wo wir zwar noch auf den Landesrechnungshofbericht warten – sehr gespannt –, oder wenn ich jetzt an die Ladensteiner Arche-Noah-Finanzierung in Sankt Radegund in Millionenhöhe denke. Ich habe mir nur erzählen lassen: Das Schifferl steht irgendwo im Hafen, nur es schwimmt nicht. Ich wünsche nur der Firma, daß es ihr nicht so geht wie dem Schifferl, daß sie nicht „absäuft“. Diese Förderungen können sicherlich nicht befürwortet werden, sondern sind abzulehnen.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren: Bei der letzten Veranstaltung in der Arbeiterkammer „Optimismuswerkstätte“ haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Landeshauptmann und viele andere Experten, die anwesend waren, im Rahmen der Veranstaltung gesagt, daß das wirtschaftliche Potential, die Innovationskraft und die Kreativität der Steirer genügend groß sind, um die wirtschaftlichen Probleme zu meistern. Realistischer Optimismus, Hoffnung und Zuversicht sowie Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Steirer – das war der Grundtenor der Aussagen – müssen und werden jetzt endlich Platz greifen.

Beginnen wir gleich damit! Scheuen wir uns auch nicht davor, etliche Millionen in ein momentan verlustbringendes Unternehmen zu pumpen, und der Herr Präsident Buchberger hat sehr deutlich gesagt – und dafür bin ich dir dankbar –: Du hast die Förderungen der Landwirtschaft angeschnitten, und ich habe dann gesagt: „Wir wären froh, wenn wir für die Verstaatlichte jährlich die gleichen Förderungen bekommen würden, weil wir auch die Probleme haben.“ Beginnen wir damit – (Abg. Dr. Maitz: „Bundes- und Landessache muß man schon unterscheiden können!“) –, produzieren wir, schaffen wir Betriebe, damit unsere Menschen wieder Arbeit haben. Es ist meiner Meinung nach immer noch billiger, Betriebe zu finanzieren als Arbeitslosigkeit auf Dauer.

Ich glaube, meine Damen und Herren, unser Land hat die Voraussetzungen, eine gute Zukunft zu gestalten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Er redet jetzt wie

Dr. Kreisky!“) Die Zukunft, meine Damen und Herren, ist nicht vorbestimmt. Wir sind beauftragt, gestalten wir gemeinsam die Zukunft. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Pfohl:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich habe die Absicht, über zwei Themen zu sprechen, die die politische und wirtschaftliche Diskussion in den letzten Wochen zu Recht beherrschen:

Es geht einerseits um die Mitwirkung Österreichs bei der Europäischen Integration und andererseits um die Rolle und die Zukunft der verstaatlichten Industrie.

Doch bevor ich näher darauf eingehe, gestatten Sie mir dazu einen Vorspann, eine Rückblende auf die sechziger und siebziger Jahre: Veranlaßt dazu hat mich die bei jeder Gelegenheit wiederkehrende Behauptung sozialistischer Politiker, an allen der Bevölkerung heute auferlegten finanziellen und sonstigen Belastungen und Erschwernissen sei nur der Koalitionspartner, die Österreichische Volkspartei, schuld, denn sie sei es, auf die die Sozialistische Partei ständig Rücksicht nehmen müsse.

Unausgesprochen schwingt mit: Daran seid ihr Wähler ja selbst schuld; hättet ihr uns die absolute Mehrheit gegeben, wäre heute alles noch bestens.

Die Sozialisten rechnen mit der Vergeßlichkeit der Menschen, wir aber sollen immer wieder diesen verleumderischen Behauptungen die Tatsachen, die uns in diese katastrophale Lage gebracht haben, entgegensetzen, dem Bürger vor Augen führen, was Ursache und was Wirkung ist.

Heinz Fischer hat vor der Nationalratswahl im Märzheft 1983 der Zukunft gedroht: „Wenn die SPÖ die absolute Mehrheit verlieren sollte, da ist nur eines sicher, daß es ab diesem Tag in Österreich weniger politische Stabilität, weniger Geradlinigkeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt, daß es mit jenem großen Ausmaß an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität vorbei wäre.“

Der Wähler aber hat damals leider noch nicht ganz erkannt, daß die Wirtschaftspolitik der SPÖ-Regierung die Ursache des Niederganges war. Daß sich die Prophezeiung von Dr. Fischer erst 1986 erfüllt hat, ist ein Unglück für Österreich. Es wäre besser gewesen, die Geradlinigkeit der sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre schon 1983 gebrochen worden.

Ich will mich bemühen, ohne Schadenfreude einige Formulierungen aus den sechziger und siebziger Jahren eines Zeugen zu bringen, der für Sie, meine Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, der wohl glaubwürdigste und unverdächtigste Zeuge ist, nämlich Ihres Ehrenvorsitzenden, der von 1970 bis 1983 unumschränkter Regierungschef einer sozialistischen Alleinregierung war: Dr. Bruno Kreisky.

Über die Bemühungen der ÖVP-Aleinregierung, eine Annäherung an die EWG zu finden, hat Dr. Kreisky beim Parteitag am 3. Oktober 1968 in Wien gehöhnt: „EWG-Problem – der vergebliche Kniefall der ÖVP.“

Ich zitiere: „Und nun ein Wort zu einer anderen außenpolitischen Frage. Die EWG-Frage war lange die zentrale Frage in unserer Außenpolitik. Die ÖVP-

Alleinregierung hat sich mit blindem Eifer und mit beträchtlicher Ignoranz in die EWG-Verhandlungen gestürzt: Der verflissene Handelsminister Dr. Bock hat sogar Dinge angeboten, die von Brüssel gar nicht verlangt wurden. Die ÖVP hat auf unsere Warnungen nicht gehört. Und wo steht sie heute?“

Vier Jahre später, am 25. Juli 1972, als Bundeskanzler vor dem Parlament anlässlich der Vertragsunterzeichnung mit der EWG am 22. Juli in Brüssel:

„Ich möchte hier nicht die großen Bemühungen unerwähnt lassen, die insbesondere und immer wieder Vizekanzler Dr. Fritz Bock unternommen hat, um zu einem Vertrag mit der EWG zu kommen. Der nun zustande gekommene Vertrag ist die Frucht zehnjähriger Bemühungen, begonnen in der großen Koalition, fortgesetzt in der Zeit der Regierung Klaus und von dieser Bundesregierung zu Ende geführt.“

Wer sagt, daß man nicht gescheitert werden darf!

Am 3. Oktober 1968 am Parteitag – ich zitiere –:

„... eines sei vorweggenommen: Man kann dieser ÖVP-Regierung keinen schlechteren Dienst erweisen als korrekt und umfassend über ihre ‚Tätigkeit‘ zu berichten.“ Und weiter: „Uns Sozialisten kommt dabei die Aufgabe zu, vor allem auch das bekanntzumachen, was man andernorts lieber verschweigen will.“

Blendend ist das formuliert. Ich war versucht, wegen der Aktualität dieses Spruches – aber nur mit veränderten Vorzeichen – ihn heute hier als eigenen Geistesblitz zu verwenden.

Während der Zeit der Alleinregierung als Bundeskanzler – es ging um die Entwicklungspolitik im Raum Fohnsdorf nach Stilllegung des Kohlenbergbaues, ich zitiere –:

„Zur Finanzierung unserer Vorhaben wurde der ERP-Fonds herangezogen. Ein Kreditvolumen von rund 100 Millionen Schilling diente dazu, mehr als 2000 neue Arbeitsplätze in zukunftssicheren Industriebranchen zu schaffen. Wenn man die Multiplikatorwirkung dieser Maßnahmen berücksichtigt, so ergibt sich eine zusätzliche Zahl von etwa 3400 neuen Arbeitsplätzen. In diesem Raum ist eine Industriestruktur entstanden, die in weit höherem Maß als bisher gefächert und damit krisenfester ist.“

Ein anderes Mal:

„Was wir im Raum Aichfeld-Murboden versuchen, das soll ein Modellfall für ganz Österreich werden.“

Vor wenigen Wochen wurde der erst so gefeierte Retter Günther Bauknecht verurteilt.

Nun zwei kluge Erkenntnisse, an die sich Dr. Kreisky leider nicht gehalten hat:

„Wir dürfen nicht den Fehler machen, unter Demokratisierung der Wirtschaft zu verstehen, daß die Wirtschaft von Politikern diktiert wird.“ und „Auch die verstaatlichte Industrie schafft neue Machtstrukturen in der Wirtschaft, die nicht entsprechend kontrolliert sind. Es bedarf neuer Strukturen, neuer Verantwortlichkeiten und Kontrollen. Die Politik kann hier nur eine Brücke bauen; es muß ein eigener Kontrollapparat, es muß eine moderne Verfassung hierfür erstellt werden.“

Hätte Dr. Kreisky auch die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen gezogen, würde die Verstaatlichte heute anders aussehen.

Aus einem Interview:

Frage: „Wenn ich Sie richtig verstehe, so sind Sie also der Meinung, daß eine Partei um so offener werden muß, je länger sie die Regierungsgewalt ausübt?“

Dr. Kreisky: „Ja, sie muß offener werden, sonst wird sie unkritisch und damit gefährlich als Machtapparat.“ Auch hier eine sehr richtige Erkenntnis, aber leider keine Selbsterkenntnis.

Ein weiteres richtiges Dogma: „Das in der Demokratie wirksamste System ist das Prinzip der Kontrolle.“ Leider hat die Kontrolle gefehlt, der Machtapparat hat sie offenbar verhindert.

Abschließend drei Redeausschnitte, die inhaltlich zusammengehören und zum traurigsten Kapitel der Ära Dr. Kreisky geführt haben:

Ich zitiere: „In den vier Unternehmungen – ich will es nur an einem Beispiel erläutern – der Eisen- und Stahlindustrie, arbeiten gegenwärtig 60.000 Menschen. Unsere Stahlindustrie begegnet auf den Weltmärkten den Eisen- und Stahlgiganten. Ich habe mir eine Tabelle über die Weltrangliste der Eisen- und Stahlindustrie anfertigen lassen, und sie macht deutlich, daß es für uns nur eine Möglichkeit gibt: die sogenannte große Lösung anzustreben. Diese sieht vor, daß alle vier Eisen- und Stahlgesellschaften zusammengefaßt werden. Gelingt uns das – und es muß gelingen – dann sind wir, – und jetzt bitte passen Sie auf – was ihre Beschäftigtenzahl betrifft, an zehnter Stelle in der Weltrangliste, allerdings – und das deutet die besondere Wichtigkeit dieser Maßnahme an – erst an zwanzigster Stelle, was ihren Umsatz betrifft. Ich beziehe mich auf die großen Konzerne der Welt deshalb, weil sie es ja sind, denen wir, wie ich schon sagte, auf den Weltmärkten begegnen. Es mag in diesem Zusammenhang interessant sein, daß ein Konzern, der ungefähr soviel Beschäftigte hat wie unsere gesamte Eisen- und Stahlindustrie – die deutsche Hoesch-Gruppe –, hingegen den doppelten Umsatz, sich nun mit einem neuen Partner zusammenfindet, mit der großen holländischen Gruppe Hoogovens.“

Eine kurze Pause, die notwendig ist, um die Argumente und ihre ganze Tragweite zu dieser Aussage zu erfassen; ich setzte fort: „Wenn es uns hingegen gelingt – und es muß uns gelingen –, in guter Zeit die sogenannte ‚große Lösung‘ zustande zu bringen, dann haben wir eine Lösung gefunden, wodurch die österreichische Eisen- und Stahlindustrie in die Gruppe der Großen treten kann und so in der Lage sein wird, im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist die politische Aufgabe der Bundesregierung, was die verstaatlichte Industrie betrifft, eine Aufgabe allerdings – auch darauf möchte ich aufmerksam machen –, die jede verantwortungsbewußte österreichische Regierung durchführen müßte.“

Die Zusammenführung der verstaatlichten Industrie ist also keine sozialdemokratische Idee. Aber diese Idee – und das ist jetzt das Wesentliche – verwirklicht von Sozialdemokraten in der Regierungsposition, muß ihrem ganzen Wesen nach eine andere sein, als wenn sie durch eine konservative Regierung verwirklicht werden würde.

Lassen Sie mich hier nur einige – einige! – der wichtigsten Richtpunkte abgeben. Zuerst einmal müssen wir diesen Konzentrationsprozeß mit dem Ziel und in der Weise verwirklichen, nicht nur die Arbeitsplätze der heute dort Beschäftigten zu sichern, sondern sie müssen infolge der größeren Rentabilität unter besseren Voraussetzungen erhalten werden. Es gibt Gutachten, die in der Vergangenheit angefertigt wurden, in denen davon die Rede ist, daß eine der Konsequenzen dieser Konzentration die Einsparung – wie das so grausam heißt – von 14.000 Arbeitskräften wäre. Was das bedeutet, das wissen wir besser als alle jene Theoretiker, die solche Abhandlungen verfassen.

Dies scheint uns eine ganz falsche Art zu sein, sich diesem Problem zu nähern. Unsere Aufgabe muß es hingegen sein, für diesen Konzern, der hier geschaffen werden soll, solche neue Aktivitäten zu entwickeln, daß nicht nur die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze gegeben ist, sondern auch neue und zusätzliche entstehen.“ Ende der Zitierung.

Allein zwischen 1978 und 1985 haben bereits 12.000 Angehörige der Verstaatlichten ihren Arbeitsplatz verloren, insgesamt werden bis zum Abschluß der Sanierung noch einige tausend Kündigungen dazukommen.

Schließlich der dritte, letzte Redeausschnitt:

„Das ist aber, Genossinnen und Genossen, nur die eine Seite des Problems, die Sicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung der Voraussetzungen für ihre Verbesserung. Ein anderes Problem muß sich für Sozialisten gleichzeitig stellen, und das – ich sage es mit allem Nachdruck – mit unabwiesbarer Dringlichkeit. Kann eine sozialdemokratische Regierung einen solchen Konzentrationsprozeß herbeiführen, ja geradezu initiieren, ohne daß sie sich nicht auch ernstlich Gedanken darüber macht, wie die Betriebsverfassung in einem solchen gigantischen Konzern beschaffen sein muß, wie das Mitbestimmungsrecht der in diesem Konzern Beschäftigten gewährleistet wird?“

Ich warne vor der Vorstellung, daß man zuerst den Konzentrationsprozeß verwirklichen und dann über die Mitbestimmung nachdenken soll. Das muß gleichzeitig geschehen! In demselben Maße, in dem wir uns um die wirtschaftlichen Aspekte der Probleme kümmern, müssen wir uns auch um die Frage der Mitbestimmung der Zehntausenden in diesem gigantischen Konzern Beschäftigten bemühen.“ Ende des Zitates.

Die Verwirklichung der Mitbestimmung ist voll geglückt und bleibt untrennbar verbunden mit dem Namen Ruhaltinger.

Meine Damen und Herren, der Respekt vor einem alten Herrn, der demokratisch gewählt wurde und 13 Jahre oberster Repräsentant unserer Bundesregierung war, verbietet mir die gerechtfertigte Kritik dieser letzten Redeauszüge, ich überlasse sie ihrer eigenen Beurteilung.

Nun zu meinem eigentlichen Referat, zunächst zur Europäischen Integration:

Der Nationalrat hat sich in der vergangenen Woche, anläßlich der Budgetdebatte zum Kapitel „Äußeres“ sehr eingehend, aber wie mir scheint, relativ konfus mit diesem Thema auseinandergesetzt, obwohl zwischen allen Parteien, vielleicht mit Ausnahme der Grünen, Einvernehmen darüber herrscht, daß Österreich nicht Außenseiter der Europäischen Integration

bleiben darf. Eine sehr klare Position haben jedoch die Landeshauptleute bei ihrer letzten Tagung am 13. November 1987 bezogen: Einstimmig haben sie beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft zu führen mit dem Ziel des Beitritts Österreichs zur EG. Wieder einmal sind es die Länder, die in einer für Österreich entscheidenden Frage zur treibenden Kraft geworden sind. Dieser Beschluß enthält keinen Vorbehalt, kein „Wenn“ und kein „Aber“, kein „Vielleicht“, Später, jetzt noch nicht“, er ist die einzig mögliche Lösung für Österreich, denn der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft kennt nur folgende Vertragsmöglichkeiten: Freihandelsabkommen: Über dieses verfügen wir bereits. Es ist jedoch im Hinblick auf den Binnenmarkt nicht ausreichend. Einen Assoziierungsvertrag: Über diesen verfügt die Türkei bereits, er wird als Vorstufe zum Beitritt angesehen, folgerichtig hat die Türkei auch schon ein Aufnahmeansuchen an die Europäische Gemeinschaft gerichtet. Den Beitritt.

Von „größtmöglicher oder weitestgehender Annäherung“, von „Mitwirkung am Binnenmarkt“ und so weiter, findet sich im Vertrag, der die „Verfassung“ der Europäischen Gemeinschaft ist, nichts. Ich sehe auch keinen Grund für eine defensive, zögernde Strategie, denn was die Europäische Gemeinschaft nun endlich verwirklichen möchte, ist doch etwas, zu dem wir uns bekennen wollen und nicht nur bekennen müssen. Wir wollen einem Markt von 320 Millionen Menschen angehören, der offene und verdeckte Handelsgeheimnisse, die den Warenverkehr betreffen, abschafft. Dies bedeutet zwar mehr Wettbewerb im Inland, aber auch mehr Chancen für unsere Unternehmen, im Ausland erfolgreich zu sein. Es geht weiter um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, also darum, daß jeder Arbeitnehmer sich frei in ganz Europa seinen Arbeitsplatz suchen kann. Es geht um die Freiheit des Niederlassungsrechtes sowohl für Personen als auch für Unternehmen, es geht um die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, der von den Banken und Versicherungen bis zu den Friseuren reicht, es geht um die Freiheit des Kapitalverkehrs, mit der die sowieso schon weitestgehend obsolet gewordenen letzten Beschränkungen des Devisenrechts abgeschafft werden.

Hat die Französische Revolution ein Signal gesetzt für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, so wird das Jahr 1992 in die europäische Geschichte eingehen als ein Jahr des Beginnes einer Epoche der Freiheit, diesmal im wirtschaftlichen, überstaatlichen Sinn. Und da wollen wir doch von Anbeginn mit dabei sein, schon auf Grund unserer geopolitischen Lage zwischen West und Ost.

Die Bundesregierung hat Anfang dieser Woche ihre Marschroute für die Annäherung an die Europäische Gemeinschaft festgelegt. Über das Endziel eines Beitritts Österreichs herrscht offenbar Einigkeit, doch sei die Beitrittsfrage derzeit kein zentrales Problem, meinte der Bundeskanzler.

Wie auch für alle anderen Länder, die in den letzten Jahren den Weg zu einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gefunden haben, bedeutet eine Integration Österreichs in die EG auch eine erhebliche und harte Umstellung, die entsprechend vorbereitet werden muß.

Trotz einer Übergangszeit wird es Opfer geben. Minister Graf hat in einem Vortrag gemeint, im Falle des EG-Beitritts wird es etwa 5 Prozent der Unternehmen treffen, bleiben wir aber außerhalb der EG, dann verlieren wir den Anschluß wirtschaftlich und auch politisch an den Westen und 35 Prozent unserer Wirtschaft werden zugrunde gehen. Wenn heute auch niemand exakte Zahlen nennen kann – größenordnungsmäßig dürften sie stimmen.

Für uns geht es darum, alles daran zu setzen, daß die Steiermark auch verkehrsmäßig zu Europa gehört. Es muß also eine Intensivierung nicht nur der regionalen und internationalen Flugverbindungen von und nach Graz geben, es muß auch das Straßen- und Bahnnetz auf ein EG-Niveau gebracht werden. Eine sich immer mehr und mehr integrierende Wirtschaft ist einfach von Verkehrsverbindungen und der raschen Erreichbarkeit von Kunden und Lieferanten abhängig. Aber auch für den Fremdenverkehr ist es unzumutbar, daß eine Fahrt von Hamburg nach München fast gleich lang dauert wie von Salzburg nach Graz. Von Hamburg nach München sind es 844 Kilometer, für die ein Schnellzug zirka acht Stunden braucht. Von Salzburg nach Graz benötigt unser Schnellzug für die 301 Kilometer zirka fünf Stunden.

Nun zur verstaatlichten Industrie: Eigentümer ist, wie der Name schon sagt, der Staat, der Bundesstaat Österreich, regional betroffen aber sind nur drei Bundesländer: In erster Linie die Steiermark, dann Oberösterreich und partiell Niederösterreich. Man müßte meinen, daß der Bundesstaat auch eine Solidaritätsgemeinschaft aller neun Bundesländer ist, aber davon merken wir in der Steiermark herzlich wenig. Die regionalen, strukturellen und menschlichen Probleme der Verstaatlichten in unserem Land müssen weitestgehend von den Steirern selbst getragen werden.

Die bitteren Auseinandersetzungen über Standorte zwischen Kapfenberg und Ternitz bei der VEW und zwischen Wien und Weiz bei der Elin, die Erklärungen vom Wiener Vizebürgermeister Mayr vor einiger Zeit, daß die Elin keine Wiener Aufträge mehr bekommen würde, wenn sie Teile ihrer Fertigung aus betriebswirtschaftlichen Gründen in die Steiermark verlegen würde, zeigen, daß die Schwierigkeiten im Bereich der verstaatlichten Industrie so groß geworden sind, daß sie zu einem Kampf der Bundesländer untereinander führen.

Lassen Sie mich nochmals auf die Frage des Verkehrs zurückkommen, diesmal sehr eng bezogen auf das obersteirische Industriegebiet. Hier wird es zu großen Veränderungen in der Industriestruktur kommen müssen. Diese werden dann leichter zu bewältigen sein, wenn eine verkehrsmäßig entsprechende Erschließung dieses Gebietes erfolgt. In Wien wurde mit Milliardenaufwand eine Schnellbahnverbindung zwischen Hütteldorf und Heiligenstadt eingerichtet, ohne daß es dafür einen wirklich zwingenden Grund gab. Die Steiermark aber verfügt noch über keine schnellbahnmäßige Zusammenführung ihrer Industriegebiete des Mur- und Mürztals mit dem Raum um Graz bis Leibnitz. Gerade hier wäre eine derartige Verbindung jedoch besonders wichtig, denn man kann nicht Mobilität predigen, ohne die entsprechenden Einrichtungen dafür zu schaffen.

Die Reorganisation der verstaatlichten Industrie und die Schaffung betriebswirtschaftlich überschaubarer und auch von der Produktion her zusammenpassender Einheiten ist zur Vermeidung von sinnloser Konkurrenz auf den Märkten, zur Vermeidung von Doppelforschung und -entwicklung sicher richtig und ein schon lange fälliger Schritt. Die kapitalmäßige Rettung – ich traue mich das Wort „Sanierung“ kaum auszusprechen – der verstaatlichten Unternehmen war ebenso notwendig wie unabdingbar. Der Weg zur Börse zur Beschaffung neuen Eigenkapitals für dringend notwendige Investitionen in der verstaatlichten Industrie ist zwar nicht mit der mir wünschenswerten Durchschlagskraft erfolgt, aber zumindest begonnen worden und war, trotz der internationalen Börsenkrise, erfolgreich.

Aus meiner eigenen Erfahrung als Unternehmer aber weiß ich, daß ein Unternehmen nicht nur eine halbwegs geordnete Bilanz benötigt, um Gewinne zu machen. Know-how, Marktnähe, Marktkenntnis und die Möglichkeit, vom Kunden zu lernen, um kundenspezifisch produzieren zu können, sind mindestens ebenso wichtig wie das Vertrauen des Marktes in die Zukunft des Unternehmens. Niemand kann erwarten, daß die Kunden vertrauensvoll Maschinen und Anlagen bei Produzenten bestellen, die ununterbrochen wegen ihrer ungesicherten Zukunft in der Zeitung stehen.

In der ganzen Welt sind in den letzten Jahren strategische Allianzen und Kooperationen von Industrieunternehmen mit ausländischen Firmen fast die Regel geworden. Dieser nun auch von der verstaatlichten Industrie zaghaft begonnene Weg wird rascher und ohne „ideologische Berührungängste“ besritten werden müssen, da die internationale Kooperation – auch der verstaatlichten Industrie – nicht nur ein wichtiger, vorbereitender Schritt auf dem europäischen Markt ist, sondern darüber hinaus auch noch Know-how und Marktkenntnisse vermitteln kann und dadurch den Mitarbeitern dieser sich in einer schweren Krise befindlichen Unternehmen wieder Vertrauen und Zukunftshoffnung geben kann. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander. Bevor ich ihr das Wort erteile, bitte ich, die Nebengespräche leise oder draußen zu führen.

Am Wort ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

**Abg. Kammlander:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe kurz vorher mit den Studenten gesprochen. Es gibt da ein Versprechen der beiden Parteien ÖVP und SPÖ gegenüber dem Aktionskomitee, eine Starthilfe für ein unabhängiges, studentisches Kommunikationszentrum für Studierende zu geben, als Ergänzung zu ÖH in Form einer erweiterten Artikulationsmöglichkeit für kulturelle und andere Aktivitäten. Ich muß dazu sagen: Ich teile die Aussagen von gestern nicht. Sie wissen wahrscheinlich, wen ich meine: zwei Parteien. Den Sozialdarwinismus dieser Parteien, der dort ausbricht, ich teile ihn nicht.

Aber jetzt komme ich zu meiner eigentlichen Wortmeldung: zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Ich teile auch diese Begeisterung nicht, ich habe das gestern auch schon zum Ausdruck gebracht. Es befällt mich große Skepsis, wenn ich daran denke, daß solche Bekenntnisse hier in diesem Haus schon fallen, noch bevor wir wissen, was da alles auf uns zukommt. Die Bauern, das Gewerbe, die Anrainer der jeweiligen Transitrouten hätten wahrscheinlich lieber vorher gern eine öffentliche Diskussion, bevor hier herinnen schon so etwas wie Euphorie ausbricht. Diese verdächtige Eile der österreichischen Politik erinnert mich sehr an Panik. Die Sehnsucht nach der Vollmitgliedschaft, die plötzlich kein Problem mehr darstellen würde. (Abg. Dr. Maitz: „Das sagt niemand, daß das kein Problem ist!“) Ja, gut, ich habe heute schon gehört, es ist ein Problem, aber für 5 Prozent und so weiter. Für mich ist es in erster Linie auch ein Problem dieser 5 Prozent, und deswegen möchte ich auch dazu reden. (Abg. Kanduth: „Jeder hat gesagt, wie schwierig es sein wird!“) EG-konforme Betriebe können bei Kleinbauern und Nahversorgern nur Ablehnung hervorrufen. Die EG ist gleichbedeutend mit Großindustrie und Supermärkten, mit landwirtschaftlichem Holocaust und mit Transitverkehr. Die Konsequenzen sind sicher gewaltig, ohne Vorbereitung auf diese politische Zerreißprobe zuzusteuern. Ich habe gestern nur als Beispiel mit dem Chef des griechischen Lokals hier in der Nähe gesprochen, der Griechenland gut kennt und auch den Anschluß an die EG erlebt hat. Er hat gesagt, „Die Menschen dort, besonders die Bauern, die konkurrieren mußten mit Spanien, das mehr Erfahrung hatte mit Waren und Verpackungen, die werden an die Wand gedrückt und sich eher verzweifelt als begeistert“. Die Auslieferung an diesen unbeweglichen Koloß würde heißen, daß hier in Österreich ein Ende von Innovationen passieren kann, die nicht im europäischen Interesse sind. Ich meine damit auch die Einführung des Katalysators; die Normen für Lebensmittel und auch für Radioaktivität sind in der EG ganz anders. Unsere eigenen Vorstellungen, wie und was in Österreich produziert werden sollte, zum Beispiel auch in Richtung Energiesparen und wiederverwertbare Produkte würden auch ganz anders ausschauen. (Abg. Ing. Stoisser: „Warum?“) Warum? Ja, weil es andere Normen gibt, und weil wir einen anderen Binnenmarkt in unseren Vorstellungen haben, nicht den der Großgiganten, sondern den österreichischen. Und wenn das nicht im Sinne der EG ist, Energie zu sparen, dann wird auch dort nicht dafür produziert werden. Und dann werden wir auch für diese Sachen in der EG keinen Markt finden. (Abg. Ing. Stoisser: „Glauben Sie, daß die EG-Menschen weniger menschenfreundlich oder weniger umweltbewußt leben?“) Das glaube ich eigentlich schon, weil Große immer ganz anders denken, in anderen Strukturen denken als wir im kleinen, im sanften Weg, wie Sie ja wissen. Dieser Anschluß, der sehr erinnert an den alten Spruch, ich will ihn nicht wortwörtlich zitieren, aber nur sinngemäß, „Heim zur großen starken Nährmutter“. Wir wollen angehören, habe ich gehört vom Herrn Kollegen Dr. Pfohl, wir wollen dazugehören. Ich glaube, es geht auch sehr viel um das. Ich teile eben diese Meinung nicht. Ich teile sehr wohl die Begeisterung für das Überschreiten der Grenzen, ich bin auch begeistert, wenn nationale Verbindungen geschlossen werden. Aber ich bin natürlich nicht begeistert, wenn es um diese Form von wirtschaftlicher Verbindung geht, die dazu angetan ist,

die Starken wieder stärker zu machen und die Schwachen wieder schwächer zu machen. Wir wissen, daß die Schweizer und die Schweden auch diese Begeisterung nicht teilen, sie verhalten sich derzeit sehr viel skeptischer als die Österreicher. Der Herr Kollege Dr. Pfohl hat auch gemeint, Politik soll nicht über die Wirtschaft bestimmen. Ich glaube aber, daß Politik sehr wohl Wirtschaft zu verantworten hat. (Abg. Ing. Stoisser: „Darum sind wir so weit! Das sind zwei Paar Schuhe!“) Verantwortung meine ich dort, wo die Politik nicht mitspricht und nachher die Verantwortung nicht übernimmt, wichtig ist sie dort, wo sie weiß, was sie tut und nachher' auch verantwortet und nicht dann später wieder sagt, schuld ist der Weltmarkt oder schuld ist wieder die EG und deren Strukturen, der Koloß und Tanker, der sich nicht ändern kann.

Ich möchte mich auch noch zu den Perspektiven der steirischen Wirtschaftsförderung melden. Der Herr Landesrat Dr. Heidinger hat uns ja als Ferienlektüre ein dickes Buch überreicht, das zwar andere Leute in die Mülltonne geworfen haben, aber ich habe es sehr ausführlich durchgelesen. Ich meine zwar, daß Aufträge für Studien immer noch verwechselt werden mit deren Umsetzung, es kostet sehr viel Geld und sehr viel Aufwand und ist sehr viel Gescheites darin zu lesen. Ich möchte nur auf einen Inhalt eingehen. Es wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß eine Mentalitätsänderung in Richtung Offenheit notwendig ist als Voraussetzung für wirtschaftliche Erneuerung. Und wenn ich jetzt etwas ironisch bin, dann meine ich, wie es mit der beschworenen Bereitschaft zur Öffnung steht, wenn ich zum Beispiel in der letzten Landtagssitzung beim Rechnungsabschluß verlangt habe, wer die 23 Millionen Schilling bekommt, wo ich eine Offenlegung der Förderungen für diverse Medien nicht bekommen konnte. Ich finde, daß mit dieser Macht das Budget belastet wird und möchte das eben kritisch hier vorbringen. Auf der vorletzten Seite der „Perspektiven“ ist zu lesen, daß keine Förderungstechnik kreative Menschen erzeugen kann, sondern bestenfalls jene Rahmenbedingungen schafft, die innovatives und kreatives Potential freisetzen. Ich möchte in der Schlußbeantwortung von Herrn Landesrat Dr. Heidinger gerne Vorschläge erfahren, ob es dazu welche gibt, welche Rahmenbedingungen man sich vorstellt, und außerdem hätte ich gerne gewußt – ich habe heuer im März einen Antrag eingebracht zur Verkehrskoordination –, wenn wir schon verkehrsmäßig an Europa angeschlossen werden sollen, wie der Herr Vorredner das gemeint hat, dann würde ich gerne wissen, wie sich die Steiermark das vorstellt, die nicht einmal im Stande ist, eine eigene landesweite Verkehrskoordination zu schaffen. Die Antwort oder die Behandlung dieses Antrages steht noch aus, und vielleicht können Sie in Ihrer Schlußrede auch darauf eingehen, Herr Landesrat. Danke schön!

**Präsident Zdarsky:** Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

**Abg. Purr:** Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Es wurde im Rahmen dieser Wirtschaftsdebatte schon sehr viel über Großunternehmen gesprochen, auch die Betriebswirtschaft spricht überwiegend vom

Großunternehmer als Normalunternehmer. Die Eigenschaft dieser Großunternehmer besteht meistens darin, daß sie nur beschränkt haften, mit einem Anteil haften, betriebswirtschaftliche Entscheidungen in ihren Gremien treffen und dann berechtigterweise in der Betriebswirtschaft auch als Gehaltsunternehmer bezeichnet werden. Wir haben davon in Österreich 3 Prozent, das heißt also, 97 Prozent aller Unternehmer in Österreich sind Risikounternehmer, sind kleine und mittlere.

Ganz ohne Zahlen, meine Damen und Herren, läßt sich über die mittelständische Wirtschaft nicht sprechen; so darf ich nur einige aufzählen, nämlich daß diese 97 Prozent der Betriebe in Österreich 80 Prozent aller Ausbildungsplätze stellen, 66 Prozent aller Arbeitsplätze, und vor allem – was mir wichtig erscheint, hier hervorzuheben – sie zahlen 70 Prozent der Steuern und Sozialleistungen. 60 Prozent aller Investitionen in unserem Land werden von kleinen und mittleren Unternehmen vorgenommen. Einer amerikanischen Studie zufolge wurden 90 Prozent aller Neuerungen und Erfindungen durch kleine und mittlere Unternehmen getroffen. Nun, sehr häufig wird aber dennoch von einer Unternehmerlücke gesprochen, und es stellt sich die Frage, gibt es eigentlich genügend Unternehmer und erfüllen die vorhandenen Unternehmer die in sie gesetzten Erwartungen? Wenn nein, was ist zu tun? Und wie sieht es nun bei uns, in unserem Land Österreich aus? In gewissen Kreisen hat man jedenfalls das mittelständische Unternehmen verkannt, anders beurteilt, schlecht beurteilt und hat dadurch das Klima entsprechend gestört. Die Leistungsmotivation wurde durch Abgabenbelastung geschwächt.

Meine Damen und Herren, übersehen wir nicht, bitte: Österreich – das gilt aber für alle Österreicherinnen und Österreicher – liegt im Spitzenfeld der Steuerbelastungen. 32 Prozent Luxussteuer, 20 Prozent Mehrwertsteuer, 10 Prozent auf alle Lebensmittel. Und hätte man diese Wirtschaftspolitik so weiterbetrieben, wäre unser Staat Österreich im Laufe der nächsten fünf Jahre einem Finanzinfarkt erlegen. Nämlich, hätten sich die Schulden und deren Zinsen um 100 Prozent erhöht. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiteres Faktum: Der Freiraum wurde durch staatliche Einmischung entsprechend geschmälert. Leistungs- und unternehmerfeindliches Bildungswesen haben dazu beigetragen, daß man bei unserer Jugend vom Unternehmer sehr oft ein falsches Bild geschaffen hat. Und was sind die Folgerungen daraus? Daß man in den Betrieben – in den kleineren und mittleren Betrieben – strategische Überlegungen einfach aufschiebt, verzögert; daß für die betriebliche Weiterbildung kein großer Ehrgeiz besteht, sich die Zeit nicht nimmt oder nicht finden will, und vor allem, daß die Tagesarbeit gerade diese Unternehmensgröße, „kleine“ und „mittlere“, eben so belastet oder überbelastet, daß man nicht die Zeit findet, organisatorische Maßnahmen, Organisationsprobleme, zu lösen oder entsprechende Informationen einzuholen.

Hohes Haus, meine Damen und Herren, glauben Sie aber, bitte, jetzt ja nicht, daß ich derjenige bin, der Förderungen verlangt – im Gegenteil. Ich glaube, daß die Erfahrungen es zeigen, daß man damit sehr oft enttäuscht wurde. Und wenn ich daran denke, wie

viele Betriebe in den letzten Jahren zugrunde gegangen sind – trotz der Förderung, trotz des Hilfsringes im letzten Moment –, so ist es ein Trauerspiel. Bei uns im Bezirk Deutschlandsberg mußte ich erleben, daß ein Betrieb der Gebietskrankenkasse eine Million Schilling geschuldet hat. Nichts hat sie davon bekommen. Folgeerscheinung: Die Beträge müssen erhöht werden, und alle anderen, die tüchtig sind, die fleißig sind, die sich bemühen, ihren Verpflichtungen nachzukommen – und das gilt für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber –, dürfen dann schauen, daß sie das noch verkraften und schaffen. Was ich fordere, das sind andere Rahmenbedingungen. Stelle eins: die Steuerreform. Sie bildet die Voraussetzung für das Wachstum der Wirtschaft, für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Diese Steuerreform muß es ermöglichen, wieder aus eigener Kraft zu investieren, nach Möglichkeit mit Eigenmitteln. (Beifall bei der ÖVP.)

Und um noch genauer zu sein: Die gesamten Gesetze, die derzeit das Lösen der Investitionsprobleme mehr oder weniger ermöglichen sollten, scheinen mir sehr mangelhaft zu sein, weil die Abschreibzeit eine viel zu lange ist und weil ich in Zweifel stelle, daß bei Investitionen die Vorsteuer abgezogen wird und man diesen Betrag dann auf eine viel zu lange Zeit absetzen kann. Nach meinem Dafürhalten und nach Rücksprache mit Fachleuten wäre es sicher richtiger, Anschaffungswert plus Steuer insgesamt abzusetzen und auf eine möglichst kürzere Zeit, aber nicht, bitte, die Vorsteuer als Sofortabzugspost zu behandeln. Nur ein Gedankengang dazu.

Zum Zweiten bekennen wir uns, bitte, zu einer freien Marktwirtschaft. Sehen wir in unserer Handelskammerorganisation nicht unbedingt einen Protektor vor der Konkurrenz. Ich weiß, daß es gilt, Großversorger dort zu verhindern, wo wirklich kleine restlos umgebracht werden. Und ich sage das sehr offen, weil ich mich mit diesem Problem sehr eingehend auseinandergesetzt habe, und vor allem, weil ich selbst den Großteil meines Lebens als Händler verbracht habe. Interessant erscheint mir, daß es Gemeinden gibt, Gemeindevertretungen gibt, die zwar vortäuschen, den Unternehmern gut gesinnt zu sein, und dann bei der Hintertür bestrebt sind, große und größte Unternehmen anzusiedeln und sich noch dazu von der Gemeinde aus an diesen Großmärkten beteiligen. Das ist nämlich eine neue Tour, die scheinbar Schule zu machen beginnt.

Des weiteren, meine Damen und Herren, trete ich dafür ein, daß Wirtschafts- und Unternehmerfeindlichkeit im Bildungswesen abgebaut werden, vor allem aber, daß es zu einer Reform der sozialversicherungsrechtlichen Bedingungen kommt – auch im Interesse der Arbeitnehmer, bitte. Denken wir, daß 1970 ein Arbeitnehmer von 100 Schilling noch immerhin 82 Schilling bekam; 1986 bleiben nur mehr, bitte, 65 Schilling. Moloch Gebietskrankenkasse saugt weiter und leistet deshalb, bitte, nicht mehr, trifft aber auch genauso die Arbeitgeber.

Und vor allem, meine Damen und Herren: Wenn Subventionen überhaupt für die Wirtschaft, dann, bitte, in dem Fall, wenn es um innovative Produktionen geht und nicht x-beliebig und fortlaufend und ständig, wie es in der letzten Zeit von vielen Betrieben

gewünscht wurde, einerseits aber auch von gewissen Gruppen befürwortet wurde.

Vielleicht einen Blick zu uns konkret in die Steiermark: Wenn man auf die Zahlen der Sektionen Gewerbe, Industrie, Handel, Geld-, Kredit-, Versicherungswesen, Verkehr und Fremdenverkehr einen Blick wirft, so sind eigentlich nur drei Gruppen davon betroffen, daß sie sich wirklich positiv entwickeln, nämlich das Gewerbe, wo es echte Zuwächse gibt. Im Handel scheint mir der Zuwachs von 509 Berechtigungen von 1985 auf 1986 eben ein rein statistischer Beweis zu sein, weil es deshalb ja nicht wirklich mehrere Geschäfte und Unternehmer in dem Sinn gibt, sondern weil ja neuerdings auch die Privatgeschäftsvermittler dazuzählen. Deshalb scheint in der Steiermark diese Zahl aus der Statistik etwas ungenau zu sein. Vor allem aber entwickelt sich auch der Fremdenverkehr positiv.

Interessant aber, bitte, im gesamten die Entwicklung im Lebensmittelhandel. In Österreich hat es 1970 noch 20.000 Lebensmittelhändler gegeben, 1980 waren es nur mehr 13.000, 1985 11.000. Gegen 1990 werden es, bitte, rund 10.000 sein. Und dazu, meine Damen und Herren, ein sehr wesentliches Argument: Das Institut für Handelsforschung hat im Juni dieses Jahres in einem Bericht folgendes geschrieben: „Die Beschränkung nach der Raumordnung, die in den Bundesländern unterschiedlich limitiert ist, hat tendenziell bewirkt, daß der Lebensmittelhandel nun vor der Tatsache steht, daß sich aggressive Vertriebsformen auch in kleineren Städten und Märkten niederlassen und dem bodenständigen Handel sehr zu schaffen machen. Möglichkeiten einer Gegensteuerung zu diesen unerwünschten Strukturentwicklungen im Lebensmittelhandel liegen zweifellos auch in der Hand der Lebensmittelproduzenten“, die bisher eigentlich, wenn es um dieses Problem gegangen ist, nie angesprochen wurden. Auch, bitte, halte ich nicht viel davon, wenn es um die Errichtung von Großmärkten geht, und man plötzlich jene Organisationen als Gegner findet, die vor einigen Jahren noch für diese großen Märkte gewesen sind, weil sie damals wunderbar versteckt beteiligt mit dabei gewesen sind, nur paßt ihnen jetzt im Moment etwas Gewisses nicht in ihrem Kram.

Meine Damen und Herren, vielleicht zum Schluß kommand: Kleine und mittlere Betriebe investieren im Jahr durchschnittlich 25 Prozent unseres Volkseinkommens. Nicht die Politiker – und das sei ein Merksatz für alle –, sondern die Betriebe bringen die Erfolge. Das geht auch im besonderen an die Adresse des Herrn Gennaro, der die Situation wirklich zu verkennen scheint. Die Politik sollte lediglich die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Abschließend noch, weil ich sehe, daß inzwischen der Herr Kollege Mag. Rader den Platz eingenommen hat. Lieber Herr Kollege Mag. Rader, Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, „Unternehmer bringen ihre Betriebe überhaupt nur mehr dann über die Runden, wenn sie Steuerhinterziehung betreiben“. An dieser Stelle im steirischen Landtag verwahre ich mich im Interesse Tausender Wirtschaftstreibender in unserem Land dagegen, solche Aussprüche zu tun. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Ich ersuche die Damen und Herren hier im Haus und besonders auch im Publikumsaal noch einmal, die Nebengespräche einzustellen. Es ist nicht angenehm für einen Redner, in ein Haus hineinzusprechen, wo es wie in einem Bienenhaus zugeht.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammer das Wort.

**Abg. Hammer:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Am Barbara-Tag gestatten Sie mir, daß wir Bergleute, der Kollege Ofner und ich, uns im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen besonders bemerkbar machen. In Leoben wurde heuer nach 25 Jahren wieder ein Bergbautag abgehalten. Es war einer der größten Bergbautage, und es verdient Respekt und Anerkennung, wie die Organisatoren, der Bergmännische Verband gemeinsam mit der Montanuniversität, diese Aufgabe bewältigten. Bedauerlicherweise ist die Gesamtsituation des Bergbaues leider nicht so gut. Abgesehen von einigen wenigen Bergbaubetrieben und den Österreichischen Salinen ist die Lage der großen steirischen Bergbaubetriebe äußerst besorgniserregend. Hervorgerufen durch den Dollarkursverfall und durch starke staatliche Stützungen verbilligen sich die Kohle und die Erzimporte ständig, so daß diese Bergbaubetriebe einem immer stärker werdenden Konkurrenzdruck ausgesetzt sind. Verzicht auf Einkommen aber auch Personalreduzierungen können keinen Ausgleich schaffen. Eine Schließung würde uns in der Rohstoffversorgung noch mehr auslandsabhängig machen und sich weiter negativ auf die Handelsbilanz auswirken. Die Auswirkungen auf den regionalen Arbeitsmarkt und die soziale Stellung der Betroffenen würde sicherlich einen wirtschaftlichen Kollaps in diesen Regionen herbeiführen, weil davon auch Handel und Gewerbe betroffen werden.

Die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen ist auf Grund der topographischen Lage und der mangelhaft vorhandenen Infrastruktur äußerst schwierig. Dies gilt für Eisenerz genauso wie für die Weststeiermark. Die einseitige, speziell auf den Bergbau ausgerichtete Ausbildung der Beschäftigten bringt hier eine weitere Problematik mit sich. Es darf hier aber sehr wohl darauf verwiesen werden, daß neue Betriebsansiedelungen neue Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Regionen eröffnet haben. Ich darf hier besonders auf die Firma Vilas Styria in Eisenerz hinweisen. Wir haben uns aber in Österreich zur Subventionspolitik im Bereich der Grundstoffversorgung beziehungsweise der Urproduktion wie in der Landwirtschaft zugewendet. In Ergänzung unseres Antrages vom 24. November 1987 fordere ich daher die Landesregierung auf, für den weststeirischen Braunkohlenbergbau sowie für den steirischen Erzbergbau beim Bund eine besondere Bergbauförderung zu erreichen. Denn gerade in diesen beiden steirischen Bergbaubetrieben hat sich die Lage in letzter Zeit dramatisch verschärft. Ich stelle heute daher nochmals das Ersuchen an den Hohen Landtag; ein deutliches Bekenntnis zur Erhaltung des steirischen Eisenerz- und Kohlenbergbaues abzugeben. In der Hoffnung, daß der heimische Bergbau mit Ihrer Hilfe wieder in Würde kommt, sage ich Ihnen und den steirischen Bergleuten am Barbara-Tag ein herzliches Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Die Frau Abgeordnete Göber hat sich zur Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

**Abg. Göber:** Frau Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Wir haben heute schon sehr viele Facetten aus der Wirtschaft besprochen gehört. Ich möchte zum Handel heute einige Gedanken darbringen. Ich glaube, gerade in letzter Zeit ist der Handel in aller Munde, und er ist aber auch in Bewegung, wenn wir uns nach Wien konzentrieren oder nach Salzburg zum 8. Dezember oder wenn wir an die Stadt Graz denken oder schließlich an die ganze Steiermark, wo wir nun die Möglichkeit haben, über Mittag unsere Geschäfte zu öffnen. Der Wettbewerb im Handel ist sicher in letzter Zeit ziemlich arg geworden. Was aber nicht heißt – ich möchte das gleich von Anfang an feststellen –, daß wir aus dem Handel kapitulieren möchten. Zwei Gründe möchte ich herausgreifen, womit wir kämpfen: Das sind einerseits die Märkte, die sich rund um unsere Städte breit machen. Denken wir nur an die ganze Situation um Seiersberg. Jeder von uns, der im Handel tätig ist, hat seine Auflagen zu erfüllen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Großmärkte und vor allem die deutschen Handelsketten einfach zu uns kommen können, auf das grüne Land ohne Wasserrechtsgenehmigungen, ohne andere Genehmigungen ihre Häuser aufstellen und aufbauen, sich deklarieren als Wiederverkäufer, in Wahrheit sind sie aber Detailverkäufer. Wir haben das alles ganz genau erfahren, als ein zuständiger Mann aus Wels zu uns gekommen ist, das heißt, zu den Seiersberger Kaufleuten, und ganz genau erklärt hat, wie das überall gleich funktioniert. Ich glaube, verehrte Damen und Herren, in diesem Punkt müßten wir alle zusammenhalten und auf unsere heimischen Kaufleute Rücksicht nehmen und unsere heimischen Kaufleute unterstützen. Darum bitte ich Sie zum Punkt „Markt“.

Ein Zweites, was wir momentan ziemlich stark im Handel bemerken: Es wird weniger konsumiert. Wahrscheinlich gibt es dafür auch mehrere Gründe. Ich gebe zu, daß viele Menschen wirklich schon zuwenig Geld besitzen. Ich gebe aber auch zu – und das wissen wir ja alle, wir kennen ja die Zahlen –, daß zuviel gespart wird, außer beim Wein – glaube ich –, da wird ja in Österreich sehr viel konsumiert, da liegen wir ja an der Weltspitze. Das ist aber gut so. (Abg. Tschernitz: „Weil der steirische Wein so gut ist!“) Ja, unter dem Sparen leiden wir natürlich im Handel, es ist überhaupt keine Frage. Ich frage aber auch Sie, ist nicht ein wenig auch die Schuld daran, daß zuviele große Märkte mit gleichem Warenangebot, mit billigem Warenangebot an uns Konsumenten – und auch wir aus der Wirtschaft sind ja schließlich Konsumenten – herangetreten sind, wir haben zuviel Billigware gekauft, zuviel „Ramsch“ gekauft, den wir wahrscheinlich überhaupt nie gebraucht haben und sind nun konsumgeschädigt. Ich gebe das ganz ehrlich zu und meine, der heimische Kaufmann mit seiner Qualität, mit seiner Auswahl, mit seinem Sortiment kann uns vielleicht in Zukunft wieder richtig bedienen. Ich frage mich ja auch, ob das so wunderschön sein soll, wenn in Zukunft nur fünf, vielleicht sechs große Handelsketten bei uns den Lebensmittelmittelmarkt beherrschen. Wenn wir dann alle Einheitessen essen müssen, weil ja naturgemäß jeder Markt das gleiche führt. Oder, bitte, denken wir an

Amerika. Es führt jede Filiale einer Zentrale die gleiche Ware. Dann wird es so sein, daß alle Männer graue Hemden tragen müssen, weil wir sie ja nur dort bekommen, und alle Frauen die gleichen Schuhe. Ich meine, in der heutigen Zeit reden wir soviel von Lebensqualität. Ich glaube, unsere Kaufleute sind bereit, unserer Bevölkerung diese Lebensqualität zu geben. Freilich ist es dazu notwendig, daß der Kaufmann sich in Zukunft auf sein unternehmerisches Dasein beschränken kann. Weg mit allem Ballast! Und das gilt, glaube ich, nicht nur für den Kaufmann, sondern für jeden Gewerbetreibenden und für jeden Wirtschaftstreibenden. Es ist einfach unzumutbar, wenn der Unternehmer mit Dingen belastet wird, die ihn eigentlich überhaupt nichts angehen. Er arbeitet für die Finanz, er arbeitet für den Staat, und ich habe das schon letztesmal gesagt und werde es immer wieder sagen, gratis, ohne jede Bezahlung, und eigentlich ist das ja keine Perspektive für einen Unternehmer, denn der soll sich und muß sich wahrscheinlich jetzt auf seine unternehmerischen Aufgaben konzentrieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Der zuständige Fachmann in unseren Reihen für den Lebensmittelhandel ist sicher mein Kollege Purr, aber ich möchte das anführen: Wenn jetzt in einem kleinen Ort ein Lebensmittelhändler ein Geschäft hat, stellen Sie sich vor: Der kleine Lebensmittelhändler hat 56 Spezialgesetze und 70 Verordnungen zu beachten. Wenn er das nicht kann, dann geht er immer einen Grat entlang, der sehr abstürzig ist. Leisten kann er sich unter Umständen den Steuerberater nicht, also bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich so durch Gesetze und Verordnungen durchzuschummeln. Das kann ja nicht der richtige Weg sein!

In der Steiermark gibt es 13.000 Handelsbetriebe; 5270 Betriebe mit Beschäftigten und – hören Sie – davon sind 11.703 Arbeiter, 32.564 Angestellte. Das ergibt immerhin einen Gesamtstand von 44.267. Ich möchte auch diesen Aspekt einbringen. Ich weiß, die große Industrie ist notwendig, Großbetriebe brauchen wir auch, aber ich möchte nur den kleinen Sektor „Handel“ beleuchten, daß dieser Sektor auch so viele Beschäftigte hat. Gar nicht zu reden von den Lehrlingen, die zwischen 5000 und 6000 im Durchschnitt im Handel liegen. In unserem Bezirk Weiz, wo wir zurzeit wirklich große Sorgen und große Probleme haben – wir haben auch die Elin und wir haben auch die VOEST in unserem Bezirk, und ich bedaure das, und es tun mir die jungen Leute, auch die Familienväter und alle Mütter sehr leid –, haben wir 4902 Beschäftigte im Handel.

Noch einen Aspekt: In unseren privaten Handelsbetrieben – so meine ich – gibt es auch einen gesunden Boden für unsere Mitarbeiter. Sie werden einfach geführt und nicht getrieben. Ich glaube, Sie kennen das auch alle, wie es in diesen Großbetrieben zugeht. Da wird eine Ware für den Mitarbeiter auf den Tisch gelegt, und diese Ware hat er bis zu diesem und diesem Zeitpunkt zu verkaufen. Wenn er sie bis dorthin nicht verkauft hat und das mehrmals passiert, dann wird er einfach gekündigt. Sind Sie ehrlich! Sie kennen alle viele kleine Handelsbetriebe; ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie einen einzigen Fall erzählen könnten, wo so etwas in unseren Handelsbetrieben vorgekommen wäre.

Die kleinen Handelsbetriebe sind eigentlich ja doch erfolgreich. Sie müssen jeden Tag neue Entscheidungen treffen, und sie müssen jeden Tag neue Konflikte lösen.

Einen Aspekt des Kaufmannes möchte ich ja auch noch gerne einbringen: Ein Dorf, ein Ort, eine Stadt soll ja leben, und ich meine, es war doch bis heute so, daß der Kaufmann in unseren Zentren sich auch gesellschaftlich in einem Ort beteiligt und auch kulturell, und ich meine, das sind zwei Aspekte; wenn wir schon von einer Dorfgemeinschaft reden, wenn wir wieder davon reden, daß wir unsere Städte und Märkte beleben wollen, so ist der Kaufmann ein zentraler Punkt in einem Ort und nicht so etwas Anonymes wie draußen diese Handelsketten, die am Abend ihre Türen verschließen, und es ist finstere Nacht. Bitte, danken Sie auch das Ihrem Kaufmann im Ort. Es ist mir schon ganz klar, daß niemand uns etwas schenkt, und das wollen wir auch nicht. Wir wollen keine Almosen, und wir wollen auch kein falsches Mitleid. Aber ich glaube, die Kaufleute sind alle bereit, Service zu leisten, Qualität zu bieten und die Wünsche der Kunden zu erfüllen, denn anderswo werden ja die Wünsche nicht erfüllt.

Ja, es ist ja auch gar nicht möglich, daß ich hier stehe und über Wirtschaft rede, ohne daß ich von den Frauen in der Wirtschaft rede. Auch das werde ich immer wieder sagen, wieviele Unternehmerinnen es in unserem Land gibt. Aber auch nicht weniger geschätzt werden unsere mittätigen Ehefrauen oder Mütter oder auch Töchter in den Betrieben. Ich weiß, sie haben die gleiche Belastung wie jede andere berufstätige Frau. Nur einen Aspekt dürfen wir auch nicht vergessen: Das Gespräch, die Sorge um den Betrieb hört ja nicht mit Geschäftsschluß auf, und das sind gewaltige Probleme für Frauen. Ich glaube, sie verdienen sich die Anerkennung. Umfragen haben nämlich auch ergeben, daß gerade jene Frauen wirklich ein hohes Maß an Gleichberechtigung genießen, sie sind auch bereit, Leistung zu erbringen, und sie sind absolut anerkannt in der Gesellschaft. Und eines möchte ich hier auch dezidiert sagen: Frauen sind Wirtschaftserinnen, und Frauen können wirtschaften. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – Abg. Ing. Stoisser: „Ein bißchen können es die Männer auch!“) Ja, nur ich glaube schon, daß das meiste Geld in der Praxis nicht die Männer verwalten, sondern schon wir Frauen. Das beginnt beim Haushaltsgeld und geht über Anschaffungen für die Familie und so weiter. Ich meine, die Frauen sind Wirtschaftserinnen, und sie können das auch. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Auch ein wichtiger Aspekt.

Die Wirtschaftsfrauen sind aber auch darüber hinaus wirklich bereit, sich weiterzubilden. Ich meine, es kann in unserem Land überhaupt keinen Berufszweig mehr geben, wo wir die Bereitschaft zur Weiterbildung nicht haben.

In unserem Bezirk Weiz haben wir 949 Handelsberechtigungen, 1500 Angestellte im Handel. Warum ich diese Zahl sage? Unsere Elin hat 2000 Beschäftigte – das ist gut so, und es wäre schön, wenn das so bleiben könnte. Ich sage das aber nur zum Vergleich, daß auch der Handel seine Pflicht zur Vollbeschäftigung beiträgt. Wir haben im Bezirk 278 Lehrlinge im Handel, und ich bin sehr stolz darauf, daß der Bezirk

Weiz jener Bezirk ist, der die meisten Lehrlinge in der Steiermark hat.

Noch einmal zurück zu uns Kleinen. Ich freue mich, daß der Herr Landeshauptmann letztens gemeint hat – ich glaube, das war, als er aus Brüssel zurückkam –, daß er uns in der kleinen und mittelständischen Wirtschaft mit einem netten Ausspruch bedacht hat, daß diese vielen kleinen Fische auch etwas wert sind. Dafür möchte ich mich beim Landeshauptmann sehr herzlich bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Daß wir nicht bereit sind, etwas zu unternehmen, stimmt nämlich auch nicht, und ich lasse es nicht zu, daß wir nur in Pessimismus machen.

Unser Präsident Buchberger kennt den Bezirk ganz genau. Viele vielleicht von Ihnen kennen zum Beispiel auch den Ort Gasen. Ein ganz romantischer, aber kleiner Ort. Dort gibt es einen kleinen Geschäftsmann. Es gibt aber noch einen kleineren Ort in unserem Bezirk, und der heißt Haslau. Und stellen Sie sich vor, dieser kleine Geschäftsmann, der in Gasen sesshaft ist, ist noch bereit, in die Haslau zu gehen und dort auch ein Geschäft zu eröffnen. Er wurde empfangen, es war ein Volksfest, weil ihm die Leute das gedankt haben, daß die immer wieder besprochene Nahversorgung auch in diesem kleinen Ort Haslau nun klappt.

Verehrte Damen und Herren! Ich glaube, wir sollen nicht immer in unseren Geschäften sagen, die Ladenschlußzeiten und alles soll so bleiben, wie es immer war. Ich weiß nicht, wie weit Sie meiner Meinung sind. Aber ich glaube, wir können nicht immer nur reden, daß soviel Prozent Kaufkraft abfließt, und wir tun nichts dagegen. Meine persönliche Meinung und auch meine Meinung aus unserem eigenen Betrieb zu Hause ist – unsere Geschäfte haben alle Rolläden, aber sie haben sie sicher nicht dazu, daß wir sie zu oft herunterlassen –, sondern meine persönliche Meinung ist, daß wir sie möglichst oft hinaufziehen. (Beifall bei der ÖVP.) Und da sind wir bei der Ladenöffnung. Es ist keine einfache Sache, zu sagen, „haben wir länger offen“. Ich weiß, daß viele kleine Betriebe wirkliche Probleme haben, aber auch unser eigener Betrieb ist ein kleiner und kein großer. Wir haben die Mittagsöffnungszeiten probiert. Es ist ein Einsatz notwendig. Aber meine Familie und ich sagen, wir werden über Mittag nicht mehr zusperren. Nicht weil wir reich werden damit, sondern weil das ein Dienst an unseren Kunden sein soll. Ich möchte wirklich dafür eintreten, denken wir nach, strukturieren wir um, wir leben von unseren Kunden, daher müssen wir auch etwas tun für unsere Kunden.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es würde mir natürlich sehr viel am Herzen liegen, Ihnen zu sagen, aber ich habe so das Gefühl, die Frau Präsident zwinkert schon, ich war zu lange, entschuldigen Sie das. Nur meine ich, verehrte Damen und Herren, der Begriff und die Tatsache, daß wir wirtschaftliche Schwierigkeiten haben, ich habe in letzter Zeit gelesen, die Ökonomie hat zurzeit wieder gleichgezogen mit dem Anliegen der Ökologie. Ich bin für beides. Aber heute möchte ich Sie um die Anliegen der Ökonomie bitten. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Sponer:** Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bin froh, daß die Frau Kollegin Göber vor mir gesprochen hat. Und zwar deshalb, weil ich glaube, sie richtig verstanden zu haben. Sie hat Solidarität zum Ausdruck gebracht, einerseits von Ihrer Berufsgruppe zu den sogenannten Großbetrieben oder verstaatlichten Betrieben und natürlich auch den Appell gerichtet, die Probleme Ihrer Berufsgruppe zu verstehen. Und, meine Damen und Herren, das hat mich jetzt an eine Veranstaltung in Judenburg vor einigen Jahren erinnert, wo es darum ging, dafür einzutreten, daß eben der Standort Judenburg der verstaatlichten Industrie bestehen bleibt. Auch hier hat es eine solche Solidarität gegeben. Es waren 10.000 Menschen aus dem Bezirk, es waren Arbeiter, es waren Angestellte, es waren Kaufleute, es waren Gewerbetreibende, es war die Geistlichkeit da, alle haben sich dazu bekannt, alle sind hier mitmarschiert, und daher möchte ich das wirklich auch unterstützen und begrüßen, was die Frau Kollegin Göber darüber gesagt hat. Aber, meine Damen und Herren, den Presseberichten oder einigen Presseberichten der letzten Tage habe ich entnommen, daß die geschätzten Vertreter der Redaktionen einen gewissen Mangel an Dramatik in der verbalen Auseinandersetzung hier im Hohen steirischen Landtag beklagen. Das, meine Damen und Herren, ist zweifellos ihr gutes Recht. Ich halte aber dem entgegen, daß mein persönlicher Bedarf an Dramatik für die nächsten Jahre durch die Geschehnisse und Entwicklungen in meinem Heimatbezirk Judenburg reichlich gedeckt ist. Konfrontationen, ganz egal mit wem, und hochtrabende Zukunftsvisionen sind so ziemlich das letzte, was wir brauchen, um den Menschen in der Region das wirtschaftliche Weiterkommen zu sichern. Meine Damen und Herren! Das ist ja eine Ansichtssache.

Meine Damen und Herren, ich bekenne mich zur politischen Zusammenarbeit und zu einer grundsoliden, ehrlichen Realpolitik im gemeinsamen Bemühen um sichtbare Erfolge. (Beifall bei der SPÖ.) Eine Bestandsaufnahme unseres landespolitischen Instrumentariums zur Bewältigung der Krise in den steirischen verstaatlichten Standorten fällt einfach zu dürftig aus, als daß wir uns auch noch ein Gegeneinander um politischer Effekthascherei willen leisten können. Und, meine Damen und Herren, ich möchte gerade diesen Satz haben, oder es wäre nicht schlecht, wenn sich diesen Satz auch der Herr Burgstaller aus Leoben in sein Stammbuch schreiben würde. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das wäre auch so recht!“)

Nun aber zur versprochenen Dramatik. Ich weiß nicht, ob es jemanden gibt, der sich nicht vorstellen kann, was es heißt, tagtäglich mit der Angst im Nacken an seinen Arbeitsplatz zu gehen und das Jahre hindurch, während ringsum Tausende Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren, indem sie gekündigt werden. Meine Damen und Herren, aber das ist noch nicht alles. Dazu kommt noch, und zwar in dieser Atmosphäre, die Angst der Unsicherheit, und dazu kommt noch ein gewisser Leistungsdruck, nachdem Leistungssteigerungen laufend verlangt werden. Das, meine Damen und Herren, ist die Situation in Judenburg. Die Folgen sind leider nicht unübersehbar. Schwerstens belastete Ehen und Familien, Konsumentenverweigerung, um nur ja einen Notgroschen für den

sogenannten „Katastrophenfall“ zu haben, Abwanderung der jungen Menschen und Resignation, geboren aus der Abstumpfung angesichts täglicher Existenzängste. Ich sage es hier ganz offen, und ich meine es wirklich auch nicht böse, meine Damen und Herren, aber angesichts der Judenburger Realität werden auch gutgemeinte Ansätze wie die kürzlich in Graz zelebrierte Optimismuswerkstätte zu Worthülsen. Meine Damen und Herren, was die Judenburger brauchen, ist ein aus der Verstaatlichten ausgegliederter lebensfähiger Industriestandort, sind ein paar neue Betriebe oder, nennen wir es ganz einfach, ist eine neue Gründerzeit. Was die Judenburger sicher nicht brauchen, meine Damen und Herren – und Kollege Prof. Dr. Eichtinger, das darf ich dir stellvertretend sagen –, das sind Schuldzuweisungen, die im übrigen ja stets nichts anderes bewirken als Gegenschuldzuweisungen. Und damit, glaube ich, ist doch niemandem geholfen. Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, fordere ich auch die Kollegen der Österreichischen Volkspartei hier im Hohen Haus auf, mit Wirtschaftsförderungen und Betriebsansiedlungen keine politischen Spiele zu treiben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das tun wir auch nicht!“) Lassen Sie mich in dieser Situation nur eines sagen: (Abg. Ing. Stoisser: „Wo ist das geschehen?“) Kollege Ing. Stoisser, ich darf dir eines sagen, wenn du jetzt fragst: „Wo ist das geschehen?“, muß ich feststellen, das wurde heute hier schon gesagt, aber du warst leider nicht da. Daher konntest du das auch nicht hören. Da müßte sich derjenige von euch noch einmal zu Wort melden, dann würden wir das noch einmal hören.

Aber, meine Damen und Herren, es hat ja keinen Sinn, darüber jetzt zu diskutieren, sondern lassen Sie mich, bitte, in dieser Situation nur eines sagen: Schön wäre es, und ich würde mich freuen, wenn es die angeblich Tausende Arbeitsplätze, wie wir es heute zum Beispiel gehört haben, in der Obersteiermark wirklich schon gäbe. Aber trotzdem, meine Damen und Herren: Ich bin optimistisch, und ich hoffe, daß die Ankündigungen, wie sie hier gemacht wurden, auch tatsächlich eintreten. Ich glaube, das wäre ein Segen für uns alle. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, am 9. Dezember soll in einer Aufsichtsratssitzung der VOEST-Alpine die Entscheidung über den Standort Judenburg fallen. Und zwar geht es darum, ob es zu einer Ausgliederung oder zu einer Schließung kommt. Das wird die Frage sein. Rund 1200 Arbeitnehmer im Federwerk – dazu darf ich bemerken –, das nicht zuletzt auf Grund der angelaufenen Draken-Kompensationsgeschäfte ausgelastet ist – erfreulich –, und im Walzwerk warten die Menschen auf diese Entscheidung, die am 9. Dezember fallen wird. Fest steht, meine Damen und Herren, daß die Lohneinbußen im vorgeschlagenen Ausmaß für die Belegschaft nicht akzeptabel sind. Ich appelliere aber jedoch an beide Seiten, an die Seite der Arbeitgeber und an die Seite der Arbeitnehmer, den noch vorhandenen Verhandlungsspielraum auszunutzen. Und ich ersuche Sie alle hier im Hohen Haus, meine Damen und Herren, alles in Ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um im Falle Judenburg eine Lösung zu finden, die den Menschen in diesem Bezirk ihre Zukunft sichert. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Meine Damen und Herren, wie Sie sehen, hat im Publikumsraum ein Nikolaus Platz genommen. Ich begrüße ihn. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich fasse es als gutes Zeichen für den Ruf der steirischen Politiker auf, daß er keinen Krampus mitgebracht hat. Sollte er zur Wirtschaftsförderung etwas mitgebracht haben, der Herr Landesrat Dr. Heidinger hat gesagt, er nimmt alles.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

**Abg. Mag. Rader:** Verehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann dem absolut nichts Positives abgewinnen, wenn ich feststellen muß, daß sogar der Sack des Nikolaus so leer ist wie der Sack der Wirtschaftsförderung in der Zwischenzeit geworden ist. (Abg. Gennaro: „Da sind die Stimmen von der Personalvertretungswahl drinnen!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Die haben leicht Platz drinnen!“)

Meine Damen und Herren, die Wortmeldung des Herrn Kollegen Sponer in ihrer Objektivität ist für mich genauso erfrischend wie jene Aussagen, die der neue Generaldirektor der ÖIAG bei aller möglichen Gelegenheit in Diskussionen sagt, auch wenn du vielleicht mit ihnen nicht immer ganz einverstanden sein kannst auf Grund deiner persönlichen Entwicklung. Aber es ist erfrischend, einmal klipp und klar zu sehen und zu hören und gesagt zu bekommen, wo die Fehler der verstaatlichten Industrie liegen, welche Dinge gemacht werden müssen, und seien sie noch so unangenehm, daß es noch lange nicht gelaufen ist, daß die Chance, daß aus den verstaatlichten Betrieben nicht doch eine Bundesbahn wird, die jedes Jahr ganz einfach ihre Zuschüsse kassiert, um überhaupt über die Runden zu kommen, noch lange nicht da ist, daß die Lösungen hart sind, aber daß man sich anstrengen muß. Und ich bin sehr dankbar, daß zumindest in jenen Teilen, die ich jetzt in dieser Debatte hier verfolgt habe, eigentlich alle der Versuchung widerstanden haben, quasi aus Lokalkolorit heraus, mögliche Lösungsmöglichkeiten zu torpedieren und genau dasselbe noch einmal herbeizuführen, was wir in den vergangenen Jahrzehnten tragischerweise gehabt haben. Wenn immer jemand ein Konzept gehabt hat oder eine nüchterne Beurteilung, dann hat es eine politische Entscheidung gegeben, die verhindert hat, daß dieses Konzept realisiert worden ist. Und es braucht wirklich keiner Schuldzuweisungen mehr, und ich bin auch sehr froh, daß Sie sich gegenseitig die Schuld heute viel weniger zuweisen als sonst, weil spätestens seit der für mich sehr interessanten Serie des Herrn Landesrates Gruber in der obersteirischen „Kleinen Zeitung“ ist klar, daß es jetzt, bitte, keine einseitige Schuld gibt, sondern daß beide, sowohl Management als auch Personalvertretung, ein gerüttelt Maß an dieser Entwicklung gehabt haben.

Meine Damen und Herren, die politischen Entscheidungen sind gemeinsam gefallen. Die Entscheidungen über Lohnerhöhungen, die Entscheidungen über Gehälter, die Entscheidungen über Sozialleistungen, die schlußendlich dazu geführt haben, daß sich die Verstaatlichte weit über den privaten Bereich hinaus entwickelt hat, sind gemeinsam zu tragen, und ich bin

froh, daß man auch auf politischer Ebene jetzt nicht die Versuchung unternimmt – zumindest nicht ernsthaft die Versuchung unternimmt –, sie zu torpedieren.

Meine Damen und Herren, wir als Fraktion sind auch den obersteirischen Arbeitnehmern gegenüber auch in Wahlkämpfen immer sehr offen gewesen, und ich habe im Herbst des Jahres 1986 meine nicht immer ganz lustigen Thesen zur obersteirischen Industriepolitik auch in den Betrieben vertreten, zu einem Zeitpunkt – (Abg. Erhart: „Die Thesen waren nicht lustig!“) Die Thesen waren nicht lustig, aber sie waren wahr! –, wo ihr und der Herr Landeshauptmann noch plakatiert habt, daß ihr um jeden Arbeitsplatz kämpfen werdet, obwohl ihr genau gewußt habt, daß das nicht möglich ist.

Da hat ein sehr interessanter Publizist, der nicht aus meinem Bereich kommt, sondern aus eurem Bereich, vor wenigen Tagen einmal geschrieben, daß Politiker, die sagen, daß sie um jeden Arbeitsplatz kämpfen, in Wahrheit nur um ihren eigenen Arbeitsplatz kämpfen, um ihn nach den Wahlen bestätigt zu erhalten. Das ist ja die nüchterne Realität. Die Plakate sind verschwunden, und auch die Äußerungen in diese Richtung sind Gott sei Dank beendet worden.

Meine Damen und Herren, was mir weniger gefallen hat, sind die Versuche, sich über die Bundesregierung her Schuldzuweisungen zu machen, wer denn nun was Gott in der Wirtschaftspolitik alles in letzter Zeit verbockt hat.

Meine Damen und Herren, weil wir gerade bei einer gestrigen Debatte am Nachmittag und heute während der Budgetdebatte über den Fremdenverkehr uns darüber unterhalten haben, habe ich mir herausuchen lassen, wie sich der neue Handelsminister „positiv“ für die steirische Wirtschaftspolitik ausgewirkt hat:

Zum ersten ist mir da in meinen Unterlagen gleich einmal ein internes Rundschreiben der BÜRGENS in die Hände gefallen, 2. April 1987, in dem drinnengestanden ist: „Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten hat mit Wirksamkeit vom 1. April 1987“ – also relativ geschwind, nachdem sie ihr Amt angetreten haben – „die in den Richtlinien für die Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969 für die BÜRGENS-Kleingewerbekreditaktion ... die Förderungsprozentsätze gesenkt. Die Förderungskürzungen gelten für alle Anträge ab dem 1. April.“ Das war quasi der Einstand des neuen Herrn Handelsministers, indem er jene Kleingewerbeförderungen, die wir vorher aufgestockt und vereinbart haben, zuerst einmal blitzartig gekürzt und eingeschränkt hat. Und dann ist es so ähnlich weitergegangen. Dann hat man zwar eine große Obersteiermarkförderung erfunden und vor allem die berühmte Steuerfreiheit. Na, wer hinter die Kulissen sieht, sieht im ersten Augenblick, daß es eine Steuerfreiheit nicht gibt, übrigens auch verfassungsrechtlich nicht geben kann, sondern was tatsächlich gemacht wird, ist der Versuch oder die Möglichkeit, daß jemand eventuell die Steuern, die er vorher zahlen hat müssen, zurückbekommt, wenn er vorher Investitionen in mindestens derselben Größenordnung geleistet hat. Von Steuerersparnis nicht die geringste Rede! Und überhaupt ist diese berühmte 200.000-Schilling-Aktion in der Obersteiermark so konstruiert, daß die Nachfrage wirklich endenwollend ist. Sie wissen das ganz genau, kaum jemand fragt

nach diesem Förderungsmodell nach. Diese Dinge werden immer nur in der Öffentlichkeit gepredigt. Faktum ist, daß man in diesen Dingen nicht weiterkommt. Da hat auch die Industrie sehr genau – der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl ist im Augenblick nicht da, aber er hat es ohnehin angedeutet in seiner zurückhaltenden Art –, da schreibt die Industrie zum Beispiel am 13. Mai 1987 in einer Erfolgsbilanz der vergangenen Jahre, das waren jene Jahre, wo es nicht Ihren Wirtschaftsminister gegeben hat, es würde allerdings wirtschaftspolitisch gesehen die spannungsfreie Abwicklung der Topaktion, wieder eine andere Entwicklung, gemeinsam mit den Hausbanken vermutlich als Kronjuwel der Tätigkeit aufscheinen, und dann schreibt sie weiter, „Nun soll eben diese Aktion eingeschränkt werden, und im Rahmen der allgemeinen Kürzung der Bundesförderung, die seit dem 1. April 1987 in Kraft ist und so weiter, könnten im kommenden Jahr 1,2 Milliarden Schilling weniger für Stützungen zur Verfügung stehen.“ Das zweite Einstandsgeschenk. Die Problematik ist überhaupt, man soll nie so tun, als ob die Vergangenheit schlecht wäre und die Gegenwart die wirkliche Zukunft bringt und die große Aufwärtsentwicklung. Ich habe mir zum Beispiel in einigen kleinen Fernschreiberzeilen heute vormittag die Bilanz des Herrn Minister Graf durchgeben lassen, dem ich übrigens – ich habe bei meinem Hausarzt angerufen – das Mittel Paspertin empfehlen möchte. Ich bin kein Arzneimittelvertreter, aber ich weiß, Paspertin wirkt bei meinen Kindern optimal gegen Erbrechen, sofern es einmal sein sollte. Ich habe mir in einigen Fernschreiberzeilen eine ganz kurze Bilanz des Herrn Bautenministers durchgeben lassen, der auch für die steirische – und Handelsminister ist er ja auch – Wirtschaftspolitik von nicht uninteressanter Bedeutung ist. Zum Beispiel die Baupolitik: In der Baupolitik war es so, daß der Vorgänger, den ich nicht zu verteidigen habe und der auch nicht aus meiner Fraktion stammte, immerhin ein Fünfjahresinvestitionsprogramm für den Straßenbau mit einem Bauvolumen von 60 Milliarden Schilling aufgestellt hat. Erstens Einstandsgeschenk des Robert Graf null und nichtig, zurückgezogen ähnlich im Hochbau. Daneben haben wir eine echte Budgetfälschung. 5 Milliarden Schilling für den Bundeshochbau und nur 25 Milliarden Schilling für den Straßenbau werden in den nächsten Jahren über die ASFINAG finanziert werden. Das ist an sich der Trick, der ihnen ermöglicht, so zu tun, als ob das Budgetdefizit nicht höher geworden wäre. Natürlich wird es höher, weil die Dinge quasi mit Verschleierung finanziert werden. Genauso, meine Damen und Herren, liegt ein Konzept über den Bundesstraßen- und Hochbau nicht vor, was natürlich – und das werden die Kollegen der sozialistischen Partei genau wissen – dazu führen wird, daß die Winterarbeitslosigkeit der Bauarbeiter im heurigen Jahr, die in diesem Bereich tätig sind, drastisch steigen wird. Das hat nichts mit jenen Bauarbeitern zu tun, über die wir uns schon gestern unterhalten haben.

Über die Energiepolitik gibt es nichts zu sagen, die wird nicht betrieben, außer, daß der Aufsichtsratsvorsitzende den Verbund gewechselt hat, wozu ich ihm herzlich gratuliere, und im übrigen den Trick geschafft hat, die Sondergesellschaften an den Verbund zu verkaufen, ein Trick, der den Stromkonsumenten eine Strompreiserhöhung von zirka 20 Prozent bringen

wird. Eine wahrlich auch nicht sonderlich freundliche Tat. Und weil wir dauernd von diesen Dingen mit den Ankündigungen hören, und was dann geschieht, ich habe mir das heute angesehen. Im Juni 1986, die Nationalratswahl war noch nicht in Sicht, hat der Herr Robert Graf bekanntgegeben, daß ein Vorhaben der Volkspartei, sollte sie gewählt werden, eine verstärkte Förderung des Bausparens sei. Es ist jederzeit nachzulesen. Die Begünstigungen beim Bausparen dürfen nicht gekürzt werden. In der Zwischenzeit sind allerdings – wie alle bekanntlich wissen – die Bausparprämien gekürzt worden, worauf mein Parteifreund Eingruher in einer Anfrage wissen wollte, wie Graf zu dem Versprechen des Vorjahres steht. Dort hat er mitgeteilt, daß die Bausparkassen selbst dem Finanzminister eine Kürzung der Prämien angeboten hätten. Das ist eigentlich allen eher verwunderlich erschienen. Eine kurze Rückfrage bei den Bausparkassen hat ergeben – und sie haben das auch in einem Schreiben an den Präsidenten des Nationalrates bestätigt –, „Wir stellen fest“, schreiben die Bausparkassen völlig logischerweise, „daß die Bausparkassen keine Kürzungen der Prämien angeboten haben“. Wieso sollten sie auch. Meine Damen und Herren, auch hier kein besonderes Ruhmesblatt.

Bitte, über die Fremdenverkehrspolitik haben wir schon geredet oder nicht geredet. Besonders lustig – und jetzt ist der Herr Kollege Schützenhöfer nicht da, ich habe den ganzen Tag gewartet, mit ihm darüber reden zu können, weil er mich gestern so furchtbar attackiert hat wegen der Personalpolitik des Verteidigungsministers. Da haben wir auf den Graf gewartet, der ist nämlich viel trickreicher, als es der Schützenhöfer jemals sein könnte. Er hat nämlich folgendes gemacht: Er hat die Sektion „Außenhandel“ in zwei Sektionen geteilt, damit sein – wie man sagt – persönlicher Freund auch Sektionschef ist. Die Sektion „Präsidium“, die hat er besonders trickreich gemacht, sie heißt jetzt plötzlich nicht mehr Sektion „Präsidium“ sondern nur „Präsidium“, und jetzt kann er noch immer sagen, ich habe lediglich elf Sektionen, weil die eine Sektion keine Sektion ist, die heißt nicht mehr „Sektion“ sondern nur „Präsidium“. Meine Damen und Herren, wissen Sie, das sind genau die Dinge, wo Sie sinnvollerweise Ihre Attacken künftig unterlassen sollten, denn wenn Sie wirklich mit Ihren Profis dort hinkommen, wo Sie immer hinkommen wollten, dann sind Sie noch viel trickreicher, als alle jemals gewesen sein sollen.

Es genügt eigentlich nur, wenn ich mir das an sich dürftige Regierungsprogramm anschau, um auch da nur nachzuprüfen – ich halte Ihnen eigentlich nicht vor, was Sie nicht getan haben –, was sinnvoll wäre, sondern nur, was Sie nicht getan haben, was Sie angekündigt haben und beschlossen haben. Wenn ich mir das Regierungsprogramm anschau und das, was der Handelsminister machen sollte, dann sehe ich folgendes: Kartellgesetz angekündigt, noch ausständig; das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis, Frau Kollegin Göber, ausständig; die Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung, die von Herrn Präsidenten Ing. Stoisser immer so verlangt wird, ausständig –, im Gegenteil, mehr Sektionen, nur heißen sie anders; die Erleichterung der gemeinsamen Preiswerbung, Frau Kollegin Göber, weil Sie früher zu

Recht den Handel angeschnitten haben, keine da, kommt nichts, kein Ansatzpunkt. Ladenschlußzeiten, meine Damen und Herren, und ich danke als Verfechter liberaler Ladenöffnungszeiten, daß Sie als Betriebsinhaberin sagen, o.k., wir haben es probiert, wir sind daraufgekommen, es ist zwar nicht so optimal, aber zusperrten tun wir nicht mehr, weil das ist ein Dienst an unseren Kunden. Jawohl, so ist es. Nur, seinerzeit hat es einen Entwurf gegeben, der neue Handelsminister hat ihn in der Schublade verschwinden lassen. Da gibt es gar nichts. Da bedarf es Männer wie Dipl.-Ing. Hasiba, daß wir hier in der Geschichte weiterkommen. (Abg. Ing. Stoisser: „Was hat Steger mit dem Entwurf gemacht?“) Den hat er euch geschickt, und ihr habt ihn dann eingesteckt. So war das, nicht? (Abg. Dr. Dorfer: „Zu entscheiden hat der Minister, nicht die Handelskammer!“) Ja, deshalb entscheidet dein Minister nicht. So ist es ja! Das sage ich ja die ganze Zeit, dein Minister entscheidet überhaupt nichts. (Abg. Ing. Stoisser: „Herr Mag. Rader, das ist ein Gesetz, das im Nationalrat beschlossen werden muß!“) Schau, und bitte der Präsident Ing. Stoisser ist ja absoluter Verfechter der Privatwirtschaft, und er hat mich zum Teil – für mich durchaus verständlich – gerügt, zum Beispiel auf Grund meiner Aussagen zum Müllgesetz, und er hat gesagt: „Bitte, ich verstehe dich nicht, du bist auch ein Vertreter der Privatwirtschaft, wo der Staat nicht hineinregieren soll, wieso tust du so etwas?“. Jetzt werde ich dir sagen, was dein Graf tut. Da gibt es zum Beispiel die Ölhändler und die Erdöllagergesellschaften, die bestimmte Pflichteinlagerungen haben müssen. Das ist ihnen vorgeschrieben, als Krisenvorsorge und so weiter. Na, und was ist geschehen, bitte? In Lannach draußen haben sie durch eine wirklich nicht vertretbare Preispolitik leere Öllager, weil die großen Firmen ihre privaten Lager gebaut haben, weil sie dort ihre Pflichteinlagerungen viel billiger lagern können als in Lannach. Und weißt du – Herr Kollege Ing. Stoisser, ich weiß schon, daß du jetzt wegschaust –, das ist wirklich peinlich, ich tät mich auch genieren! Herr Präsident Ing. Stoisser, es ist peinlich, ich tät mich auch genieren! Dein Minister Graf legt einen Gesetzesentwurf im Parlament vor, daß private Firmen per Gesetz gezwungen werden sollen, zu viel größeren Preisen in Lannach einzulagern, nur damit diese Lagergesellschaft, wo es eine staatliche Ausfallhaftung gibt, über die Runden kommt. Das ist, bitte, die Privatwirtschaft derartig mit Füßen treten, und zwar mit Gesetzesbeschlüssen, wie es, bitte, der ärgste Antiprivatwirtschaftsvertreter, den ich nicht einmal in der SPÖ da drüben sehe – den muß ich wahrscheinlich schon bei den Kommunisten suchen, sofern es solche noch gibt – nicht veranlassen würde. (Abg. Dr. Dorfer: „Die ÖMV wird noch privatisiert!“) Ja, die ÖMV. (Landesrat Dr. Heidinger: „Pflichteinlagerungen!“) Herr Landesrat, die Frage, wo die ihre Pflichteinlagerungen machen, können Sie gesetzlich natürlich vorschreiben, wenn Sie wollen, aber nur, bitte – (Landesrat Dr. Heidinger: „Es freut mich, daß Sie für die internationalen Multis so viele Tränen vergießen!“) –, wenn Sie das mit Parlamentsbeschluß vorschreiben wollen, dann ist das alles andere als marktwirtschaftlich. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das mußte irgendwann einmal gesagt werden, damit man mit diesen Diskussionen endlich aufhört, was da für wunderbare Dinge passieren.

Und jetzt, meine Damen und Herren, zu einer Bemerkung, die der Herr Landeshauptmann in einem Zwischenruf anlässlich der Generalrede des Kollegen Weilharter gemacht hat – und ich weiß schon, daß ich da natürlich in eine Wunde des Herrn Landesrates Dr. Heidinger stoße. Ich werde versuche, das vorsichtig zu machen, weil mich die Frau Präsident ja schon gemahnt hat, daß ich bei der Diskussion des Fremdenverkehrsgesetzes gar so garstig war. Nur, bitte, nach wie vor: Da sind der Kollege Kirner, der Kollege Kollmann, der Kollege Dipl.-Ing. Dr. Korber und einige Fachleute vor einigen Tagen in Leoben auf der Montanistischen Universität bei einer Podiumsdiskussion gesessen und haben sich über die Auswege unterhalten, die man oben in diesem Bereich machen sollte. Da war zufälligerweise auch der Direktor der Firma Job-Creation Austria eingeladen und hat auch sein Modell dargelegt, wie das Modell der Betriebsansiedlungen, das der Burgstaller vertritt, und, und alles, was es da oben gibt. Eigentlich waren alle Zuhörer der Meinung, daß das eine recht vernünftige Geschichte ist. Auch der Kollege Kirner hat gesagt: „Bitte, wenn ich mir das so anschau, das schaut recht vernünftig aus.“ Wir haben da oben die Diskussion damit beendet, indem wir gesagt haben: „Versuchen wir doch einmal bei der Wirtschaftsdebatte, in diesem Bereich wirklich etwas weiterzubringen und wirklich weiter vorzugehen.“ Und da gibt es plötzlich den Herrn Landeshauptmann, der sich mit dieser Frage und mit diesem Projekt ganz sicher weniger beschäftigt hat als ich. Er mag in allen anderen Dingen viel gescheiter, viel intensiver, viel besser informiert – was auch immer – sein, in der Geschichte kenne ich mich sicher besser aus als er, weil er da nicht einmal die Bücherl gelesen hat. Sonst hätte er sie dem Herrn Kollmann mitgegeben. Der Herr Kollmann hat da oben diskutiert, und er hat gesagt, daß er die Bücherl in seinem Leben noch überhaupt nicht gesehen hat. (Abg. Kollmann: „Die habe ich wirklich noch nicht bekommen!“) Ja eben, bitte schön, dann muß der Informationsfluß bei euch nicht funktionieren. Dann mußt du dich mit deinem Landesrat und mit dem Landeshauptmann unterhalten. Oder mit deinem Minister; dort liegen sie schon seit Monaten. Es ist ja schließlich dein Minister, der Herr Graf, nicht meiner. (Abg. Kollmann: „Der Herr Minister Graf hat sie vor einem Monat auch noch nicht gehabt!“) Vor Monaten hat er sie gehabt. Bitte schön, mit dem Graf wirst du ja hoffentlich noch reden. Gegen den hast du ja keinen Mißtrauensantrag gestellt. Daß du mit dem Lichal nicht redest, das verstehe ich, aber mit dem Graf wirst du ja hoffentlich noch reden. Und dann sitzt da der Landeshauptmann oben und sagt: „Bitte, das ist ein mißbratenes Kind.“ Bitte, wo Mitträger dieser Gesellschaft zur Hälfte – die Girozentrale ist eine, wo der Herr Landesrat Dr. Heidinger wirklich die absolut besten Beziehungen zum Generaldirektor hat und wirklich weiß, was für ein seriöses Unternehmen das ist. Da kann doch, bitte, nicht der Landeshauptmann zu etwas, wo die Girozentrale zu 50 Prozent beteiligt ist, sagen: „Das ist ein mißbratenes Kind“. (Abg. Kollmann: „Mißbratene Kinder pflegen das Geld ihrer Eltern auszugeben, ohne etwas dafür zu leisten!“) Bitte schön, ich will niemandes private Familienpolitik beurteilen. Das geht überhaupt niemanden etwas an. Meine Kinder leisten für das kleine Taschengeld, das sie bekommen, ausreichend. Da gibt es kein Problem. Nur, eines verstehe ich

nicht: (Abg. Ing. Stoisser: „Er spricht nicht von seiner Familie! Sein Sohn hat mit 22 Jahren den Magister gemacht!“) Also, ich habe noch viel später meinen Magister gemacht. Da brauchst du dich nicht fürchten. Ich habe doppelt so lange studiert als ich gebraucht hätte, weil ich alles ganz genau genommen habe. Ich schäme mich nicht. Die Schule des Lebens ist eine sehr interessante Schule. Nur, bitte, eines verstehe ich nicht, und, Kollege Kollmann, das Pech ist immer, wenn man Bemerkungen macht und hinter einem steht ein anderer, der sie nicht hören soll. Es tut mir schrecklich leid, daß, wie du oben von der Diskussion hinausgegangen bist und gemurmelt hast: „Es wäre ja alles recht interessant, nur leider ist es halt derartig parteipolitisch punziert“, einer meiner Mitarbeiter hinter dir gestanden hat und das gehört hat. Mir tut das wirklich weh! (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du hörst das Gras wachsen!“) Und deshalb hat auch der Weilharter bei der Generaldebatte gesagt: „Bitte schön, wir schenken euch die Idee, wenn das euer Problem ist.“ Wirklich! (Abg. Kollmann: „Die Tatsache, daß das parteipolitisch punziert ist, hat der Herr Semerad bedauert, nicht ich!“) Ich will dich nicht in größere Schwierigkeiten bringen, daher belassen wir es einmal einstweilen bei dieser Bemerkung. Ich will dich wirklich nicht in größere Schwierigkeiten bringen. Das ist etwas, was ich nicht verstehe, was ich wirklich nicht verstehe.

Da gibt es einen Ansatzpunkt, der wirklich gescheit ist. Ob jetzt ein Papierl weniger oder ein Papierl mehr da ist, bitte schön – wenn du mir sagst, daß bei jenen Betriebsansiedlungsprojekten, die da oben laufen, alle Papierl so frühzeitig da waren, daß sich alle ausgekannt haben –, lassen wir das. Ich habe denen oben eh empfohlen, nachdem du gesagt hast, nachdem du mit dem Architekten Groß neun Stunden beim Brücklwirt zusammengesessen bist, war dann alles klar. Vielleicht soll er sich mit dir neun Stunden beim Brücklwirt zusammensetzen, daß die Geschichte funktioniert. Aber, bitte, hören wir doch wirklich auf zu blockieren. Hören Sie auf zu blockieren, nur weil euch das parteipolitisch nicht paßt. Ich verstehe das offen gestanden nicht, ich verstehe es wirklich nicht.

Meine Damen und Herren, ich sage nichts zum Assmann. Und der Herr Landesrat Dr. Heidinger hat mir ja eine schriftliche Anfrage ausreichend beantwortet. Er kriegt in der Obersteiermark, zumindest bei den letzten beiden Projekten, die in Debatte waren, keine Förderung. Nur eine Anmerkung dazu: Ich halte es auch für legitim, wenn die Landesregierung versucht, bei Betriebsförderungen in diesem Bereich andere private Interessenten miteinzubinden. Sagen wir das einmal so in einer vorsichtigen Formulierung. Das halte ich für legitim. Aber selbstverständlich nur zu dem Zweck, daß man sich damit öffentliche Finanzmittel erspart. Das, was aber geschehen ist, ist, daß man sowohl, bitte, einen privaten Interessenten hineingepfercht hat, etwa draußen in der Oststeiermark, als auch die Finanzmittel der öffentlichen Hand hineingebuttert hat. Das ist das, was ich vorwerfe! Das heißt, privates Engagement ist wichtig, sogar viel wichtiger als die Förderungszahlungen durch das Land, aber dann, bitte, unter Einsparung von Förderungszahlungen. Und das ist der Grund, warum ich mich sehr peinlich genau und sofort erkundigt habe, ob auch oben wieder bei der Firma Rothe und bei vielen

anderen Projekten neuerlich Finanzmittel der öffentlichen Hand hineinfließen werden, wenn es dieses Engagement in der Obersteiermark der Firma Assmann gibt.

Und jetzt noch eine Anmerkung zur Frau Abgeordneten Göber: Also bitte herzlich, Sie haben ja völlig recht, was die Großmärkte betrifft. Sie haben zwar genauso keinen Beweis, sondern nur eine Vermutung wie ich, daß der Zumtobel irgendwann dann einen Detailhandel machen wird, nur, ich bitte herzlich, das, was in diesem Zusammenhang gerade von – nicht von Ihnen persönlich – Ihrer Seite diskutiert wird, hat ein unerhörtes Maß an Scheinheiligkeit, das ich ganz einfach nicht mehr verstehe. (Abg. Göber: „Das stimmt nicht!“) Sie haben es lieber, wenn es niemand versteht, welche Art von Scheinheiligkeit Sie in diesen Dingen zeigen, selbstverständlich.

Es trifft ja nicht Sie persönlich, nur weil Sie das Thema angeschnitten haben. Alle, die sich dabei auskennen, vor allem der Herr Kollege Dr. Dorfer, der jetzt hinausgegangen ist, wissen ganz genau, daß es den einzig wirklichen Ansatzpunkt, den es seinerzeit gegeben hat, diese Dinge hintanzuhalten, wenn man es will, der war, daß man die Verordnung der Gemeinde Seiersberg, die sie krachend von hinten bis vorne gemacht hat, wo alle Juristen gesagt haben, die kann man jederzeit schmeißen, durch die Landesregierung nicht bestätigt. Damit wäre von der Raumordnung her die ganze Frage vom Tisch gewesen, im Gegenteil, die Landesregierung hat einstimmig diese Verordnung bestätigt, und zwar auf Antrag des damaligen zuständigen Referenten Landeshauptmann Dr. Krainer. Seit damals ist der Zug abgefahren, und seit damals kämpfen Sie zwar verbal wie gegen Windflügel und sagen, wir werden alles tun, und um Gottes Willen, diese grauslichen Großmärkte und wir kleinen Händler, aber Sie wissen ganz genau, daß Sie nichts mehr tun können. Und damals, als Sie es tun hätten können, haben Sie es nicht getan. Ich unterstelle Ihnen jetzt noch einmal – und das hat Herr Dr. Dorfer auch damals nicht dementieren können –, in Wahrheit ist die Frage, daß Zumtobel in Seiersberg bauen kann, seit dem ersten Tag zwischen der SPÖ und der ÖVP ausgemacht, und alles, was seit damals noch diskutiert wird, sind reine Scheingefechte. So ist die nüchterne Situation, und wenn Sie mir das Gegenteil beweisen wollen, dann erzählen Sie mir, warum Sie im Raumordnungsbereich wirklich absolut nichts unternommen haben, im Gegenteil, aktiv tätig waren, damit diese Geschichte ja funktioniert. Da haben Sie in der Zwischenzeit, weil das gerade hineingepaßt hat und der Handelsminister nicht von Ihnen war, nein gesagt, und hier in diesem Haus, theatralisch, so theatralisch kann ich gar nie sein, auch wenn ich mich bemühe, gesagt, der Handelsminister soll die Gewerbeordnung ändern und die Bedarfsprüfung. Und das ist das Allheilmittel. Bitte, jetzt haben Sie ihren Graf, jetzt sehen Sie sich gezwungen, selber aufzustehen in Seiersberg und zu sagen, um Himmels Willen, die Europareife bricht zusammen, wenn wir wieder eine Bedarfsprüfung einführen, und es ist undenkbar, und das darf man ganz einfach nicht machen, und der einzige Weg wäre die Raumordnung gewesen. Aber leider Gottes ist die Raumordnung schon beschlossen. So schaut es tatsächlich aus, und ich kann Ihnen das nicht ersparen. Ich

weiß, das kann Ihnen nicht gefallen, aber ich kann Ihnen das absolut nicht ersparen, meine Damen und Herren. Das ist eine unangenehme Geschichte.

Und jetzt zum Abschluß: Meine Damen und Herren! Ich habe gestern in den späten Abendstunden auf Grund einer Wortmeldung des Kollegen Rainer einen Konnex zwischen den Fragen, wie Sie sich zum Draken und der Verstaatlichten verhalten, herbeigeführt, im guten Willen, und habe dafür vom Kollegen Dr. Hirschmann die Antwort bekommen, daß er nicht daran denkt, auf den Knien über den Semmering zu rutschen. Das schafft er von der Kondition sowieso nicht. Aber es täte schon reichen (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das schafft er leichter als du!“ – Abg. Trampusch: „Man soll nie einen LandesparteiSekretär unterschätzen!“) Entschuldigung, ich nehme alles zurück, so bekomme ich morgen wieder eine Fotzen von meinem LandesparteiSekretär, ParteiSekretäre schaffen es früher als Parteiobmänner, bist damit einverstanden? Beide schaffen es aber nicht, und damit ist die Geschichte wieder dort, wo sie war – nur bitte, es hätte schon gereicht, wenn man über den Semmering nicht immer die Zunge zeigt. Das ist das, das habe ich schon als Kind gelernt. Wenn ich zum Papa immer böse bin, bekomme ich kein Taschengeld. (Landesrat Dr. Heiding: „Aber scheinbar beherzigen Sie das nicht!“) Mein Papa gibt mir kein Taschengeld mehr, daher habe ich die Problematik nicht mehr. (Abg. Schrammel: „Der Papa soll die Kinder gerne haben!“) Richtig! (Unverständlicher Zwischenruf.) Liebe Frau Kollegin, ich bitte um Entschuldigung. Ich beziehe die Mütter gerne ein, nur für mich war es ein Ding der Unmöglichkeit, mir auch nur theoretisch vorstellen zu können, meiner Mutter die Zunge zu zeigen. Ich habe gesagt, wenn schon, dann eher dem Papa und nicht der Mutter. Es sollte nur eine Höflichkeit gewesen sein. Aber weil wir beim Zungenzeigen sind und zum Abschluß noch, ich bin draufgekommen, warum der Kurt Diemann das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark verliehen bekommen hat. Er hat nämlich wirklich klasse Sachen gesagt und geschrieben, so hat er am 4. Dezember, genau heute – (Landesrat Gruber: „Das war gestern!“) –, ich habe heute den 4. Dezember. Der Herr Landesrat ist wie immer seiner Zeit voraus, es ist heute erst der vierte und nicht gestern, am 4. Dezember 1978 wieder im ORF Niederösterreich, wo ich schon einmal zitieren konnte, darüber geredet, daß die schlimmen Kinder und die schlimmen Politiker am 4. Dezember eigentlich immer vom Krampus Angst haben sollten. Und da schreibt er, daß es was Rührendes an sich ist, wie sie sich da abstrampeln, nämlich die schlimmen Politiker, die, die die Zunge zeigen, im letzten Moment, weil der Krampus schon vor der Tür steht und mit seiner Kette rasselt. Der Krampus der Politiker ist der Wähler. Er kann sie zumindest alle vier Jahre einmal gehörig erschrecken. Der Wähler hat zwar keine Kette wie der richtige Krampus, er hat aber auch keine Rute und keine Butte, sein einziges Requisit ist der Stimmzettel. Aber der vereinigt die Vorzüge aller Schreckensrequisiten des Krampus. Vor dem Stimmzettel des Wählers haben die schlimmen Politiker noch mehr Angst als die schlimmen Kinder vor Kette, Rute und Butte zusammengenommen. Mit dem Stimmzettel kann der Wähler vor den hohen Pforten der Parteizentralen und Verwaltungspaläste furchterregend wacheln. Mit dem Stimm-

zettel kann der Wählerkrampus den schlimmen Politikern, die an ihren Sesseln kleben, ihren für die wichtigste soziale Tätigkeit vorzugsweise benötigten Körperteil gehörig abreiben, so daß ihnen die Lust am Sitzen zumindest zeitweilig vergeht. Mit dem Stimmtettel kann er sie auch hinaustragen vor die Tür der Macht und stehenlassen in der Nacht der Abgewählten. Dort werden zwar nicht Heulen und Zähneknirschen sein, wie es in der Bibel heißt, denn es gibt Aufsichtsratsposten und Pensionen, aber die Nestwärme der Privilegien, in der sich die schlimmen Politiker sehr wohl fühlen, wird doch ein wenig abgekühlt. Das alles wissen die schlimmen Politiker wie auch die schlimmen Kinder um die Wirkung von Kette, Rute und Butte, oder zumindest früher einmal wußten sie es, und weil die Zeit drängt, strudeln sie sich jetzt ab und zeigen sich von ihrer besten Seite, ihrer Schokoladenseite, der Seite schöner Versprechungen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Herr Kollege Mag. Rader, das gilt auch für deinen Freund Peter!“) Das einzige, was Graf bis jetzt wirklich gemacht hat, ist, daß er Peter abgelöst hat, du weißt es nur noch nicht.

Auch wenn es nicht schlimme Politiker gibt – ich hoffe, das sind die meisten –, ich schlage vor, wir strudeln uns gemeinsam ab, auch wenn wir nicht Angst vor dem Krampus haben. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Reicher das Wort.

**Abg. Reicher:** Frau Präsident! Hohes Haus!

Das Thema „Wirtschaftsförderung“, daß das nur eine Rahmenbedingung sein kann, wurde heute schon erwähnt, und das Problem, daß für diese Rahmenbedingungen Unternehmer notwendig sind, ist auch jedem bekannt. Es gibt dahingehend Versuche, diese notwendigen Unternehmer aufzutreiben, um ihnen diese Rahmenbedingungen, die das Land und der Bund – seit mehreren Jahren auch der Bund, ich betone das besonders – gibt, um die Möglichkeit zu schaffen, den Betrieb weiterzuführen oder neue Betriebe entstehen zu lassen. Das Land selbst ist momentan versucht, in Optimistenwerkstätten und in Betriebsweiterungs- und Ansiedlungspräsentationen solche Unternehmer zu finden, im positiven Sinn meiner Ansicht nach. Es zeigt nur immer dort auf, wenn man bei solchen Präsentationen ist, daß die Zahlen, die also vor einem Jahr noch beim letzten Budget zum heutigen sehr unterschiedlich interpretiert werden, sprich die Zahlen der Förderungshöhen. Es ist mir aufgefallen auch bei der letzten Präsentation, jetzt nicht, was die Förderungsziffern in der Arbeiterkammer beinhalten, bei dieser Optimistenwerkstätte, daß ein Großteil Ihrer Seite, der ÖVP, der Unternehmer, die dort anwesend waren, sehr kritisch die Maßnahmen der Landesregierung und der Wirtschaftsführung oder die Rahmenbedingungen kritisiert hat, die im Land Steiermark bisher oder vorher bestanden oder nicht bestanden haben. Sehr konkret darauf hingewiesen hat ja der ehemalige Landesrat Dipl.-Ing. Fuchs vom Podium her und direkt den Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer angesprochen und hat darauf hingewiesen – er als ehemaliger Landesrat, das ist für mich natürlich etwas Neues gewesen, Wirtschaftslandesrat –, daß die Politiker zuwenig mitgehen und zuwenig Möglichkeiten schaffen.

Es war für mich insoweit interessant, daß ein ehemaliges Mitglied dieser Regierung die Maßnahmen, die scheinbar nicht gesetzt wurden, nachdem er wieder Unternehmer geworden ist, jetzt als Unternehmer kritisiert hat. Das ist ein Beispiel für mich gewesen, daß es nicht so ist.

Und jetzt komme ich schon zum Budget 1987, das wir voriges Jahr diskutiert haben, wo in Zweifel gestellt wurde, wie weit die Bundesregierung noch unter dem Sog, dem ihr unterlegen seid, daß ihr halt nicht die Mehrheit gehabt habt und auch nicht die relative Mehrheit nach dieser Wahl – das war für euch halt problematisch –, und sie haben halt dort noch im ersten Ansatz im Budget nach dieser Wahl versucht, die Leistungen der Bundesregierung und die Förderungshöhen auf Null zu bringen. Ich möchte mich heute nicht rehabilitieren, ich möchte nur von meiner ersten Rede überhaupt kurz zitieren, als der Kollege Kollmann, der also scheinbar erst heute die „Optimistenwerkstätte“ mitgekriegt und heute positiv bewertet hat, was er vor einem Jahr nicht gewußt hat, daß es eine 100.000-Schilling-Aktion für ihn gibt und eine schon in Aussicht stehende 200.000-Schilling-Aktion. Denn er hat damals erwähnt, daß er an seinen Händen mit fünf Fingern abzählen kann, wie wenig Förderungsmöglichkeiten für die mittelständischen und die Kleinbetriebe bestehen, und der Herr Präsident hat dann gesagt, daß ich falsche Ziffern habe, hat mich aufgefordert, die Differenzierung hier festzulegen, wieviel die großen Betriebe und die Industrie und die Verstaatlichte bekommen haben. Ich habe Ziffern gehabt, die ich dort vorgelegt habe und die die gleichen sind, die erst vor kurzer Zeit vom Herrn Landesrat Dr. Heidinger bei einer dieser Präsentationen – so ein halbes oder gar Dreivierteljahr später – bestätigt wurden. Das heißt, man hat damals – im vorigen Jahr – noch unter dem Eindruck versucht, alle Förderungsmöglichkeiten des Bundes herabzuspielen, und heute gibt man zu, daß man, aber von der Seite des Landes her, scheinbar den Schlüssel des Erfolges in der Richtung gefunden hat.

Bei einer Präsentation in Sankt Michael – es war mein Kollege Gennaro dabei – wurde von den Unternehmern darauf hingewiesen, wie schwierig der administrative Weg überhaupt ist, zu diesen Förderungen zu kommen, und er hat auch erklärt, daß es keine absolute Arbeitsplatzgarantie geben kann – das ist auch richtig –, aber er hat auch erwähnt, daß nicht nur große gefördert, sondern auch die Klein- und Mittelbetriebe gefördert wurden. Das war einmal ein allgemeiner Satz. Er hat dann konkret in Zahlen die BÜRGES-Förderung angeschnitten und hat dann die Zahlen bestätigt, die man mir voriges Jahr als Scharlatanerie hingestellt hat, wie ich sie präsentiert habe, und mir unterschwellig als falsche Ziffern und polemische Maßnahmen angedichtet hat. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wer hat das gemacht?“) Ich habe die Protokolle da, ich will sie nicht vorlesen. Das hat der Herr Präsident gemacht und der Herr Landesrat selbst. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Bei welcher Gelegenheit?“) In der Budgetrede.

Ein wesentlicher Faktor, den ich dort aufgezeigt habe und den der Herr Landesrat Dr. Heidinger auch jetzt erst erwähnt hat – das war am 21. Oktober –, war

– (Abg. Ing. Stoisser: „Ich habe voriges Jahr nach Ihnen gar nicht mehr geredet!“) Sie haben halt zwischengerufen! Ich habe ihn ja ernstgenommen, bitte. Ich nehme ihn zumindest heute noch ernst, und darum zitiere ich ihn ja. Ich weiß ja, warum ich ihn ernst nehmen kann, weil ich damit recht gehabt habe, daß der Bund diese Förderungen nicht nur für Klein- und Mittelbetriebe – und vor allem von Ihnen wurde kritisiert, daß die kein Geld bekommen haben, hat sich heute bestätigt, daß sie im Zeitraum von 1981 bis September 1987 mehr als 50 Prozent der Förderungsmittel aus der Sonderförderungsaktion für die Obersteiermark verwendet haben – (Abg. Ing. Stoisser: „Herr Kollege!“) jetzt lassen Sie mich, bevor Sie zwischenrufen, fertiglesen, weil ich das lesen muß –, und von den eingesetzten Mitteln entfallen zwei Drittel auf Privatbetriebe. Denn es wurde ja hier dann diskutiert, was die Gewichtung anbelangt. Aber hier wurde bestätigt: Zwei Drittel davon – der 50 Prozent – an Privatbetriebe, wobei auch die Betriebsziffer mit den Beschäftigten entscheidend ist. (Abg. Ing. Stoisser: „Den Prozentsatz zwischen Privater und Verstaatlichter habe ich bezweifelt!“) Von insgesamt 46 Betrieben wiesen 21 weniger als 100 Beschäftigte auf. Die Kleinbetriebe wurden also nach dem Dafürhalten, als Argumentation vom Herrn Landesrat, gut berücksichtigt. Damit besteht nur ein Jahr Differenz, wo mir gegenüber vorerst erklärt wurde, daß diese Zahlen falsch sind, vor allem vom Herrn Abgeordneten Kollmann. Ich habe jetzt nämlich schauen wollen, wie viele Hände der Herr Kollege Kollmann hat, weil seine zwei Hände jetzt nicht mehr ausreichen, weil die Förderung von mehr als fünf Betrieben erfolgt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Damit ist das, glaube ich, einmal aus eigenen Reihen geklärt, zumindest in der Argumentation abgeklärt.

Ich möchte noch kurz auf das Thema „Fernwärme“ kommen. Wir haben im Bezirk Graz-Umgebung versucht, überparteilich eine Initiative zu starten, das Fernwärmenetz östlich sowie westlich von der Stichleitung Mellach Richtung Graz zu erweitern, und zwar im Interesse der dortigen Anrainergemeinden, im Interesse des Umweltschutzes und unter Umständen auch Wasserschutzes. Ich befürworte auch hier diesen Antrag von meiner Sicht aus, den die ÖVP mit ein paar Abgeordneten an den Bund gestellt hat, wo über Graf versucht wird, diese Mittelzuführung für Fernwärme und Biowärme in irgendeiner Form zu garantieren, und ich glaube auch, daß ich damit, Genosse Bürgermeister von Stallhofen, einen positiven Beitrag leiste. (Abg. Schrammel: „Kennt Ihr euch gut?“) In dem Fall, wenn wir beide ein Geld haben wollen, können wir ja ruhig Genossen sein. Oder nicht? Wenn man das so sieht. (Abg. Pinegger: „Genossen kommt von genießen!“) Kommt auch vom Genießen. Wir werden auch beide das Ganze dann genießen, wenn wir etwas bekommen.

In dem Sinn glaube ich abschließend aufgezeigt zu haben, daß meine vor einem Jahr stattgefundenen Behauptungen von euch selbst wieder rehabilitiert und zu meinen Gunsten ausgefallen sind. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kollmann: „Wieviele Schillinge hat der Bund bisher ausgegeben?“) Der Zwischenruf sagt mir nur, daß du wieder den Herrn Landesrat, wie voriges Jahr, fragen kannst, wie das Ganze funktioniert. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prof. DDr. Steiner das Wort.

**Abg. Prof. DDr. Steiner:** Frau Präsident, Hohes Haus!

Es ist mir ein Bedürfnis, als Abgeordneter des Bezirkes Bruck etwas zu diesem Bezirk zu sagen. Es ist nicht nur ein Bedürfnis, sondern auch eine Verpflichtung, wenn über einen Bereich gesprochen werden soll, wo man sagt: „Das ist das Zentrum, ein Gebiet alter Industrieregionen mit allen Schwierigkeiten und Nöten.“ Aber, ich stehe unter dem Eindruck der Tunneleroöffnung am 1. Dezember. Großartig, wie dieser Heubergtunnel eröffnet worden ist. Hoffungsgebiet!

Ich stehe unter dem Eindruck: Besuch 200 Jahre PEWAG – 800 Arbeiter stehen hier, und über tausend Tonnen werden Monat für Monat über die Landesbahn heruntergebracht und verfrachtet.

Ich stehe unter dem Eindruck auch der großartigen Tagung, die am 30. November in Graz mit der „Kleinen Zeitung“ und mit den Sparkassen über „Optimismus“ stattgefunden hat, und ich kann sagen: Es geht viel weiter! Es ist nicht so schlecht, wie es manchmal aussieht. Ich könnte sagen: Jawohl, großartig, was sich oben tut! Etwa, daß im Raum des ehemaligen Diemlachwerkes Vogel & Noot erfolgreich arbeitet und so weiter.

Auch Pengg ist von Kurzarbeit wieder weggegangen. Aber es ist Sorge und nochmals Sorge um den Bereich der VEW. Und ich habe mit großem Interesse in der „Kleinen Zeitung“ über die Ursachenmisere von Herrn Landesrat Gruber gelesen, aber auch den Gastkommentar, ein widersprüchliches Erinnerungsvermögen, wie es dazu heißt, und ich stehe unter dem Eindruck vieler Feiern oben; der Herr Bürgermeister Fekete, der verdiente Bürgermeister von Kapfenberg ist abgetreten, er hat sich verabschiedet. Aber er hat gesagt, er bleibt als Matrose noch am Schiff als Gemeinderat, weil es ernst zugeht in diesen Regionen. Und ich habe heute zwei Briefe bekommen aus dem Bereich der VEW, von Freunden und Bekannten, von Leuten, die gar nicht unserer Partei angehören, und mich gebeten haben, die Sorge, die die Leute erfaßt, zu deponieren. Es ist so, man steht unter dem Eindruck dieses Streiks. Jetzt haben wir erfahren, der Streik hat weiter nichts gebracht, man hat schon gewußt, wie es kommen wird und trotzdem ist noch einmal versucht worden, zu streiken. Und es ist nicht umsonst, daß eine Zeitung geschrieben hat, zum Zentralbetriebsratsobmann Rechberger: „Lieber Freund, du rettetest den Freund nicht mehr.“ Er hat also spät begonnen zu suchen, vielleicht ein Alibi zu finden, zu streiken, um noch zu retten, was zu retten ist, ist eine Optik. (Abg. Gennaro: „Das ist kein Alibi sondern ein Kampfmittel gewesen!“) Es ist ein Versuch gewesen. Es gibt Leute, die sicher gesagt haben, es ist ein Versuch, noch einmal mit allen Mitteln aufzuzeigen, wie unsere Not ist. Aber bitte, der Streik ist richtig. Man kann nichts gegen den Streik einwenden. Es haben nur die Leute selber mitgeteilt und gesprochen, sie haben gesagt, an und für sich ist der Erfolg ausgeblieben. Wir haben versucht, hinzuweisen, daß wir uns diese Salamtaktik nicht weiter gefallen lassen, das Abschnüren in Kapfenberg und so weiter. Aber trotzdem, die Leute sagen

jetzt, daß das Verhindern von rechtzeitigen Umstrukturierungen noch zu Dr. Kreiskys Zeiten schuld ist, während in der EG oder auch in der BRD gerade auf dem Gebiet der Stahlindustrie sehr viel rechtzeitig umstrukturiert wurde. Später kam die Konzeptlosigkeit bei gesetzten Handlungen. (Abg. Gennaro: „Die streiken an der Universität ja auch, alle streiken, die Ärzte streiken, der Arbeiter aber soll nicht streiken!“) – bitte, Herr Kollege, einen Moment – ich zitiere: „Einmal ist Fusionieren die Lösung, ein anderes Mal ein Auseinanderdividieren oder ein anderes Beispiel, so wurde nach der Fusionierung die Langschmiedemaschine von Judenburg zuerst nach Ternitz transferiert, später von Ternitz nach Kapfenberg. So haben uns also diese Maßnahmen oder Nichtmaßnahmen in eine Situation gebracht, daß meines Erachtens die nunmehr angekündigten heftigen Schnitte wahrscheinlich wirklich der letzte Rettungsanker für unsere Firmen darstellt.“ Es ist auch geschrieben hier, 55jährige Leute werden entlassen, Betriebsrat Peganz hat in einer Betriebsversammlung gesagt, „ich bin jetzt 53 Jahre, im Jahre 1990 werde ich auch in Pension gehen, aber lieber Loisl Rechberger, kommst mit oder bleibst noch ewig Zentralbetriebsratsobmann?“ Und die Belegschaft hat applaudiert. Ich möchte nur noch sagen, einer, der 40 Jahre hier gelebt hat und mit den Leuten Kontakt hat, und ich glaube die Situation zu kennen, wenn nicht etwa allein durch Begegnungen, durch Literatur, durch gute Informationen, so muß man sagen, jetzt ist zum Notopfer aufgerufen. Die haben mir mitgeteilt, liebe Freunde, am 1. Dezember ist den Aktiven ein Prozent Bruttolohn abgezogen worden für die Stahlstiftung, Solidaritätsaktion. Sie sagen mir – die Freunde –, wir möchten weitere Solidaritätsaktionen erfahren. Wir möchten erfahren, daß die Arbeiterkammer uns hilft und auch mittut, daß der Gewerkschaftsbeitrag uns erlassen wird, und hier diese beiden großen Institutionen mit solidarisch sind in dieser Aktion. (Abg. Hammer: „Gibt es nicht einen Lehrerüberschuß? Es gibt Professoren, die noch keine fixe Dienststelle haben! Wenn alle rechtzeitig in Pension gehen würden, hätten die Jungen eine Chance!“) Ja, alle, auch wir könnten mittun, es wäre wirklich eine wünschenswerte Sache, daß hier mitgemacht wird.

Und dann teilen mir die Freunde auch noch mit, daß soviel von der Verunsicherung gesprochen wird. Die Verunsicherung hat Platz gegriffen, besonders am 29. August, ich habe es selbst im „Spiegel“ gelesen. Es schreibt der Herr Generaldirektor Sekyra: „VEW ist ein Trümmerhaufen.“ Jetzt sagen die Leute, wenn so etwas im „Spiegel“ steht, Trümmerhaufen nennt er das, der Herr Sekyra, das ist unglücklich. Und wenn der Herr Streicher – ich bin in guter Gesellschaft, wenn ich sage, daß nach Wien die Adresse geht, der Herr Landesrat Dr. Klausner in seiner Rede zum Budget, als Finanzreferent auch einige Dinge gesagt hat, er hat gesagt, der Austria-Keynsianismus ist zu Ende, meine Herren, und hat sehr wohl aufgezeigt, wie manche Dinge nicht mehr eintreten, die seinerzeit so waren, daß man geglaubt hat, man verspricht sich davon alle Erfolge. Jetzt geht es nur darum, daß wir hier solidarisch sind, daß der Herr Streicher nicht allzuoft von der Pleite spricht und immer wieder von der Pleite. (Abg. Reicher: „Der letzte Satz ist zu unterstreichen!“) Das darf nicht gesagt werden. Und dann eben könnte man sagen, dann fassen die Leute wieder Hoffnung. Es ist

wichtig, daß diese Leute wieder Hoffnung bekommen in diesem Betrieb, in diesem Bezirk. Solidarische Aktionen sollen von allen zuständigen Körperschaften gesetzt werden, und dann wird man wieder Hoffnung bekommen und anfangen, und keine Verunsicherung, sondern ein Zusammenhalten. Ich glaube, das verdient dieser Bezirk Bruck. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Der Herr Abgeordnete Kohlhammer hat zurückgezogen, so darf ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Körber das Wort erteilen.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Körber:** Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Was mir in der Gruppe zu kurz kommt, sind die Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, vor allem was die Förderung von Jungunternehmen betrifft, die sicher mit weniger Bürokratismus wesentlich freudiger wären, in die Privatwirtschaft einzusteigen. Eine Lehrplatzförderung kommt mir wesentlich zu kurz und vor allem das Kapitel der ganzen Umwelttechnologie. Hier wäre es an der Zeit, mit einer Sonderförderung endlich einmal in jene Technologie zu gehen, die wohl an den Hochschulen gelehrt wird, im Rahmen des technischen Umweltschutzes, die aber immer noch aus Japan eingekauft wird. Wir sind heute so weit, daß man praktisch aus jenem Land einkauft, das vor 15 Jahren noch bei uns war, bei uns auf den Hochschulen geschaut hat, wo technisches Know-how ist, wo praktische wissenschaftliche Erkenntnisse sind, und mit diesen Erkenntnissen haben sie praktisch technischen Umweltschutz betrieben, das in die Praxis umgesetzt und sind heute als Wirtschaftsnation an Stelle eins in einem ständigen Wirtschaftskrieg mit der USA. Man sieht also, was man mit Gehirnenergie und mit Leistung erreichen kann, und außerdem haben sie das, was den Japanern das Wertvollste ist, ihre Umwelt, damit schützen können. Und hier gibt es ein unendliches Gebiet von Arbeitsmöglichkeiten. Gerade das, was die Energieerzeugung betrifft, von der Fotovoltaik angefangen über die Wasserstofftechnologie, es gibt heute bereits in Schweden Ingenieure, die in einem energieautarken Haus leben, wo sie durch Fotovoltaik über die Elektrolyse Wasserstoff erzeugen und sowohl eine eigene Energie haben als auch hier für die Wintermonate durch den gespeicherten Wasserstoff heizen können und sich durch einen kleinen Generator auch die elektrische Energie erzeugen. Das Problem der Speicherung von Überschussenergie, wir haben im Sommer bei den Laufkraftwerken eine ganz große Menge an Überschussenergie. Das wäre ebenfalls in Wasserstoff zu speichern. Es wäre interessant für den Quell-Zielverkehr in den Ballungszentren, mit Wasserstoff kann man genauso fahren wie mit einem Gasauto, mit einem Biogasauto und vor allem auch das ganze Kapitel der Biomasseenergie. Von der Verwertung der Gülle, wobei immerhin eine Großvieheinheit einen Heizwert von 0,7 Liter Heizöl pro Tag erzeugt. Das sind alles kleine Summen, Maßnahmen, um sozusagen diesen Hauptumweltverschmutzer „Energie“ in den Griff zu bekommen und gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln. Das wäre mein Anliegen zum Problem der Wirtschaft und zum Wirtschaften, und ich glaube, daß auf dem Gebiet noch sehr, sehr viel geschehen muß, um den Erholungswert unserer Landschaft und

die ganze Fremdenverkehrswirtschaft zu erhalten und nicht zu enden, wie in Dalmatien, bei Verkarstung, denn eines ist klar, wir haben kein Meer, und daher werden die Leute nicht zu uns kommen, wenn unsere Fremdenverkehrswirtschaft am Bauch liegen wird. Danke. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

**Abg. Vollmann:** Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Herr Prof. DDr. Steiner hat vorher über die Probleme der verstaatlichten Industrie im Bezirk Bruck gesprochen. Ich möchte auf die Wortmeldung nicht näher eingehen, weil ich ihm attestiere, daß er ein sehr ernster und aufrichtiger Abgeordneter ist, der seine Aufgaben, die er zu erledigen hat, immer mit größter Sorgfalt erledigt hat. (Beifall bei der ÖVP.) Nur, von der verstaatlichten Industrie und von ihren Problemen – bitte verzeihen Sie mir, wenn ich das sage – versteht er halt ein bißchen zu wenig, daß er die Problematik (Beifall bei der SPÖ.) in Kapfenberg sehen kann, wie sie ist. (Abg. Prof. DDr. Steiner: „Keine Abqualifizierung!“ – Abg. Dr. Maitz: „Das ist Hochmut!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Wirtschaftsförderung des Landes, die ja heute unser Thema zum Budget allgemein ist, darf ich einige Worte dazu sagen: Ein altes Sprichwort sagt immer: „Bevor man zum Kern kommt, muß man die Nuß knacken.“ Unser Landesrat Dr. Heidinger, unser Wirtschaftslandesrat – das attestiere ich ihm –, ist sicherlich immer aufrichtig bemüht, die Probleme der Wirtschaft zu sehen und auch den Anforderungen gerecht zu werden. Nur, wenn ich den Effekt der Zange, mit der man die Nuß, die Schale, knackt, sehe, dann würden wir gerne bei diesem Druck, beim Verstärken auf diese Schale, bei der Zange ein bißchen mehr mithelfen. Es ist aber leider nicht möglich. Ich habe beispielsweise im Budget im außerordentlichen Haushalt einen Ansatz von 274 Millionen Schilling gefunden und im ordentlichen Haushalt von 62 Millionen Schilling, also 336 Millionen Schilling insgesamt als Aufteilung der Wirtschaftsförderungsmittel im Landesbudget. Und Sie wissen ja, daß wir immer die Meinung vertreten, daß hier drei separate Posten angesetzt gehören, um einiges ein bißchen differenzierter sehen zu können: a) die Strukturverbesserung, b) die Regionalförderung und c) die Unterstützung bei Sanierungen.

Diese sogenannte „Dreier-Kopf-Theorie“ haben wir bereits des öfteren als sozialistische Fraktion im Landtag vertreten, aber auch im Wirtschaftsförderungsbericht des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wird diese „Dreier-Kopf-Theorie“ zwar genannt, einen konkreten Niederschlag hat sie jedoch im Landesbudget noch nicht gefunden. Es erfolgt lediglich in diesem Bericht nachträglich eine Zurechnung zu diesen einzelnen Töpfen. Die Vergabe der Förderungsmittel im Bereich der Wirtschaftsförderung erfolgt derzeit nach einem Prinzip, das auch vom Bundesrechnungshof in seinem letzten Bericht als Gießkannenprinzip bezeichnet wurde. Mehrmalige Vorstöße unserer Fraktion zur Erstellung eines Kriterienkataloges für die Vergabe von Förderungsmitteln sind leider und zu unserem Bedauern auf taube Ohren gestoßen. Solche

Richtlinien würden die Vergabe der Förderungsmittel transparenter und deren sinnvollen Einsatz überprüfbar machen. Auch die Förderungsbürokratie würde durch klare Richtlinien wesentlich entlastet und der Spielraum für Mitnahmeeffekte eingengt werden. Überhaupt ist festzustellen, meine Damen und Herren, Hohes Haus, daß ein hoher Anteil der Förderung keine Investitionen initiiert, sondern lediglich Mitnahmeeffekt darstellt. Das bedeutet, daß die Investition auch ohne die Förderung durchgeführt werden würde.

Auch eine begleitende Erfolgskontrolle der Förderungen sollte erfolgen, um die Unwirksamkeit von Förderungen frühzeitig erkennen zu können. Die Erfolgskontrolle sollte sich aus einer Vollziehungs-, einer Zielerreichungs- und einer Wirkungskontrolle zusammensetzen. Diese Forderungen lassen sich auch direkt aus dem Gutachten „Perspektiven der steirischen Wirtschaftsförderung“ ableiten. Dieses Gutachten wurde von der Landesregierung in Auftrag gegeben und weist den Weg genau in diese Richtung. Im Bereich der Kleingewerbe- und Jungunternehmerförderung gilt leider noch immer der Grundsatz, daß nahezu jeder Unternehmer für nahezu alle beliebigen Zwecke eine Förderung bekommt. (Beifall bei der SPÖ.) Die undifferenzierte Förderung von Tankstellen, Gasthäusern, Kaffeehäusern und auch Ärzten aus der Jungunternehmerförderung kann nicht im Sinne eines sparsamen und zweckmäßigen Einsatzes von Wirtschaftsförderungsmitteln und damit Steuergeldern der Bewohner unserer Steiermark stehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Problem der Obersteiermark, meine sehr verehrten Damen und Herren: Im Bereich der Obersteiermark sind sicher zu begrüßende Initiativen gesetzt worden. Dafür ein Dankeschön, Herr Landesrat! Es entsteht aber der Eindruck, daß Maßnahmen punktuell, vielfach sogar parallel, gesetzt werden und eine Koordinierung nicht erfolgt. Zu denken ist dabei an die verschiedenen Beratungseinrichtungen des Landes und des Bundes. So sind in der Obersteiermark derzeit an die sechs Beratungseinrichtungen tätig, und wir hören ja von allen Seiten, wer hier darum rauft, den größeren Happen zu bekommen.

Für ansiedlungswillige Investoren beziehungsweise für bestehende Betriebe, die eine Erweiterung planen, ist diese Vielfalt bereits – verzeihen Sie mir den Ausdruck, wenn ich das sage – undurchschaubar geworden. Aus dieser bereits erwähnten mangelnden Koordination entsteht auch ein Konkurrenzverhalten, da sich jede Beratungseinrichtung eine Neuansiedlung oder Betriebserweiterung auf ihre Fahnen heften will. Auch bei den jetzt wie Pilzen aus dem Boden schießenden Industrie- und Gewerbetanks habe ich eher den Eindruck, daß hier das Konkurrenzdenken Vorrang hat und auch hier keine Koordination erfolgt. Es sollte daher ein strategisches Konzept mit entsprechenden Koordinationsmechanismen vom Land erstellt werden. Eine Konzentration der Aktivitäten würde sicher einen positiven Effekt erzielen. Im Landesentwicklungsprogramm 1977 ist vorgesehen, daß auch für den Bereich Gewerbe und Industrie in der Steiermark ein Sachentwicklungsprogramm zu erstellen ist. Seit zehn Jahren, meine Damen und Herren, ist ein solches Sachentwicklungsprogramm vom Land nicht fertiggestellt worden. Es wäre dieses Programm im obigen Zusammenhang

eine wichtige Grundlage für die Landespolitik im Bereich der Wirtschaftsförderung. Es sollte daher vorrangig – und ich bitte, das auch so zu nehmen, wie ich es sage – dieses Sachentwicklungsprogramm erarbeitet, begutachtet und beschlossen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, trotz der Problematik, die heute in der Frage der verstaatlichten Industrie sehr oft in den Raum gestellt wird, muß ich hier und an dieser Stelle erklären, daß unsere Fraktion zur verstaatlichten Industrie immer und auch jetzt ein Bekenntnis ablegt. (Beifall bei der SPÖ.) Ein Bekenntnis zu dieser verstaatlichten Industrie, die immer Grundlage der Wirtschaft in diesem Land war. Und wir müssen heute mit Bedauern feststellen, wie sie zum Teil zugrunde gerichtet worden ist, wie sie zerschlagen wird und wie die einzigen Maßnahmen Kündigungen und Auflösungen von Betriebsteilen sind. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Von wem zugrunde gerichtet?“)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt: „Obersteiermark“: Ich komme aus einem Bezirk, wo große Arbeitslosenziffern sind – (Abg. Buchberger: „Auch die Oststeiermark, nicht nur die Obersteiermark!“) –, beispielsweise hat der Bezirk Mürzzuschlag derzeit 946 Arbeitslose, das sind 5,9 Prozent.

Die Jugend mit 357 zwischen 15 und 24 Jahren macht 37,7 Prozent aus. Das liegt also unter dem Durchschnitt der Steiermark mit 40,6 Prozent. Und nun, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen sagen, daß zum gleichen Zeitraum im Jahre 1986 dieser Prozentsatz fast 50 Prozent betragen hat. Nun könnte man sagen, das ist ja erfreulich für diesen Bezirk. Die Ziffern gehen ja zurück. Aber, meine Damen und Herren, da muß man auch nachlesen, warum diese Ziffern zurückgehen. Wissen Sie warum? Weil die jungen Menschen keinen Arbeitsplatz mehr im Bezirk finden, hinauswandern müssen in andere Bundesländer und in andere Bereiche, und deshalb kommen sie im Bezirk und bei den Arbeitslosenziffern dann nicht mehr zum Tragen.

Ich weiß schon, Kollege Schrammel, daß ihr seit vielen Jahren, vielleicht schon seit zwei Jahrzehnten oder länger diese Problematik habt. Für uns ist sie aber in den letzten Jahren bedauerlicherweise auch aufgetreten und somit erzielt man eben einen Gesamteffekt, der uns – so scheint es mir –, meine Damen und Herren, in äußerste Schwierigkeiten bringt. (Abg. Schrammel: „Durch die Firma Eumig!“) Ich weiß schon, aber Sie dürfen auch nicht vergessen, Herr Kollege Schrammel, daß viele Arbeitnehmer zu bestimmten Zeiten aus – und es ist heute schon einmal gesagt worden – der Oststeiermark, aus dem sogenannten „Joglland“ und aus der Untersteiermark in das Mürztal arbeiten gekommen sind, aus der Süd- und Weststeiermark. Ich sage Ihnen auch warum. Das Beispiel der Firma Steinbacher, den Konkurs hatte ich als Kammervertreter abzuwickeln, nämlich die Arbeitnehmer zu vertreten, hat mir gezeigt, daß ich genau dort auf dem richtigen Weg liege, wenn ich das sage, von 256 Beschäftigten waren lediglich 42 aus dem Mürztal und aus dem Bezirk Mürzzuschlag. Und daher meine ich, ist dieser Syndromeffekt entstanden, der sich auch in diesen Ziffern jetzt in Ihren Bezirken verstärkt abspielt und widerspiegelt, und weil sie hier keine Arbeitsplätze auch in unseren damals an Arbeits-

plätzen reichen Gebieten mehr finden. Und, meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß natürlich man heute sagen kann, ja, da hat jemand da oder dort oder irgendwo etwas falsch gemacht. Aber glauben Sie mir, Konjunktur und Krise, meine Damen und Herren, gehören nicht der Geschichte an, und die jüngsten Börsenereignisse – denken Sie vor drei Wochen an diesen Montag – haben alle eines Besseren belehrt.

Meine Damen und Herren! Es ist einmal so, daß die Abwanderungen, die in unserem Bezirk vorhanden sind, im Endeffekt auch zu einer Verringerung der Einwohnerzahl führen und im anderen auch zu Problemen, an die wir gar nicht gedacht haben und die wir gar nicht gekannt haben. Es gibt nämlich auch keine Ärzte mehr, die bereit sind, sich im Bezirk Mürzzuschlag niederzulassen. Und der Vertreter der Ärztekammer, der Herr Vizepräsident Dr. Lautner, sagt hier sogar in einem Artikel einer steirischen Zeitung, daß es eben nicht mehr interessant ist, einen Planposten zu besetzen, für einen Arzt, für einen Facharzt, wenn zu wenig Bevölkerung vorhanden und damit kein gesichertes Auskommen gegeben ist. Ich gebe ihm recht und attestiere ihm schon, daß er hier in Vertretung oder im Sinne der Vertretung seiner Mitglieder recht hat, aber im Sinne der Gesundheit unserer Bevölkerung – und in diesem Bereich wohnen genauso kranke Leute wie in anderen – wäre es auch dort die Solidarität mit den Menschen in diesen Bezirken zu zeigen. Der Herr Prof. Dr. Eichtinger und ich haben im Gemeinderat von Kindberg schon sehr oft miteinander gesprochen und verlangt und gemeint, wir würden Fachärzte brauchen, einen Augenarzt, weil es so lange Wartezeiten gibt, einen Frauenarzt, weil auch dort so lange Wartezeiten sind. Wir erhalten keine, weil keine vorhanden sind und weil wir inzwischen auch wissen, daß keine Ärzte mehr zu uns gehen wollen, weil sie meinen, sie verdienen zu wenig.

Meine Damen und Herren! Ich darf dieses Beispiel, das ich genannt habe, noch ein bißchen unterstreichen. Im Jahre 1980 waren im Bezirk Mürzzuschlag rund 7000 Industriearbeitsplätze. In diesem Zeitraum bis heute ist die Zahl dieser Industriearbeitsplätze um 3000 auf 4000 rund abgesunken. Das negativste Beispiel für uns sind die Vereinigten Edeltahlwerke in Mürzzuschlag, wo von im Jahre 1980 2300 Beschäftigten nun inzwischen noch – sage und schreibe – 648 Arbeiter und 142 Angestellte, also 790 Arbeitnehmer übriggeblieben sind. Das ist ein Verlust von 1500 Arbeitsplätzen an diesem einen Standort. Und ich nehme gerne zur Kenntnis, wie man heute gesagt hat, daß in einzelnen Betrieben und in einzelnen Orten sich wieder Firmen gegründet haben, daß sie wieder hier eine Halle besetzen, aber es sind sehr weniger, und sie können die verlorengegangenen keinesfalls ersetzen, meine Damen und Herren. Und wenn Sie heute das Beispiel der VOEST-Alpine Krieglach als das leuchtende Beispiel einer Privatisierung angeführt haben, so glauben Sie mir, tut mir dabei trotz alledem das Herz weh, denn in Krieglach ist ein österreichischer Standort verloren gegangen und wurde an zwei deutsche Unternehmen verkauft. Und wissen Sie, wie dieser Standort verkauft worden ist? Um 10 Millionen Mark hat die Firma Rottek-Reiche die Präzisrohrzieherei gekauft, in die in drei Jahren vorher 756 Millionen – Sie hören richtig – 756 Millionen Schilling investiert worden sind

und, meine Damen und Herren, die Präzisrohrschweißerei und das Schwarzrohrwerk hat die Firma Bauer gekauft, um einen Betrag von 6,5 Millionen Mark, das sind rund 45 Millionen Schilling. Allein der Einheitswert der Grundstücke und der Gebäude macht über 90 Millionen Schilling aus, überhaupt nicht davon zu reden, wer die 756 Millionen Schilling bezahlt. Ich hoffe nur, daß die durchgeführte Abwertung von 235 Millionen, die man noch als Begleitmaßnahme durchgeführt hat, dazu beitragen wird, um die 380 dort ansässigen Arbeitsplätze auf Dauer abzusichern.

Ein Problem, das wir in den nächsten Wochen wahrscheinlich noch näher behandeln werden müssen und das uns treffen wird, ist die Frage des VOEST-Alpine-Rohrwerkes in Kindberg. Ausgliederung, eigene Ges. m. b. H., eigene Verantwortlichkeit. In diesen Betrieb wurden in den Jahren 1980 bis 1983 3,6 Milliarden Schilling investiert und das modernste Rohrwerk Europas geschaffen. Und ich weiß schon, daß es problematisch ist, einen einzigen Abnehmer zu haben, die Sowjetunion, und daß damit ein bestimmter Preisdruck auf das Produkt entsteht, der zwar momentan ein bißchen besser geworden ist, nämlich um 14,2 Prozent sich der Preis erhöht hat, aber leider – das muß ich auch dazusagen – noch kein Ertrag da ist. Aber jetzt stellen Sie sich nur einmal vor, wenn dieser alleingelassene Betrieb mit seinen 1000 Beschäftigten zu dieser schlechten Situation auf dem Markt noch die 2 Milliarden Schilling Schulden, mit denen er noch belastet ist, mitnehmen muß und diese zurückzahlen muß, die sich auf das Produkt niederschlagen, dann wissen Sie, wo Sie die Hand hinhalten können. Dann können Sie nämlich sagen, in zwei Jahren wird auch dieser Betrieb wahrscheinlich nicht mehr existieren, wenn man nicht beginnt, ihn hier bei der Neueröffnung abzusichern und daß man hier bei der Eröffnungsbilanz die Lasten freistellt, wie man es mit den Privaten in Krieglach getan hat, denn die haben die Schulden auch nicht mitgekauft. Leider, ich sage das noch einmal, zu meinem Bedauern, keine österreichischen Unternehmer, sondern deutsche. Sie sind uns aber trotzdem willkommen, weil sie die Arbeitsplätze erhalten.

Meine Damen und Herren! Das sind die Probleme, die wir haben und die uns – so hoffe ich – ein wenig Hoffnung auch auf die Zukunft geben, daß es vielleicht mit einer gut eingesetzten Wirtschaftsförderung besser weitergeht in unserem Mürztal. Ich hoffe auch, daß einige, die sich vor kurzer Zeit in China aufgehalten haben, etwas mitbekommen haben, was einst Lao-tse gesagt hat: „Wer nicht aufs Kleine schaut, scheitert am Großen, weil der Weise unbefangen das Ende am Anfang sieht, das Große im Kleinen, wird auch das Verhänglichste und Schwerste ihm leicht.“ Wir haben momentan Schwerstes zu tragen, und ich bitte Sie, tragen wir dieses Schwerste gemeinsam, ganz gleich, wer in diesem Land die Mehrheit hat und wer nicht die Mehrheit hat. Ein gemeinsames Ziehen an diesem Strick scheint mir das wichtigste zu sein. Aber die Hoffnung, die so oft verbreitet worden ist, hat sich momentan nicht gezeigt, denn neue Zuversicht für die Obersteiermark gibt es trotz dieser 200.000-Schilling-Aktion noch immer nicht. Ich wünsche mir aber inständig, daß diese neue Zuversicht einkehren möge.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manche Dinge tragen aber nicht dazu bei, wenn man in VEW-Zeitungen, die hier eine Betriebsgruppe herausgibt, hineinschreibt: „Zur gleichen Zeit, wie andere Arbeitsplätze in unserem Bereich verlieren, erleben wir das beschämende Verhalten von Politikern – nicht nur eine Partei, sondern mehrere oder alle Politiker dieses Landes sind gemeint –, welche selbst nicht genug bekommen können, uns aber jahrelang gepredigt haben, wir müßten zusammenstehen, wir müßten gemeinsam den Gürtel enger stellen, um die Probleme bewältigen zu können. Gerade heutzutage würden wir echte Vorbilder von Politikern und Vorgesetzten brauchen, die auch bereit sind, Verzicht zu leisten.“ Diese Worte schreibt die ÖAAB-Gruppe der VEW in Mürzzuschlag.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie: Schaffen wir nicht für die Politiker dieses Landes ein noch schlechteres Image mit diesen Dingen, als es manche hier überhaupt haben, sondern versuchen wir, durch Anständigkeit und Eintreten für die Probleme unserer Zeit ein besseres und ein ehrliches Image für unsere Politiker in dem Land zu erhalten. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Als vorläufig letztem Debattenredner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Eichtinger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich kann leider keinen Spruch von Lao-tse zitieren, ich kann aber hier nur eines feststellen, lieber Kollege Vollmann: Es ist unfair, wenn man einen Abgeordnetenkollegen, nämlich Herrn Prof. DDr. Steiner, auf eine solche Art und Weise abkanzelt. Er versucht wirklich, in seinem Bezirk und in diesem Land das Beste zu tun. Und das ist unfair, und damit kann man nicht damit schließen „von Politikern“ und „gut sein“ und allem, wenn man solche Worte gebraucht. Ich stelle auch an die Spitze meiner Rede noch einmal die tiefe Betroffenheit, die ich vor einem Jahr hier erleben mußte, als derselbe Redner hier draußen erklärte: „Der Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger freut sich, wenn es in der Obersteiermark Arbeitslose gibt.“ Bis heute noch keine Entschuldigung vom Abgeordneten Vollmann, und da machen Sie sich dann einen Reim darauf, wenn Sie diese Worte dann hören. Ich warte noch immer. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Rainer: „Ich darf dir ein Taschentuch überreichen!“) Ich danke dir sehr herzlich, lieber Kollege Rainer.

Nun wurde hier erklärt: „Die Verstaatlichte wurde zugrunde gerichtet.“ Ja, meine Damen und Herren, wir haben jetzt gefragt: „Ja, wer hat denn die Verstaatlichte zugrunde gerichtet?“ Nun, da kann ich Ihnen wirklich noch einmal das Buch „Das VOEST-Debakel“ zitieren. Genosse Franz Summer hat in seinem Buch eindrucksvoll geschildert, wie es zum Untergang der VOEST-Alpine und zu diesem Debakel in der VEW gekommen ist. Er hat darin klar dargelegt, daß es nicht die Stahlkrise gewesen ist, die diese Betriebe so zugrunde gerichtet hat, sondern daß es die großen Fehler waren, die Unbeweglichkeit. Mit dieser Unbeweglichkeit meint er bei der VEW den Herrn Rechberger, bei der

VOEST den Herrn Ruhaltinger. Und das zweite Gravierende, das er sagt – (Abg. Hammer: „Auch der Herr Kollege Prof. Dr. Eichinger gehört als Dritter dazu!“) – und auch das stimmt –, ist die Politik; die Verpolitisierung der verstaatlichten Industrie wurde auch zum Untergang dieser Industrie. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe einen Schlüsselsatz herausgelesen: „Im übrigen ließ“ – steht da drinnen in diesem Buch – „der SPÖ-Vorsitzende Dr. Kreisky den Sozialisten Koller“ – das war damals der Generaldirektor dieses Flaggsschiffes der VOEST-Alpine – „auch gleich wissen (Abg. Hammer: „Das ist Schnee von gestern, Herr Kollege!“), daß durch Kündigungen bei der VOEST-Alpine angesichts der im Oktober stattfindenden Nationalratswahl die historische Chance der SPÖ gefährdet sei, weiter allein zu regieren.“ Der Generaldirektor durfte nicht handeln, weil die historische Chance einer Nationalratswahl da war. (Abg. Vollmann: „Das war jetzt hysterisch!“) Und diese historische Chance wurde zur historischen Schuld des Herrn Bundeskanzlers und aller seiner Berater. (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun frage ich Sie hier: Wer leidet nun unter dieser historischen Schuld? Nicht jene, die durch ausgezeichnete Verträge abgesichert sind, sondern diejenigen, die bereits arbeitslos sind, und die vielen Tausende, die heute um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Das sind auch die Frauen, das sind die Familien, die in eine Situation gekommen sind, die furchtbar ist.

Ja, letzten Endes habe ich mir gedacht: „Vielleicht ist der Genosse Franz Summer nicht der Richtige.“ Ich habe mir gedacht: „Vielleicht finde ich noch einen, der das alles bestätigt.“ Ich darf Ihnen Ihren Genossen Egon Matzner, Professor am Institut für Finanzwissenschaften an der Technischen Universität Wien, den Koordinator des SPÖ-Programmes 1978, zitieren, am 27. Oktober schrieb er im „Profil“, daß „die desolaten Verhältnisse im staatlichen und halbstaatlichen Wirtschaftsbereich in erster Linie die SPÖ zu verantworten hat“. Das schreibt ein führender Finanzwissenschaftler, der Ihrer Partei angehört. (Abg. Hammer: „Nostalgie!“ – Abg. Trampusch: „Herr Abgeordneter, wer ist an, der weltweiten Stahlkrise schuld?“) Ich möchte noch einmal sagen: Es gibt auch Betriebe die noch aktiv sind. Ich werde Ihnen auch Betriebe aus dem Mürztal sagen, und zwar das Eisenwerk Breitenfeld – wenn Sie es wünschen. Ein Stahlwerk, das positiv gearbeitet hat, das in den letzten Jahren – (Abg. Gennaro: „Sie wissen gar nicht, wie es in diesen Betrieben zugeht!“) – investiert hat, während man umgekehrt in der Verstaatlichten in Mürzzuschlag Jahr für Jahr an die 100 Millionen Schilling Defizit gemacht hat, nichts investiert hat und damit dazu beigetragen hat, daß der Stand an Arbeitern und Angestellten von 2300 auf etwa 800 gesunken ist. Wissen Sie, was das bedeutet? (Abg. Trampusch: „Nur in Österreich, sonst nirgends?“) Ich möchte das gar nicht so sehr für die Gemeinde nehmen. Es gibt natürlich steuerliche Entfälle. Aber bedenken Sie: Das sind 1500 Einzelschicksale! Mich hat es gefreut – (Abg. Tschernitz: „Herr Abgeordneter, in Deutschland hat man ganze Betriebe mit einem Schlag wegrationalisiert!“) –, daß der Kollege Vollmann bei einer seiner letzten Reden erklärt hat, daß er eine Familie

kennt, wo der Vater, die Mutter und die zwei Kinder arbeitslos geworden sind. Meine Damen und Herren, das ist das Problem!

Und deshalb zitiere ich eure beiden Genossen, die die besten Zeugen dafür sind, worin die Ursache liegt, daß diese Betriebe niedergegangen sind. (Abg. Trampusch: „Du wirst gleich erklären, wie es im Ausland aussieht!“) Dazu gebe ich euch gerne eine Antwort: Man hat schon vor vielen Jahren gewußt, daß es zu einer Krise in der Stahlindustrie kommen wird; man hat aber versäumt, umzustrukturieren. Man hat es zu großen Teilen bei der VOEST versäumt, man hat es auch bei der VEW versäumt, und ich bedaure das. Ich habe mich immer gewundert, warum hier nicht mehr geschieht. Und denken Sie noch an diese Stunde in Mürzzuschlag, wo unser Landeshauptmann gesagt hat: „Und vom Land Steiermark geben wir jetzt 200 Millionen Schilling dieser VEW, damit neue Impulse hineinkommen.“ Man hat den Landeshauptmann damals verlacht. Aber wir waren glücklich, denn das war der erste Anstoß, daß man überhaupt draufgekommen ist, daß etwas geschehen muß.

Und jetzt sage ich Ihnen einige Beispiele: (Abg. Tschernitz: „Warum haben wir in der Privatindustrie um Tausende Arbeitsplätze weniger?“) Ich komme auf den Bezirk Mürzzuschlag, um hier eine Antwort zu geben – auch eine ganz klare: (Abg. Trampusch: „Nach deiner These wären die Leute um zehn Jahre früher arbeitslos geworden!“) Ich nehme den Betrieb Breitenfeld. (Abg. Gennaro: „Kurzarbeit!“) Ich möchte jetzt den Betrieb Breitenfeld nehmen. Mir ist immer noch eine Kurzarbeit lieber, als wenn Hunderte oder, wie es bei der VEW ist, 1500 den Arbeitsplatz verlieren. Das möchte ich schon sagen. (Abg. Tschernitz: „Du hast von der Wirtschaft keine Ahnung!“) Das ist eine Lösung, die immer noch besser ist. Das lasse ich mir auch von dir, lieber Gennaro, nicht sagen. Aber ich gebe ein Beispiel. Tschernitz, du wolltest es haben. Ich vergleiche noch einmal die VEW Mürzzuschlag, dann nehme ich das Eisenwerk Breitenfeld, weil ich mich da interessiert habe, Mürzzuschlag 1980: 2300. (Abg. Trampusch: „Du kennst dich immer noch nicht aus!“) Ich weiß, ihr habt Prof. DDr. Steiner gesagt, er kennt sich in der Verstaatlichten nicht aus. Aber wir beschäftigen uns mit der Verstaatlichten, und wir kennen uns auch aus. Diesen Zwischenruf möchte ich mir nicht sagen lassen! Von 2300 in sieben Jahren zurück auf 800! Nun, das Eisenwerk Breitenfeld: 1980 ein Beschäftigtenstand von 525, 1987 von 405. Wenn es derselbe Prozentsatz wäre wie in Mürzzuschlag-Hönigsberg, dann wäre es eine Katastrophe. (Abg. Vollmann: „Sie haben die Ziffern!“) Kollege Vollmann, du kannst den Kopf schütteln, das sind die Zahlen, die ich vor einigen Tagen, bevor der Landtag begonnen hat, vom zuständigen Mann dieses Betriebes bekommen habe. Du kannst deine Zahlen ruhig eingesteckt lassen, denn die stimmen nicht. (Abg. Trampusch: „Woher bekommt der Betrieb das Rohmaterial?“) Damit ich auf diesen Privatbetrieb komme. Dort hat man bereits im Jahre 1948 das Stranggußverfahren eingeführt. Die Verstaatlichte, wie ich jetzt bei Herrn Summer gelesen habe, er ist ja ein Insider, hat erst in den siebziger Jahren damit begonnen. Und was ist daraus geworden? Es ist eines der modernsten Stranggußunternehmen der Welt, und es kommen jährlich

viele Interessierte in diesen Betrieb. Ich möchte damit nur klarlegen, daß schon etwas geschieht, weil mich hier einer auf diesen privaten Betrieb gebracht hat.

Und wenn ich die privaten Veitscher Magnesitwerke nehme, dann möchte ich dir sagen (Abg. Tschernitz: „Man muß rationalisieren!“) – ja darauf komme ich, auch darauf eine Antwort –, die Veitscher haben auch ihre großen Schwierigkeiten gehabt. Es war schon Ende der sechziger Jahre. In den letzten Jahren haben sie auch rationalisiert, lieber Kollege, aber längst nicht in diesem Maß Abbaumaßnahmen durchgeführt. Mir hat einer der Veitscher, es war ein Betriebsrat, gesagt, daß sie stolz sind, die Zeichen der Zeit erkannt zu haben, daß sie gewußt haben, daß die Rationalisierung jetzt stattfinden müssen. Damals, als die rationalisiert haben, sind sie noch untergekommen im Mürtal. Wo kommen sie denn heute unter? Wo kommt denn heute die Jugend unter? Das ist das Problem für uns, daß es zu spät ist. Meine Damen und Herren, da liegt die große Schuld, von der ich Sie und von der wir Sie nicht lossprechen können. Aber das wissen Sie ja selbst genauso, und ich möchte sagen, in vielen Dingen besser als ich persönlich. Nur werden Sie das jetzt natürlich nicht zugeben. (Abg. Trampusch: „Sie kommen unter – Burgstaller hat ja schon 6000 Arbeitsplätze versprochen!“) Zum Kollegen Burgstaller möchte ich sagen, daß er sich sicherlich mehr um die Arbeiter und Angestellten als so mancher Ihrer eigenen Vertreter sorgt. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Burgstaller fährt keinen Mercedes, er arbeitet in diesem Betrieb, der Herr Burgstaller hat seine Kollegen animiert. Animiert, daß sie angreifen, mittun, etwas kostenlos machen. Dann hat man ihn angeklagt, aus der Gewerkschaft wollte man ihn ausschließen. Freunde, das sind die Unterschiede. Wenn dieser von Burgstaller verpflanzte Geist weitergezündet hätte, angenommen worden wäre auch von Ihnen, dann wäre vielleicht die innere Einstellung in so manchen Betrieben eine ganz andere, dann würden wir vielleicht mehr Optimismus haben, mehr Kraft gewinnen. Wenn Sie heute in diese Betriebe hinausgehen, und das haben Ihre Redner schon geschildert, herrscht eine furchtbare Stimmung. Der neue Landtagsabgeordnete Schrittwieser hat im „Obersteirer“ geschrieben, daß die Angst umgeht. Wenn er das sagt, die Angst geht um, dann bedeutet das etwas. Ich als Vertreter einer Minderheit, muß sagen, die Angst ist natürlich in unseren Kreisen noch wesentlich größer. Da zittern manche noch viel, viel mehr, die nicht das Glück haben, politisch ein bißchen verwoben zu sein, daß ihnen etwas passiert.

Aber nun noch ein Beispiel vom Eisenwerk Breitenfeld. Vielleicht interessiert Sie das, weil das auch eine innere Einstellung zeigt, die vorbildlich ist. 3000 Tonnen Knüppel waren in diesem Betrieb zu liefern. Die Lieferung konnte nur erfolgen, wenn an Samstagen gearbeitet wurde. Der Preis für diese Knüppel war so gedrückt, daß sich der Direktor veranlaßt sah, zu sagen: Freunde, aber ihr dürft keinen Zuschlag verlangen. Nun hat es eine Betriebsversammlung gegeben. In dieser Betriebsversammlung haben 85 Prozent der Arbeiter erklärt, wir sind damit einverstanden. Aber im Hintergrund mit dem Gedanken – und das hat mir auch einer erklärt – und wenn es dem Betrieb wieder besser geht, dann werden wir auch davon profitieren.

Das ist die richtige Einstellung. Wenn sich diese nicht stärker verbreitet, wird es noch schlimmer werden. Kollege Gennaro, dir möchte ich das eine schon noch sagen, weil du ja mit sehr viel Schwung, aber ohne viel auf die wahren Probleme der Arbeiter einzugehen, mit viel Schwung versucht hast, davon abzulenken, von der Schuld, die euch trifft, wobei ich selbstverständlich sage, es gibt eine Weltstahlkrise, natürlich. Aber nicht wegzureden sind all die Dinge, die durch das System der Verstaatlichten entstanden sind. Da fällt mir gerade noch ein Gespräch mit einem Ingenieur ein, der gesagt hat, „du, ich habe mit 55 gehen müssen. Heute, nach zwei Jahren, kann ich es noch nicht verstehen, daß ich meine Arbeitskraft nicht mehr einsetzen und verwenden darf“. Und man weiß ganz genau, daß das wirtschaftlich ein Unsinn war. Genauso ein Unsinn, wie man damals den gesamten VOEST-Vorstand ganz einfach gefeuert hat, und man Milliardenbeträge dadurch am Markt verloren hat. (Abg. Trampusch: „Das habt ja ihr verlangt!“) Ich glaube aber auch, daß der Sieg, den euer Rechberger, der große Sieg, den er damit davongetragen hat, daß es ihm gelungen ist, den Generaldirektor Schmollgruber wegzukriegen, ein sehr, sehr zweifelhafter Sieg war. Dem Generaldirektor Schmollgruber hat sich der neue Generaldirektor Genosse Martinowsky angeschlossen, weil er das nicht mehr ausgehalten hat, was sich hier zuträgt. Und es wird auf den Herrn Rechberger, auf den Herrn Arbeiterkammerpräsidenten zurückfallen. Da lasse ich die Dinge weg, die heute schon gesagt wurden. Aber, daß er seine Macht so ausnützt! Meine Damen und Herren, auch dazu ein kurzes Wort. Die verstaatlichte Industrie wird seit eh und je von einem Genossen geführt. Momentan ist es der Genosse Minister Streicher. Die ÖIAG wird immer von Genossen geführt, momentan ist es der sozialistische Akademiker Sekyra, mit dem ihr verhandelt und von dem der Herr Rechberger sagt: „Was sich heute abspielt in der VEW, ist eine Katastrophe, wir werden nicht mehr informiert, wir hören nichts mehr.“ Das heißt, der Genosse verständigt seinen Genossen nicht. Meine Damen und Herren, das können Sie sich natürlich nicht anhören, das denke ich mir. Da verläßt man lieber den Saal! Ich mußte das einmal ganz klar und offen sagen, weil ihr das verschweigt, was Tatsache ist und weil die Arbeiter und Angestellten immer wieder fragen, ja, warum denn diese furchtbare Entwicklung? Und da sage ich immer, du, Freund, 17 Jahre haben deine Genossen, die du gewählt hast, in diesem Staat regiert. 17 Jahre haben sie jede Möglichkeit gehabt, dir deinen Arbeitsplatz zu sichern, und nach 17 Jahren mußt du erkennen, was diese Leute für dich zusammengebracht haben. Das ist die Misere, und darum brauchen wir heute auch die Pensionsreform. Ja, glaubt ihr, für uns und die ÖVP ist das so lustig gewesen? Wir sind nur deshalb in die Regierung eingestiegen, weil wir uns gesagt haben: Wir können es nicht verantworten, daß es weiterhin nach unten geht. Deshalb unser Mittun, das von euch immer noch – wenn ich euch so zuhöre – belächelt wird, weil wir „ja nichts verstehen“. Nein, meine Damen und Herren, wir fühlen uns und haben uns verpflichtet, für die Menschen dieses Landes, für die Arbeiter und Angestellten in der Verstaatlichten, dazustehen, und wir lassen sie nicht im Stich, bei allen diesen Schwierigkeiten, die es gibt. Es wird ja leider Gottes noch schlechter werden.

Jetzt möchte ich Ihnen nur noch eines zum Rohrwerk Kindberg sagen – mein Kollege Vollmann hat es angezogen –: Wenn man zu einer Zeit ein Rohrwerk errichtet, wo man in Deutschland schon sagt: „Um Gottes Willen!“ – aber nur leise gesprochen, damit es nicht nach Österreich hereinkommt –, und die gesamte Produktion auf die Sowjetunion ausrichtet, Freunde, dann weiß man, was passiert. Und wenn dann jährlich 500 oder 600 Millionen Schilling an Defizit entstehen und im heurigen Jahr vielleicht 300 oder 350 Millionen Schilling, dann ist das eine Katastrophe.

Ich habe mir nur einmal erlaubt, etwas zu sagen. Da bin ich in dieser VOEST-Zeitung dringestanden: „Der kleine Mittelschulprofessor“, so, wie mich der Kollege Vollmann beurteilt hat. Aber das macht mir ja nichts. Mich schmerzt von ihm nur, daß er sagt, ich hätte Freude, wenn obersteirische Arbeitnehmer arbeitslos sind.

Wenn man so einen Betrieb dann baut, dann könnt ihr mir glauben, daß alle bangen müssen. Der Auftrag ist erfüllt bis zum März 1988. Niemand weiß, was dann kommt. Niemand weiß, ob er nicht den Arbeitsplatz verliert, ob nicht eine Stadt verödet und so weiter. Das mußte ich euch sagen.

Nun doch noch einen Lichtblick zum Abschluß: Wir haben das Glück, daß wir mit der Landesausstellung für das Jahr 1991 eine Motivationswelle bekommen. Alle bemühen sich schon; alle Bürgermeister und alle Gemeinderäte und alle Institutionen, die es gibt, tun mit, um hier zu helfen. Mich hat es gefreut, daß der Mürzzuschlager Bürgermeister dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth dafür gedankt hat, daß sie sofort zugestimmt haben, sofort Verständnis gezeigt haben.

Und noch eines hat mich gefreut: Der Mürzzuschlager Bürgermeister hat in einem Schreiben, das er einer Zeitung gegeben hat, erklärt: „In eindrucksvoller Weise wird unter Beweis gestellt, daß Eigeninitiative und die Erkenntnis, mehr privat, weniger Staat, in unserer Stadt keine leeren Schlagworte sind.“ Und dort, wo es notwendig ist und wo es besser ist, dort soll man auch diese großen Einheiten zerkleinern, wo es notwendig ist, an Private geben, denn der einzelne will nur eines haben: einen gesicherten Arbeitsplatz. Das ist heute das große Ziel! (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Rainer.

**Abg. Rainer:** Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unser Herr Prof. Dr. Eichinger ist ein sehr gebildeter Mann. Vielleicht kann man so beginnen, daß man etwa mit Johann Wolfgang von Goethe feststellt: „Man merkt die Absicht und ist verstimmt.“ Es wird dir sicher bekannt sein (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich habe eure Genossen zitiert!“), und vielleicht darf ich das Zitat so untermauern: „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die tiefgreifenden Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellen einzelne Schlüsselindustrien weltweit vor große Anpassungsprobleme. Unterstützungen durch die öffentliche Hand haben eine gewisse Atempause für die strukturelle Verbesserung und Anpassung geschaffen. Es geht

darum, die Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen wieder zu gewinnen und zu sichern.“ Falls du es nicht gelesen haben solltest: Es ist die Regierungsvereinbarung unserer beiden Parteien, die im Wege einer Koalitionsvereinbarung dieses Papier unterschrieben haben. Der Hintergrund dieser Vereinbarung ist das Anerkennen eben dieser weltweiten Stahlkrise, der Rahmenbedingungen, wie sie dargestellt wurden, und es ist schon sehr leichtfertig und leichtsinnig von dir, wenn du da Betriebe zitierst, nur aus einem ganz bestimmten Blickwinkel, weil es eben sehr gut in deine Überlegungen paßt, aber mit der Realität recht wenig zu tun hat. Darf ich beim Rohrwerk beginnen: Es ist im Moment tatsächlich so, bitte – und das weißt du ja wahrscheinlich aus deiner Ortskenntnis –, daß wir „nur“ – nur unter Anführungszeichen, weil wir sehr, sehr dankbar dafür sind – Verträge mit der Sowjetunion haben, und wir erinnern uns, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, unter welch großen schwierigen Bedingungen diese Verträge erreichbar waren und was die Konsequenz und die Folge gewesen wäre, wenn wir sie nicht erreicht hätten. Ich darf nur daran erinnern, daß wir vorher an die Vereinigten Staaten für den Pipeline-Bau nach Alaska geliefert haben. Und es ist wahrscheinlich den meisten hier im Hohen Haus bekannt, daß in der Zwischenzeit weltweit der Erdölpreis verfallen ist – eine Folge auch der niedrigen Inflation resultiert daraus – und daß daher auch dieses Werk in Schwierigkeiten geraten ist und wir froh sein müssen, daß wir einen Abnehmer haben. Ich hoffe nur, daß diese leichtfertige Darstellung nicht dazu führt, weil wir immer sehr kurzfristige Verträge haben, daß wir in Schwierigkeiten geraten. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ich habe den Genossen Franz Summer zitiert, sonst nichts!“) Ja, du darfst den Summer zitieren sooft du magst. Im nachhinein betrachtet ist alles viel leichter, ist jeder klüger. Auch du, lieber Freund. (Beifall bei der SPÖ.) Ich hätte es ja im Interesse des Betriebes und der Kollegen nicht getan.

Das Eisenwerk Breitenfeld, das sehr große Verdienste um die Wirtschaft der Steiermark im metallherstellenden und -verarbeitenden Bereich hat, aber leider ist es halt so, daß – wie du selber dargestellt hast – dort Arbeitsplätze auch verlorengegangen sind. Daß nicht so viele verlorengegangen sind, liegt darin, daß wir Kurzarbeitsverträge geschlossen haben, daß wir Aussetzverträge geschlossen haben, daß wir für die gesamte Gruppe – du weißt ja, wer die Eigner sind –, für Vogl & Noot ähnliche Verträge geschlossen haben und daß wir erst vor wenigen Wochen eine Regelung für die Marienhütte in Graz finden mußten, weil die sonst geschlossen worden wäre. Und ich könnte eine lange weitere Liste darstellen. Ich will es ganz bestimmt nicht tun, weil es so ist, daß dahinter das steht, was von dir auch sehr polemisch angesprochen wurde: die wahren Probleme – so ist es dargestellt worden – unserer Arbeitnehmer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte zeigt also, daß wir sehr einseitig Schuldzuweisungen vornehmen – immer noch, muß man sagen –, ohne Rücksicht darauf, wie jene reagieren, die vom Schicksal schon direkt Betroffene sind. Und es dient ja keinem gekündigten Arbeiter oder Angestellten und auch jenen nicht, die noch vorzeitig in die Sonderunterstützung gehen können, oder wo wir jetzt ver-

suchen, eine andere Form einer Absicherung zu erreichen. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wer war schuld daran? Erzähle davon! Erzähle von Summer und Matzner!“) Lieber Prof. Dr. Eichtinger, wir könnten ja Stunden und Tage hier über die Schuld weiterdiskutieren, und wir könnten Schuldzuweisungen vornehmen, und wir müßten schon ein bißchen tiefer hinuntersteigen, als die Schuld nur bei der Politik zu suchen, sondern wir werden hoffentlich noch, wenn das richtig ist, was wir jetzt tun, die Politik auch so betrachten dürfen, daß sie nur Rahmenbedingungen zu schaffen hat und daß die wirtschaftlichen Sachentscheidungen immer noch in den Bereichen zu fallen haben und auch damals fallen mußten. Und hier, bitte schön, haben wir ja jetzt die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sie dort zu fallen haben. Und weil du hier gemeint hast, wir wären nicht genügend oder ausreichend dankbar für jene 200 Millionen Schilling, die das Land für die VEW gegeben hat, gewesen. Das stimmt absolut nicht. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Da kann ich dir viel zitieren!“) Es ist in allen Bereichen der Arbeitnehmervertretung bis hin zur Betriebsvertretung, und zwar uneingeschränkt, dankbar anerkannt worden, daß das Land diesen Beitrag geleistet hat. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das bekommst du von mir!“) Mit den Stimmen, bitte, übrigens aller Fraktionen. Nur, wenn es so ist, bitte, wenn du uns vorwirfst, daß dieses Geld auch verwirtschaftet wurde, dann darf ich dir sagen: Verwirtschaftet haben es schon im Betrieb dein Herr Parteigänger, der damalige Generaldirektor Dr. Baier, und seine Kollegen, wenn du willst, auch die unserer Farbe angehören. Wenn schon, dann auf dieser Ebene im Betrieb. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du bist jetzt schon sehr ehrlich!“) Also, wir sollten tatsächlich, wenn wir das Schicksal der Betroffenen sehen, es nicht so leichtfertig abtun. Wir sollten nicht so tun, als ob die Schuld nur bei der Bundesregierung gelegen hätte und niemals in den Vorständen dieser Betriebe und nie beim mittleren Management, nie in den Etagen der Betriebe, nie in den Werksteilen. Wenn es diese Rahmenbedingungen nicht gegeben hätte, das ist eine sehr, sehr leichtsinnige, eine sehr leichtfertige Vorgangsweise, weil damit verbunden ist, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, daß die, die betroffen sind, bitter dafür zahlen müssen, ihre Arbeit verlieren oder Einkommenseinbußen hinzunehmen haben auf Grund der verfehlten Politik, die in den Unternehmungen gemacht wurde. Und noch einmal, hier gibt es, wenn schon, wenn Sie das wollen, eine ungeteilte Schuld, weil wir seinerzeit und bis zur Änderung nach der letzten Wahl eine immer noch paritätische Besetzung in diesen Gremien gehabt haben. Unterlassen wir es, Schuldzuweisungen vorzunehmen! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte doch sehr darum bitten, wir haben mit großer Ernsthaftigkeit die Probleme der Bauern hier diskutiert, und wir anerkennen das von unserer Seite. Es ist heute auch von Präsident Buchberger angesprochen worden die Solidarität der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen. Ich bekenne hier, daß wir als Sozialpartner oder Wirtschaftspartner in diesen Bereichen, und zwar mitunter aus gar nicht so einfacher Situation heraus, dennoch sagen, wir anerkennen die Forderungen der Bauern und ihrer Vertreter, daß sie auch zum Beispiel bei der Vermarktung ihrer Produkte, beim Absatz des Viehs und dergleichen Dinge

mehr ihre Stützungen haben wollen. Wir zahlen sie seit etwa zwei Jahrzehnten, und wir werden sie weiterhin zahlen müssen. Und bitte, das ist auch nichts anderes als eine Förderung von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen. Ich bekenne mich dazu, weil es für unser Land und weil es für die Republik einfach nicht zu verantworten wäre, wenn man dieses Geld nicht aufbringen würde. Aber auf der anderen Seite so zu tun, als ob es Bereiche gäbe, wo einfach nichts mehr Derartiges passieren darf, und solche Töne kommen aus Ihren Reihen, ist sehr, sehr falsch und sicher ein falscher Ton. (Beifall bei der SPÖ.)

Und jetzt, weil es immer personalisiert wird, ich kann mich nicht erinnern, daß wir jemals den Herrn Präsidenten Buchberger oder den Herrn Präsidenten Ing. Stoisser hier persönlich in irgendeiner Form attackiert hätten. Ich darf Ihnen allen Ernstes sagen, und ich darf Sie darum ersuchen: Solange nicht schuldhaftes Verhalten dem Präsidenten der Arbeitnehmervertretung nachgewiesen werden kann, und das kann ihm nicht nachgewiesen werden, solange er aus seiner Verantwortung die Interessenswahrnehmung durchführt, sollte man es auch bei der Arbeitnehmerinteressenvertretung gleichhalten.

Ich halte nichts davon, daß man versucht etwa mit dem Syndrom, das man scheinbar hat, daß Betriebsräte á la Ruhaltinger allein jetzt die Verantwortung zu übernehmen hätten. Ich bin Angestellter, aber ich sage Ihnen aus der Erkenntnis doch einer sehr langen Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen, auch des Herrn Ruhaltinger, er war immer ein ehrlicher, aufrechter und engagierter Interessensvertreter, und er war ein guter Sozial- und Wirtschaftspartner. Er hat sich im Parlament für diese Interessen vollends eingesetzt, man kann ihm in keinsten Weise bis zum heutigen Tag ein unehrenhaftes Verhalten vorwerfen. Und man sollte jetzt nicht – nur weil er sich dafür eingesetzt hat –, daß Rechte, daß Ansprüche, die durch betriebliche Vereinbarungen abgesichert wurden, die durch normative, Herr Präsident – (Abg. Ing. Stoisser: „Die den Betrieb umgebracht haben, das muß man dazusagen!“) – die durch normative Regelungen festliegen und die es für beide Parteien gibt, für die Arbeitgeber wie für die Arbeitnehmer, daß man ihm das zum Vorwurf macht. Wir werfen Ihnen, meine Damen und Herren, nicht vor, daß Sie auf die Einhaltung der Gesetze, die für Sie von Vorteil sind, bestehen, und wir erwarten auch für unsere Bereiche dasselbe. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Heidinger.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zur Wirtschaft haben 15 Redner in vier Stunden und vier Minuten gesprochen, und es wurde viel Grundsätzliches und auch Spezielles gesagt. Vieles ist zu unterstreichen, manches erforderte Korrekturen, die auch im Zuge der Debatte teilweise erfolgt sind. Aber ich attestiere jedem der Redner, daß er aus seiner Sicht die Probleme beleuchtet, seine Sorgen, die Sorgen seiner Region, seiner Betriebe, seiner Interessenslage dargelegt hat. Zur Generalfrage, die von den letzten

Rednern mehrmals indirekt angesprochen wurde, zur Frage der Umgliederung der ÖIAG möchte ich den Worten des Landesfinanzreferenten nichts hinzufügen. Ich glaube, er hat die Sorgen artikuliert, die viele im Land haben, und ich hoffe nur, daß sein Szenario nicht stimmt. Aber ich fühle mich nicht in der Lage, ihm ernstlich zu widersprechen. Umso wichtiger, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich glaube, ein Redner hat ein bißchen einen falschen Ton erwischt, ist eine Veranstaltung, wie etwa die Optimismuswerkstatt, die nämlich ein Grundproblem der ganzen Wirtschaftsdebatte aufzeigt, daß man auf der einen Seite sich nicht selber belügen soll und auf der anderen Seite nicht in Resignation und Pessimismus verfallen darf. Und es gibt – Gott sei Dank – in der Steiermark viel Positives, viel Kreatives, viel Dynamik und viele Betriebe, die betriebswirtschaftlich vorbildlich agieren. Wir vergessen das selbst vor den Problemen der traditionellen Industriegebiete manchmal zu sehr. Ich würde als Ergebnis der Debatte vorwegnehmen, daß die Krise die Chance zu ihrer Überwindung in sich hat, das ist ja auch medizinisch so, und wir sollten diese Chancen gemeinsam nützen. Es ist von allen möglichen Rednern auf diese gemeinsame Notwendigkeit hingewiesen worden. Ich glaube sicher, daß wir mit gegenseitigem Hick-Hack nicht weiterkommen und daß das vor allem den Betroffenen nichts nützt.

Aber wir können uns natürlich den Eckdaten der Wirtschaft nicht entziehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und da ist mehrmals die Frage der EG – ja oder nein – angezogen worden. Ich bin sehr erfreut, daß als Sprecher der Arbeitnehmerseite Herr Abgeordneter Gennaro – wenn ich ihn richtig verstanden habe – absolut die EG-Eingliederung Österreichs betont hat.

Ein zweites sehr wichtiges Faktum ist die Konjunkturlage. Dazu hat gestern der Herr Landeshauptmann schon gesprochen. Ich glaube, daß trotz der angezogenen Börsenprobleme die Konjunkturlage nicht so schlecht ist, wie sich das aus den Börsenkursen ableitet. Für uns könnte von Bedeutung sein, daß die Bundesrepublik Deutschland einen Förderungsstoß von 105 Milliarden Schilling beschlossen hat.

Ein drittes Faktum, auch das wurde angesprochen, ist die Steuerpolitik. Ich glaube, es ist ganz entscheidend, daß die angekündigte Reform bald kommt und vor allem im Bereich der Unternehmensbesteuerung das, was eigentlich schon ausverhandelt ist, auch zwischen den Sozialpartnern, nämlich eine Reform der Körperschaftssteuer durchgeführt wird mit einer wesentlichen Senkung der Tarifsätze, was nicht gleichbedeutend ist mit einer Senkung der effektiven Sätze. Aber es ist für einen Ausländer schwer zu durchschauen, daß er mit zwei, drei Schachtelkonstruktionen dann plötzlich auf eine sehr passable und im internationalen Schnitt interessante Steuerbelastung herunterkommen kann.

Ein Viertes ist die Währungspolitik. Ich weiß, daß es eigentlich ein Sakrileg ist, diese überhaupt nur anzutippen. Professor Tichy hat jüngst einen sehr kritischen Aufsatz veröffentlicht. Ich möchte dem nichts hinzufügen. Wen es interessiert – ich stelle ihn gerne zur Verfügung. Die positive Seite dieser Währungseckdaten ist, daß wir allein in den Jahren 1985/86 eine Durchschnittsaufwertung des Schillings von 12,5 Pro-

zent und von 1986 bis Mai 1987 sogar von 21,2 Prozent durchgemacht haben. Daß das unsere Wirtschaft ausgehalten hat und daß dabei noch sehr viele Betriebe ihre Exportleistungen gesteigert haben, stellt den österreichischen Unternehmern ein hervorragendes Zeugnis aus, den Unternehmern genauso wie den Arbeitnehmern. Denn ähnliche Aufwertungssätze haben nur die Schweiz, die Bundesrepublik und die Niederlande. Aber ein Industriestaat, der aus anderen Gründen oft genannt wird: Schweden hat lediglich eine Aufwertung von 0,7 Prozent und 1986/87 sogar eine Abwertung von 2,9 Prozent durchgeführt. Sie sehen also die Differenz, die allein aus diesen Währungseckdaten entsteht: Großbritannien; Abwertung 7,3 Prozent und 6,3 Prozent, zusammen also 13,6 Prozent.

Ein weiteres Faktum ist die Rechtsordnung. Mit Recht wurde von verschiedenen Rednern, allerdings in anderer Richtung, Bürokratie kritisiert. Die Deregulierungsforderung ist sicherlich eine, die in erster Linie an die Gesetzgeber, das heißt also auch an die Parlamente geht.

Das sechste Eckdatum ist die Standortlage, und ich kann nur unterstreichen und damit auf die gestrige Debatte verkehrsmäßig kurz eingehen: Die Pyhrn und die Verbesserung des Eisenbahnnetzes sind eine ganz entscheidende Frage für die Steiermark, und wenn die Steiermark nicht die Vorleistung für Bundesleistungen im Autobahnbau erbracht hätte, 1,6 Milliarden Schilling zur Verfügung zu stellen, dann wären wir noch nicht so weit, wie wir sind, obwohl es klar ist, daß die Pyhrn – auch wenn die 40 Kilometer auf steirischem Gebiet geschlossen sind – dann immer noch ein Torso ist, wenn nicht die oberösterreichische Strecke und die Bindung und Verbindung zur Innkreisautobahn gebaut wird. Ich weiß, daß die Frau Abgeordnete Kammlander – aber sie ist die einzige – anderer Meinung ist.

Zu den Förderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Hier wurde von manchen Rednern Konzeptlosigkeit oder ähnliches vorgeworfen. Ich glaube, ich brauche auf diese Vorwürfe eigentlich nicht eingehen, denn wir werden ja die Ihnen im Sommer zugeleiteten „Perspektiven der steirischen Wirtschaftsförderungen“ verabschieden. Natürlich haben wir sie nicht dazu in Auftrag gegeben, daß sie verstauben, sondern daß sie uns aus wissenschaftlicher Sicht Richtschnur für unser Handeln sein sollen. Aber ich glaube, es ist hinreichend, auch an Bürokratie, wenn wir einen sozialpartnerschaftlichen und parteimäßigen – alle Parteien des Hohen Landtages sind vertreten – Wirtschaftsbeirat haben, wo die konkreten Fälle besprochen werden. Ich halte nichts von hingeschriebenen Ziffern. Ich bin jederzeit in der Lage, das zu tun. Ich glaube, der Herr Abgeordnete Vollmann war es, der im wesentlichen die Resolution der Arbeiterkammer hier vorgetragen hat. Diese ist mir hinlänglich bekannt, weil sie mir freundlicherweise übermittelt wurde. Sie entschuldigen, wenn ich in manchen Dingen anderer Meinung bin. Ich werde der Arbeiterkammer auch antworten. Ich glaube, daß man vorher drei Töpfe macht und dann nachher hoffentlich nicht feststellen muß, daß man zur Sanierung wesentlich mehr Geld gebraucht hat und daß es gerade dann auch die Betriebsräte sind, die erwarten und die fordern, daß die

Sanierung und das Auffangen vorgenommen wird – ich halte das nicht für sehr sinnvoll. Im Gegenteil, ich bin dankbar – und das wird der Hohe Landtag beschließen –, daß der Punkt 9 des Budgetbeschlusses hier auch dem Landesfinanzreferenten und der Landesregierung Beweglichkeit gibt. Es kann sein, daß die Ansätze an Förderungsmitteln nicht ausgeschöpft werden, es kann sein, daß es zuwenig ist. Dann kommen wir aber nicht in die Lage, in die der Bund gekommen ist, daß er nämlich zugesagte Förderungen nicht mehr auszahlen kann. Das kommt einem Wortbruch gleich und ist sicher das Schlechteste, was in einer Förderung passieren kann.

Ich glaube, man muß es einfach wiederholen – und ich zitiere einen großen deutschen Nationalökonom, nämlich Girsch, der sagt: „Wirtschaftliche Entwicklung ist gleichzeitig mehr und anders.“

Und nun zu dem Faktum „Zahlen der Sonderförderungsaktion“: Der Herr Abgeordnete Reicher hat ja die Vergangenheitsdaten zitiert. Ich glaube, es ist müßig, darüber jetzt viel zu sagen. Sie sind rechnerisch – glaube ich – durchaus richtig. Ich rede nur von denen, die scheinbar angezweifelt werden, weil sie nämlich zeigen, daß überraschend viel gelungen ist, und zwar eben gemeinsam mit dem Bund durch die Sonderförderungsaktion. Wir haben bisher im Jahre 1987 zwar nur 20 Fälle beschlossen, seit es die 200.000-Schilling-Aktion gibt. Davon sind vier Neugründungen mit 135 Arbeitsplätzen, acht Erweiterungen von bestehenden Betrieben mit 132 Arbeitsplätzen und acht Übernahmen. Da sind auch die vom Herrn Abgeordneten Vollmann genannten dabei, und natürlich ist das sicherlich keine altruistische Handlung. Aber wir haben durch diese Übernahmen die Chance, daß Betriebe weitergeführt werden, und zwar in kleineren Strukturen, daß also das passiert, was auch die ÖIAG macht, nur daß wir hier eine Fülle von Eigentümern haben. Selbst wenn der eine die Dinge verhaut, werden sich die anderen besser entwickeln – das ist so die Erfahrung –, und wir bekommen daher eine Verbesserung der Struktur. Und bei allen Problemen, die ich natürlich nicht übersehe, ist eigentlich der Bezirk Mürrzuschlag mit Ausnahme des Problems VEW, Standort Mürrzuschlag selbst, relativ gut bedient. Auch durch Betriebsgründungen, die in der Vergangenheit durch Landesförderung gemacht wurden. Denken Sie nur in Ihrer Heimatstadt Kindberg an Schrack.

Wir haben also insgesamt 1054 Arbeitsplätze bei beschlossenen Förderungen. Die Förderung wird natürlich nur ausbezahlt, wenn auch die Ziele realisiert sind. Wir haben aber auch in der Weststeiermark mit der Übernahme der Oberglas 170 Arbeitsplätze gefördert, obwohl das natürlich eine Verminderung des Standes vorher ist. Aber auch hier ist die Chance, zu neuen Ufern zu kommen. Und wir haben in der Südoststeiermark und im Grenzland von Eibiswald bis hinüber nach Hartberg fünf Erweiterungen mit 76 Arbeitsplätzen und zwei Neuansiedlungen. Darunter bei Präsident Buchberger bei Weiz mit „Magna“ zunächst einmal 80 Arbeitsplätze. Eine sehr dynamische Firma, und wir hoffen, daß es sehr bald mehr sind. Also 166 Arbeitsplätze. Das heißt, daß die Förderungsaktionen ungefähr 1400 Arbeitsplätze gesichert oder neu finanziert haben. Ich glaube, ein positiver Aspekt.

Die Ziele der „Perspektiven“, die ja nun vorliegen, sind technologisch hochwertige Produkte, Hightech-Anwendung, Marktnischen und dort Marktführerschaft anzustreben. Und was die neuen Technologien betrifft, so vor allem Mikroelektronik, Sensortechnik, Robotertechnik, Umwelttechnik, Biotechnologie und neue Werkstoffe.

Und es wäre auch falsch – und das muß man sich selbst oft genug sagen, wenn man in der Wirtschaft drinsteht –, daß nämlich auch in der Vergangenheit von 1970 bis 1976 die Veränderungen der Industriearbeitsplätze ganz bedeutend waren. Insgesamt haben sie von 101.000 auf 91.000, also rund 10 Prozent abgenommen. Die Branchen mit besonderem Schrumpfen der Arbeitsplätze waren Bergwerke, Index 51 von 170, Eisenerzeugung 72, hier werden die Freisetzungen diese Indexzahl leider herunterdrücken, Gießerei 55, Lederverarbeitung 66. Dagegen wachsende Sparten: Chemie 105, Maschinenindustrie 110, Textilindustrie 131 und Elektro, Elektronik 162. Man sollte sich das vor Augen halten, daß eigentlich sozusagen vor unseren Augen, aber unbemerkt, die steirische Industriestruktur sich schon sehr stark verändert hat. Es wäre viel schlimmer, wenn diese Veränderungen nicht erfolgt wären.

Nun zur Kritik der Förderung. Es sei zuwenig im Hightech-Bereich gefördert worden. Auch hier eine Zahl, die beachtlich ist: Von 1980 bis 1987 haben in geförderten Betrieben der Hightech-Anwendung und der Hightech-Erzeugung die Zahl der Arbeitsplätze von 3200 auf 6300 zugenommen, also praktisch sich verdoppelt. Und damit Sie nachprüfen können, ich will Ihnen nicht die ganze Liste vorlesen, aber darunter sind das Forschungszentrum Siemens in Graz, EDV-Anwendung Siemens, Deutschlandsberg, der Herr Abgeordnete Kohlhammer kennt das bestens, Vianova-Forschungszentrum in Graz, AVL, Philips Lebring, Steirische Elektronik, Schrack Kindberg und natürlich der Technologiepark Graz, wo nach eineinhalb Jahren bereits 20 Unternehmer 100 Arbeitsplätze im Hightech-Anwendungsbereich geschaffen haben und 70 Prozent der dort Beschäftigten Akademiker sind. Ich glaube, das ist die Richtung, die wir gehen müssen und daher, was soll geschehen und was wird geschehen? Wir wollen mit der Förderung noch mehr in die Beratung gehen, das steirische Innovationsprogramm etwa, das sehr gut eingeschlagen hat, die begleitende Beratung für obersteirische Betriebe. Auch dieses Programm geht in Umsetzung. Wir brauchen aber noch mehr Werbung – auch hier hat der Herr Landeshauptmann persönlich den Startschuß dafür gegeben –, und wir haben zwei konkrete Kontakte, die hoffentlich zur Ansiedlung und wieder zur Übernahme eines von der ÖIAG geschlossenen oder vor der Schließung stehenden Betriebes führen werden. Wir wollen die Förderung der bestehenden Betriebe, die Expansion derselben fortsetzen, und wir wollen vor allem auch die Förderung der Flexibilität, die viel berufen wurde, durch Weiterbildungsförderung weiter unterstützen, und daher werden ja auch das WIFI-Zentrum und der Technologiepark in Leoben-Niklasdorf gebaut.

Nun zu den Fragen und Einwüfen der Damen und Herren Abgeordneten in aller Kürze. Ich glaube, die Fragen des Herrn Gennaro sind beantwortet, die Kritik

an der Informationsveranstaltung, die ich durchgeführt habe in der Obersteiermark, daß so nur Beamte und Mandatare dort waren, ist sicher nicht ganz unberechtigt. Mir wäre auch lieber gewesen, es wären mehr Unternehmer gekommen. Aber ich glaube, es ist ganz entscheidend, daß die Meinungsträger – und das war das Ziel dieser Kampagne – genau mit den Fakten vertraut werden. Und ich habe nicht den Eindruck, daß alle soviel über die Förderungsmöglichkeiten gewußt haben.

Zur Frau Abgeordneten Kammlander: Sie können sich der EG-Begeisterung des Hauses – wenn ich Sie richtig verstanden habe – nicht ganz anschließen. Was die Verkehrskoordinierung betrifft, Ihr Antrag wird in geschäftsordnungsmäßiger Weise beantwortet werden.

Der Herr Abgeordnete Hammer hat auch über die Situation in Eisenerz gesprochen. Und hier muß ich dem Hohen Haus sagen, daß ich etwas nicht verstehe. Die Bundesbahn hat zu meiner Überraschung, weil die Verordnung eigentlich etwas ganz anderes vorsah, plötzlich auch die Einstellung der Erzbergbahn von Vordernberg nach Eisenerz auf ihr Nebenbahneinstellungsprogramm genommen. Wir haben dazu Stellung zu nehmen, und ich habe natürlich auch versucht, die Stellungnahmen der Interessensvertretungen zu bekommen. Und zu meiner Überraschung hat sich die Arbeiterkammer mit der Einstellung einverstanden erklärt. Die Steiermärkische Landesregierung wird, wenn sie meinem Antrag am Montag folgt, sich selbstverständlich gegen diese Einstellung aussprechen, wieder neben der nicht geregelten Frage, wie wird es zwischen Eisenerz und Donawitz weitergehen. Und man wird nicht in einer solchen Situation eine Handlung setzen, um dann vielleicht morgen oder übermorgen diese Strecke wieder zu bauen.

Nun, Herr Abgeordneter Sponer, wenn Sie der Meinung sind, daß die Förderungen und Leistungen des Landes dürftig sind, ich weiß nicht, mit welchen Märchenvorstellungen Sie in Wirtschaftsförderungsfragen sich selbst die Ziele setzen. Ich bin der Meinung, wir tun sehr viel, insbesondere deswegen, weil Wirtschaftsförderung bekanntlich nicht Landessache ist, sondern eine freiwillige Leistung.

Der Herr Abgeordnete Mag. Rader hat diesmal die Kritik über den Herrn Handelsminister ausgeschüttet. Ich kann Ihnen sagen, daß auch wir natürlich keine große Freude gehabt haben, daß die Regionalförderungsvereinbarungen wieder gekürzt worden sind, aber man muß objektiverweise sagen, daß durch die allgemeine Senkung des Zinsniveaus auch die jetzt noch in Anwendung kommenden Fördersätze, das heißt 3,5 Prozent Zinsenstützung, zu einem tragbaren Zinsniveau für Investitionen führen. Zum Dauerbrenner „Job-Creation“ hat der Herr Landeshauptmann gestern in einer sehr klaren Weise gesagt, wo das Problem liegt. Wir verhandeln trotzdem. Und wenn Job-Creation auf eine vertretbare Basis eingeht, wo er nicht einseitig das Risiko dem Land zuschupft und die Erfolge dann privatwirtschaftlicher Initiative zuschreibt, dann wird man sicher auch darüber reden können. Schon deswegen, damit es keine Dolchstoßlegenden gibt und die Behauptung, man habe eine gute Idee nicht entwickeln lassen. Und zu Rosenthal wird der Herr Abgeordnete Mag. Rader sowie das

ganze Hohe Haus die Prüfung des Rechnungshofes bekommen. Ich sehe dieser mit Gelassenheit entgegen, vor allem deswegen, weil es in letzter Zeit gelungen ist, die beiden verfeindeten Eigentümer zu einem Vergleich zu bringen, so daß der Eigentümerstreit nicht letztlich in Verlust der Arbeitsplätze und auf dem Rücken der Mitarbeiter weiter ausgetragen wird, sondern ganz im Gegenteil, die Firma ist nun von einem internationalen Konzern übernommen und die Beschlüsse sind im Wirtschaftsbeirat grundsätzlich schon gefaßt, und über das Ergebnis der Schlußverhandlungen wird dem nächsten Wirtschaftsförderungsbeirat berichtet. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das ist Ausverkauf!“) Herr Abgeordneter, warten Sie ab, wie das ist. Ausverkauf, wenn man auf der anderen Seite – und ich habe eigentlich den Eindruck gehabt, daß Sie für die EG sind – ein bißchen europäisch denkt, dann kann man nicht Beteiligungen von europäischen Firmen als Ausverkauf betrachten. Das geht ja vice versa.

Der Herr Abgeordnete Reicher hat vor allem den administrativen Weg beklagt. Wir versuchen, hier zwischen dem notwendigen administrativen Weg und dem zumutbaren eine – glaube ich – flexible Lösung zu finden. Denn gerade, wenn sich der Rechnungshof mit Recht Förderungsakten anschaut und dann Maßstäbe anlegt, daß, wenn ein Telefongespräch nicht dokumentiert ist, alles mögliche hineingeheimnist wird, dann muß man einem Beamten zubilligen, daß er von einem Förderungswerber Unterlagen verlangt. Denn wir vergeben, bitte sehr, nicht eigenes Geld, sondern wir vergeben das Geld der Steuerzahler, Herr Abgeordneter. Und mit fremdem Geld soll man sorgfältiger umgehen. Wenn einer öffentliche Gelder in Anspruch nehmen will, dann muß er halt gewisse Spielregeln einhalten, und vor allem muß er seine Bilanzen und Vermögensverhältnisse zeigen. Ich weiß schon, daß das manche nicht gerne tun, vor allem dann, wenn man draufkommt, daß sie zwei Jahre lang keine Bilanzen haben. Aber Sie werden von mir nicht verlangen und von Beamten nicht verlangen, daß sie aufs Blitzblaue Geld des Steuerzahlers vergeben. Im Gegenteil, Sie würden mir entsprechende Vorwürfe machen, und ich könnte Ihnen auch nicht widersprechen.

Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Korber, wir nehmen die Wirtschaftsförderung gerade auch im Bereich der Umwelttechnik und der Anwendungsreifmachung von Projekten sehr ernst. Wir haben im Wirtschaftsbeirat das Projekt „chlorfreie Bleiche“, die Pilotanlage zu ermöglichen, nicht nur aus Umweltgeldern, sondern auch aus Geldern der Wirtschaftsförderung – glaube ich zu Recht – ermöglicht. Ich hoffe, daß auch die anderen so mittun wie das Land Steiermark, denn wir erhoffen uns eben daraus, daß die Firmen dann dieses Know-how verkaufen können, und das ist die Begründung dafür, daß wir Wirtschaftsförderungsmittel einsetzen. (Beifall bei der VGÖ/AL.)

Der Herr Abgeordnete Vollmann hat noch klare Richtlinien moniert. Herr Abgeordneter, ich habe mich bemüht, in der Obersteiermark bei Informationsveranstaltungen diese klaren Richtlinien jedermann bekanntzumachen, und wenn Sie sie nicht haben, so schicke ich sie Ihnen gerne zu. Aber ich nehme an, die Arbeiterkammer hat sie. Diese Richtlinien wurden im

Beirat beschlossen, und es ist manchmal der Bund und die Geschäftsstelle, die sich nicht daran halten möchten. Wir haben jetzt so einen Fall, den wir auf höchster Ebene – Kollege Dr. Klauser und ich – ausdiskutieren müssen, und zwar mit dem Bund ausdiskutieren müssen. Wir sind uns da ziemlich einig.

Nun noch zu den Verkehrsfragen die Antworten, die wir gestern schuldig geblieben sind: Zum Projekt „Neue Bahn“ möchte ich Ihnen auszugsweise einen Brief des Herrn Generaldirektors Dr. Übleis vorlesen, weil unterschwellig immer wieder der Vorwurf kommt – gerade auch von der Arbeiterkammer –, das Land kümmere sich nicht darum. Bitte, wir sind zwar in keiner Weise für die Eisenbahnpolitik zuständig, aber wir fühlen uns selbstverständlich – und ich habe das ja einleitend gesagt – verpflichtet. Es ist ein wichtiges Eckdatum der Wirtschaft, und daher haben wir uns auch entsprechend artikuliert. Ich möchte Ihnen nur das Ergebnis dieser vielfältigen Bemühungen, Besprechungen und so weiter, die man nicht immer publiziert, bekanntgeben, damit Sie sehen, wie der Stand der Dinge ist: Auszugsweise zitiert, ein Schreiben vom 14. Oktober: „Das Projekt ‚Die neue Bahn‘ befindet sich derzeit noch im Planungsstadium. So wurde dem Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr von den österreichischen Bundesbahnen ein Fünf-Jahres-Programm vorgelegt, in dem auch die Steiermark betreffende Vorhaben, wie der Semmering-Basistunnel und der Ausbau der Schoberpaßstrecke, enthalten sind. Da aber die politische Entscheidungsfindung noch nicht abgeschlossen ist, kann der Startschuß für eine offizielle Präsentation noch nicht gegeben werden.“ Und er sagt weiter: „Zu dem von Ihnen vorgeschlagenen Ausbau der Pyhrnstrecke muß ich feststellen, daß die Einbindung dieser Strecke in die Westbahn im Rahmen der Planungen für den Ausbau des Abschnittes Linz–Wels als Hochleistungsstrecke geprüft wird.“ Es ist darüber gestern auch gesprochen worden.

Wir haben auch ständigen Kontakt mit Professor Dr. Rießberger, der auch Konsulent des Landes ist und der etwa im Nahverkehr für uns jetzt ein Projekt erstellt hat, weil die Bundesbahn – ich sage das ganz offen, es ist zwar von ihrem Standpunkt aus legitim, aber es ist nicht fair – sehr viele Dinge in ihre Nahverkehrsvorstellungen hineingeheimnist hat, die ausschließlich der Verbesserung der Linienführung und so weiter, und so weiter zugute kommen. Professor Dr. Rießberger hat, nachdem die Bundesbahn nicht bereit war, in den Verhandlungen sozusagen hier Abstriche zu machen, jetzt ein Projekt ganz konkret technisch fertiggestellt, das der Bundesbahn nun zur Errechnung der tatsächlichen Kosten zugeleitet wird. Es betrifft die Strecke Spielfeld–Graz als erste dieser im Nahverkehr vorgesehenen Strecken.

Zum Tarifverbund Graz kann ich auch Erfreuliches berichten. Nach Kämpfen zwischen dem Verkehrsministerium, dem Finanzministerium und dem Familienministerium ist nun sichergestellt, daß mit Beginn des Schuljahres 1988/89 auch die Schüler in den Tarifverbund aufgenommen werden können. Wir sind dabei, und ich danke dem Landeseisenbahndirektor Dr. Zauhar, der hier für das Land die Verhandlungen führt, daß auch weitere Kreise und weitere Beschrän-

kungen fallen werden, so daß die Annahme des Tarifverbundes eine wesentlich bessere sein könnte.

Damit habe ich in der gebotenen Kürze, aber doch auf die Fragen der Damen und Herren Abgeordneten eingehend – glaube ich –, alles beantwortet.

Ich darf damit zum Schluß vor allem dem Steuerzahler danken, daß er uns diese Mittel bereitstellt, die wir nach bestem Wissen und Gewissen vergeben. Ich möchte hier besonders den Landesbeamten für ihren Solidaritätsbeitrag danken, der zur Aufstockung der Wirtschaftsförderungsmittel im Budget verwendet wurde. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte aber auch den Mitarbeitern der Wirtschaftsförderungsabteilung im weitesten Sinne mit den angeschlossenen Vereinen „Betriebsansiedlung“ und so weiter danken für ihren Einsatz, der weit über den geforderten Durchschnittseinsatz hinausgeht. Und die mit der Abteilung zu tun hatten, wissen das. Hier muß ich mit besonderer Wehmut – das sage ich ehrlich – den Dank an den bisherigen Leiter Hofrat Dr. Kandler aussprechen, der sich Gott sei Dank hier im Zuschauerraum befindet, der aber leider nach einem zweiten Herzinfarkt – den ersten hat er nicht wahrhaben wollen – sich doch entschließen mußte, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Herr Hofrat, ich danke Ihnen für Ihren Einsatz. Ich glaube, viele steirische Unternehmer haben Ihnen zu danken, viele Arbeitnehmer haben Ihnen für ihren Arbeitsplatz zu danken, und ich danke Ihnen für Ihre wirklich beispielhafte Einsatzbereitschaft und Ihre persönliche Loyalität. Alles Gute! (Allgemeiner starker Beifall.)

**Präsident Wegart:** Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 7 liegt nicht vor.

Der Herr Berichterstatter hat mir vor fünf Stunden mitgeteilt, daß er auf sein Schlußwort verzichtet. Meine Damen und Herren, wenn Sie den Ansätzen der Gruppe 7 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 8 „Dienstleistungen“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Friedrich Pfohl, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Dr. Pfohl:** Herr Präsident! Hohes Haus!

Der Finanz-Ausschuß hat die Gruppe 8 „Dienstleistungen“ eingehend besprochen, und zwar hat die Gruppe 8 eine Einnahme von 88,673.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 162,296.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß bittet um Annahme der Gruppe 8.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die mit diesem Antrag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gottlieb, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Gottlieb:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch die Gruppe 9 „Finanzwirtschaft“ wurde ausführlich im Finanz-Ausschuß beraten, und ich stelle ebenfalls den Antrag auf Annahme.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Klauser. Ich erteile es ihm.

**Landesrat Dr. Klauser:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zu dem, was in den vergangenen drei Tagen hier gesagt worden ist.

Präsident Ing. Stoisser hat in seiner Generalrede vom Waldheim-Syndrom gesprochen und gefragt, ob es sich hier um eine reale Vergangenheitsbewältigung oder um die Flucht vor der Beschäftigung mit der Zukunft handelt. Er hat denn gemeint, man greife den von der ÖVP nominierten Waldheim an, treffe aber Österreich. Der Schaden, der dabei entstehe, sei für uns alle enorm. In der Schlußfolgerung stimme ich mit dir völlig überein, Herr Präsident, du verwechselt aber meiner Überzeugung nach Ursache und Wirkung. Schuld belastet uns nicht wegen der Diskussion, sondern leider wegen der Vergangenheit des Herrn Bundespräsidenten, die wir nicht loswerden können.

Wir haben auf dem Bundesparteitag einen Antrag, der seinen Rücktritt fordert, abgelehnt, weil wir realistisch genug sind, die Situation zur Kenntnis zu nehmen. Das kann aber nicht so weit gehen, uns unsere Meinung zu verbieten.

Der Herr Mag. Rader hat von Herrn Präsident Dr. Pfohl Lösungsvorschläge zur Finanzkrise der Vereinigten Bühnen begehrt. Ich arbeite mit dem Herrn Präsidenten Dr. Pfohl im Theater-Ausschuß seit Jahren zusammen. Beschlüsse und Forderungen des Theater-Ausschusses scheinen aber von der Theaterleitung zunehmend nur als lästig, nicht aber als Auftrag empfangen zu werden. Helfen wird uns hier erst die vorgesehene Auswechslung der Personen nach der Spielzeit 1989/90.

Leider hat der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher die Folgen des KRAZAF für unser Land mißverständlich dargelegt. Den Leistungen des KRAZAF an das Land im Jahr 1986 in der Höhe von 705 Millionen Schilling stehen nicht nur Landesleistungen an den KRAZAF, sondern damit auch rechtlich verbundene an den Wasserwirtschaftsfonds von zusammen 233 Millionen Schilling gegenüber, zu denen die Zweckzuschüsse nach Paragraph 57 und 59 des KAG von 269 Millionen Schilling gezählt werden müssen, die bei einem Wegfall des KRAZAF Direktzuschüsse wären. Daraus ergibt sich die Gegenüberstellung von 502 Millionen Schilling auf der linken Seite zu 705 Millionen Schilling auf der rechten, das heißt, daß das Land bei Auflösung des KRAZAF im Jahr 1986 203 Millionen Schilling verloren hätte.

Zur Wirtschaftsförderung ist eigentlich, meine Damen und Herren, alles gesagt worden. Es gibt keine Patentrezepte. Wir liegen auch mit den gezielten Hilfen für die Obersteiermark dort immer schlechter, wo es um Defizitabdeckungen geht. In Wirklichkeit werden uns vor allem generelle Verbesserungen der Infrastruktur durch die Pyhrnautobahn und das Konzept der „Neuen Bahn“ helfen können, aber auch das ist schon gesagt worden.

Ich danke dem Herrn Kollegen Rainer, weil er es mir erspart hat, auf einzelne Debattenbeiträge einzugehen. Meine Damen und Herren, wie würden wir erst dastehen und wie würde die Debatte verlaufen sein,

wenn wir nicht auf Bundesebene in der großen Koalition zusammengebunden wären, ganz gleichgültig, wer hier die Alleinverantwortung tragen müßte. Seien wir froh, daß dem nicht so ist.

Zum Abschluß möchte ich aber auf eine generelle Entwicklung hinweisen, die uns zunehmend Schwierigkeiten macht.

Erstens bewegen wir uns in der Steiermark auf einer Linie, die zunehmend einer Abkuppelung von den übrigen Bundesländern gleichkommt. Einfach deshalb, weil wir allein die Obersteiermark und ihre Krise zu bewältigen haben. Die Solidarität geht zunehmend verloren, wir werden immer mehr als lästige Bittsteller empfunden.

Zweitens wirkt sich der Nahkontakt zwischen den politischen und Verwaltungsbereichen der Stadt Wien zum Bund zunehmend so aus, daß Lösungen dort vorbereitet werden und von vornherein die Bundeshauptstadt zu bevorzugen scheinen, da solche Lösungen meist in der einen oder anderen Form auch die Wiener Umgebungsgemeinden mitversorgen oder womöglich in Koppelung mit niederösterreichischen Forderungen angestrebt werden, laufen wir Gefahr, einem ostösterreichischen Bündnis gegenüberzustehen, das uns zusätzliche Nachteile bringt. Das gilt sowohl für die kommenden Verhandlungen über die Aufteilung der KRAZAF-Mittel als auch für das, was uns beim Finanzausgleich nächstes Jahr bevorsteht. In einem Interview mit Landeshauptmann Wagner, das gestern in der Presse veröffentlicht wurde, heißt es, daß das sogenannte Hauptstädtebewußtsein der Wiener immer mehr dazu führe, daß die Wiener besser zu wissen glauben, was für die anderen gut sei. In einer Demokratie, die nach dem bundesstaatlichen Prinzip organisiert sei, müsse aber anerkannt werden, daß die Bundesländer das gleiche Gewicht haben wie jene, die in der Zentrale sitzen. Ich appelliere auch die Bundesregierung, unsere Haltung nicht als Quertreiberei eines lästigen Bittstellers abzutun, sondern Verständnis für unsere besonderen Schwierigkeiten aufzubringen.

Mit Jahresende, meine Damen und Herren, scheidet der Leiter der Landesbuchhaltung, Herr Hofrat Otto Ramschak, aus dem Dienst. Er war vorher jahrelang Leiter des Haushaltsreferates in der Rechtsabteilung 10 und ist nunmehr viele Jahre als Nachfolger von Herrn Hofrat Wladar in der Burggasse tätig gewesen. Er ist heute anwesend, und ich danke ihm sehr herzlich für seine Tätigkeit und wünsche ihm auch für die Zukunft alles Gute. (Allgemeiner starker Beifall.)

Wenn wir auch heute manchmal nicht wissen, meine Damen und Herren, wie wir mit einzelnen Entwicklungen vor allem in der Obersteiermark zu Rande kommen werden – mit Mut und Tatkraft wird uns dies auch in der Zukunft gelingen, wenn wir in den wesentlichen Fragen dieses Landes zusammenhalten. Daher trotz allem Glück auf! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie mit dem Antrag des Herrn Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich um ein Handzeichen. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum außerordentlichen Haushalt. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Rainer:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind Gesamtausgaben von 897,731.000 Schilling veranschlagt. Davon entfallen auf das Normalprogramm 223,427.000 Schilling, auf das Arbeitsplatzförderungs- und Strukturprogramm 674,304.000 Schilling. 10 Millionen Schilling werden aus dem ordentlichen Haushalt zugeführt. Es verbleibt damit ein Restbetrag für den außerordentlichen Haushalt von 887,731.000 Schilling, der durch Kredite finanziert werden muß.

Dieser außerordentliche Haushalt wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage auch hier die Annahme des außerordentlichen Haushaltes.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind, bitte ich um eine Händezzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zu den 20 Beschlußanträgen des Landesvoranschlages 1988, die im mündlichen Bericht Nr. 11 zusammengefaßt sind. Da nicht alle vier Parteien im Finanz-Ausschuß vertreten sind, werde ich über jeden einzelnen Beschlußantrag -gesondert abstimmen lassen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter um Verlesung der Beschlußanträge und werde nach jedem Beschlußantrag abstimmen lassen.

Herr Abgeordneter Karl Rainer, ich ersuche um den Bericht.

**Abg. Rainer:** Zur Gruppe 0: Für alle Dienstnehmer des Landes Steiermark und der steirischen Gemeinden soll ein Personalvertretungsgesetz erlassen werden.

Der Antrag hat die entsprechende Unterstützung. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich bitte um die Fortsetzung.

**Abg. Rainer:** Weiters zur Gruppe 0: Steiermärkisches Raumordnungsgesetz 1974. Hier sollen Entwicklungsprogramme und Sachbereiche beschleunigt behandelt werden.

Die Unterstützung ist gegeben.

Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**Abg. Rainer:** Zur selben Gruppe: Der Entwurf eines Arbeitnehmerschutzgesetzes für die Bediensteten des Landes und der Gemeinden.

Der Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Weiters zur Gruppe 0: Im Landtag soll ein jährlicher Bericht der Regierung über Förderungen vorgelegt werden.

Der Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Der letzte Antrag zur Gruppe 0: Es ist im Rahmen des Landesrechnungshofverfassungsgesetzes eine Vergabekontrollkommission einzurichten.

Die entsprechende Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Zur Gruppe 1: Der Schutzraumbau soll forciert werden und gleichzeitig damit der Bauwirtschaft eine wesentliche Hilfestellung geleistet werden.

Der Antrag ist entsprechend unterstützt. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**Abg. Rainer:** Gruppe 2: Der Entwurf eines Steiermärkischen Kindergarten- und Hortgesetzes wäre dem Steiermärkischen Landtag vorzulegen.

Die entsprechende Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Zur Gruppe 4: Die Heil- und Pflegeanstalt der Barmherzigen Brüder in Kainbach soll letztmalig mit einem Betrag von 10 Millionen Schilling gefördert werden.

Die entsprechende Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Weiters zur Gruppe 4: Es sollten zusätzliche Mittel für eine Förderung privater Wohlfahrtsorganisationen und für Sozialprojekte, vor allem für die Eingliederung von Arbeitslosen, vorgesehen werden.

Die entsprechende Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Zur Gruppe 4 als letzter Antrag: Die Verlängerung der Wohnbauförderung soll dadurch geregelt werden, daß die entsprechenden Verordnungen und Richtlinien erlassen werden.

Ich beantrage die Annahme. Die Unterstützung ist gegeben.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Zur Gruppe 5: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einen Altlastenkataster zu erstellen.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Zur Gruppe 6: Es wird der rasche und durchgehende Ausbau der Pyhrnautobahn verlangt.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**Abg. Rainer:** Weiters zur Gruppe 6: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der AUA und bei allen zuständigen Stellen der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit diese für unser Bundesland so wichtige Flugverbindung auch künftighin mit modernen Düsenmaschinen bedient wird.

Die entsprechende Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**Abg. Rainer:** Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Abwasserbeseitigungsgesetz dem Hohen Landtag vorzulegen.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Für den Autobahnknoten Sankt Michael sollte vorgesehen werden, daß Hinweistafeln auf die obersteirischen Bezirkshauptstädte angebracht werden. Ebenso für andere Autobahnknoten.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Für den Kombi-, Container- und Hucklepackverkehr ist ein Verladebahnhof in der Obersteiermark vorzusehen.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Letzter Antrag der Gruppe 6: Der Bau des Koralpentunnels, und zwar als sinnvolle Verbindung zwischen Graz und Klagenfurt.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Gruppe 7: Um die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft so rasch wie möglich anzustreben, soll alles Denkbare von der Landesregierung unternommen werden.

Die entsprechende Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

**Abg. Rainer:** Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Entwurf eines Steiermärkischen Fremdenverkehrsgesetzes vorzulegen.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**Abg. Rainer:** Letzter Antrag der Gruppe 7 und damit letzter Antrag: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Fremdenverkehrskonzept über die künftige Entwicklung sowie ein Marketingkonzept und ein Konzept über Werbemaßnahmen dem Landtag vorzulegen.

Die Unterstützung ist gegeben. Ich beantrage die Annahme.

**Präsident:** Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Rainer, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Rainer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es gibt gegenüber dem Vorjahr bei den ausgewiesenen, also systemisierten, Kraftfahrzeugen keine Verän-

derungen. Der Kraftfahrzeugsystemisierungsplan wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage auch hier die Annahme.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Buchberger, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Buchberger:** Meine Damen und Herren!

Der Dienstpostenplan 1988 liegt den Damen und Herren des Hohen Hauses vor. Notwendigen Einsparungsmaßnahmen wird auch im kommenden Jahr besondere Priorität eingeräumt.

Der Finanz-Ausschuß hat den Dienstpostenplan beraten, und ich darf im Namen dessen beantragen, dem Dienstpostenplan 1988 die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezichen.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir haben noch über den Antrag des Hauptberichterstatters über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/1, abzustimmen, und ich erteile dazu dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

**Abg. Rainer:** Herr Präsident!

Ich stelle meinen am Mittwoch um 9.50 Uhr gestellten Antrag auf Annahme der Vorlage, Einl.-Zahl 309/1, also des Landesvoranschlags 1988 mit den Ansätzen des ordentlichen und des außerordentlichen Haushaltes sowie mit dem Dienstpostenplan und dem Kraftfahrzeugsystemisierungsplan.

**Präsident:** Wer mit den Ansätzen der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 309/1, einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Damit ist der Landesvoranschlag 1988 einschließlich Dienstpostenplan und Kraftfahrzeugsystemisierungsplan mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**3. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 311/1, Beilage Nr. 22, Gesetz über die Gewährung eines Nachlasses bei vorzeitiger Rückzahlung von Wohnbaudarlehen des Landes Steiermark (Steiermärkisches Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kanduth, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Vorlage 311/1 befaßt sich mit der Gewährung eines Nachlasses bei vorzeitiger Rückzahlung von Wohnbaudarlehen des Landes Steiermark. Es sagt aus, daß dieses Gesetz dem Bundesgesetz angeglichen wird. Ich bitte um Annahme dieser Vorlage.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezichen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**4. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 312/1, betreffend die Bedekung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1987 (4. Bericht für das Rechnungsjahr 1987).**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Rainer:** Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beantrage, 19.428.600,24 Schilling als über- und außerplanmäßige Ausgaben als 4. Bericht zum Rechnungsjahr 1987 zur Kenntnis zu nehmen. Diese Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig angenommen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Händezichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 310/1, Beilage Nr. 21, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Rainer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Rainer:** Inhalt der Vorlage, meine Damen und Herren, ist die Aufnahme von Anleihen bis zum Gegenwert von 2 Milliarden Schilling im In- oder Ausland. Die Vorlage wurde im Finanz-Ausschuß einstimmig zur Kenntnis genommen. Ich beantrage auch hier die Annahme der Vorlage.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Händezichen.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**6. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.**

Durch das Ausscheiden des Herrn Abgeordneten Klaus Prieschl sind Neuwahlen in einzelne Ausschüsse erforderlich.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Ich schlage im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen politischen Parteien vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in einzelne Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Sozialistische Partei Österreichs hat mir folgende Wahlvorschläge übermittelt, wobei ich jeden einzelnen Ausschuß gesondert zur Abstimmung bringe:

**Im Ausschuß für Arbeitsplatzsicherung und neue Technologien:**

Abgeordneter Johann Reicher anstelle von Klaus Prieschl als Mitglied und

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Abgeordneten Johann Reicher als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Gemeinde-Ausschuß:**

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Klaus Prieschl als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:**

Abgeordneter Franz Ofner anstelle von Klaus Prieschl als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Petitions-Ausschuß:**

Abgeordneter Siegfried Herrmann anstelle von Klaus Prieschl als Mitglied und

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Abgeordneten Peter Gottlieb als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Ausschuß für Umweltschutz:**

Abgeordneter Karlheinz Vollmann anstelle von Klaus Prieschl als Mitglied und

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Abgeordneten Alexander Freitag als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesen Wahlvorschlägen Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:**

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Klaus Prieschl als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:**

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Klaus Prieschl als Mitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**Im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:**

Abgeordneter Siegfried Schrittwieser anstelle von Klaus Prieschl als Ersatzmitglied.

Wenn Sie diesem Wahlvorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

**7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 327/1, betreffend das Anbot des Landes Steiermark gegenüber der Firma Kelly Gesellschaft m. b. H. als Eigentümer der Firma Feldbacher Backwarenfabrik Dr. Josef Zach, Ges. m. b. H. auf Erwerb der Liegenschaft EZZ. 444, 458, 539, 1064 und 1177, alle KG. und GB. Feldbach, im unverbürgten Gesamtlächenausmaß von 26.637 Quadratmeter zum Kaufpreis von 58.000.000 Schilling.**

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Göber, der ich das Wort erteile.

**Abg. Göber:** Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses, das Anbot des Landes Steiermark an die Firma Kelly Gesellschaft m. b. H. als Eigentümerin der Firma Feldbacher Backwarenfabrik Dr. Josef Zach auf Erwerb der Liegenschaften EZZ. 444, 458, 539, 1064 und 1177, alle in Feldbach, im unverbürgten Flächenmaß von 26.637 Quadratmeter zum Kaufpreis von 58 Millionen Schilling und die Einräumung einer Option seitens des Landes Steiermark an die Firma Kelly oder einen von ihr namhaft zu machenden Dritten auf Rückerwerb der obgenannten kaufgegenständlichen Liegenschaft nach einer Bestandslaufzeit von insgesamt 15 Jahren und neun Monaten um einen Kaufpreis von 10 Millionen Schilling, wertgesichert mit 3,55 p. a., somit nach 15 Jahren und neun Monaten 17.193.000 Schilling zu genehmigen. Dieser förderungskonditionierte Kaufpreis basiert auf einer Jahresdurchschnittsbeschäftigung von 150 Arbeitnehmern in Feldbach; für den Fall einer auch nur einmaligen Unterschreitung von 75 Arbeitnehmern im Jahresdurchschnitt ist der Kaufpreis gleich dem tatsächlich erzielbaren Wert, das ist der Verkehrswert zum Zeitpunkt der Optionsausübung. Ich darf Sie ersuchen, diesen Antrag zu beschließen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, bitte ich um ein Händezeichen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**8. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 267/1, betreffend den Verkauf der landeseigenen Betriebsliegenschaft EZZ. 212, 346 und 394, je KG. Leoben, Waasen, GB. Leoben, im unverbürgten Flächenausmaß von 12.483 Quadratmeter mit darauf befindlichen Baulichkeiten und fest verbundenen Anlagen an die Leobner Maschinen- und Montagebau Ges. m. b. H., Vordernberger Straße 53, 8700 Leoben.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Kollmann:** Hohes Haus!

Bei der gegenständlichen Vorlage handelt es sich um den Verkauf der landeseigenen Betriebsliegenschaft EZZ. 212, 346 und 394, KG. Leoben, Waasen. Diese Liegenschaft soll an die Leobner Maschinen- und Montagebau Ges. m. b. H. in der Vordernberger Straße Nr. 53 verkauft werden. Die Rechtsabteilung 10 und die Fachabteilung haben gemeinsam ein Konzept für die Fortführung der Produktion auf dieser landeseigenen Betriebsliegenschaft in Leoben erstellt. Ich bitte namens des Finanz-Ausschusses, den Verkauf zu einem Kaufpreis von 2,8 Millionen Schilling und zu den im Antrag festgesetzten Bedingungen zu genehmigen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Händezichen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**9. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 321/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Erich Pötl, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Pötl:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes hat die Paragraph-7-Kommission und der Agrarreferent unseres Landes den 11. Grünen Bericht vorgelegt. Ich möchte im Namen der steirischen Bauernschaft herzlich danken. Er gibt uns ein umfassendes, objektives Bild über die Leistungen der steirischen Land- und Forstwirtschaft, und er hat auch ein Sonderkapitel über die Auswirkung der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl auf die Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark, Folgen und Konsequenzen.

Ich möchte namens des Landwirtschafts-Ausschusses bitten, diese Vorlage anzunehmen.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Händezichen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**10. Bericht des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 242/1, betreffend die Vorlage des Gutachtens „Perspektiven der steirischen Wirtschaftsförderung – ein Konzept mit weitem Horizont“.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Friedrich Pfohl, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Dr. Pfohl:** Meine Damen und Herren!

Sie alle haben im Sommer bereits das Gutachten „Die Perspektiven der steirischen Wirtschaftsförderung – ein Konzept mit weitem Horizont“ bekommen, dazu auch eine Kurzfassung. Ich darf annehmen, daß Sie alle diesen Bericht kennen und bitte um Annahme.

**Präsident:** Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Händezichen. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

**Landeshauptmann Dr. Krainer:** Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren des Landtages!

Ein kurzes Wort zum Schluß dieser Budgetdebatte seitens der Regierung. Da ist doch zunächst einmal jedem klar, daß mit diesem Landesbudget 1988 wieder eine große Arbeit seitens des zuständigen Referenten und der Landesverwaltung, insgesamt aber in Sonderheit des Landesfinanzreferates vorliegt. Das geht manchesmal im Zusammenhang mit auch recht hitzigen, nicht immer ganz äquilibranten Debatten unter, was in der Natur unserer Temperamente liegt, in der Natur der Unterschiedlichkeit der Positionen, die wir einnehmen. Nichtsdestotrotz sind wir uns sicherlich darüber einig, daß wir dafür ein Wort des Dankes zu sagen haben, in aller Aufrichtigkeit, weil jene in Sonderheit, die auch in der Regierung schließlich und endlich den Entwurf für den Landtag ausdiskutieren und beschließen, wissen, was schon viele Monate vorher an intensiver Detailarbeit geleistet wird. Ich möchte Ihnen, Herr Kollege Dr. Klausner, auch von hier aus ein Wort des Dankes in diesem Zusammenhang sagen; auch für das Schlußwort, das Sie heute hier von Ihrer Seite aus gehalten haben, in ganz besonderer Weise auch im Hinblick auf diesen letzten Satz, auf diesen Appell, den Sie eher im Understatement, aber ganz offenkundig sehr überzeugend vorgetragen haben. (Allgemeiner Beifall.)

Dieses Wort des Dankes dehnt sich natürlich auf Hofrat Dr. Kriegseisen mit seinen Mitarbeitern und auf Regierungsrat Otto Pirzl mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus und alle, die in den Abteilungen und Regierungsbüros dafür die Unterlagen geliefert haben. Eine Art – wie ich eigentlich immer wieder den Eindruck habe – Röntgenbild des politischen Lebens von seiten der Landesregierung und der Landesverwaltung, einerseits also Diagnose, aber andererseits dann eben auch Therapie, wenn man so will, auch Konzept in einem anderen Bild, auch strategische Anlage sozusagen mit einem operativen Teil, in jedem Fall ein ganz wesentliches und entscheidendes, durchdiskutiertes, wichtiges Dokument.

Die Debatte selbst hat uns wohl auch allen viel Freude einerseits, aber andererseits auch viel Ungenügen bereitet – darf ich mir erlauben, persönlich zu sagen. Ich weiß nicht, ob wir nicht ernstlich wieder den Versuch unternommen sehen sollten, bei der nächsten Budgetdebatte in diesem Hohen Haus doch vielleicht einen anderen Aufbau der Debatte gefunden zu haben. Ich glaube, es wäre des Schweißes der Edlen wert, sich damit bis dorthin ernsthaftest auseinanderzusetzen, denn jeder von uns – ich sage es noch einmal – empfindet vieles als sehr befriedigend und interessant, aber jeder von uns – glaube ich – empfindet auch nicht nur jene an sich menschliche Unvollkommenheit, die uns allen eigen ist, sondern auch strukturelle Elemente des Ungenügens und der Unvollkommenheit im System der Debatte. Das darf ich mir erlauben, auch aus einem ganz persönlichen Eindruck heraus gesagt zu haben, bei allen Highlights, die es natürlich auch diesmal wieder gegeben hat.

Und es ist mir abschließend eine besondere Freude, sagen zu können – und ich war auch von diesen Herztönen persönlich gerührt –, daß angesichts dieser durchaus so großen Probleme in unserem Land, daß angesichts der Tatsache wahrscheinlich der größten Herausforderung nicht nur der Politik, sondern des Landes insgesamt seit dem Wiederaufbau eine Art neue Gründerzeit wirklich auch in Szene zu setzen ist, mit aller Kraft, daß bei all diesen großen Problemen diese Herztöne der Zuversicht und auch der Gemeinsamkeit spürbar gewesen sind. Ich sage das als ein ganz persönliches Bekenntnis, weil ich die Überzeugung habe, daß wir es ansonsten wirklich nicht schaffen werden. Daß man es uns auch gar nicht glauben darf, es schaffen zu können, wenn wir nicht in dieser großen gemeinsamen Verantwortung unsere Aufgabe wahren. Und da freue ich mich in diesem Zusammenhang, daß an diesem Tag und sozusagen zum Abschluß dieser Debatte jeweils die zuständigen Referenten so bedeutende Spitzenbeamte wie Hofrat Ramschak oder Hofrat Dr. Kandler verabschiedet haben und daß es an mir ist, den Chef der Präsidialabteilung und Landesamtsdirektorstellvertreter Hofrat Dr. Karl Wüst zu verabschieden, der auch im Hohen Hause Platz genommen hat.

Er ist im Jahre 1941 als Vertragsbediensteter damals beim Land eingestellt worden, als junger Maturant, bevor er in den Krieg ziehen mußte. Und er ist im Jahre 1946 erstmals am Tisch der Regierung gesessen, um als Schriftführer für die Regierung zu wirken, und hat das bis zum Jahre 1981, also 35 Jahre, ausgeübt. War sozusagen immer hautnah auch mit der Arbeit der Landesregierung seit den Tagen des Endes des Zweiten Weltkrieges befaßt und hat bis zum Jahre 1949 – wie ich hier lesen kann – als B-Beamter und Werkstudent seine Arbeit geleistet. Denn erst im Jahre 1949 ist er auf Grund seines Kriegsdienstes in der Lage gewesen, sein Jusstudium abgeschlossen zu haben, rasch nach dem Krieg begonnen, und in die Verwendungsgruppe A überstellt worden zu sein. Er hat auch diesem Landtag von 1956 an bis zum Jahre 1974 als Leiter des Stenographendienstes gedient, wie den älteren Mitgliedern des Hohen Hauses auch noch persönlich in Erinnerung ist. Seine Ernennung zum Wirklichen Hofrat erfolgte per 1. Jänner 1969, und 1981, am 1. Juni, wurde er zum Vorstand der Präsidialabteilung, der neu gegründeten – notwendigerweise neu gegründeten – Präsidialabteilung bestellt. Und wir haben ihn per 1. Jänner 1986 zum Landesamtsdirektorstellvertreter bestellt. Ein Mann, der mit großem, persönlichem Engagement in einer ausgesprochen uneigennütigen Art – Hofrat Dr. Wüst gehört zu jenen Spitzenbeamten, die eine Arbeit lieber selber gemacht haben, bevor sie sie einem anderen sozusagen angeschafft hätten, wie das im Volksmund heißt –, ein Mann von großer Konzilianz und Loyalität, ein Beamter bester österreichischer und steirischer Tradition.

Ich darf ihm hier vor dem Hohen Landtag ein Wort aufrichtigen und herzlichen Dankes für die gesamte Landesregierung, aber auch persönlich sagen. Und ich darf dir, lieber Freund, gute Tage und Jahre in deiner Pension wünschen. Er war ja immerhin österreichischer und auch steirischer Meister im Turmspringen, im Wasserspringen; er war Speermeister, und er war Hammerwerfermeister. Ein Mann, der sozusagen nicht

nur intellektuell und als Mensch des Geistes gewirkt hat, sondern auch physisch und ein exzellenter Sportler, ein Spitzensportler dieses Landes, war. Ich wünsche dir eine gute Kondition auch für die Pension. Alles Gute, lieber Freund! (Allgemeiner starker Beifall.)

**Präsident:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Die Beratungen des Hohen Hauses über den Landesvoranschlag 1988 sind nach einer Dauer von 36 Stunden und 12 Minuten, wozu sich die Abgeordneten und Regierungsmitglieder zu insgesamt 134 Wechselreden gemeldet haben, zu Ende gegangen.

Damit sind die Voraussetzungen für eine gedeihliche und gute Arbeit für 1988 geschaffen.

In diesem nun ablaufenden Jahr 1987 wurden in den insgesamt zehn Sitzungen des Steiermärkischen Landtages 132 Anträge von Abgeordneten, 113 Regierungsvorlagen, davon elf Gesetzesvorlagen, sowie fünf dringliche Anfragen, sieben Anzeigen und ein Auslieferungsbegehren eingebracht.

Weiters wurden 145 Beschlüsse, darunter 16 Gesetzesbeschlüsse und 20 Beschlüßanträge im Rahmen des Landesvoranschlages 1988 gefaßt, die in weiterer Folge vom Landtag zum überwiegenden Teil einstimmig oder mit Mehrheit beschlossen worden sind.

Bei vier Landtagssitzungen, die mit einer Fragestunde begannen, wurden 51 Anfragen von Abgeordneten sowie zwölf schriftliche Anfragen eingebracht.

Die Landtags-Ausschüsse haben in 73 Sitzungen alle Vorlagen vorberaten, die vom Landtag beschlossen wurden.

Mit Nachdruck sage ich: Die geleistete Arbeit der Mitglieder des Hohen Hauses kann sich sehen lassen.

In diesem Hohen Haus ist die steirische Bevölkerung überzeugend vertreten. Aus allen Berufen und aus allen sozialen Schichten ist der Steiermärkische Landtag im besten Sinne des Wortes die Volksvertretung.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Es ist eine langjährige geübte Tradition, daß der Präsident in der Schlußansprache sich mit einigen Gedanken über die Arbeit des Landtages, vor allem aber auch über die Budgetdebatte äußert.

Eine Zeitung hat heute beanstandet, daß der Landtag zu manchen Stunden nicht voll besetzt gewesen sei.

Dazu ein offenes Wort: In den Diktaturen sind die sogenannten Parlamente immer voll besetzt. Nur haben sie dort nichts zu sagen und nichts zu entscheiden. Sie sind lediglich Dekoration, weil alle politischen Entscheidungen in den jeweiligen Politbüros und Zentralkomitees gefällt werden.

In den freiheitlichen Demokratien werden alle politischen Entscheidungen in den Parlamenten beraten und beschlossen.

Nicht die Frage der Präsenz, sondern die Frage, ob das Parlament – wenn Entscheidungen heranstehen – von seinen Rechten den notwendigen Gebrauch machen kann, ist meine Antwort dazu. (Allgemeiner Beifall.)

Hinzufügen darf ich, daß die Präsenz der Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages eine gute ist, wie das auch diese drei Tage bewiesen haben!

Hohes Haus! Die dreitägige Debatte hat dem aufmerksamen Zuhörer eine eindrucksvolle Übersicht über die Anliegen und die Probleme unseres Landes gegeben.

Ich habe in den vierziger Jahren erlebt, wie wir in diesem Haus im wahrsten Sinne des Wortes um das tägliche Stück Brot gerungen haben.

Damals ging es darum, mit dem Mangel fertig zu werden.

Wie sich die Zeiten ändern, haben wir gerade in dieser Budgetdebatte allzudeutlich gehört. Es sind die Probleme der Überproduktion und Überkapazitäten. Die Frage hat zu lauten: Wohin damit?

Ich weiß, als ich Ende Juli 1945 aus der Gefangenschaft heimkam, waren wir alle der Meinung, wir müßten nur den Wohlstand erreichen, dann hätten wir alle Probleme gelöst.

42 Jahre später müssen wir sagen: Den Wohlstand haben wir erreicht, aber neue Probleme und neue Herausforderungen sind zu bewältigen.

Es gilt festzustellen: Eine fertige Welt werden wir nicht erleben, aber es ist unsere Aufgabe, mit dieser Welt täglich auf das neue fertigzuwerden.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Es ist mir in dieser Stunde auch ein Anliegen, ein Wort zur Berichterstattung unserer Medien über die Arbeit des Landtages zu sagen.

Vorerst danke ich den Journalisten der Tages- und Wochenzeitungen und des ORF für den guten Willen, den sie in ihrer Berichterstattung trotz allem bewiesen haben.

Aber aus den vielen Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen des Hauses weiß ich, daß man sich wünscht, die Berichterstattung möge umfangreicher sein.

Die steirische Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, was ihre Volksvertretung an Arbeit und Einsatz für die Allgemeinheit leistet.

Ich gehöre einer Generation an, die über viele Vergleichsmöglichkeiten verfügt. Daher sage ich, wir alle sollten dankbar dafür sein, daß wir soviel für unsere Bevölkerung erreicht haben.

Die Arbeit der Mitglieder des Hohen Hauses erstreckt sich ja nicht allein auf die Haussitzungen, die Klubsitzungen, sondern ebenso auf die umfangreiche

Ausschußarbeit, auf die Interventionstätigkeit, die Abhaltung von Versammlungen, die Teilnahme an Konferenzen, die Durchführung von Sprechtagen und für viele auch die Mitarbeit in den Berufsvertretungen der Kammern und des ÖGB. Daß viele Abende in der Woche und daß viele Wochenenden und Sonntage ebenfalls für die Aufgabenstellung zur Verfügung stehen müssen, vermerke ich nur der Ordnung halber. Monat für Monat werden von jedem einzelnen Mitglied des Hauses Tausende Kilometer zurückgelegt, um jederzeit präsent zu sein.

Die Philosophie lautet doch: Jede Stunde, jeden Tag für die Bevölkerung da zu sein!

Ich weiß aus meiner Erfahrung und Übersicht, daß die Mitglieder des Steiermärkischen Landtages ihre Aufgaben ernst und gewissenhaft erfüllen.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! Blicken wir über den österreichischen Zaun hinweg und schauen uns in der Welt herum, dann werden wir feststellen, wir halten jeden Vergleich mit anderen aus. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren! In wenigen Tagen werden wir das Fest des Friedens „Weihnacht 1987“ feiern. Für mich ist es unfaßbar, daß wir zum ersten Mal in einem Jahrhundert europäischer und österreichischer Geschichte eine so lange Periode des Friedens überhaupt besitzen. Ich fürchte oft, daß wir alle uns dieser Gnade zu wenig bewußt sind.

Mit Stolz sage ich, dieses Land ist ein Rechtsstaat, in dem Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit Güter sind, die von uns allen täglich in Anspruch genommen werden können.

Die Grundwerte menschlichen Daseins, Menschenwürde und Menschenrechte, werden von niemandem in Frage gestellt, und nicht zuletzt haben wir ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit erreicht. Das enthebt uns nicht der Verpflichtung, alles für jene zu tun, die im Schatten unserer Gesellschaft stehen.

Gerade die Arbeit in diesem Hohes Haus ist ein entscheidender Beitrag hiefür.

In dieser Gesinnung danke ich Ihnen für Ihre Arbeit im Jahr 1987 und wünsche frohe Weihnachten und ein Glückauf für 1988. (Allgemeiner starker Beifall. – Ende der Sitzung: 20.48 Uhr.)